

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1– E 42
--	-------------------------

- 01) Es lebe die Nation! Populisten wie Erdoğan setzen auf Spaltung. Um sie zu besiegen, dürfen Vielfalt und Nationalstolz nicht länger als Gegensatz betrachtet werden. Von Seren Selvin Korkmaz
- 02) Die andere Gefahr. Die Annahme, Fake News würden Wahlen entscheiden, ist weit verbreitet. Dieses irreführende Narrativ schürt Misstrauen und schadet der Demokratie. Von Laurenz Günther
- 03) Neue Weltlage. Angesichts Chinas Ambitionen passt Japan seine Außenpolitik an – dabei ist Tokio jedoch auf die Unterstützung der Trump-Regierung angewiesen. Von Satoru Mori
- 04) Gedränge im Lithiumdreieck- Lange wurde Lateinamerika von der EU vernachlässigt – China, Russland und Indien haben die Lücke gefüllt. Kann die Partnerschaft aufgefrischt werden? Von Alexandra Sitenko
- 05) Globale Dominanz. Mit dem Aufbau eines Ultrahochspannungsnetzes treibt China den grün-technologischen Umbau voran. Wird Europa abgehängt? Von Lia Musitz & Timo Daum
- 06) Die Eine-Million-Dollar-Frage. Welche Ideologie vertritt Donald Trump? Seine Weltanschauung verbindet verschiedene Strömungen – und wird Amerikas Rolle in der Welt prägen. Von Branko Milanović
- 07) „Eine Atmosphäre der Angst“. UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan über Angriffe auf Journalisten, beschränkte Meinungsfreiheit in Demokratien und Gefahren durch Desinformation Interview. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 08) Vergessene Helden. Enttäuschte Erwartungen und unerfüllte Versprechen: Pflegekräfte kämpfen nach der Pandemie weiter mit Überlastung und schlechten Arbeitsbedingungen. Von Christy Hoffman
- 09) Zeit für Gegenpressing. Der Aufstieg der Rechtspopulisten gefährdet die liberale Demokratie weltweit. Doch diese lässt sich nur im Vorwärtsgang verteidigen. Von Jonathan Menge
- 10) Plötzlich allein. Die Ära der globalen US-Dominanz ist vorbei. Auf die Treue ihrer Bündnispartner kann sich die Supermacht unter Trump nicht länger verlassen. Der Trump-Effekt: US-Bündnispartner orientieren sich um. Von Sarang Shidore

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.	Seiten E 38 - E 42
--	---------------------------

- 01) NATO Osterweiterung. Von Ed Koch
- 02) Nicht länger am Rande. Die Ernennung von Radmila Šekerinska zur Stellvertretenden NATO-Generalsekretärin gibt dem Westbalkan unerwarteten Auftrieb. Von Bojan Stojkovski

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seite E 43

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU)

Seite E 44 – E 51

- 01) Raus aus dem Dämmer Schlaf. Die neue Kommission eröffnet nach Jahren der Stagnation die Chance, den EU-Beitrittsprozess voranzutreiben.
Von Marco Schwarz
- 02) Die Kuh ist vom Eis. Nach 25 Jahren Verhandlung steht das EU-Mercosur-Abkommen. Der Durchbruch nach Trumps Wahl ist kein Zufall – geopolitisch steht viel auf dem Spiel. Von Dörte Wollrad & Viviana Barreto

E. e) Mitteleuropa

Seite E 52

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 53 – E 100

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 53 – E 75)

- 01) Energiebarometer
- 02) „Alle Probleme sind lösbar!“ Von Ed Koch
- 03) Angeschlagenes Image. Die Migrationsdebatte in Deutschland wird in Marokko sehr genau beobachtet – und schreckt Fachkräfte ab.
Von Manuel Gath & Anja Hoffmann
- 04) Zweischneidiges Schwert. Der Bundestag debattiert ein AfD-Verbot, doch dies könnte die Radikalisierung fördern. Europas Erfahrungen mit Parteiverboten liefern wichtige Lehren. Von Nils Meyer-Ohlendorf
- 05) KW 52 (22. bis 28.12.2024) – Sittliche Reife. Von Ed Koch
- 06) KW 51 (15. bis 21.12.2024) – Sittliche Reife. Von Ed Koch
- 07) Habeck ist nicht an allem schuld. Von Ed Koch
- 08) Noch ein besonderer Tag. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 100)

- 01) Das singende Bäumchen. Von Ed Koch
- 02) Willkommen im Jahr 2025. Von Ed Koch
- 03) Revitalisierung in Alt-Biesendorf
- 04) Willkommen in Berlin. Von Ed Koch
- 05) Verantwortung übernehmen: STADT UND LAND investiert in Gemeinschaft und Zusammenhalt

- 06) Müller beim Tagesspiegel. Von Ed Koch
- 07) KW 50 (08. bis 14.12.2024) – Ausgezeichnet
- 08) Geht das gut mit dem BSW?
- 09) Michael Müller zum 60sten. Von Ed Koch
- 10) KW 49 (01. bis 07.12.2024) – Klassenfahrten. Von Ed Koch
- 11) Von oben betrachtet. Von Ed Koch
- 12) Schreck in der Morgenstunde. Von Ed Koch
- 13) Eine Wundertüte. Von Koch u.a.
- 14) Naturschutzgebiet in Not. Von Ed Koch

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 101 – E 116

T s c h e c h i e n (Seiten E 101 – E 111)

- 01) Tschechien schafft Stempelmarken ab
- 02) „Von Asch bis Zips“: Prager Autorinnen Schubin, Holzer und Hanel
- 03) Tschechisches Verdienstkreuz für Dr. Werner Fasslabend
- 04) „Geschichte mit allen fünf Sinnen erleben“
- 05) Schwere Gasexplosion erschüttert Znam
- 06) Syrer in Tschechien

U n g a r n (Seite E 112)

- 01) Busch-Trommel 2024

S e r b i e n (Seiten E 113 bis E xxx)

- 01) Von der Angst befreit. Studentenproteste bringen Serbien zum Brodeln.
Wie lange hält das System von Präsident Vučić?
Von Aleksandra Tomanić

E. h) Osteuropa

Seiten E 117 – E 133

U k r a i n e (Seiten E 117 – E 129)

- 01) -(P)art of the Deal. Trump strebt einen Waffenstillstand in der Ukraine an.
Doch dafür muss er Putin Paroli bieten – und Kiew langfristige
Unterstützung zusichern. Von Charles A. Kupchan & Michael Froman
- 02) Historische Warnung. Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der
Ukraine vor – die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt
und Chaos enden. Von Nina L. Khrushcheva

03) Hoffnungsschimmer. Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein. Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen. Von Frank Hoffer

04) Im Fadenkreuz. Mit Trump im Weißen Haus rückt ein Deal in der Ukraine näher. Osteuropa würde dies in ernsthafte Gefahr bringen. Von Michał Kranz

R u s s l a n d (Seiten E 130 – E 133)

01) Viel Öl, wenig Feuer? Russlands Kriegsmaschinerie ist auf Erdöl-Einnahmen angewiesen. Ein sich anbahnender Preiskrieg könnte Moskaus Schlagkraft empfindlich treffen. Von Luke Cooper

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 134 – E 136

K i r g i s i s t a n (Seiten E 134 – E 136)

01) Ein Haus für die deutsche Minderheit in Kirgisistan

E. j) Südosteuropa

Seiten E 137 – E 145

R u m ä n i e n (Seiten E 137 – E 144)

01) Geheimwaffe zur Spaltung. Der kometenhafte Aufstieg des rechten Kandidaten und das Wahlchaos in Rumänien bieten einige Lektionen für den Rest Europas. Von Cristian Chiscop

G r i e c h e n l a n d (Seiten E 142– E 145)

01) Zurück auf Null. Während Griechenlands Linkspartei Syriza zerfällt, planen Die Sozialdemokraten ihr Comeback. Können sie die geschwächten Konservativen herausfordern? Von Nick Malkoutzis

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 107 – E 109

Keine Berichte

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 110

Keine Berichte

Seite E 0 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Seite E 1 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 27

01) Es lebe die Nation! Populisten wie Erdoğan setzen auf Spaltung. Um sie zu besiegen, dürfen Vielfalt und Nationalstolz nicht länger als Gegensatz betrachtet werden

Von Seren Selvin Korkmaz



In der Türkei gibt sich Erdoğan als Vaterfigur. - *picture alliance / Anadolu | TUR Presidency/Murat Kula/Handout*

Nach einschneidenden politischen Richtungswechseln wie der Präsidentschaft von Donald Trump in den Vereinigten Staaten steht im globalen Diskurs eine entscheidende Frage wieder im Raum: Wie lassen sich demokratische Institutionen schützen, und wie können progressive Akteure hieran mitwirken? Europa ist gleichzeitig mit rechtsextremen und extremistischen Ideologien konfrontiert, die sich auf dem gesamten Kontinent ausbreiten. Demokratische Kräfte in Ländern wie Polen, Ungarn und der Türkei stellen sich diesen Herausforderungen nicht nur, sondern lernen aus ihren Erfahrungen und entwickeln mögliche Lösungsansätze. Statt über populistische Politik nur besorgt zu sein, können Demokraten und Progressive überall auf der Welt Strategien gegen den Populismus entwickeln, indem sie sich eingehend mit dem populistischen Drehbuch befassen und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es gehört zu den immer wieder angewandten Strategien von Populisten und Autokraten, die Außenpolitik innenpolitisch zu instrumentalisieren und damit noch mehr zu polarisieren und zu spalten. Der seit zwei Jahrzehnten amtierende türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan ist dafür ein Paradebeispiel.

Zwar konnte die Opposition bei den [Kommunalwahlen 2024](#) beachtliche Erfolge erzielen, aber das Narrativ der türkischen Parlamentswahlen war durch das Thema Sicherheit und durch Polarisierung bestimmt. Präsident Erdoğan, der mit strukturellen Problemen der Politikgestaltung zu kämpfen hat, die zu Wirtschaftskrisen, wachsender Unsicherheit und

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

zur Aushöhlung demokratischer Prinzipien führen, konnte sich bei den Wahlen 2023 gegen eine Koalition der Opposition durchsetzen. Er setzt weiterhin auf politisches Taktieren, um seine Macht zu festigen. Dass es der demokratischen Opposition nach wie vor nicht gelingt, dem Populismus entschieden entgegenzutreten, unterstreicht einmal mehr, wie schwierig es für Demokraten in aller Welt ist, Populisten die Stirn zu bieten.

Während Erdoğan die Außenpolitik der Türkei an bestimmten strategischen Interessen ausrichtet, nutzt er sie – in Kombination mit einer populistischen und aggressiven Rhetorik – vor allem in Wahlzeiten geschickt, um innenpolitisch Kapital daraus zu schlagen. Seit Beginn seiner Amtszeit verknüpft er internationale Beziehungen systematisch mit innenpolitischen Erfordernissen. Indem er regionale Konflikte für sich nutzt, die Verteidigungsindustrie zum Symbol des Nationalstolzes stilisiert und Wahlprozesse durch

aggressive außenpolitische Narrative untermauert, festigt er sein Image als starker und unentbehrlicher Staatsmann. Diese Strategien sind weltweit typisch für populistische Staats- und Regierungschefs: Sie nutzen regionale Konflikte aus, schüren nationalistische Gefühle und inszenieren sich als alleinige Verteidiger der nationalen Souveränität, um ihre Basis zu mobilisieren – insbesondere in Zeiten innenpolitischer Unsicherheit oder im Wahlkampf.

Erdoğan bindet die außenpolitischen Aktivitäten der Türkei in seine innenpolitische Strategie ein.

Erdoğan bindet die außenpolitischen Aktivitäten der Türkei in seine innenpolitische Strategie ein und nutzt internationale Entwicklungen, um seine Position im Inland zu festigen. Indem er die Türkei unter den sich wandelnden Paradigmen im Nahen Osten als maßgeblichen Akteur in Stellung bringt, stellt er die Nation als unverzichtbaren Akteur dar, der auf die Stabilität der Region Einfluss nehmen kann.

Mit seinem Engagement für neue globale Initiativen wie die [BRICS-Gruppe](#) (den Zusammenschluss von Brasilien, der Russischen Föderation, Indien, China und Südafrika) signalisiert Erdoğan die Hinwendung zu einer [eigenständigeren Außenpolitik](#) und will dem Westen zeigen, dass er alternative Optionen hat. Dieses Vorgehen stößt auf nationalistische Resonanz und spricht Wählerinnen und Wähler an, die für eine starke, autonome Türkei statt für traditionelle westliche Bündnisse sind. Erdoğan jongliert mit den heiklen Beziehungen zur NATO, nutzt Spannungen oftmals zu seinem Vorteil und gibt sich als Regierungschef, der in der Lage ist, dem Druck des Westens standzuhalten und trotzdem wichtige strategische Beziehungen aufrechtzuerhalten. Dieser Balanceakt verschafft ihm bei seiner Wählerschaft das Image des versierten Staatsmannes, der die nationalen Interessen auf der weltpolitischen Bühne zu schützen weiß.

Ein markantes Beispiel ist Erdoğan's lang anhaltender Widerstand gegen den NATO-Beitritt Schwedens. Er stellte seine ablehnende Haltung als prinzipienfeste Position gegenüber Ländern dar, die seiner Meinung nach terroristische Organisationen in ihrem Land dulden, und festigte damit sein Image als Staatsoberhaupt, dem die nationale Sicherheit wichtiger ist als internationaler Druck. Im Inland half ihm diese Widerstandshaltung, mit einer politischen Agenda von Wirtschaftsproblemen abzulenken und Rückhalt zu gewinnen, indem er die seit langem bestehende Frustration seiner Basis über die vermeintliche Doppelmoral des Westens aufgriff. Dass er Schwedens NATO-Mitgliedschaft am Ende doch zustimmte, nachdem Zugeständnisse gemacht und eine Sicherheitskooperation versprochen worden waren, ließ sich als diplomatischer Sieg und als Beweis für sein internationales Verhandlungsgeschick präsentieren.

Dass populistische Machthaber paradoxerweise „andere“ – auch untereinander – ins Visier nehmen, ist ein Mittel, um ihren Narrativen mehr Nachdruck zu verleihen und die eigene

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Basis zu mobilisieren. So erweckte zum Beispiel Donald Trump 2019 mit einem Brief an Erdoğan unter der Überschrift „Don't be a fool“ („Sei kein Narr“) öffentlich den Eindruck, er ginge auf Konfrontationskurs, indem er Erdoğan auf sehr undiplomatische Weise vor Militäraktionen in Syrien warnte. Hinter den Kulissen jedoch hielten beide Staatschefs die Kommunikationskanäle offen und machten damit deutlich, dass aggressive Rhetorik mit der notwendigen pragmatischen Zusammenarbeit und Realpolitik durchaus Hand in Hand gehen kann. Diese Dynamik kommt dort zum Tragen, wo Transparenz und institutionelle Rechenschaftspflicht ausgehöhlt sind, sodass Staats- und Regierungschefs die öffentliche Meinung unkontrolliert beeinflussen können. In ähnlicher Weise illustriert Erdoğan's [an Griechenland gerichtete Warnung](#) „Es kann sein, dass wir irgendwann in der Nacht plötzlich kommen“, wie man scharfe Rhetorik einsetzt, um die eigene Führungsposition zu behaupten

und innenpolitisch Rückhalt zu gewinnen. Während solche Aussagen die mediale und öffentliche Stimmung anheizen, werden hinter verschlossenen Türen die diplomatischen Beziehungen oft fortgesetzt. In letzter Zeit verbessert die Türkei ihre Beziehungen zu Griechenland wieder.

Erdoğan stellt politische Probleme als existenzielle Bedrohungen dar und instrumentalisiert Ängste, um sich als einzig legitimer Garant nationaler Interessen zu positionieren.

Mit ihrer Außenpolitik betreiben populistische Staats- und Regierungschefs eine starke Versicherheitlichung und schüren die „Wir gegen die anderen“-Dichotomie, mit der sie ihre Basis mobilisieren. Erdoğan stellt politische Probleme als existenzielle Bedrohungen dar und instrumentalisiert Ängste, um sich als einzig legitimer Garant nationaler Interessen zu positionieren. Diese aggressive Pose wird mit der Zeit zur Normalität und weckt nationalistische Gefühle.

Aktuelle Themen wie die Kurdenfrage – der seit langem andauernde Kampf der kurdischen Minderheit in der Türkei um politische und bürgerliche Rechte – sowie die gefühlten Bedrohungen von außen und sogar das Schreckgespenst eines „Dritten Weltkriegs“ werden in diesem Zusammenhang wirksam ins Spiel gebracht. Neuerdings mehren sich die Anzeichen für eine mögliche Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit kurdischen Gruppierungen, was einen deutlichen politischen Kurswechsel Erdoğan's markiert. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den [Vorschlag](#) seines Bündnispartners Devlet Bahçeli, des Vorsitzenden der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die prokurdische HDP solle direkte Gespräche mit Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Anführer der Terrororganisation Kurdische Arbeiterpartei (PKK), aufnehmen, um den langjährigen Konflikt zu beenden. Erdoğan [bezeichnete](#) diesen Vorstoß als „historische Chance“ und stellte sich damit als ein Staatsoberhaupt dar, das in der Lage ist, innere Konflikte zu lösen. Seine früheren Versuche, die Kurdenfrage zu lösen, setzten in den vergangenen Jahren sicherheitspolitisch vor allem auf zunehmende Unterdrückung der Kurden und Oppositionsgruppen.

Für die Zukunft wird erwartet, dass Erdoğan die Entwicklungen in Syrien innenpolitisch instrumentalisieren wird.

Bis zu dieser jüngsten Wende, die noch schwer einzuschätzen ist, hatte Erdoğan mit Militäroperationen in Syrien gegen kurdische Gruppen, die mit der PKK in Verbindung stehen, etwa mit den Operationen „Schutzschild Euphrat“, „Olivenzweig“ und „Quelle des Friedens“, gezielt nationalistische Ängste vor territorialer Zersplitterung wachgerufen und sein Image als entschlossener Staatschef aufpoliert, der die Grenzen und die Souveränität der Türkei verteidigen kann. Nach Assads Sturz konnte Erdoğan sein Ansehen als „starker

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Führer“ weiter festigen, indem er einen neuen Bezugsrahmen schuf und sich als „Eroberer von Aleppo“ inszenierte. Für die Zukunft wird erwartet, dass Erdoğan die Entwicklungen in Syrien innenpolitisch instrumentalisieren wird.

Dieses innenpolitische Taktieren fällt zeitlich mit verschärften regionalen Spannungen zusammen, insbesondere im Hinblick auf den anhaltenden Konflikt im Gazastreifen. Erdoğan suggeriert mit seiner Rhetorik zunehmend, Israels Vorgehen könnte so eskalieren, dass es zur unmittelbaren Bedrohung für die Türkei würde. Obwohl in den türkischen Medien laufend über die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen der Regierung mit Israel debattiert wird, gibt sich Präsident Erdoğan, indem er Israel als „Terrorstaat“

bezeichnet und die westliche Unterstützung für seine Militäroperationen offen kritisiert, als Verteidiger der regionalen Stabilität wie auch der Interessen der Muslime im Allgemeinen und sichert sich so den Rückhalt der eigenen Bevölkerung.

Indem Erdoğan die wachsende Verteidigungsindustrie in den Fokus rückt, untermauert er seine innenpolitische Botschaft von Widerstandskraft und Unabhängigkeit. Der Erfolg einzelner im eigenen Land hergestellter militärischer Rüstungsgüter wie der Drohne Bayraktar TB2, die in Konfliktregionen wie in Bergkarabach, Syrien und Libyen eingesetzt wird, ist in den Medien ein großes Thema. So werden militärische Erfolge zum Symbol für Nationalstolz und technologische Überlegenheit.

Indem Erdoğan solche Errungenschaften herausstellt, stärkt er das Narrativ von der Türkei als aufstrebender Macht, die es mit den globalen Playern aufnehmen kann. Laut einer Studie des [IstanPol-Institut](#)s kommt diese Botschaft im gesamten politischen Spektrum gut an. Selbst Anhänger der Opposition erkennen die Verteidigungsindustrie oft als positiven Aspekt der türkischen Außenpolitik an. Die öffentliche Zurschaustellung der in der Türkei produzierten Rüstungserzeugnisse dient als starkes und sichtbares Symbol der Stärke und Unabhängigkeit und soll das Gefühl vermitteln, gemeinsam etwas erreicht zu haben und sich gegen vermeintliche Bedrohungen von außen behaupten zu können.

Indem er regionale Konflikte für sich nutzt, die Verteidigungsindustrie fördert und den Wahlprozess absichert, festigt Erdoğan sein Image als starker Anführer.

Unter Erdoğan wird die türkische Außenpolitik aktiv innenpolitisch genutzt, um Unterstützung zu mobilisieren und die politische Vorherrschaft zu behaupten. Indem er regionale Konflikte für sich nutzt, die Verteidigungsindustrie fördert und den Wahlprozess absichert, festigt Erdoğan sein Image als starker Anführer. Da die Türkei jedoch mit wirtschaftlichen Problemen und geopolitischen Umwälzungen zu kämpfen hat, wird dieses Vorgehen langfristig einen hohen Preis haben – sowohl im Inland als auch international.

Ein zentraler Schwachpunkt ist, dass es die demokratische Opposition in der Türkei nicht schafft, Erdoğan's Narrativ vom „Starken Mann“ und seinem konfrontativen Ton gegenüber verbündeten Ländern und Staats- und Regierungschefs wirksam Paroli zu bieten. Das erhöht die Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler, Erdoğan's Selbstdarstellung als Beschützer zu akzeptieren – zumal in Zeiten der Unsicherheit und vermeintlichen Bedrohung. Vor den Wahlen im Jahr 2023 ergaben vom [IstanPol-Institut](#) durchgeführte Fokusgruppen, dass Erdoğan's Selbstinzenierung als Verteidiger gegen „ausländische Agenten“ trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise bei seiner Anhängerschaft sehr gut ankam. Dieses Narrativ gab ihm die Möglichkeit, innenpolitische Probleme in den Hintergrund rücken zu lassen und die Ängste der Bevölkerung so zu kanalisieren, dass sie seine Führung unterstützten.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Demokratische und progressive Kräfte müssen das populistische Drehbuch verstehen lernen und sich ihm wirksam entgegenstellen. Dabei sollten sie sich nicht nur mit den Taktiken von Machthabern wie Erdoğan auseinandersetzen, sondern auch ein überzeugendes alternatives Narrativ anbieten, das den Wünschen der Wählerinnen und Wähler nach Sicherheit, Stolz und Führungsstärke Rechnung trägt. Eine neue, integrative nationale Identität, die Vielfalt und Gefühle von Nationalstolz und Zugehörigkeit mit einschließt, kann dazu beitragen, gesellschaftliche Spaltungen zu überbrücken. Indem demokratische Kräfte ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl stärken, das mit Wertschätzung für alle Bürgerinnen und Bürger verbunden ist und sie einbezieht, können

sie einer polarisierenden Rhetorik entgegenwirken und eine breitere Wählerschaft ansprechen. Mit einem solchen integrativen Nationalismus lässt sich ein Narrativ schaffen, das die Menschen eint, die kollektiven Errungenschaften der Nation feiert und die gemeinsame Zukunft neu denkt.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Seren Selvin Korkmaz, Stockholm

Seren Selvin Korkmaz ist Geschäftsführerin des IstanPol-Instituts, eines in Istanbul ansässigen Thinktanks. Derzeit ist sie Doktorandin am Institut für Türkeistudien der Universität Stockholm und unterrichtet dort zu politisch-ökonomischen Entwicklungen in der Türkei und im Nahen Osten.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/es-lebe-die-nation-1-8004/?utm_campaign=de_40_20250107&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

02) Die andere Gefahr. Die Annahme, Fake News würden Wahlen entscheiden, ist weit verbreitet. Dieses irreführende Narrativ schürt Misstrauen und schadet der Demokratie

Von Laurenz Günther



Georgescu, Gewinner der ersten Runde der Präsidentenwahl in Rumänien, klagt nun gegen die Annullierung des Ergebnisses beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. - *picture alliance/AP/Andreea Alexandru Călin*

Fehlinformationen und Desinformationen werden zunehmend als Hauptursachen für überraschende politische Erfolge gesehen. So wurde die rumänische Präsidentschaftswahl 2024 auf Anordnung des obersten Gerichts annulliert, nachdem Geheimdienstberichte darauf hindeuteten, dass Russland die Social-Media-Kampagne des Wahlgewinners unterstützt hatte. Auch in anderen westlichen Ländern wird oft behauptet, dass die Erfolge rechter Parteien hauptsächlich das Resultat von Fehl- und Desinformation seien.

Diese Debatte ignoriert jedoch leider meist die zahlreichen wissenschaftlichen Studien, welche die Wirkung von Fehl- und Desinformationen auf das Wahlverhalten untersuchen. Stattdessen wird oft auf Basis von plausibel klingenden, aber ungetesteten Hypothesen argumentiert. Höchste Zeit also, den aktuellen Kenntnisstand empirischer wissenschaftlicher Studien zu betrachten.

Um die kausale Wirkung sozialer Medien auf politische Einstellungen und Wahlen zu untersuchen, haben Wissenschaftler zahlreiche Experimente durchgeführt. Dabei werden Nutzer nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Gruppe wird dafür bezahlt, ihr Konto für mehrere Wochen bis Monate – unmittelbar vor einer wichtigen Wahl – zu deaktivieren. Die andere Gruppe nutzt soziale Medien weiter und dient als Kontrollgruppe. Aus einem Vergleich der beiden Gruppen lässt sich dann der Effekt sozialer Medien errechnen.

Laut einem Übersichtsartikel [führender Forscher in der Fachzeitschrift Nature](#) zeigen diese Experimente keine signifikanten oder robusten Auswirkungen der Deaktivierung sozialer Medien auf das Wahlverhalten oder auf politische Einstellungen.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Soziale Medien sind jedoch nur *ein* Kanal, über den Falsch- und Desinformationen verbreitet werden können. Ein weiterer wichtiger Faktor sind parteinahe Medienunternehmen. Beobachter mit unterschiedlichen politischen Einstellungen bewerten deren Einfluss oft unterschiedlich: Linke kritisieren rechtsgerichtete Medienimperien, während Rechte dasselbe von linken Medien behaupten. Tatsächlich [zeigen Studien](#), dass Menschen, die rechtsgerichtete Nachrichten konsumieren, häufiger rechte Parteien wählen. Doch diese Beobachtung allein beweist nicht, dass solche Medien die Ursache für Wahlerfolge rechter Parteien sind.

Fox News, der mit Abstand größte Nachrichtensender der USA, gilt als Paradebeispiel für ein rechtsgerichtetes Medienimperium.

Folgender Vergleich kann dies verdeutlichen: Die Tatsache, dass Krankenhäuser voller kranker Menschen sind, bedeutet nicht, dass Krankenhäuser die Menschen krank machen. Ebenso könnte der Konsum rechtsgerichteter Nachrichten lediglich zeigen, dass Personen mit entsprechenden Überzeugungen gezielt solche Medien nutzen.

Um diese Kausalitätsfrage zu klären, analysieren Wissenschaftler sogenannte „natürliche Experimente“. Dabei werden vergleichbare Personengruppen durch Zufall mit unterschiedlichen Umwelteinflüssen konfrontiert, ähnlich wie in Laborexperimenten – nur in der „natürlichen“ Welt.

Eine der validesten Untersuchungen in dieser Kategorie hat die Auswirkungen von *Fox News* auf Wahlergebnisse in den USA analysiert. *Fox News*, der mit Abstand größte Nachrichtensender des Landes, gilt als Paradebeispiel für ein rechtsgerichtetes Medienimperium und ist stark zugunsten der Republikanischen Partei ausgerichtet. Die Studie schätzt, dass der Stimmenanteil der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2000 um lediglich 0,46 Prozentpunkte niedriger gewesen wäre, wenn *Fox News* nicht existiert hätte.

Aber was ist mit den Kampagnen der Populisten selbst? Die Nationalsozialisten gelten als Paradebeispiel für Populisten, die Propaganda erfolgreich genutzt haben. Doch wie groß war der tatsächliche Einfluss ihrer Propaganda auf die Wahlergebnisse?

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2018 analysierte die Auswirkungen von Hitlers Reden auf den Wahlerfolg der NSDAP und fand vernachlässigbare Effekte. Eine andere Studie aus dem Jahr 2015 beschäftigte sich mit dem Einfluss des Radios, des damals wichtigsten Massenkommunikationsmittels. Vor Hitlers Machtübernahme war das Radio stark gegen die NSDAP eingestellt, und die Partei durfte es nicht für ihre Botschaften nutzen. Ab 1933 jedoch dominierte die NSDAP das Radio und setzte es gezielt für ihre Propaganda ein. Die Studie ergab, dass in der Anti-NSDAP-Zeit die Stimmenanteile der Nationalsozialisten ohne das Radio 4,1 Prozentpunkte größer gewesen wären. Nach der Machtübernahme hätte die Abschaltung des Radios den Stimmenanteil der NSDAP hingegen um 2,9 Prozentpunkte reduziert. Diese Ergebnisse zeigen, dass selbst ein stark einseitiges Medium nur begrenzte Auswirkungen auf die Wahlergebnisse hatte und die Dominanz der Medieninhalte nur einen kleinen Teil der Popularität der NSDAP erklären kann.

Die meisten Wähler haben zumindest eine grobe Vorstellung von den Positionen der Parteien zu wichtigen Themen.

Wenn Medien, Fehlinformationen oder Desinformationen also nicht die entscheidenden Faktoren für den Erfolg von Populisten sind, was bringt dann so viele Menschen dazu, für sie zu stimmen? Eine mögliche Antwort sind die politischen Positionen der Parteien.

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die meisten Wähler haben zumindest eine grobe Vorstellung von den Positionen der Parteien zu wichtigen Themen und entscheiden sich für die Partei, die ihrer eigenen Meinung am nächsten kommt. Neuere Untersuchungen zeigen, dass es gerade bei Themen wie Einwanderung und Integration erhebliche Diskrepanzen zwischen den Einstellungen vieler Bürger und den Positionen etablierter Parteien gibt. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind in diesen Fragen konservativer, als es von den Mainstream-Parteien vertreten wird, während rechtspopulistische Parteien diese Meinungen oft gut repräsentieren.

Dieser Einklang scheint ein zentraler Grund zu sein, warum viele Bürger Rechtspopulisten wählen – trotz der bekannten negativen Aspekte dieser Parteien. Die Fähigkeit der Rechtspopulisten, die Einstellungen der Bürger zu Einwanderung und Integration besser zu vertreten als andere Parteien, überwiegt offenbar andere Bedenken.

Warum ist das Narrativ vom großen Einfluss der Fake News so weit verbreitet, obwohl es nicht durchweg stichhaltig ist? Ein möglicher Grund liegt darin, dass Fehl- und Desinformationen eine bequeme Ausrede für eigenes politisches Scheitern bieten. Es ist schmerzhaft, sich einzugestehen, dass die politischen Maßnahmen, an denen man lange gearbeitet hat, und die oft auf den eigenen moralischen Überzeugungen fußen, schlicht unbeliebt oder ineffektiv sein könnten. Stattdessen ist es einfacher, die Erfolge der Gegenseite auf unfaire Propaganda zurückzuführen. So lässt sich die eigene Niederlage als unrechtmäßig darstellen und sich selbst kann man als moralisch überlegenen „eigentlichen Sieger“ positionieren, der lediglich Opfer eines unfairen Spiels geworden sei.

Dieses Narrativ findet sich auf allen Seiten des politischen Spektrums. Linke wie Rechte glauben oft, dass die [Medien die Gegenseite bevorzugen](#) oder dass viele Nichtwähler ihre eigene Partei unterstützen würden – ein psychologisches Phänomen, das eng mit Selbstüberschätzung verknüpft ist. In diesem Sinne sagt die Verbreitung des Fake-News-Narrativs möglicherweise mehr über die Menschen aus, die ihm Glauben schenken, als über die tatsächliche gesellschaftliche Realität. Insbesondere scheint es von Personen mit ausgeprägter Selbstüberschätzung verstärkt verwendet zu werden.

Das größere Problem besteht jedoch darin, dass das Fake-News-Narrativ als Grundlage für antidemokratische Argumentationen dienen kann. Wenn man annimmt, dass Fake News die Wahlergebnisse entscheidend verfälschen, warum sollte man diese Ergebnisse dann noch ernst nehmen? Und wenn jede politische Niederlage nur durch unfaire Propaganda der Gegenseite erklärt wird, warum sollte man die Legitimität des politischen Gegners anerkennen?

Diese Denkweise untergräbt das Vertrauen in demokratische Prozesse und wird zunehmend zu einer Normalität in westlichen Demokratien. Ironischerweise könnte genau diese Entwicklung – das wachsende Misstrauen in demokratische Institutionen und Verfahren – eine größere Gefahr für die Demokratie darstellen als die Fake News selbst.



Laurenz Günther, Mailand

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Laurenz Günther ist Postdoktorand an der Bocconi-Universität. Seine Forschungsgebiete sind politische Ökonomie und angewandte Mikroökonomie. Günthers aktuelle Forschung konzentriert sich auf die politische Vertretung der EU-Bürger, das Vertrauen in demokratische Institutionen und Populismus.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/die-andere-gefahr-7968/?utm_campaign=de_40_20250107&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Neue Weltlage. Angesichts Chinas Ambitionen passt Japan seine Außenpolitik an – dabei ist Tokio jedoch auf die Unterstützung der Trump-Regierung angewiesen

Von Satoru Mori

Asien 02.01.2025



Beinhaltet die neue Weltlage auch eine neue Rolle für Japans Selbstverteidigungskräfte? - *picture alliance / Zumapress | Yasuo Osakabe/U.S. Air*

Japan hat sich als einer der führenden Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung positioniert. Grund dafür sind insbesondere die zunehmenden Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum. Seit 2010 äußert sich Tokio immer wieder besorgt angesichts des forschenden Auftretens Chinas in Territorialstreitigkeiten, gerade mit Blick auf die Senkaku-Inseln und das Südchinesische Meer. Die japanische Führung hat erkannt, dass die Einhaltung des Völkerrechts für ihre Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist, und hat sich daher aktiv für den Aufbau des Rahmenwerks *Free and Open Indo-Pacific* (FOIP) eingesetzt. Während die japanische Regierung seit langem eine regelbasierte Ordnung hochhält, hat der Aufstieg eines zunehmend selbstbewussten Chinas (der aus japanischer Sicht deutlich mehr auf Zwang als auf Konsens basiert) dazu geführt, dass der japanische Ansatz für regionale Stabilität neu definiert wurde.

Nach eigenem Bekunden strebt Japan eine legitime internationale Ordnung an, die auf Inklusivität, Einhaltung von Regeln und auf der Ablehnung von Zwang, Gewalt und Druck oder Einflussbereichen beruht, in denen schwächeren Staaten der Wille stärkerer Mächte aufgezwungen wird. Dem entgegen stehen Ereignisse wie die Invasion der Ukraine durch

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Russland, die eine direkte Verletzung der UN-Charta darstellt, da durch sie die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine untergraben wird. Eine derartige Aggression steht sinnbildlich für die umfassenderen globalen Herausforderungen, bei denen es gilt, das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung gegen die Ambitionen dominanter Staaten, die ihre Vormachtstellung mit Gewalt durchsetzen, zu wahren.

Aus japanischer Sicht stellt China eine doppelte Herausforderung dar: Einerseits versucht Peking einseitig, den geopolitischen Status quo im asiatisch-pazifischen Raum zu ändern;

andererseits übt es wirtschaftlichen Druck auf Staaten aus, die seinem Vorgehen kritisch gegenüberstehen – und nutzt dabei deren wirtschaftliche Abhängigkeit aus.

Chinas „neue Normalität“ im Südchinesischen Meer, die durch Zwangsmaßnahmen etabliert wurde, ist nicht legitim. Konkurrierende Parteien in der Region haben die faktische Vormachtstellung nicht gebilligt. Dieser Ansatz hat das Vertrauen untergraben und die regionalen sicherheitspolitischen Spannungen erhöht – wodurch auch die von den USA geführten Sicherheitsnetzwerke gestärkt wurden. Ebenso hat Chinas Führung mit ihren ökonomischen Sanktionen diverse Partner verprellt. Sollte Peking Taiwan mit Gewalt oder durch politische Unterwerfung einnehmen, wäre seine Kontrolle international illegitim und dürfte auf langfristigen Widerstand stoßen.

Tokio betrachtet die Krisen in der Ukraine und in Taiwan durch die Linse des Widerstands gegen unfreiwillige Unterwerfung.

Tokio betrachtet die Krisen in der Ukraine und in Taiwan durch die Linse des Widerstands gegen unfreiwillige Unterwerfung sowie der Aufrechterhaltung der Norm der politischen Selbstbestimmung über Einflussphären. In der UN-Charta werden derartige Gewalt und Zwang missbilligt. Genau darauf baut Japans dreigleisige Strategie zur Verteidigung einer regelbasierten internationalen Ordnung auf: erstens, Gewaltanwendung verhindern; zweitens, erzwungenen Status-quo-Revisionen widersprechen und ihnen entgegentreten; und drittens, wirtschaftliche Beziehungen diversifizieren und entsprechende Risiken minimieren. In der Praxis bedeutet dies unter anderem, die Verteidigungsfähigkeiten zu stärken, das Bündnis mit den USA zu vertiefen, die Sicherheitsnetzwerke im indopazifischen Raum und in Europa zu erweitern und Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern, um die Widerstandsfähigkeit und das nachhaltige Wachstum angesichts der weltweiten Verwerfungen in den Lieferketten zu stärken.

Bis Anfang der 2010er Jahre galt die marktbasierende liberale Demokratie als unangefochtenes Legitimitätsmodell. Dieser Konsens ist zerbrochen. Staatskapitalistische, nichtdemokratische Mächte wie China und Russland befürworten nun eine „westfälische“ Ordnung ohne Bezugnahme auf liberale Werte und stellen damit eine Herausforderung für den globalen normativen Rahmen dar. Gleichzeitig erschweren Debatten innerhalb der USA über die Verbreitung liberaler Prinzipien diesen Wandel zusätzlich. Die meisten Nationen, die oft unter dem Begriff „Globaler Süden“ zusammengefasst werden, nehmen eine nuancierte Position ein, irgendwo zwischen einer „liberalen Obergrenze“ mit reduziertem Interventionismus und der entsprechenden Untergrenze einer rein „westfälischen“ Souveränitätsordnung ohne jegliche liberale Zusagen, Bindungen und Verpflichtungen. Diese sich entwickelnde weltpolitische Landschaft stellt eine Herausforderung für die strategische Positionierung Japans dar.

Japans Strategie zur Handhabung der sich gerade entwickelnden internationalen Ordnung beruht auf drei Grundpfeilern. Erstens strebt Tokio danach, Frieden und Wohlstand zu fördern, indem es eine liberale, regelbasierte Ordnung in Partnerschaft mit den G7-Staaten und anderen gleichgesinnten Demokratien aus einer universalistischen Perspektive stärkt.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Zweitens strebt Japan danach, mit den Ländern des sogenannten Globalen Südens eine kollektive Resilienz aufzubauen, indem es eine funktionierende Zusammenarbeit fördert und inklusive unilaterale sowie multilaterale Rahmenbedingungen schafft, die einen pluralistischen Ansatz widerspiegeln. Drittens muss Japan zu einem Sicherheitsgaranten werden, indem es die Kosten und Risiken übernimmt, die erforderlich sind, um revisionistische Mächte wie China und Russland in Schach zu halten und abzuschrecken.

Japan strebt aktiv multilaterale Sicherheitspartnerschaften mit Partnern im indopazifischen Raum und in Europa an, doch diese Bemühungen ergänzen lediglich die unverzichtbare Rolle der Vereinigten Staaten, statt sie zu ersetzen.

Während die japanische Führung so versucht, ihre strategischen Ziele voranzutreiben, bleiben die USA der wichtigste Verbündete und Garant für die Sicherheit Japans. Während unter den europäischen Verbündeten die Diskussionen über „strategische Autonomie“ an Fahrt gewinnen, kann Japan solche Gedankenspiele aufgrund der regionalen Sicherheitsrealität im Indo-Pazifik nicht anstellen. Japan strebt aktiv multilaterale Sicherheitspartnerschaften mit Partnern im indopazifischen Raum und in Europa an, doch diese Bemühungen ergänzen lediglich die unverzichtbare Rolle der Vereinigten Staaten, statt sie zu ersetzen. Trotz der Übernahme von Donald Trumps *America First*-Agenda durch die Republikanische Partei bleibt der Internationalismus in der US-Außenpolitik bestehen; eine weitere Zusammenarbeit wird als gesichert angesehen.

America First beruht auf der Überzeugung, dass die Sicherheit und der Wohlstand der Vereinigten Staaten von denen ihrer Verbündeten getrennt werden könnten. Um dem entgegenzuwirken, sollten die Verbündeten der USA ihr Engagement auf allen Ebenen – auf Regierungs-, Wirtschafts- und allgemeiner Gesellschaftsebene – verstärken, um das Verständnis für miteinander verflochtene Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen wiederherzustellen, insbesondere mit Partnern im indopazifischen Raum und in Europa. Wenn man sich hingegen nicht mit einer potenziellen *America First*-Regierung auseinandersetzt, besteht die Gefahr, dass die Abschottung der USA verfestigt und der Internationalismus geschwächt wird. Jede Hoffnung, den dramatischen Wandel in der internationalen Ordnung zu bewältigen, erfordert gemeinsame Anstrengungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten. Diesmal müssen die Verbündeten der USA jedoch den Provinzialismus in der US-Außenpolitik bewältigen und abbauen, anstatt die Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit der USA (die die anderer Großmächte auch heute noch übertreffen) als selbstverständlich anzunehmen.

Die Zukunft der internationalen Ordnung hängt also von den gemeinsamen Anstrengungen der USA und ihrer Verbündeten ab. Japans Bekenntnis zu einem regelbasierten Rahmen wird von entscheidender Bedeutung sein, um autoritärem Revisionismus entgegenzuwirken und eine sichere und prosperierende indopazifische Region aufzubauen. Wenn Japans Führung durch diese komplexen Zusammenhänge navigiert, wird ihre Strategie nicht nur darauf beruhen, die eigenen nationalen Interessen zu verteidigen, sondern auch darauf abzielen, eine sich verändernde globale Landschaft zu stabilisieren.



Satoru Mori, Tokio

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Satoru Mori ist stellvertretender Direktor des *Keio Center for Strategy* (KCS) an der Keio-Universität sowie Professor für zeitgenössische internationale Politik an der dortigen juristischen Fakultät. Zuvor arbeitete er für das japanische Außenministerium.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/neue-weltlage-8001/?utm_campaign=de_40_20250102&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Gedränge im Lithiumdreieck- Lange wurde Lateinamerika von der EU vernachlässigt – China, Russland und Indien haben die Lücke gefüllt. Kann die Partnerschaft aufgefrischt werden?

Von Alexandra Sitenko

Lateinamerika 23.12.2024



Lithium-Abbau in Chile: Wer hat den besten Zugriff? - *picture alliance / dpa | Ariel Marinkovic*

Das von der Geopolitik vergessene Land – so titelte [Foreign Affairs](#) im Oktober 2023. Gemeint war die aktuelle Randlage Lateinamerikas, fernab der größten geopolitischen Auseinandersetzungen. Während Konflikte und Instabilität von der Ukraine über den Nahen Osten bis hin zum Südchinesischen Meer zunehmen, befindet sich die relativ ruhige Region am Rande des weltpolitischen Geschehens. Dies kann Vorteile haben, bedeutet aber auch, dass die Region wirtschaftliche Möglichkeiten und Unterstützung verpassen könnte, die es dringend benötigt.

Allerdings spiegeln sich die geopolitische Rivalität zwischen den USA und der EU auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite sowie das wachsende Selbstbewusstsein aufstrebender Mächte des sogenannten Globalen Südens seit einigen Jahren auch in Lateinamerika immer stärker wider. In den vergangenen zwei Jahren erfuhr das Interesse der Europäischen Union (EU) an Lateinamerika eine Renaissance: Zunächst trafen sich im Juli 2023 nach einer achtjährigen Pause die Staats- und Regierungschefs der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) wieder zu einem [biregionalen Gipfeltreffen](#) in Brüssel. Im Mittelpunkt standen die Themen Klima und Umwelt. Zudem präsentierte die EU ihren 45 Milliarden Euro schweren Investitionsplan für Lateinamerika und die Karibik im Rahmen der *Global Gateway-*

Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Investitionsagenda (GGIA). Doch der größte und überraschendste Durchbruch in den EU-Lateinamerika-Beziehungen ereignete sich Anfang Dezember 2024, als nach 25-jährigen Verhandlungen das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen unterzeichnet wurde. Einmal in Kraft würde es die größte Freihandelszone der Welt schaffen, mit mehr als 700 Millionen Menschen aus 32 Ländern, die für 20 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und 31 Prozent der globalen Warenexporte stehen.

Die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens wurde möglich, weil die EU erhebliche Flexibilität aufbrachte.

Die Unterzeichnung des Abkommens wurde möglich, [weil die EU erhebliche Flexibilität aufbrachte](#), etwa bei den umweltpolitischen Auflagen, zu denen sie zuvor nicht bereit war. Unter den aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen – wie den drohenden Handelsproblemen mit den USA, der handels- und energiepolitischen Abkoppelung von Russland, dem *De-Risking* von China und dem allgemeinen politischen und ökonomischen Gewichtsverlust Europas – hat ein Deal mit Südamerika eine Symbolwirkung. Wenn das Abkommen in Kraft tritt, werden europäische Produkte und Dienstleistungen auf dem riesigen Mercosur-Markt und Produkte der Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und seit 2024 auch Bolivien in der Europäischen Union deutlich wettbewerbsfähiger. Die Betonung liegt auf „wenn“, denn das Abkommen muss nun den EU-Rat passieren, wo es möglicherweise von Frankreich, Polen, Irland, Österreich und den Niederlanden abgelehnt werden könnte. Außerdem muss es sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den nationalen Parlamenten angenommen werden, was eine weitere Herausforderung darstellen wird. Auch innerhalb des Mercosur ist eine einstimmige Ratifizierung wegen Differenzen zwischen Brasilien und Argentinien keineswegs gesichert.

In der offiziellen politischen Rhetorik der EU wird gerne auf Lateinamerika als „[natürlichen Partner](#)“ verwiesen. In der Neuen Agenda für die Beziehungen EU-Lateinamerika vom Juli 2023 wird etwa beteuert, dass beide Regionen durch einzigartige historische und kulturelle Verbindungen, tiefe wirtschaftliche und soziale Bindungen sowie ein gemeinsames Engagement für Frieden und Multilateralismus verbunden seien. In dem damit zum Ausdruck gebrachten „naturegebenen“ Selbstverständnis Lateinamerikas als Partner liegt wohl einer der Gründe dafür, warum die EU dieser Weltgegend im letzten Jahrzehnt relativ [wenig Aufmerksamkeit](#) gewidmet und sich stattdessen auf andere Regionen konzentriert hat.

Auch die Bundesregierung hat Lateinamerika in den vergangenen 15 Jahren vernachlässigt und erst vor einem Jahr im Zuge der Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine eine diplomatische Offensive gestartet. In der ersten Hälfte von 2023 besuchten Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock unabhängig voneinander Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien und Panama. Sie warben für politische Unterstützung für die Ukraine, erkundeten neue Wirtschafts- und Energiepotenziale und sprachen über Zusammenarbeit beim Klima- und Umweltschutz. Eine umfassende, langfristige Strategie der bundesdeutschen Außenpolitik, die das wachsende Selbstbewusstsein Lateinamerikas und die dortigen geopolitischen Veränderungen gebührend berücksichtigt, ist jedoch zunächst nicht erkennbar. Angesichts der gegenwärtigen globalen Herausforderungen durch die Neuordnung von Wirtschafts- und Energiestrategien, aber auch der Friedens- und Sicherheitsarchitektur, ist es angezeigt, die jahrelange Depriorisierung dieser Region durch die EU zu überwinden. Ungeachtet der noch bestehenden Probleme bis zum finalen Inkrafttreten ist das Mercosur-Abkommen ein robuster Schritt in diese Richtung, und zwar von beiden Seiten aus. Zumal andere Akteure ihre Aktivitäten in der Region deutlich ausgebaut haben.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Seit der Jahrtausendwende hat insbesondere China seine Präsenz in Lateinamerika konsequent ausgeweitet. Heute ist es der wichtigste Partner für Exporte aus Brasilien, Chile, Peru, Kuba, Uruguay und der zweitwichtigste Exportmarkt für Argentinien. Im Gegenzug avancierte Lateinamerika nach Asien zum zweitgrößten Empfänger von chinesischen Direktinvestitionen. Diese waren sehr willkommen, angesichts der Passivität Europas und auch des traditionellen Partners und Nachbarn, der USA. Stand heute nehmen 21 Länder Lateinamerikas und der Karibik (LAK) an Chinas *Belt and Road*-Initiative teil; Chile, Peru,

Costa Rica und Ecuador haben Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik. Seine jüngste Teilnahme an zwei großen Gipfeln in Lateinamerika – am APEC-Gipfel in Peru und am G20-Gipfel in Brasilien – nutzte der chinesische Präsident Xi Jinping, um zum einen den peruanischen Tiefwasserhafen Chancay einzuweihen, der mit chinesischer Finanzierung gebaut wurde. Zum anderen kündigte er eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Brasilien an. Dazu gehören die Unterzeichnung von 37 neuen bilateralen Abkommen und die Bekanntgabe, dass der chinesische Internet-Satellitenbetreiber und Starlink-Konkurrent SpaceSail in den brasilianischen Markt eintritt.

Auch Bundeskanzler Scholz hatte vor, seinen Aufenthalt auf dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro mit einem anschließenden Mexiko-Besuch zu verknüpfen. Aufgrund der Regierungskrise in Berlin sagte er diesen jedoch kurzfristig ab. Es bleibt zu hoffen, dass die Visite bei einem der einflussreichsten politischen Player in der Region und dem wichtigsten Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika alsbald nachgeholt wird.

In der Pandemie haben sich China und Russland durch Impfstoffdiplomatie in Lateinamerika hervor getan.

In der Pandemie haben sich China und Russland durch Impfstoffdiplomatie in Lateinamerika hervor getan. Beide Länder gehörten zu den ersten Impfstofflieferanten, als der Westen zunächst nicht gewillt war, seine Impfstoffe abzugeben. Auf China folgend ist auch Russland vor 20 Jahren nach Lateinamerika zurückgekehrt. Auch wenn es im Handels- und Investitionsbereich nicht mal annähernd an das chinesische Engagement in der Region herankommt, hat Moskau seine Nischen gefunden. Es konnte sich als ein unverzichtbarer Düngemittellieferant für Brasilien – seinen wichtigsten strategischen Partner in Lateinamerika – etablieren. Während die Handelsbilanz der meisten Länder der Region gegenüber China chronisch negativ ist, profitiert selbst das kleine Ecuador von einer positiven Handelsbilanz mit Russland, hauptsächlich durch Bananenexporte. Deswegen und trotz der offiziellen Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine rückte die ecuadorianische Regierung im Februar 2024 von [seinem Vorhaben](#) ab, Waffen aus der Sowjetzeit über die USA an die Ukraine abzugeben.

Schließlich hat Indien als dritte eurasische Macht und als ambitionierter, aufstrebender *Global Player* in den vergangenen Jahren seine Beziehungen mit Lateinamerika deutlich ausgebaut. Der Handel zwischen Indien und LAK hat 2022 ein Rekordvolumen von 50 Milliarden US-Dollar erreicht (verglichen mit nur 1,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001). Im selben Jahr überholte Indien zum ersten Mal China (und auch Brasilien) als Exportmarkt für kolumbianische Waren. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 hat der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar acht Länder in Lateinamerika und der Karibik, darunter Brasilien, Kolumbien und Panama, besucht und eine Botschaft in Paraguay eröffnet. Zuletzt hatte Lateinamerika so viel Aufmerksamkeit von Neu-Delhi bekommen, als Premierministerin Indira Gandhi 1968 mehrere Länder bereiste.

Lateinamerika wird als rohstoffreicher Subkontinent, der über die größten Lithiumvorhaben weltweit zur Batterieproduktion verfügt, in den kommenden Jahren deutlich mehr in den Fokus der Groß- und Mittelmächte rücken.

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Was diese drei Akteure verbindet, sind die neuesten Bemühungen, ihre Präsenz im sogenannten Lithiumdreieck innerhalb der Staaten Argentinien, Bolivien und Chile zu festigen: China und Russland wollen Produktionsanlagen in Bolivien bauen, Indien vereinbarte die Erschließung von fünf Lithium-Blöcken in Argentinien und führt Gespräche mit Chile. Lateinamerika wird als rohstoffreicher Subkontinent, der über die größten Lithiumvorhaben weltweit zur Batterieproduktion verfügt, in den kommenden Jahren deutlich

mehr in den Fokus der Groß- und Mittelmächte in Europa und Asien rücken und der geopolitische Wettkampf in diesem Teil der Welt könnte sich zuspitzen. Seine Intensität wird zudem in erheblichem Maße von der Konfliktivität im USA-China-Verhältnis abhängen. Mauricio Claver-Carone, Berater in Donald Trumps Übergangsteam, hat bereits die Absicht verkündet, die Einfuhr von Waren in die USA über den neuen chinesischen Hafen in Peru erschweren zu wollen, um Chinas Einfluss in Lateinamerika zu reduzieren.

Zwei Schlussfolgerungen bleiben festzuhalten: Erstens ist die EU für Lateinamerika nach wie vor ein wichtiger Handelspartner und Investor. Aber gegenwärtig ist sie ein Akteur unter vielen, auch für die Mercosur-Staaten, zu denen zwar die regionalen Größen Brasilien und Argentinien gehören, die allerdings nur einen kleinen Teil einer Region mit 33 unabhängigen Staaten repräsentieren. Strategisch wichtig wäre es, auch den anderen Ländern attraktive Angebote und Partnerschaften auf Augenhöhe anzubieten, die über den Rohstoffimport hinausgehen. Das EU-Mercosur-Abkommen macht einen Schritt in diese Richtung, indem es die Möglichkeit vorsieht, den Export kritischer Mineralien für die Energiewende einzuschränken, um die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen. Das Teilen gemeinsamer Werte ist ein Kernelement der EU-Lateinamerika-Beziehungen. Gleichzeitig lassen sich die lateinamerikanischen Länder in ihrer Außenpolitik zunehmend von Pragmatismus leiten. Beispielhaft dafür sind die proaktive Rolle Brasiliens im Rahmen von BRICS und die Modifizierung der Haltung des argentinischen Präsidenten Milei zu China.

Zweitens findet der geopolitische Wettbewerb unter verschiedenen externen Akteuren in Lateinamerika bereits statt, aber bisher verläuft er nicht so konfliktiv und militant wie in Asien, Osteuropa, Nordostafrika oder im Nahen Osten. Politik und Diplomatie sind gefragt, damit das auch so bleibt.



Alexandra Sitenko, Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.

https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/gedraenge-im-lithiumdreieck-7996/?utm_campaign=de_40_20241223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

05) Globale Dominanz. Mit dem Aufbau eines Ultrahochspannungsnetzes treibt China den grün-technologischen Umbau voran. Wird Europa abgehängt?

Wirtschaft und Ökologie 23.12.2024



Reparaturarbeiten an einer Stromleitung in China: Wird in der Volksrepublik der Kapitalismus neu erfunden? -picture alliance / Du Yi / Costfoto

Im vergangenen Jahrzehnt wurde die Volksrepublik China zur führenden Nation bei der Entwicklung, Produktion und beim Absatz von „Grünen Technologien“ – Photovoltaik, Windenergie, Elektroautos und Batterien. So wurden dort 2023 [über 80 Prozent](#) der globalen Photovoltaik-Module und Batteriezellen für Elektroautos weltweit produziert. Damit läuft Chinas grüne Transformation ganz nach dem 1996 ausgerufenen Entwicklungsplan für erneuerbare Energien. Gleich mehrere Zielvorstellungen waren damit verbunden: Neben Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Abmilderung des Klimawandels war dies vor allem ein Aufsteigen von Chinas Industrien in den globalen Wertschöpfungsketten, die anspruchsvolle und höher entlohnte Arbeitsplätze mit sich bringen sollten. Gleichzeitig sollten durch die Lokalisierung von Wertschöpfungsketten Produktionskosten gesenkt werden, um so die „grünen“ Alternativen wettbewerbsfähig gegenüber ihren fossilen Konkurrenten zu machen. Dies sollte die Nachfrage ankurbeln und die Grundlagen für einen grünen Markt schaffen. Das chinesische politische System erlaubt es durchaus, gezielt gesetzliche Einschränkungen für fossile Energieträger mit staatlichen Förderungen für grüne Technologien abzustimmen und so eine hohe Dynamik zu initiieren.

Chinas globale Marktdominanz bei erneuerbaren Energien sieht die politische Elite der EU als Ergebnis von Marktverzerrungen durch unfaire staatliche Subventionen. Neben Strafzöllen für Importe von chinesischen E-Autos diskutiert sie derzeit ihre Wiedereinführung für chinesische Photovoltaik-Module. 2013 wurden sie schon einmal eingeführt und 2018 wieder abgeschafft. [Sie führten nicht](#) zu den erhofften europäischen technologischen Innovationen und Produktionssteigerungen. Viele deutsche Solarhersteller meldeten Insolvenz an.

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Vorbei an der Diskussion geht, dass China nicht nur der größte Produzent, sondern mittlerweile auch Anwender beziehungsweise Markt für Grüne Technologien ist. Der Großteil der grünen Produkte, die in China hergestellt werden, wird mittlerweile auch dort nachgefragt – Tendenz steigend. So vervierzehnfachte sich Chinas lokal installierte Solarkapazität zwischen 2015 und 2023 von 44 Gigawatt auf 610 Gigawatt. China kann

heute mehr als doppelt so viel Solarstrom produzieren wie die Europäische Union und [viermal so viel wie die Vereinigten Staaten](#) von Amerika. [Setzt China seinen Kurs fort](#), könnten seine installierten Solarkapazitäten um das Jahr 2030 den Strombedarf der gesamten USA decken.

Der Großteil der grünen Produkte, die in China hergestellt werden, wird mittlerweile auch dort nachgefragt – Tendenz steigend.

Den grünen Strom benötigt China aber dringend für sich selbst. Es wird geschätzt, dass das Land 2025 10,5 Terawattstunden Elektrizität verbrauchen wird, die USA 4,5 Terawattstunden, die EU 2,7 Terawattstunden. Der Ausbau von sauberer und erneuerbarer Energie half, den Anteil der Kohleverstromung in China im Mai 2024 auf [ein Rekordtief](#) von 53 Prozent zu drücken. Derzeit bleibt die Deckung des steigenden chinesischen Energiebedarfs aber noch auf Kohleverstromung angewiesen – dem zentralen Faktor für die immensen CO₂-Emissionen des Landes. Sowohl die natürlichen Schwankungen der Strommengen bei erneuerbaren Energien als auch ihr [verlustreicher Transport über weite Strecken](#) stellen Herausforderungen dar. Bis zur Klimaneutralität Chinas ist es also noch ein weiter Weg.

Das Beispiel von Ultrahochspannung zeigt jedoch, dass Chinas politische Elite es mit der grünen Wende ernst meint. Anfang der 2000er Jahre wurden erste Pilotprojekte zur großangelegten Nutzung von Solar- und Windkraft in Chinas wenig entwickeltem Westen, der gleichwohl reich an Wind und Sonne ist, errichtet. Die produzierte grüne Energie sollte zum einen dortige Regionen, in denen viele Haushalte noch immer ohne Stromversorgung auskommen mussten, elektrifizieren und dort für höheren Wohlstand sorgen. Zum anderen sollte der im Westen produzierte Strom den weit entfernten industrialisierten Südosten versorgen, dort werden etwa 70 Prozent des Stroms in China nachgefragt. Diese Situation ist jedoch problematisch: Die [angepeilten Produktionsstätten](#) liegen bis zu 3 000 Kilometer von ihren wichtigsten Verbrauchern entfernt. Über solche großen Distanzen ergibt Stromtransport aber keinen Sinn, die Verluste sind zu groß.

Daher wurden in China Pläne für ein neu zu entwickelndes landesweites Netz an Ultrahochspannungsleitungen entworfen. Denn der Energieverlust einer Ultrahochspannungsleitung mit 1 000 Kilovolt beträgt [nur ein Drittel](#) des Energieverlustes einer Höchstspannungsleitung mit 500 Kilovolt. Das beinahe dreimal höhere Übertragungsvermögen ermöglicht zudem eine größere Reichweite und benötigt auch weniger Platz. Nach [erfolgreichen Tests](#), an denen auch die europäischen Elektronikunternehmen ABB und Siemens [beteiligt waren](#), baut China seit 2015 eine Ultrahochspannungsleitung nach der anderen. Geht alles nach Plan, transportieren Ende des Jahres 2024 beinahe [52 000 Kilometer Ultrahochspannungsleitungen](#) auch erneuerbaren Strom aus abgelegenen Gebieten in die Verbraucherzentren im Osten.

Der Aufbau eines nationalen Ultrahochspannungsnetzes war dennoch eine waghalsige Idee. Anfang der 2000er Jahre gab es [weltweit nur sehr begrenzt kommerzielle Anwendungen](#). Die ehemalige Sowjetunion war in den 1970ern und 1980ern der Vorreiter in der Erforschung und Anwendung dieser Technologie. Auch die USA begannen in den 1970ern mit der Erforschung von Ultrahochspannungsleitungen und erarbeiteten Pläne für

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

deren Netzaufbau. Eine Umsetzung erfolgte allerdings nie. Mit dem anvisierten Ultrahochspannungsleitungsnetz von 1 000 Kilovolt betrat China technologisches Neuland, auch bei der Übertragungskapazität, aber vor allem der enormen Dimension.

Das Problem der geografischen Trennung von Erzeugungs- und Verbrauchsregionen kennt auch Deutschland.

Das Problem der geografischen Trennung von Erzeugungs- und Verbrauchsregionen kennt auch Deutschland: Offshore-Windkraftanlagen in der Nordsee generieren erneuerbaren Strom, doch der wichtigste Abnehmer ist die Industrie in Süddeutschland. Die Transportkapazität von Nord nach Süd ist jedoch unzureichend, mit der Folge, dass erhebliche Strommengen ungenutzt verpuffen. Laut [Bundesregierung](#) fehlen in Deutschland 18 000 Kilometer [Höchstspannungsnetz](#) mit 380 Kilovolt Wechselstrom. Neue „Stromautobahnen“ wie der „SuedOstLink“ und der „SuedLink“ sollen da Abhilfe schaffen und dazu beitragen, die Versorgung von mehreren Millionen Privathaushalten und Unternehmen in Süddeutschland zu sichern. Der SuedOstLink sollte bereits seit 2022 mit einer Leistungskapazität von 2 000 Megawatt auf einer Spannung von 525 Kilovolt erneuerbare Energie durch das Land transportieren. Seine Fertigstellung ist auf das Jahr 2027 verschoben, die des SuedLinks auf 2028.

Wie in anderen Bereichen der grünen Wende verfolgte China auch bei Ultrahochspannungsleitungen eine Politik, die gleich mehrere Entwicklungsziele anstrebt: Die Elektrifizierung rückständiger Regionen schafft zugleich Chancen für Unternehmen in der lokalen Solar- und Windkraftindustrie und legt die Grundlage für die Versorgung der Industriezentren mit grünem Strom. Der Bau eines Ultrahochspannungsnetzes wurde unter anderem bewilligt, um Innovationen der heimischen elektrischen Anlagenindustrie und ihre Skalierung anzutreiben. Die enormen staatlichen Aufträge in den nächsten Jahren kann sie nun mit heimischem Know-how und Personal bewältigen.

Wie in anderen Bereichen der grünen Wende verfolgte China auch bei Ultrahochspannungsleitungen eine Politik, die gleich mehrere Entwicklungsziele erreicht.

So wurde Chinas Anlagen- und Ausrüstungsindustrie auch im Bereich Ultrahochspannung fit für den globalen Wettbewerb. Das zeigt der Blick nach Chile: Dort soll die Höchstspannungs-Übertragungstechnologie chinesischer Energieunternehmen dafür sorgen, dass in der Atacama-Wüste im Norden erzeugter Solarstrom die 4 000 Kilometer entfernten Ballungszentren des Südens erreicht. 2020 schloss die Empresa CGE, Chiles wichtigster Stromverteiler, mit der State Grid Corporation of China eine Vereinbarung im Umfang von [über drei Milliarden US-Dollar ab](#).

Der Aufbau von Chinas Ultrahochspannungsnetz zeigt: Das Schwellenland China setzt auf einen grün-technologischen Umbau. Die Elektrifizierung wird auf allen Ebenen als Staatsaufgabe gesehen, die entsprechende Industriepolitik ist auf langfristige Entwicklungsziele ausgelegt. Gleichzeitig versucht das Land einen Spagat zwischen sozio-ökologischen Entwicklungszielen und kapitalistischen Methoden beziehungsweise Produktionsweisen. Das brachte für wirtschaftlich Benachteiligte „elektrischen Wohlstand“ und Jobchancen, mehr grünen Strom für Chinas Industrie und die Weltmarktfähigkeit ihrer Produkte als Nebeneffekt. Andererseits steht am Ende der staatlichen Förderung – wie auch bei Elektroautos – ein freier Markt mit brutaler Konkurrenz, den nur die technologisch fortschrittlichsten Unternehmen überleben. Mit negativen Folgen für die Beschäftigten.

Die chinesische Regierung plant somit für einen grünen Markt, aus dem sie sich zurückzieht, sobald die Innovations- und Produktionskapazitäten aufgebaut sind und Preise für Grüne

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Technologien unter die für fossile Technologien fallen. Umfassend schafft sie zugleich die öffentlichen Infrastrukturen wie Ladepunkte für E-Autos oder Ultrahochspannungsleitungen, die Grüne Technologien erst effizient nutzbar machen. Dem liegt die Einschätzung

zugrunde, dass es unwahrscheinlich ist, dass Unternehmen in Konkurrenz zueinander über die umfassenden Informationen verfügen und das Profitinteresse haben, die landesweiten Infrastrukturen aufzubauen, die die Anwendung von erneuerbaren Energien erfordern.

Für Europa bedeutet das: Es braucht einen umfassenden, langfristigen Plan, mit welchen konkreten Maßnahmen grüne Innovationen angereizt, Produktionskapazitäten aufgebaut und Nachfrage stimuliert werden kann. Eine neoprotektionistische Politik, die auf Strafzölle setzt und keine Anreize für die Entwicklung eines lokalen grünen Markts schafft, läuft Gefahr, letztlich bestehende fossil-basierte Geschäftsmodelle zu protegieren.



Lia Musitz

Lia Musitz ist Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt und wissenschaftliche Studienautorin mit dem Schwerpunkt auf Wirtschaft und Klimapolitik Chinas.



Timo Daum

Timo Daum ist Sachbuchautor und Gast der Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/globale-dominanz-7994/?utm_campaign=de_40_20241223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

**06) Die Eine-Million-Dollar-Frage. Welche Ideologie vertritt Donald Trump?
Seine Weltanschauung verbindet verschiedene Strömungen – und wird**

Amerikas Rolle in der Welt prägen

Von Branko Milanović

Nordamerika 19.12.2024



Benz, goldene Sneakers und andere Devotionalien: Wofür außer Reichtum steht Donald Trump?- *picture alliance/Zumapress/Jen Golbeck*

Hat Donald J. Trump eine Weltanschauung – und wenn ja, welche? Die erste Frage ist überflüssig: Jeder Mensch hat eine Weltanschauung. Selbst wenn wir glauben, jemandem fehle sie, liegt das oft daran, dass diese Weltanschauung aus unterschiedlichsten Elementen zusammengesetzt ist – Fragmente verschiedener Ideologien, die neu kombiniert wurden, sodass es schwerfällt, sie klar zu benennen. Doch das bedeutet nicht, dass keine Weltanschauung existiert.

Die zweite Frage ist die eigentliche „Eine-Million-Dollar-Frage“: Könnten wir Trumps Weltanschauung präzise entschlüsseln, wären wir womöglich in der Lage, vorherzusagen – oder zumindest zu erraten (bei seiner hohen Volatilität) –, wie die nächsten vier Jahre seiner Amtszeit aussehen könnten. Der Grund, warum die meisten Menschen keine Stringenz in Trumps Weltanschauung erkennen können, liegt darin, dass sie entweder durch Hass oder Verehrung verblendet sind, oder dass sie ihre Beobachtungen nicht wie gewohnt in einem ideologischen Rahmen verorten und benennen können.

Bevor ich versuche, diese Frage zu beantworten, lassen Sie mich zwei in meinen Augen völlig falsche Attribute kritisieren, die häufig zur Charakterisierung Trumps verwendet werden: „Faschist“ und „Populist“. Wenn der Begriff „Faschist“ lediglich als Beleidigung gemeint ist, mag das eine Sache sein – wir können ihn dann ruhig verwenden, denn solche Vorwürfe berühren die Debatte kaum. Aber wenn es um eine vernünftige Diskussion über Trumps Vorstellungen gehen soll, dann ist er falsch. Faschismus als Ideologie bedeutet erstens: ausschließenden Nationalismus; zweitens: Glorifizierung des Führers; drittens: Fokus auf der Staatsmacht, im Gegensatz zu Privatpersonen und privatem Unternehmertum; viertens: Ablehnung des Mehrparteiensystems; fünftens: korporatistische

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Regierungsform; sechstens: Ablösung der Klassenstruktur der Gesellschaft durch vereinheitlichenden Nationalismus und siebtens: eine nahezu religiöse Verehrung von

Partei, Staat und Führer. Es ist nicht notwendig, diese Punkte einzeln zu erörtern, um deutlich zu machen, dass sie kaum etwas mit dem zu tun haben, was Trump glaubt oder anstrebt.

Auch der Begriff „Populist“ ist in jüngster Zeit zu einem Schimpfwort verkommen. Trotz einiger (meiner Meinung nach wenig überzeugender) Versuche, ihn präzise zu definieren, wird er letztlich meist für Staatschefs verwendet, die zwar demokratische Wahlen gewinnen, dies jedoch mit Parteien tun, die „wir“ nicht mögen. Damit verliert der Begriff seine Bedeutung. Was also sind die wesentlichen Bestandteile von Trumps Weltanschauung, die wir während der vier Jahre seiner ersten Amtszeit erkennen konnten?

Die Biden-Administration hat Trumps Politik nicht nur übernommen, sondern sogar deutlich ausgebaut.

Erstens, *Merkantilismus*: Diese alte, historisch bedeutsame Lehre betrachtet alle wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Staaten, als ein Nullsummenspiel. Ursprünglich basierte sie auf der Vorstellung, dass Reichtum vor allem aus Gold und Silber besteht. Da die Menge an Gold und Silber begrenzt war, galten in dieser Logik jene Staaten und Staatschefs als die mächtigsten, die am meisten davon anhäufen konnten – unabhängig von allen anderen Waren.

Obwohl sich die Welt seit dem 17. Jahrhundert erheblich verändert hat, halten viele Menschen weiterhin an merkantilistischen Vorstellungen fest. Wer Handel als Krieg mit anderen Mitteln betrachtet und China als den größten Rivalen oder Feind der USA sieht, für den erscheint eine merkantilistische Politik gegenüber China als logische Reaktion. Als Trump 2017 diesen Kurs einschlug, war er noch weit entfernt vom politischen Mainstream. Doch inzwischen hat sich dieser Ansatz in der Mitte etabliert. Die Biden-Administration hat Trumps Politik nicht nur übernommen, sondern sogar deutlich ausgebaut. Es ist daher zu erwarten, dass Trump noch einen Schritt weiter gehen wird.

Merkantilisten wie Trump sind jedoch transaktional: Wenn China zustimmt, mehr zu kaufen und weniger zu verkaufen, wird er zufrieden sein. Anders als Biden wird Trump wohl nicht versuchen, das chinesische Regime zu untergraben oder zu stürzen. Obwohl viele das Gegenteil vermuten, bin ich der Ansicht, dass Trump letztlich gut für China sein könnte – vor allem, wenn man die Alternativen bedenkt.

Zweitens, *Profitorientierung*: Wie alle Republikaner glaubt auch Trump an die Stärke des privaten Unternehmertums. In seinen Augen wird der Privatsektor durch übermäßige Vorschriften, Regulierungen und Steuern unverhältnismäßig eingeschränkt. Trump selbst war ein Kapitalist, der – nach eigenen Aussagen – kaum Steuern gezahlt hat, was für ihn schlicht den Beweis darstellt, dass er ein guter Unternehmer sei. Doch für andere, vor allem kleinere Unternehmer, sollen Vorschriften vereinfacht oder abgeschafft und Steuern gesenkt werden. Unternehmer schaffen Arbeitsplätze; die übrigen, so ließe es sich mit Ayn Rands Worten ausdrücken, sind „Schmarotzer“.

Wie alle Republikaner glaubt auch Trump an die Stärke des privaten Unternehmertums.

Trump verkündet hier nichts Neues. Diese Lehre ist altbekannt und wurde bereits seit der Ära Ronald Reagans propagiert, später sogar von Bill Clinton übernommen. Trump mag

lauter und unverblümt die Senkung von Kapitalsteuern fordern, doch im Kern unterscheidet sich sein Ansatz kaum von dem seiner Vorgänger George Bush Senior, Bill Clinton und George Bush Junior. Auch Alan Greenspan, die Ikone des Liberalismus, vertrat diesen Glauben zutiefst.

Drittens, *Anti-Einwanderungs-„Nationalismus“*: Dieser Aspekt ist tatsächlich schwer zu greifen. Der Begriff „nationalistisch“ passt nicht recht zu amerikanischen Politikerinnen und Politikern, weil wir Nationalismus oft im Kontext der europäischen oder asiatischen Ausschlussmechanismen verstehen. Wenn wir beispielsweise über japanischen Nationalismus sprechen, gehen wir davon aus, dass seine Vertreter Menschen nicht-japanischer Ethnien von politischer Mitbestimmung ausschließen oder sie aus dem Land vertreiben möchten – oder beides. Ähnliches gilt für den serbischen, estnischen, französischen oder spanischen Nationalismus.

Der amerikanische Nationalismus hingegen kann sich aufgrund der enormen ethnischen und kulturellen Vielfalt der USA weder auf Abstammung noch auf ethnische Zugehörigkeit stützen. Stattdessen hat sich der Begriff „weißer Nationalismus“ etabliert, ein Ausdruck, der Hautfarbe und ethnische Identität miteinander verknüpft. Doch Trumps „Nationalismus“ ist meines Erachtens weder von *race* noch von ethnischer Zugehörigkeit geprägt, sondern von der Ablehnung neuer Zuwanderung.

In seiner Grundstruktur unterscheidet sich Trumps Haltung kaum von der Einwanderungspolitik, wie sie mittlerweile im Kern der sozialdemokratischen Welt praktiziert wird – in nordischen und nordwesteuropäischen Staaten wie Schweden, den Niederlanden, Finnland und Dänemark. Rechte Parteien in diesen Ländern argumentieren, wie der niederländische Politiker Geert Wilders es einst formulierte, dass ihre Länder „voll“ seien und keine weiteren Einwandernden aufnehmen könnten. Trumps Position erscheint lediglich deshalb ungewöhnlich, weil die USA objektiv betrachtet unter keinen Umständen als „voll“ bezeichnet werden können: Dort leben gerade einmal 38 Menschen pro Quadratkilometer, während es in den Niederlanden 520 sind.

Viertens, *ein Land für sich*: Wenn man Merkantilismus mit der Ablehnung von Zuwanderung verbindet, ergibt sich ein klares Bild davon, wie die US-Außenpolitik unter Trump aussehen könnte: eine Politik des nationalistischen Antiimperialismus. Diese Begriffe verdienen eine genauere Betrachtung, da ihre Verbindung ungewöhnlich ist – insbesondere für eine Großmacht. Normalerweise geht man davon aus, dass große, nationalistische und merkantilistische Staaten auch imperialistisch agieren. Doch Trump widersetzt sich dieser gängigen Annahme. Er knüpft an die außenpolitische Haltung der amerikanischen Gründerväter an, die „ausländische Verwicklungen“ verabscheuten.

In Übereinstimmung mit seinen merkantilistischen Grundsätzen wird Trump die Verbündeten der USA weitaus stärker zur Kasse bitten.

In ihren Augen – und in seinen – sind die Vereinigten Staaten ein mächtiges und wohlhabendes Land, das seine eigenen Interessen vertritt, ohne sich als „unverzichtbare Nation“ im Sinne von Madeleine Albright zu begreifen. Die Rolle der USA besteht weder darin, jede Fehlentwicklung in der Welt zu korrigieren (in optimistischer oder eigennütziger Auslegung dieser Lehre), noch darin, ihr Geld an Menschen und Angelegenheiten zu verschwenden, die keinen Bezug zu ihren nationalen Interessen haben (in realistisch-pragmatischer Auslegung derselben Lehre).

Warum Trump den Imperialismus ablehnt, der seit 1945 in beiden großen US-Parteien zur gängigen Praxis geworden ist, lässt sich nicht eindeutig sagen. Es scheint jedoch, dass er

instinktiv den Werten der Gründerväter folgt – ebenso wie denen von Politikern wie Robert Taft, dem republikanischen Widersacher Franklin D. Roosevelts. Taft glaubte an die wirtschaftliche Stärke der USA, sah jedoch keinen Grund, diese in eine politische Vorherrschaft über die gesamte Welt zu verwandeln.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Trump die US-Hegemonie aufgeben wird – die NATO wird nicht aufgelöst werden. Wie Thukydides schrieb: „Aus ihr [der Herrschaft] zurückzutreten, steht euch auch nicht mehr frei, falls einer in der Angst der Stunde sogar so tugendhaft und friedfertig werden wollte; denn die Herrschaft, die ihr übt, ist schon jetzt Tyrannis; sie aufzurichten, mag ungerecht sein, sie aufzugeben, ist gefährlich.“

Doch in Übereinstimmung mit seinen merkantilistischen Grundsätzen wird Trump die Verbündeten der USA weitaus stärker zur Kasse bitten. Der Schutz der USA wird, ähnlich wie einst im antiken Athen unter Perikles, nicht mehr kostenlos gewährt. Es lohnt sich zu erinnern: Die prächtige Akropolis, die wir heute bewundern, wurde mit Gold errichtet, das Athen seinen Verbündeten abgenommen hatte.

Dieser Artikel wurde zuerst auf [Branko Milanovićs Substack](#) sowie bei Social Europe veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Branko Milanović, New York City

Branko Milanović ist ein serbisch-US-amerikanischer Ökonom. Als Experte für Entwicklung und Ungleichheit ist er derzeit Gastprofessor am Graduiertenzentrum der *City University* in New York und angegliederter Seniorforscher der *Luxemburg Income Study*. Zuvor war er als Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/die-eine-million-dollar-frage-7992/?utm_campaign=de_40_20241219&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) „Eine Atmosphäre der Angst“. UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan über Angriffe auf Journalisten, beschränkte Meinungsfreiheit in Demokratien und Gefahren durch Desinformation
Interview

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

Interviews 19.12.2024



Montaser al-Sawaf, ein freiberuflicher Kameramann für Anadolu, wurde im Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff in Gaza getötet. -*picture alliance/Anadolu/Social Media*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Welche weltweiten Entwicklungen bedrohen die freie Meinungsäußerung gegenwärtig am meisten?

Die derzeit größte Bedrohung für die Meinungsfreiheit ist der Rückfall in undemokratische Strukturen. Autoritäre Staaten mit ihrer totalitären Einstellung zensurieren und unterdrücken schon immer systematisch abweichende Meinungen. Was heute jedoch besonders alarmierend ist, ist die Tatsache, dass selbst gut etablierte Demokratien damit beginnen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Sichtbar wird dies an den restriktiven Maßnahmen, die sich gegen die Presse- und Medienfreiheit richten, sowie an der Zunahme von Angriffen auf Journalisten und Journalistinnen. Diese Entwicklungen sind äußerst besorgniserregend, da die Medienfreiheit nicht nur eine Säule der Demokratie, sondern auch ein grundlegendes Menschenrecht ist.

Wie stehen Sie zu der Debatte über Meinungsfreiheit in den westlichen Demokratien?

In den westlichen Demokratien, und in Demokratien ganz allgemein, ist immer häufiger eine Polarisierung von Standpunkten zu beobachten, was für diejenigen, die eine andere Meinung vertreten als die Mehrheit, eine Atmosphäre der Angst schafft. Wenn es auch nicht überall eine gesetzliche Zensur gibt, so führt gesellschaftliche Ächtung und informeller Druck doch häufig zu einer Art Selbstzensur. Und genau das engt den Raum für freie Meinungsäußerung ein.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Zudem gibt es auch ohne körperliche Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten subtile, aber doch bedeutsame Arten und Weisen, die Medienfreiheit zu unterdrücken. Einige demokratische Staaten ergreifen Maßnahmen, die den Medienraum einschränken und ihm die Vielfalt nehmen. Ungarn ist hier ein Paradebeispiel: Die Medien sind zwar formal frei, doch größtenteils unter der Kontrolle der Regierungspartei. Unabhängiger Journalismus existiert im Grunde nur noch online. Außerhalb der städtischen Zentren wie Budapest haben die Menschen nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu vielseitigen und kritischen Informationen. Das ist insofern besonders besorgniserregend, als Ungarn ein Mitglied der Europäischen Union ist.

Die sozialen Medien ermöglichen einerseits mehr freie Meinungsäußerung, erleichtern andererseits aber auch die Verbreitung von Desinformation. Wie sollte die internationale Gemeinschaft mit diesem Spannungsfeld umgehen?

Als die sozialen Medien aufkamen, sah man sie anfangs als Instrument der Demokratisierung, weil sie es Einzelpersonen ermöglichten, ihre Standpunkte darzulegen, ohne auf den Zugang zu großen Medien angewiesen zu sein. Doch mit der Zeit haben sie auch zur Verbreitung von Desinformation, Fehlinformation, Hassrede und anderen Formen der Informationsmanipulation beigetragen. Nach dem Völkerrecht darf Information nur dann eingeschränkt werden, wenn die Rechte und der Ruf anderer, die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder Gesundheit bedroht sind. Hassrede ist zu verbieten. Aber Unwahrheit allein ist kein ausreichender Grund, die Redefreiheit zu beschneiden. Denn der schmale Grat zwischen Wahrheit und Lüge ist häufig subjektiv und daher anfällig für Missbrauch. Deshalb ist es auch so problematisch, Desinformation zu definieren.

Regierungen machen häufig falschen Gebrauch vom Etikett der Desinformation.

Regierungen machen häufig falschen Gebrauch vom Etikett der Desinformation, um Kritik an sich selbst zu unterdrücken. Das unterminiert das öffentliche Vertrauen in die Regierung. Die Zensur falscher oder manipulierter Informationen ändert nicht zwangsläufig die Überzeugungen derjenigen, die sie verbreiten oder aufnehmen. So ein Schritt kann aber dazu führen, dass Verschwörungstheorien in den Untergrund gedrängt werden und es noch schwieriger wird, ihnen entgegenzuwirken. Effektivere Strategien gegen Desinformationen sind die Überprüfung von Fakten und die Förderung vertrauenswürdiger und vielfältiger Informationsquellen. Die Regierungen müssen aufhören, selbst Unwahrheiten zu verbreiten, und stattdessen proaktiv korrekte Informationen bereitstellen. Unabdingbar ist auch eine Förderung der Medienkompetenz, um die Öffentlichkeit zu befähigen, zwischen glaubwürdigen Quellen und manipulierten Narrativen zu unterscheiden. Auf diese Weise verlagert sich der Fokus von der Zensur zum Aufbau von Vertrauen in die Informationsökosysteme.

Schädigende Information und Desinformation sind wirklich sehr vage Begriffe. Wer überprüft die Faktenchecker und wer entscheidet, was Desinformation ist? Die Regierung? Die Medienplattformen?

Entscheidend ist nicht, spezifische Inhalte als Desinformation zu kategorisieren oder zu definieren, sondern vielmehr ein gesundes Informationsökosystem aufzubauen. Das heißt, verschiedene Sichtweisen zu fördern, die Existenz von freien und professionellen Medien sicherzustellen und eine Vielfalt an unabhängigen Medien zu unterstützen. Der Faktencheck sollte sich organisch aus der Verfügbarkeit unterschiedlicher Sichtweisen ergeben und nicht als Reaktion darauf, dass eine Sichtweise als falsch bezeichnet wird.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die notwendige Medienkompetenz vorausgesetzt, können Menschen anhand verschiedener Sichtweisen vertrauenswürdige Quellen erkennen und zwischen glaubwürdigen Informationen und unglaubwürdigen Behauptungen unterscheiden. Das oberste Ziel sollte darin bestehen, öffentliches Vertrauen in die Informationslandschaft aufzubauen, statt sich reaktiv um die Bekämpfung von Desinformation zu bemühen.

Sie verfolgen weltweit verschiedene Situationen. Welche Regionen sind gegenwärtig in Bezug auf Einschränkungen der Meinungsfreiheit am meisten gefährdet?

Fast jede Region steht vor Herausforderungen in Bezug auf die freie Meinungsäußerung. In autoritären Staaten wie China, Russland, Kuba, Venezuela und dem Iran gibt es überhaupt keine unabhängigen Medien. Das Problem beschränkt sich jedoch nicht nur auf diese Regime. Wie schon erwähnt, gibt es mit Ungarn sogar innerhalb der EU ein Beispiel dafür, wie Desinformation und Medienkontrolle die Pressefreiheit aushöhlen können. Auch demokratische Staaten wie Singapur und Indien schränken immer häufiger den unabhängigen, im öffentlichen Interesse ausgeübten Journalismus ein.

Das ist ein weltweites Problem mit weitreichenden Folgen. Es untergräbt die Demokratie und das öffentliche Vertrauen in Informationen, erstickt Innovationen und behindert die Entwicklung. Wird diesen Tendenzen nicht schnell entgegengewirkt, stellen sie eine erhebliche Bedrohung für das globale Informationsökosystem und die demokratischen Werte dar.

Überall in der Welt nehmen Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten zu. Welche konkreten Maßnahmen können Staaten und die Zivilgesellschaft ergreifen, um die Sicherheit von Medienschaffenden zu gewährleisten?

Die oberste Verantwortung der Staaten besteht darin, die Medienschaffenden zu schützen und sie nicht als Widersacher zu behandeln. Journalisten suchen nach der Wahrheit und ihre Sicherheit ist von entscheidender Bedeutung für die Demokratie. Und doch ist die Straffreiheit bei Verbrechen gegen Journalisten nach wie vor ein großes Problem: Die UNESCO berichtet, dass fast neun von zehn Fällen von Morden an Journalisten unaufgeklärt bleiben. Das sendet ein gefährliches Signal aus: Journalisten können offenbar ohne große Konsequenzen zum Schweigen gebracht werden. Auch juristische Schikane nimmt zu, wobei Antiterrorgesetze missbraucht werden, um gegen Journalisten und andere Medienschaffende vorzugehen, wie es in China mit dem Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong im Fall von Jimmy Lai deutlich wurde. Eine weitere Taktik sind strategische Verleumdungsklagen, bei denen es nicht darum geht, sie zu gewinnen, sondern darum, Journalisten durch finanziellen und psychischen Druck zum Schweigen zu bringen.

Geschlechtsspezifische Gewalt und Hetzkampagnen sind im Internet weit verbreitet.

Auch im digitalen Bereich nehmen die Bedrohungen zu. Geschlechtsspezifische Gewalt und Hetzkampagnen sind im Internet weit verbreitet – vor allem gegen Journalistinnen. Dazu kommt, dass der Mangel an Medienvielfalt diese Probleme verschärft. In vielen Ländern herrschen Medienmonopole, was die Pluralität unterminiert. Eine weitere Bedrohung für die Pressefreiheit ist die finanzielle Instabilität im traditionellen Mediensektor, die durch sinkende Werbeeinnahmen aufgrund der digitalen Medien verschlimmert wird. Um die Sicherheit der Medienschaffenden zu verbessern, müssen die Staaten der Straflosigkeit ein Ende bereiten, die juristischen Schikanen unterbinden und ein unterstützendes Medienumfeld schaffen, wobei die Medien verschiedene Eigentümer haben müssen. Die

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Zivilgesellschaft muss sich für Rechenschaftspflicht, auf Fakten basierende Berichterstattung und bessere Schutzmechanismen – sowohl online als auch offline – für Journalisten einsetzen.

Sie haben kürzlich auf die Journalistinnen und Journalisten im Gazastreifen und im Libanon aufmerksam gemacht. Wie schlimm ist die Situation dort?

Die UN-Aufzeichnungen aus über 30 Jahren zeigen, dass der Gazastreifen den traurigen Rekord hält, mit der höchsten Zahl an Opfern der tödlichste Konflikt für Medienschaffende und Journalisten zu sein. Der Tod vieler Journalisten ist auf die Heftigkeit des Krieges zurückzuführen, aber es gab auch gezielte Tötungen. Unter dem Humanitären Völkerrecht gelten Journalisten als Zivilpersonen und haben Anspruch auf Schutz. Die gezielte Ermordung von Journalisten ist ein Kriegsverbrechen. Und doch wurden und werden sie im Gazastreifen vorsätzlich getötet. Das Problem wird nur gelöst, wenn gegen die Straflosigkeit vorgegangen wird und die für die Tötung Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. In den meisten Fällen bedeutet das, Israel zur Rechenschaft zu ziehen.

In Israels Umgang mit Journalisten im Gazastreifen, im Westjordanland und auch innerhalb der eigenen Grenzen spiegelt sich das beunruhigende Muster wider, die Berichterstattung über Kriegsverbrechen unterbinden zu wollen. Maßnahmen wie die Tötung oder Inhaftierung von Journalisten, das Verbot des Nachrichtensenders *Al Jazeera*, die Weigerung, internationale Journalisten in den Gazastreifen zu lassen, und der Druck auf unabhängige israelische Medien wie *Haaretz* behindern seit langem die kritische Berichterstattung und schränken den Medienraum ein. Das ist äußerst beunruhigend. Da Israel es versäumt hat und immer noch versäumt, die Ermordung von Journalisten in den besetzten Palästinensergebieten zu untersuchen, sollte eine unabhängige internationale Untersuchung eingeleitet werden.

Journalisten spielen in Konfliktgebieten eine unabdingbare Rolle. Ohne ihre Berichterstattung würde es der Welt an kritischen Einblicken in die Realitäten vor Ort fehlen. Friedensbemühungen im Gazastreifen kommen ohne präzise Informationen über die Situation nicht voran. Journalisten sind nicht nur Zivilpersonen unter dem Völkerrecht, sondern gehören in vielerlei Hinsicht zu den wesentlichen Arbeitskräften. Wie Krankenwagenfahrer bewegen sie sich auf die Gefahr zu und nicht von ihr weg. Deshalb steht ihnen nicht nur derselbe Schutz wie anderen Zivilpersonen zu, sondern ein weitaus größerer, um sicherzustellen, dass sie ihre wichtige Rolle als Lieferanten von Informationen für die Welt weiter ausüben können.

Sehen Sie irgendwo in der Welt auch positive Entwicklungen in Bezug auf die Meinungsfreiheit?

Ja, es gibt positive Entwicklungen. Das ist der Grund, warum ich hier in Berlin bin – die Verleihung des FES-Menschenrechtspreises. Er geht [dieses Jahr an die PCIN](#), ein journalistisches Netzwerk aus Nicaragua, das ein sehr gutes Beispiel für eine solche Entwicklung ist. Obwohl die unabhängigen Medien in Nicaragua vom Ortega-Regime fast vollständig zunichtegemacht wurden, haben Journalisten mit der Schaffung ihres Netzwerks zur Unterstützung ihrer Kolleginnen und Kollegen im Exil eine bemerkenswerte Solidarität an den Tag gelegt. Das zeigt, dass Menschen selbst unter den härtesten Bedingungen Wege finden, ihre Meinungsfreiheit zu stärken.

Bei Meinungsfreiheit geht es nicht nur um Medienfreiheit; sie ist ein Grundrecht, das viele andere Rechte unterstützt. Dazu gehört das Recht auf Information, das wesentlich ist für Bildung, wissenschaftlichen Fortschritt, Innovation, Demokratie und nicht zuletzt auch für

die Friedenssicherung. An der Basis hat die freie Meinungsäußerung Randgruppen Macht verliehen, darunter auch Frauen und indigenen Völkern. Zwar haben Desinformationen in den sozialen Medien negative Auswirkungen, aber die digitalen Tools haben auch in abgelegenen Regionen lebende Menschen zusammengebracht und es ihnen ermöglicht, sich zu organisieren und durch Proteste sowie soziale und Jugendbewegungen bedeutsame Veränderungen zu bewirken. Diese Formen des Aktivismus sind entscheidend für den Aufbau einer besseren Welt und wären ohne freie Meinungsäußerung nicht möglich. Ja, es gibt Hindernisse und negative Entwicklungen, die von Kräften vorangetrieben werden, die den Raum für Meinungsfreiheit einschränken wollen. Der Widerstand ist jedoch groß. Die Menschen setzen sich weiterhin zur Wehr und diese Widerstandsfähigkeit ist ein starker Grund, sich Hoffnungen zu machen.



Irene Khan, Genf

Irene Khan ist UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit im *Büro des Hochkommissars für Menschenrechte* (OHCHR). Von 2001 bis 2009 war sie die erste weibliche Generalsekretärin von *Amnesty International* und sie hat die erste globale Kampagne zum Thema „Stoppt die Gewalt gegen Frauen“ ins Leben gerufen

<https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/eine-atmosphaere-der-angst-7971/>

08) Vergessene Helden. Enttäuschte Erwartungen und unerfüllte Versprechen: Pflegekräfte kämpfen nach der Pandemie weiter mit Überlastung und schlechten Arbeitsbedingungen

Von Christy Hoffman

Demokratie und Gesellschaft 19.12.2024



Alle Jahre wieder: Notstand in der Pflege.- *picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Jens Büttner*

Vor fast fünf Jahren, als die Welt mit einer Jahrhundert-Pandemie kämpfte, standen die Pflegekräfte an vorderster Front und riskierten für andere ihre Gesundheit und häufig auch ihr Leben. Die Szenen haben sich in unser kollektives Gedächtnis eingeprägt: erschöpfte Krankenschwestern, die in den Fluren zusammenbrachen, Mitarbeitende des öffentlichen Gesundheitswesens, die den Schwächsten zur Seite standen, und Pflegepersonal in Altenheimen, die den alten Menschen die Hand hielten, deren Angehörige sie nicht besuchen durften. In jenen dunklen Tagen wurden diese Pflegekräfte als Heldinnen und Helden gefeiert – [mit Applaus von den Balkonen](#), [mit Lob von der Politik](#) und [mit Meldungen auf den Titelseiten der Zeitungen](#). Aber heute, am ersten des von den [Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tages der Pflege und Betreuung](#), muss die Frage gestellt werden: Was wurde aus den Versprechen, die den Pflegekräften gemacht wurden?

Auf dem Höhepunkt der Covid-19-Pandemie stellte man fast überall auf der Welt fest, dass die Gesundheits- und [Pflegesysteme](#) am Ende waren. Weltweit sprachen die Regierungen von der Notwendigkeit, „sich um die Pflegekräfte zu kümmern“, und gelobten, die schon seit langem bestehenden chronischen Probleme in dem Sektor anzugehen. Zu den Versprechungen gehörten bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung, ein guter Personalschlüssel und die Verpflichtung, Gewalt und Belästigung zu beseitigen, insbesondere geschlechterspezifische Gewalt und Belästigung. Aber sobald die unmittelbare Bedrohung durch die Pandemie nachließ, schien auch die Dringlichkeit nachzulassen, diese Versprechen umzusetzen. Was als Kampfparole für Veränderungen begann, endete für viele Pflegekräfte in einer großen Enttäuschung.

Heute sind die Pflegekräfte wieder unsichtbar und ihre Kämpfe werden längst von anderen Schlagzeilen verdrängt. Viele von ihnen arbeiten weiterhin an Arbeitsplätzen, die auf gefährliche Weise personell unterbesetzt sind, und haben lange Arbeitstage ohne jegliche Unterstützung. In den USA arbeiten die meisten [häuslichen Pflegekräfte](#), die dazu beitragen, dass ältere und behinderte Menschen in Würde leben können, weiterhin zu einem Hungerlohn, ohne Sozialleistungen und festgelegte Arbeitszeiten. In Europa sind die Pflegehilfskräfte überlastet und unterbewertet. Aus einer [kürzlich von der UNI durchgeführten Umfrage](#) geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Befragten darüber nachdenkt, den Beruf aufgrund unhaltbarer Arbeitsbedingungen aufzugeben. In Ländern wie den Philippinen, Nepal und Indien werden die Menschen, die im Gesundheitswesen der Gemeinden tätig sind und der medizinisch unterversorgten Bevölkerung wichtige Dienste leisten, nach wie vor wie informelle Arbeitskräfte behandelt – ohne die Sicherheiten, die mit einem formalen Beschäftigungsverhältnis einhergehen.

Wenn die Bedürfnisse der Pflegekräfte ignoriert werden, wird das gesamte Gesundheits- und Altenpflegesystem untergraben.

Die Kosten der Untätigkeit sind für beide Seiten – für die Pflegenden und die zu pflegenden Menschen – gleichermaßen katastrophal. Wenn die Bedürfnisse der Pflegekräfte ignoriert werden, wird das gesamte Gesundheits- und Altenpflegesystem untergraben. [Wenn das Pflegepersonal ausgebrannt ist, verschlechtert sich die Qualität der Pflege](#); und ständiger Personalmangel könnte dazu führen, dass wesentliche Gesundheits- und Pflegedienste für alte Menschen nicht mehr aufrechterhalten werden können. Jede Familie mit einem pflegebedürftigen Angehörigen bekommt die Auswirkungen dieser Vernachlässigung zu spüren. Regierungen und Arbeitgeber müssen handeln – nicht mit Applaus, sondern mit sinnvollen Reformen, die den Bedürfnissen der Pflegekräfte entsprechen.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass alle in der Pflege Arbeitenden feste Arbeitsverträge bekommen, um nicht länger in prekären Arbeitsverhältnissen ohne Sozialleistungen und Jobgarantien tätig zu sein. Zum Schutz der Pflegenden und der zu pflegenden Menschen

muss eine ausreichende Personaldecke obligatorisch werden. Um gegen Belästigungen und geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen, sind reale Durchsetzungs- und Unterstützungssysteme erforderlich. Am wichtigsten aber ist, dass die Pflegekräfte das Recht bekommen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich für ihre Rechte einzusetzen, ohne Angst vor negativen Auswirkungen haben zu müssen. Wenn die Pflegekräfte gewerkschaftlich organisiert sind, haben sie die Macht, sowohl für sich als auch für die Menschen zu kämpfen, die sie pflegen.

Nach und nach ist zu sehen, dass die Gewerkschaften der Pflegekräfte trotz der Probleme in aller Welt tatsächlich Fortschritte bei der Umgestaltung des Sektors machen. In Pennsylvania gelang es der Gewerkschaft *SEIU Healthcare*, dass in Seniorenpflegeheimen [obligatorische Vorschriften für die Personalausstattung](#) eingeführt wurden – ein riesiger Schritt zum Schutz der in diesen Heimen arbeitenden und lebenden Menschen. In Chile konnte die Gewerkschaft FENASSAP für alle, die während der Pandemie arbeiteten, gesetzlich ein „[Recht auf Ruhe](#)“ durchsetzen, einen 14-tägigen Erholungsurlaub. In [Japan](#) ging aus einer Umfrage der Gewerkschaft *UA Zensen* hervor, dass 74,2 Prozent der Pflegekräfte Belästigungen am Arbeitsplatz erlebt hatten, was das japanische Gesundheitsministerium dazu veranlasste, ein Handbuch mit Gegenmaßnahmen gegen Belästigungen in Pflegeheimen herauszugeben und in jeder Präfektur einen Beratungsdienst einzurichten, um gegen diese Übergriffe vorzugehen.

Die genannten Beispiele zeigen, wie wichtig das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und gemeinsame Verhandlungen mit Arbeitgebern sind. Die Gewerkschaften sind von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Pflege, und sie stellen sicher, dass die während der Pandemie gemachten Versprechen auch eingehalten werden.

Wir brauchen einen globalen Weckruf.

Wir brauchen einen globalen Weckruf. Das Heldentum während der Pandemie war kein flüchtiger Moment, sondern ist die Realität der tagtäglichen Pflegearbeit. Unsere Gesellschaft ist auf diese Pflegekräfte angewiesen, die Gemeinschaften zusammenhalten, unsere Angehörigen pflegen und sicherstellen, dass alle in Würde leben können. Die Versprechen einzuhalten, die in den dunkelsten Tagen der Pandemie gemacht wurden, ist nicht nur eine Frage des Worthaltens, sondern es geht darum, robuste Gesundheitssysteme und -gemeinschaften aufzubauen, wie sie für die Zukunft gebraucht werden. Sich um diejenigen zu kümmern, die sich um uns kümmern, ist keine Möglichkeit, sondern eine ethische Pflicht.

Es ist höchste Zeit, dass Regierungen, Arbeitgeber und die Gesellschaft als Ganze aktiv werden – nicht mit noch mehr Applaus, sondern mit sinnvollen Veränderungen, für die die Pflegekräfte schon seit langem [kämpfen](#): Festanstellungen, ausreichende Personaldecke, Berufsausbildung, gewerkschaftliche Vertretung sowie Schutz vor Gewalt und Belästigung. Wir müssen schnell für die Pflegekräfte handeln, denn unsere Gemeinschaften sind nur so stark wie diejenigen, die sich um sie kümmern.

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Christy Hoffman, Nyon

Christy Hoffman ist Generalsekretärin von *UNI Global Union*, der internationalen Gewerkschaftsföderation für den Dienstleistungssektor.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/vergessene-helden-7877/?utm_campaign=de_40_20241219&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Zeit für Gegenpressing. Der Aufstieg der Rechtspopulisten gefährdet die liberale Demokratie weltweit. Doch diese lässt sich nur im Vorwärtsgang verteidigen

Von Jonathan Menge

Demokratie und Gesellschaft 17.12.2024



Streiten über den richtigen Weg: Um wieder erfolgreich zu sein, müssen sozialdemokratische Parteien neue Antworten finden.- *picture-alliance/dpa/Holger Hollemann*

Kaum ein Tag vergeht, an dem Donald Trump nicht mit einer skurrilen Ernennung von Familienmitgliedern oder alten Weggefährten für hohe Posten Verwunderung auslöst. Ab Januar sollen diese Personen dann das mächtigste Land der Erde regieren. Einen Monat nach seinem Wahlsieg stehen viele Progressive, denen die liberale Demokratie am Herzen liegt, noch immer fassungslos da: Wie konnte Donald Trump überhaupt diese Wahl gewinnen? Nach all dem Chaos seiner ersten Amtszeit und nachdem sein am längsten dienender Stabschef den ehemaligen Präsidenten öffentlich als Faschisten bezeichnet hatte?

Seite E 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Fast überall konnten die Trump-Republikaner gegenüber 2020 erhebliche Gewinne erzielen, selbst in den größten Hochburgen der Demokraten. Das Ergebnis ist in vielerlei Hinsicht dramatisch und wird gravierende Folgen haben – nicht nur für die USA. Aus dieser Wahl müssen Lehren gezogen werden. Eine davon dürfte sein: Die liberale Demokratie lässt sich nur [im Vorwärtsgang verteidigen](#).

Jenseits des offensichtlichen Personaldesasters – dem sturen Festhalten Joe Bidens an der Macht und der Ermangelung eines demokratischen Prozesses der Kandidatenkür – wird immer deutlicher, dass die Demokraten es kaum geschafft haben, inhaltlich zu punkten. Wie 2020 und bei den Midterms 2022 führten sie insbesondere einen Wahlkampf *gegen* Donald Trump. Der Erfolg blieb jedoch dieses Mal aus.

Zu Beginn ihrer Kandidatur profitierte Kamala Harris von der Erleichterung darüber, dass der unbeliebte und sehr alte Joe Biden doch noch zum Ausstieg bewegt werden konnte. Es gelang ihr, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Doch dann setzte das Team Harris immer stärker darauf, die Wähler von sich als Verteidigungslinie gegen Trump und die MAGA-Bewegung zu überzeugen. Nicht zu Unrecht: Trump hat nicht viel übrig für die altherwürdigen Institutionen der US-Demokratie und wird versuchen, sie seinem Willen zu beugen – auch wenn er sich dabei selbst, wie andere Populisten, als „wahren“ Demokraten versteht. Bei der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler verfangen die Warnungen der Demokraten letztlich nicht. Ihre zentrale politische Strategie seit Trumps erstem Wahlsieg 2016 dürfte damit endgültig gescheitert sein.

Trump schaffte es vor allem mit den Themen Wirtschaft und Migration zu punkten.

Trump schaffte es vor allem mit den Themen Wirtschaft und Migration zu punkten – auch wenn seine Angebote eher Ressentiments als überzeugende Lösungen bieten. Auch wenn die Republikaner nahezu bei allen demografischen Wählergruppen hinzugewinnen konnten, angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten fand Trump offenbar bei Wählern ohne universitären Abschluss großen Anklang. [Insbesondere die „Arbeiter“ wendeten sich von den Demokraten ab](#) – zunächst seit 2016 vor allem die weiße Arbeiterschaft, 2024 auch in wachsendem Maße asiatische, schwarze und Latino-Wähler. Dabei gelang es Trump offenbar, über das Ressentiment hinaus, [ein Identitätsangebot](#) zu formulieren, von dem sich Menschen – insbesondere jüngere Männer – eine Aufwertung versprechen.

Trump konnte eine Leerstelle für einen (wachsenden) Teil der Wählerschaft besetzen, für den von progressiver Seite keine attraktiven Angebote formuliert werden. Oder wie es [Bernie Sanders](#) formulierte: „Trump hatte seine Vision. Sie war falsch. Sie war unehrlich. Sie war in viel Fällen rassistisch und sexistisch. Aus meiner Sicht hatten die Demokraten keine“. Es fehlte am *wofür*.

Aber natürlich haben es Mitte-links-Parteien auch ungleich schwerer als populistische Politikunternehmer. Sie werden daran gemessen, inwieweit sie ihren Worten Taten folgen lassen. Entsprechend muss die Antwort auf die populistische Herausforderung unter dem Strich für Mitte-links-Parteien immer in guter, handfester Politik bestehen. Auch wenn es schwieriger wird, die Mehrheiten und richtigen Partner für die Umsetzung zu finden. Die Antwort muss aber zugleich dringend über das Klein-Klein der politischen Machbarkeitslogik hinausgehen, die von den Wählerinnen und Wählern nicht als echter Fortschritt wahrgenommen wird. Nach wie vor braucht Politik eine größere Erzählung, eine Zukunftsvision, um zu überzeugen. Es braucht Mut zu neuen Antworten, um dem Populismus etwas entgegenzusetzen, auch wenn sie absehbar auf Widerstand stoßen werden.

Zwangsläufig stellt sich hier die Frage nach dem wirtschaftspolitischen Narrativ und der *Output*-Dimension der Demokratie. Im Wahlkampf der Demokraten in den USA musste man ein solches fast schon mit der Lupe suchen. Die Antworten auf die wirtschaftlichen Sorgen der Wähler blieben wenig überzeugend, während man vorrangig auf [Themen wie Abtreibung](#) setzte und auf die gute gesamtwirtschaftliche Lage verwies. Und tatsächlich war es der Biden-Administration gelungen, die ausufernde Inflation zurückzudrängen. Aber diese Fortschritte übersetzten sich offensichtlich nicht in ausreichenden Maßen in das alltägliche Leben der Menschen. Ein Problem, das quasi alle amtierenden Regierungen im Superwahljahr 2024 in Form eines Machtwechsels oder herber Verluste an den Wahlurnen zu spüren bekamen.

Progressive Parteien brauchen dringend eine neue Vision für die Zukunft der Demokratie.

Für die Zukunft wirbt Bernie Sanders – der aktuell eine prominente Rolle bei der Aufarbeitung der Wahlniederlage einnimmt – nun wieder für eine linkspopulistische Mobilisierung über die Ungleichheitsachse (*us vs. the super rich*), wie sie unter anderem auch schon von [Chantal Mouffe](#) skizziert wurde. Selbst wenn man Sanders eher skeptisch sehen mag: Es ist allzu deutlich, dass es für die Demokraten und andere sozialdemokratische Parteien in den nächsten Jahren darum gehen wird, neue Antworten zu finden, um die Deutungshoheit über Fragen der Identität der Arbeiterklasse zurückzugewinnen, die sich zunehmend rechtspopulistischen Kräften zuwendet. Auch [neuere wissenschaftliche Untersuchungen](#) in Deutschland weisen darauf hin, dass dies vor allem über gemeinsame Interessen als Arbeitnehmer und die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit funktionieren kann.

Der Wahlkampf und das Ergebnis in den USA haben aber noch etwas anderes gezeigt: Progressive Parteien brauchen dringend eine neue Vision für die Zukunft der Demokratie. Zumal – wie es etwa Astead Herndon, Analyst der *New York Times*, in einer [frühen Wahlnachlese](#) beschreibt: Wenn die Hälfte der Wähler nicht mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist, hat es ein Narrativ, das allein auf die Verteidigung der Demokratie gegen ihre Feinde setzt, zwangsläufig sehr schwer. Denn im Kern verspricht es die Sicherung des politischen Status quo, der von vielen abgelehnt wird – und zudem läuft es Gefahr, als Verteidigung von Privilegien einer politischen Elite gelesen zu werden.

Donald Trump dagegen versprach Zerstörung, aus der etwas Neues entstehen werde. So wurde Trump, ein sehr reicher alter weißer Mann, zum Protagonisten des Fortschritts. Verkehrte Welt: Die Progressiven beziehen eine konservative Position und überlassen dem Rechtspopulisten das Zukunftsnarrativ. Das Ergebnis sollte eine Warnung für alle sein, denen die liberale Demokratie am Herzen liegt – gerade in Zeiten der verhärteten Krisen und von zunehmender Ungleichheit. Zumal sich die grundlegenden Bedingungen in vielen westlichen Demokratien kaum unterscheiden. Studien zeigen, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen und das Funktionieren der Demokratie [hierzulande eher ab- als zunimmt](#). Auch wenn die Idee der Demokratie weltweit weiterhin hohe Zustimmungswerte genießt.

Sicher, hier geht es auch um die Output-Legitimität der Demokratie. Aber eine überzeugende Antwort wird nicht ohne eine positive Demokratieerzählung mit Gestaltungsanspruch auskommen, auch um den permanenten Demokratie-Krisenmodus zu verlassen. Für den deutschen Kontext lassen sich unter anderem in zwei Sachbüchern aus diesem Jahr Anhaltspunkte finden, wie dies gelingen könnte: Die Historikerin [Christina Morina \(*Tausend Aufbrüche*\)](#) und der Soziologe [Steffen Mau \(*Ungleich vereint*\)](#) zeigen, dass

Seite E 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

die Erwartungen an die Demokratie gerade in Ostdeutschland anders gelagert waren und sind als im alten Westen. Durch die Ausweitung des Systems der Bundesrepublik sind diese allerdings häufig enttäuscht worden.

Es gibt eine Erwartung nach stärker direktdemokratischer Beteiligung.

Es gibt eine Erwartung nach stärker direktdemokratischer Beteiligung, die aktuell wohl am prominentesten in Form von Bürgerräten diskutiert wird. Aber es gibt durchaus auch eine [Reihe von anderen demokratischen Innovationen](#), die jeweils Unterschiedliches leisten können. Hier geht es um die *Input*-Dimension der Demokratie und darum, eine neue Selbstwirksamkeit in demokratischen Prozessen zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen solche Prozesse aber auch tatsächliche Wirksamkeit entfalten, und sie können dazu beitragen, eine stärkere Rückbindung von Politik-Ergebnissen an lebensweltliche Realitäten herzustellen.

Grundsätzlich spricht nichts dagegen, unsere etablierten Institutionen der repräsentativen Demokratie durch solche Ansätze oder auch andere zu ergänzen. Über das Wie kann man berechtigterweise ringen. Insbesondere, wenn es darum geht, diese Prozesse so zu gestalten, dass sie gerechtigkeitsfördernde Ergebnisse erzielen. Aber neue partizipative Elemente können ein wichtiger Teil des Angebots sein, das man an diejenigen formuliert, die sich von den Institutionen und Verfahren unserer Demokratie enttäuscht zeigen. Insbesondere in Zeiten, in denen die Bereitschaft, sich in Parteien zu engagieren, nachlässt, können sie ein wichtiges Element zur Stärkung der Demokratie sein. Demokratie ist und bleibt ein Prozess, und wir müssen offen in der Frage bleiben, wie wir unsere Demokratie weiterentwickeln und verbessern können. Hier gilt es für die Soziale Demokratie Antworten zu geben und damit endlich ins Gegenpressing zu kommen.



Jonathan Menge, Berlin

Jonathan Menge ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er das FES-Büro in Nepal und koordinierte die Arbeit zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in der Region Asien und Pazifik.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/zeit-fuer-gegenpressing-7990/?utm_campaign=de_40_20241217&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) Plötzlich allein. Die Ära der globalen US-Dominanz ist vorbei. Auf die Treue ihrer Bündnispartner kann sich die Supermacht unter Trump nicht länger verlassen.

Der Trump-Effekt: US-Bündnispartner orientieren sich um

Von Sarang Shidore

02.12.2024



Kann man diesem Mann trauen? -*picture alliance / Everett Collection | ©20thCentFox/Courtesy*

Das atemberaubende Comeback von Donald Trump als Präsident hat die Verbündeten der USA ordentlich durcheinandergewirbelt. Hinter ihren besonnenen Glückwunschadressen spürt man deutlich die Angst, Washington könnte sie bald nur noch wie austauschbare Schachfiguren auf dem globalen Spielbrett behandeln. Das wäre in der Tat ein bedeutender Umbruch. In der Amtszeit von Präsident Joe Biden hatten die Vereinigten Staaten große Mittel zur Verstärkung ihrer Bündnisse und Partnerschaften eingesetzt, um der verschärften Konkurrenz mit China und Russlands Invasion in der Ukraine zu begegnen.

Vieles spricht dafür, dass ihnen das gelungen ist. Die von den USA geführte NATO hat energisch alle Kräfte gegen Russland gebündelt. Der Handelskrieg der USA gegen China findet inzwischen ein [Echo in Europa](#). Indem [Japan die Verteidigungsausgaben verdoppelt](#), sich dem [Sanktionsregime gegen Russland angeschlossen](#) und seine [Beziehungen zu Südkorea](#) gestärkt hat, ist es den USA näher gerückt. Die Philippinen beginnen nach einer Zeit der Entfremdung, eine gemeinsame Front gegen China zu schmieden. Indien bleibt nach wie vor ein enger Partner. „Wir sind stärker denn je“, konnte sich Joe Biden bei der 75-Jahre-Feier der NATO in diesem Sommer voller Überzeugung rühmen.

Die Verbündeten und Partner der USA versuchen, sich nach allen Seiten abzusichern.

Doch bei näherer Betrachtung bemerkt man auch einen anderen Trend hinter den Kulissen. Die Verbündeten und Partner der USA versuchen nämlich, sich nach allen Seiten abzusichern, und weitere Abkommen mit Ländern außerhalb des westlichen Einflussbereichs zu schließen. Diese am stärksten im Globalen Süden sichtbare Entwicklung wurde weniger von einzelnen Staatschefs als von der Struktur des internationalen Systems selbst befördert. In einer Welt, die immer stärker von vielfachen

Bündnissen und Transaktionalismus bestimmt ist, können sich die USA nicht länger auf die Loyalität ihrer Freunde verlassen. Diese Entwicklung ist längst im Gange, und sie hat [nur wenig mit Trump](#) zu tun.

Bereits seit einigen Jahren sind mit der Türkei und Thailand zwei Schwellenländer von ihrem großen Bündnispartner abgerückt und bewegen sich fortan im Dreieck zwischen den USA und deren Rivalen. Das langjährige NATO-Mitglied Türkei war im syrischen Bürgerkrieg eindeutiger Gegner Russlands und verurteilte aufs Schärfste den russischen Einmarsch in der Ukraine. Dennoch schloss sich die Türkei nicht dem US-geführten Sanktionsregime an, sondern vertiefte ihre Handelsbeziehungen und die Energiepartnerschaft mit Moskau. Die türkische Regierung vermochte gar, Russland und die Ukraine zur Unterzeichnung eines Abkommens über den Export von ukrainischem Getreide auf die Weltmärkte zu bewegen, das bis letzten Sommer Gültigkeit besaß.

In Thailand wurden die Anstrengungen beschleunigt, sich stärker an China zu binden. Da es keine Territorialstreitigkeiten mit Peking gibt, das Land sich aber mit den Auswirkungen des Bürgerkriegs im benachbarten Myanmar konfrontiert sieht, verstärkte Thailand die wirtschaftlichen Beziehungen zu China, führte mehr [gemeinsame Militärmanöver](#) durch und [kauft](#) inzwischen [über 40 Prozent seiner Waffen](#) dort. Als wollten sie ihre Unabhängigkeit von den USA unter Beweis stellen, schlossen sich die Türkei und Thailand in diesem Jahr als Partnerstaaten der nichtwestlichen BRICS-Gruppe an, die von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika angeführt wird.

Das Vorgehen der beiden Staaten bedeutet jedoch nicht, dass sie antiamerikanisch oder antiwestlich eingestellt sind. Thailand hat sein jährliches [gemeinsames Militärmanöver mit den US-Truppen](#) weiter ausgebaut und eine Mitgliedschaft in der OECD beantragt. Die [Türkei wiederum kauft US-Kampfflugzeuge](#) und erklärt, man wäre nicht in die BRICS-Gruppe gegangen, hätte man eine Chance auf den EU-Beitritt gehabt. Wer sich absichern will, sucht in allen Richtungen.

Der BRICS-Gipfel im letzten Monat war für Indien ein sicherer Raum, um das erste ernsthafte Treffen der Staatschefs Narendra Modi und Xi Jinping seit fünf Jahren zu ermöglichen. Mit dem Abzug der Truppen an zwei Grenzpunkten im Himalaya könnte Indien den Beginn einer Entspannung mit China einläuten, die dem Subkontinent auch größeren Spielraum im Verhältnis zum amerikanischen Verbündeten verschaffen würde. Die Partnerschaft mit den USA wird garantiert weiterhin stabil bleiben. Sie wird jedoch angesichts von Indiens fortgesetzten Beziehungen zu Russland und der Machtübernahme einer US-freundlichen, aber indienkritischen [Regierung in Bangladesch](#) auf die Probe gestellt.

Selbst im Herzen des US-Bündnissystems gibt es Anzeichen, dass die Tendenz zur Absicherung nach allen Seiten wächst.

Selbst im Herzen des US-Bündnissystems gibt es Anzeichen, dass die Tendenz zur Absicherung nach allen Seiten wächst. Der Vorschlag des japanischen Premierministers [Shigeru Ishiba zur Gründung einer „asiatischen NATO“](#) als Gegengewicht zu China klingt zunächst wie ein Bekenntnis zur *Pax Americana*. Doch Ishiba will auch die Asymmetrie im Verhältnis zu den USA beseitigen, [mehr Mitspracherecht für Tokio](#) erwirken und China in die regionale Kooperation einbeziehen, etwa beim Katastrophenschutz. Die Niederlage der regierenden Liberaldemokratischen Partei bei den jüngsten Parlamentswahlen wird allerdings die ehrgeizigen Ziele der Regierung zur [Erhöhung der Militärausgaben torpedieren](#) und den von den USA gewünschten Fokus auf den Ausschluss Chinas aufweichen.

In Europa konnten in der Zwischenzeit populistische Parteien ungeahnte Erfolge erzielen. Im Allgemeinen stellen sie die US-Politik gegenüber der Ukraine infrage und sind oft nicht gewillt, die NATO – wie in den USA üblich – als [heilige Kuh](#) zu betrachten. In [Italien zeigt Giorgia Melonis Regierung](#), dass der Aufstieg solcher Kräfte das Bündnis nicht unbedingt schwächen muss. Doch im Endergebnis wird Europa angesichts der neuen Politik [stärker unter Druck](#) gesetzt, die amerikanischen Prioritäten im Verhältnis zu Russland und möglicherweise auch zu China zu übernehmen. Viktor Orbáns Ungarn und die Slowakei unter Robert Fico [pflegen bereits Beziehungen zu allen Seiten](#). Dieses Modell könnte in der nächsten Zeit durchaus weitere Nachahmer in Europa finden.

Die Amerikaner sollten sich auf weitere Abweichler einstellen.

Warum ist die Absicherung nach allen Seiten derzeit so attraktiv? Ihre Vorreiter finden sich in den [ehemals blockfreien Staaten im Globalen Süden](#). Dort [nutzten Mittel- und schwächere Mächte vielfältige Partnerschaften](#), um sich in einem feindseligen internationalen System durchsetzen zu können. Doch es gibt auch zwei neue Gründe, warum diese Strategie gerade jetzt attraktiv scheint: zum einen die Unsicherheit der künftigen Weltordnung, zum anderen der Eindruck, dass die unipolare Welt, in der die USA drei Jahrzehnte lang den Globus dominierten, im Verschwinden begriffen ist. Unter diesen Bedingungen ist es sinnvoll, sich ernsthaft auf die Rivalen des Hegemons einzulassen.

Diese Tendenz zur Absicherung ist allerdings eher neu und längst noch kein beherrschender Trend unter den Verbündeten und Sicherheitspartnern der USA. Doch die Amerikaner sollten sich auf weitere Abweichler einstellen. Statt auf Ausschluss und Abzug könnte Washington auch auf eine andere mathematische Operation setzen: auf Addition. Dazu müsste man allerdings den Glauben an die Einzigartigkeit Amerikas aufgeben – der die Vereinigten Staaten als Leuchtturm der Zivilisation sieht, die jedwede Barbarei bekämpft – und eine eigene Absicherungsstrategie entwickeln.

Transaktionales Handeln fällt Trump leicht. Doch um die USA von ihrer unhinterfragten Vorherrschaft zu neuem Absicherungsdenken zu bewegen, muss der gewählte Präsident seine Impulsivität überwinden und einen Plan fassen, wie diese vielfältigen Bündnisse zum Nutzen Amerikas gestaltet werden können. Das ist eine hohe Hürde, aber die sich rasch wandelnde Welt verlangt auch einen hohen Einsatz.

*Dieser Artikel wurde zuerst in [The New York Times](#) veröffentlicht.
Aus dem Englischen von Sabine Jainski*



Sarang Shidore

Sarang Shidore ist Direktor des *Global South Program* am *Quincy Institute* und *Senior Non-Resident Fellow* beim *Council on Strategic Risks*. Er arbeitet hauptsächlich im Bereich Geopolitik und Internationale Beziehungen mit besonderem Schwerpunkt auf dem Globalen Süden und Asien

01) NATO Osterweiterung. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-03

6. Januar 2025

50. Jahrgang

NATO Osterweiterung

Die Osterweiterung der NATO ist mit ein Grund für den anhaltenden Eroberungskrieg Russlands in der Ukraine. Dieses Narrativ erzählt **Wladimir Putin**, wann und wo er nur kann. Eine NATO-Mitgliedschaft hätte die Ukraine vielleicht vor dem Angriff des Moskauer (de jure „vermutlichen“) Kriegsverbrechers und Kindermörders gerettet. **Angela Merkel** hat 2008 den NATO-Beitritt der Ukraine verhindert, weil sie, wie in ihren Memoiren steht, befürchtete, dass Putin die Ukraine dann schon angegriffen hätte. Einen in Aussicht gestellten NATO-Beitritt hätte Putin als „Kampfansage“ verstanden, so Merkel. *Tagesspiegel*

Es sind Märchen, wenn behauptet wird, irgendwer hätte die osteuropäischen Länder gezwungen, der NATO beizutreten. Sie taten das aus freien Stücken, vor allem aus Angst vor Russland. Auch wie ein Märchen klingt, dass **Boris Jelzin** 1991 einen russischen NATO-Beitritt zum „langfristigen politischen Ziel“ erhob. „*Noch im Jahr 2000 soll Putin Präsident Clinton gefragt haben, was er von diesem Plan halte.*“

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Man stelle sich das vor, Russland als NATO-Mitglied. Die Welt wäre vermutlich eine andere. Letztlich wollte es der Westen nicht, und heute stehen sich NATO und Russland fast unversöhnlich mit einem unvorstellbaren Bedrohungspotenzial gegenüber, das die Welt in den Abgrund stürzen könnte.

Neben der regulären Berichterstattung veröffentlicht die **Berliner Zeitung** in ihrer Rubrik *Open Source* eine beachtliche Vielfalt von Meinungen und Perspektiven. „*Jede und jeder kann über dieses Portal zum Autor unserer Zeitung werden. Natürlich honorieren wir Beiträge, die wir veröffentlichen, nach üblichen Tarifen.*“, heißt es.

Am 22. Dezember 2024 erschien ein Beitrag von **Muamer Bećirović** mit der provokanten Überschrift: „*Eine unbequeme Wahrheit: Wie Deutschland die USA zur Nato-Osterweiterung provozierte.*“ Er beruft sich dabei auf eine Studie von **Chaya Arora**. „*Die USA werden als die Hauptverantwortliche für die Osterweiterung der Nato gesehen. Doch entspricht diese Darstellung den historischen Tatsachen?*“, fragt er in seinem Gastbeitrag.

„*Nach der Auflösung des Warschauer Paktes Mitte 1991 und erst recht mit dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 entstand in Mittel- und Osteuropa ein machtpolitisches Vakuum, und es war nur eine Frage der Zeit, bis es von einer Großmacht gefüllt werden*

würde. Interessanterweise waren es nicht die USA, die dies wollten. Denn Washington war aus den Erfahrungen des Kalten Krieges klug genug, seine traditionelle Politik des Gleichgewichts der Mächte nicht aufzugeben.“, schreibt **Muamer Bećirović**.

Die Wissenschaftlerin **Chaya Arora** hat in ihrer Studie „*NATO Expansion and the Art of Communicative Action, Germany's Civilian Power Diplomacy*“ zahlreiche Dokumente angeführt, die eindeutig belegen, dass Berlin unmittelbar mit der Auflösung des Warschauer Paktes begann, die NATO-Osterweiterung zu forcieren, und zwar aus Eigeninteresse.

„*Die beiden Architekten der Erweiterung sind der verstorbene Vizeadmiral **Ulrich Weisser** und der ehemalige Verteidigungsminister **Volker Rühle**. Beide haben die Nato-Erweiterung entscheidend vorangetrieben.*“ Mit Hilfe von Experten eines Thinktanks wurden die Entscheidungsträger in Washington beeinflusst und es setzte ein Umdenken ein. In Russland war das Thema bis Mitte der 1990er-Jahre „*zunächst kein Aufreger.*“ „*Erst ab 1995, unter wachsendem innenpolitischen Druck, griff Präsident **Boris Jelzin** zunehmend auf Anti-Nato-Rhetorik zurück.*“

Der Stein war längst ins Rollen gebracht „*und der Rest ist Geschichte.*“ „*Das Duo hatte es geschafft, ohne dass es in Europa auffiel und ohne dass man die großen Ambitionen Deutschlands erkannte, den USA die Hauptverantwortung für die Nato-Osterweiterung aufzubürden, während Berlin unterm Radar der Motor des Prozesses blieb.*“

„*Rühle und Weisser hatten die historische strategische Lage Deutschlands richtig erkannt, Ost und West auszubalancieren und den eigenen Einflussbereich nur unter dem Radar erweitern zu können. Nachdem die anderen Mächte die deutsche Wiedervereinigung mühevoll akzeptiert hatten, konnte sich Deutschland nicht auch noch an die Speerspitze einer Nato-Osterweiterung setzen.*“

„*Berlins Ziel war es daher, die USA als Vorreiter der Nato-Erweiterung zu gewinnen. Gleichzeitig sorgten die beiden deutschen Politiker dafür, dass die USA den größten Teil der Sicherheitskosten für die neue deutsche Einflussosphäre trugen, während Deutschland mit der EU-Osterweiterung 2004-2013 dafür sorgte, dass Osteuropa wirtschaftlich an Deutschland gebunden wurde. Deutschland erntete die Früchte dieser Nato-Integration, ohne die Kosten tragen zu müssen.*“

„*Summa summarum hatte Deutschland Osteuropa wirtschaftlich an sich gebunden und gleichzeitig*

sicherheitspolitisch bei den Amerikanern abgesichert, ohne die deutschen Beziehungen zu Moskau zu gefährden – ein diplomatisches Meisterstück.“, führt **Bećirović** weiter aus:

„Ohne die Initiative Deutschlands hätte es wohl keine Nato-Osterweiterung gegeben, davon war **Helmut Kohl** überzeugt, wie er auch in seinen Memoiren schreibt: „(...) Denn ohne Deutschlands Beitrag wäre die NATO, dieser Stützpfiler der europäischen Sicherheit, zerstört worden. Die Amerikaner hätten sich aus Europa zurückgezogen, und die Briten und Franzosen als die beiden europäischen Kernwaffenmächte hätten sich enger zusammenschließen müssen, ohne in der Lage zu sein, eine Sicherheitsgarantie für das übrige Europa zu geben. Damit hätte sich die sicherheitspolitische Statik des Kontinents entscheidend verschoben, und das wäre das Ende der europäischen Integration gewesen.“

Bećirović gelangt aber letztlich zu einer unerfreulichen Erkenntnis: „Alle deutschen Bundeskanzler nach 1945 hatten erkannt, dass Deutschland seinen Einfluss immer nur dann erweitern und sichern konnte, wenn es Ost und West gleichermaßen in sein Kalkül einbezog und ausbalancierte. Doch der Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2014 und die vollumfängliche Invasion Russlands 2022 zeigen jedoch auf, dass Deutschland der Komplexität seiner strategischen Lage weder unter **Gerhard Schröder** noch unter **Angela Merkel** nicht gerecht geworden ist.“

Wie heißt es so schön bei **Klassik Radio**? „So, nun kennen Sie die wahre Geschichte!“ Wirklich?

Muamer Bećirović, geboren 1996 in München, studiert Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Wien. Von 2016 bis 2019 Bezirksobmann der Jungen Volkspartei im 15. Gemeindebezirk Wiens, Rudolfsheim-Fünfhaus. Herausgeber des Onlinemagazins „Kopf um Krone“. Als Publizist schreibt er über Außenpolitik, Diplomatie- und Wirtschaftsgeschichte. Muamer Bećirović forscht zu Diplomatie, Geschichte und internationaler Politik. Im Januar 2024 erschien von ihm eine Biografie über den österreichischen Diplomaten und Staatsmann der postnapoleonischen Epoche Fürst Klemens von Metternich.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Diese Länder sind Nato-Mitglieder

Vereinigtes Königreich (1949)
USA (1949)
Belgien (1949)
Kanada (1949)
Dänemark (1949)
Frankreich (1949)
Island (1949)
Luxemburg (1949)
Niederlande (1949)
Italien (1949)
Norwegen (1949)
Portugal (1949)
Griechenland (1952)
Türkei (1952)
Deutschland (1955)
Spanien (1982)
Ungarn (1999)
Polen (1999)
Tschechien (1999)
Rumänien (2004)
Slowakei (2004)
Slowenien (2004)
Bulgarien (2004)
Estland (2004)
Lettland (2004)
Litauen (2004)
Albanien (2009)
Kroatien (2009)
Montenegro (2017)
Nordmazedonien (2020)
Finnland (2023)
Schweden (2024)



Grafik: Wikipedia

02) Nicht länger am Rande. Die Ernennung von Radmila Šekerinska zur Stellvertretenden NATO-Generalsekretärin gibt dem Westbalkan unerwarteten Auftrieb

Von Bojan Stojkovski

Außen- und Sicherheitspolitik 02.01.2025



Langjährige Erfahrung und Führungsstärke: Radmila Šekerinska gilt als Symbol der Einigung.- *picture alliance /AA/Furkan Abdula*

Unerwarteter Rückenwind für den Westbalkan: Die ehemalige nordmazedonische Verteidigungsministerin Radmila Šekerinska wurde im Dezember zur neuen stellvertretenden Generalsekretärin der NATO ernannt. Dieses Ereignis ist mehr als ein Karriereschritt für Šekerinska oder eine Anerkennung für Nordmazedonien – es ist ein starkes Symbol für die wachsende Bedeutung der Region im Herzen des Nordatlantikpakts. Für diesen Teil Europas, der häufig nur als geopolitisches Anhängsel betrachtet wird, bedeutet die Besetzung eines der wichtigsten Posten des Atlantischen Bündnisses mit einer nordmazedonischen Politikerin auch, dass dem Westbalkan mehr Gewicht bei der zukünftigen Gestaltung der NATO zukommen wird.

Die Ernennung Šekerinskas, die sich gegen die [Konkurrenz](#) der früheren Außenministerin und EU-Kommissarin Marija Gabriel aus dem benachbarten Bulgarien durchsetzen konnte, kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt, sowohl für den Westbalkan als auch für das gesamte Bündnis. In der Ukraine tobt weiterhin der Krieg, das Verhältnis zu Russland wird immer angespannter, und die gesamte Sicherheitslandschaft verändert sich so rasch, dass größere Einigkeit erforderlich ist. Daher ist die NATO bemüht, ihre Verpflichtungen zur gemeinschaftlichen Verteidigung durchzusetzen – und ihre Ostflanke zu stärken, die den Großteil des Westbalkans umfasst. Obwohl allgemein [erwartet wurde](#), dass der Stellvertreterposten an eine Repräsentantin aus Osteuropa vergeben werden würde, hat die NATO durch die Wahl von Šekerinska ein starkes Signal gesetzt. Mit ihrem tiefen Verständnis für die komplexen Dynamiken des Westbalkans stärkt sie nicht nur die Führungsstruktur des Bündnisses, sondern bietet der Region auch eine Stimme, die lokale Gegebenheiten mit globalen Prioritäten verknüpfen kann.

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Šekerinskas Bilanz als Verteidigungsministerin von Nordmazedonien zeigt, warum ihre Ernennung so wichtig ist. Die 52-jährige Politikerin spielte eine zentrale Rolle bei der Aufnahme ihres Landes in die NATO, denn sie setzte die komplexen Reformen der Streitkräfte um. Das kleine Land, das 2020 als 30. Mitglied in die NATO aufgenommen wurde, vermochte seine militärische Integration in die Allianz unter ihrer Führung in weniger als 19 Monaten zu bewältigen. Zu Beginn ihrer Karriere wurde Šekerinska als Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens damit betraut, die europäische Integration ihres Landes durchzuführen, nachdem die Regierung 2002 erstmals ein solches Ministerium eingeführt hatte. Sie war ebenfalls wesentlich daran beteiligt, 2005 den EU-Kandidatenstatus für Nordmazedonien zu erlangen.

Der Westbalkan bleibt weiterhin zersplittert.

Ihre Führungsstärke, als das Land den langjährigen Namenskonflikt mit Griechenland endlich beilegen konnte, ging weit über bürokratische Erfolge hinaus. Nordmazedonien konnte sich als verlässlicher NATO-Partner etablieren und nahm an wichtigen Missionen im Kosovo, Irak und Afghanistan [teil](#).

Für den Westbalkan bringt Šekerinskas neues Amt auch die unerwartete Gelegenheit, die Politik der NATO im Inneren des Verteidigungsbündnisses mitzubestimmen und für Lösungen zu werben, die den einzigartigen Herausforderungen und Zielen der Region gerecht werden. Die Herausforderungen, die von der Abwehr hybrider Bedrohungen bis zum Umgang mit Einflussnahmen von außen reichen, überschneiden sich in vielen Teilen mit den allgemeinen strategischen Anliegen der NATO. Mit Šekerinska bekommt die Allianz eine Führungspersönlichkeit, die die Perspektiven der Westbalkanländer versteht und für Lösungen werben kann, die sowohl der Region als auch der gesamten atlantischen Gemeinschaft nutzen werden.

Der Westbalkan bleibt weiterhin zersplittert und steht zugleich vor großen Herausforderungen, wie den Spannungen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina und den ungleichmäßigen Fortschritten hin zur euro-atlantischen Integration. Die Ernennung Šekerinskas kann nun als Symbol der Einigung gelten und zeigen, dass auch Politikerinnen und Politiker aus dieser Region Spitzenposten in internationalen Institutionen bekleiden können, wenn sie auf pragmatische, reformorientierte Politik setzen, was sie in verschiedenen Ämtern in Nordmazedonien bereits unter Beweis gestellt hat.

Vor allem dank ihrer Erfahrungen bei der Verhandlung entscheidender Abkommen, wie des Prespa-Vertrags mit Griechenland, kann Radmila Šekerinska als Vorbild für die Zusammenarbeit in der Region dienen. Da sie die Fähigkeit besitzt, auch langjährige historische Hindernisse zu überwinden, kann sie andere Länder des Westbalkans inspirieren, ebenfalls auf Versöhnung und Zusammenarbeit zu setzen, und ihre Beziehungen untereinander und innerhalb des Nordatlantikpakts zu verbessern.

Die Länder des Westbalkans haben in den vergangenen fast drei Jahren sehr [unterschiedlich](#) auf Russlands Versuche reagiert, seinen westlichen Nachbarn unter Kontrolle zu bringen. Während führende Politikerinnen und Politiker in Ländern wie Kroatien und Nordmazedonien den russischen Einmarsch verurteilten, pflegt Serbien, die größte Volkswirtschaft der Region, weiterhin ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland. Diese Divergenz verdeutlicht das bestehende Ungleichgewicht auf dem Westbalkan, sowohl in der Wahrnehmung der Situation in der Ukraine als auch in den entsprechenden politischen Reaktionen.

Der Westbalkan galt oft als Schwachstelle Europas.

Deshalb hat Šekerinskas Ernennung auch über den Westbalkan hinaus Gewicht, vor allem für die Ukraine. Nordmazedonien ist einer der verlässlichsten Unterstützer Kiews in der Region, sandte Militärhilfe und schloss sich der solidarischen Haltung der NATO gegen die russische Aggression an. Pro Kopf gerechnet, zählt Nordmazedonien zu den [vier](#) NATO-Ländern, die die Ukraine am stärksten militärisch unterstützten. Trotz seiner geringen Größe schickte das Land 30 Panzer vom Typ T-72, zwölf Mi-24-Kampfhubschrauber, vier Su-25-Kampfflugzeuge sowie Munition und weitere wichtige Ausrüstung.

Jetzt kann Šekerinska in ihrem neuen Amt diese Hilfen noch ausweiten und die Grundlagen für eine besser koordinierte Unterstützung der Ukraine durch den Westbalkan schaffen. Für die NATO ist dies ein klares Zeichen, dass auch kleine Verbündete großen Einfluss nehmen können. Die Entscheidung ist zugleich eine wichtige Botschaft an Kiew: Die Unterstützung der NATO reicht über ihre Mitgliedstaaten hinaus, und auch kleine Länder können in dieser Gemeinschaftsanstrengung eine wichtige Rolle spielen.

Der Westbalkan galt oft als Schwachstelle Europas, weil die Region von zahlreichen inneren Rissen durchzogen und für äußere Einflussnahme anfällig ist, vor allem für russische Propaganda. Die Berufung einer Vertreterin der Region an die Spitze der NATO-Hierarchie widerlegt dieses Narrativ und beweist, dass der Westbalkan auch Führungspersönlichkeiten hervorbringt, die wesentliche Beiträge zur globalen Sicherheit leisten können. Sie zeigt auch, was die Länder des Westbalkans erreichen können, wenn sie Reformen angehen und sich den transatlantischen Werten anschließen. Zugleich ist diese Ernennung ein Zeichen dafür, dass die Region nicht länger am Rande mitspielt, sondern fortan als strategischer Partner betrachtet wird.

Das bietet den Ländern des Westbalkans die Gelegenheit, ihre Rolle in der Sicherheitslandschaft Europas und der Welt neu zu definieren und mehr Einfluss zu nehmen. Die NATO wiederum gewinnt eine erfahrene Politikerin, die unter Beweis gestellt hat, dass sie Übereinkommen erzielen und Ergebnisse liefern kann.

Für die Ukraine bedeutet Šekerinskas Ernennung, dass die Einigkeit der NATO durch Beiträge aller Mitgliedstaaten gestärkt wird, unabhängig von deren Größe oder geografischer Lage. Ihre Amtsübernahme markiert eine Wende – nicht nur für sie und Nordmazedonien, sondern für den gesamten Westbalkan. Sie zeigt, dass die Region jetzt bereit ist, auf internationalem Parkett aufzutreten.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Bojan Stojkovski, Skopje

Bojan Stojkovski ist freiberuflicher Journalist mit Sitz in Skopje, Nordmazedonien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/nicht-laenger-am-rande-8000/?utm_campaign=de_40_20250102&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

01) Raus aus dem Dämmer Schlaf. Die neue Kommission eröffnet nach Jahren der Stagnation die Chance, den EU-Beitrittsprozess voranzutreiben

Von Marco Schwarz

Europäische Integration 16.12.2024



Sehnsuchtsort EU? Findet man zumindest in Albanien.-. *picture alliance/Hans Lucas/Nangka Press*

Nachdem die europäische Erweiterungspolitik lange eingeschlafen war, verspricht die Wahl der neuen Kommission nun einen Hoffnungsschimmer für eine Vergrößerung der EU in den nächsten Jahren. Das bereits im Sommer gewählte Europäische Parlament und die neue Kommission haben jetzt die Chance, die Erweiterung der EU aktiv voranzutreiben und die (insbesondere vom Europäischen Rat begangenen) Fehler der Vergangenheit wiedergutzumachen.

Es liegt auf der Hand, dass die Aufnahme weiterer Staaten in Osteuropa und auf dem Balkan im Interesse der Union liegt und beide Seiten daraus Vorteile ziehen könnten. Sicherheitspolitisch, ökonomisch und auch geopolitisch spricht vieles für eine baldige Vergrößerung der EU. Die ehemaligen Staaten Jugoslawiens und Albanien sind quasi von der EU umzingelt, drei davon bereits Mitglieder der NATO. Die Ukraine und Moldau grenzen an Mitgliedstaaten der Union und haben sich mehrheitlich für einen Beitritt entschieden. Die Erweiterungsgespräche und die damit einhergehende Anpassung an das europäische Rechtssystem sorgen auch für einen gesellschaftlichen und politischen Wandel in den Kandidatenländern und damit für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Damit das europäische Integrationsprojekt nicht scheitert, muss die Erweiterungspolitik wiederbelebt und zu einer echten Priorität gemacht werden.

Mit der Wahl der [Slowenin Marta Kos](#) zur Erweiterungskommissarin setzt die Kommission jedenfalls das richtige Zeichen für mehr Glaubwürdigkeit und mehr politische Verantwortung. Sie gilt als zielstrebig und durchsetzungsstark und genießt Unterstützung sowohl aus dem liberalen als auch konservativen und sozialdemokratischen Lager. Dies

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

steht in keinem Vergleich zu ihrem Vorgänger Oliver Várhelyi, der durch die Bevorzugung Serbiens und seiner Nähe zum ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán das Vertrauen des Europäischen Parlaments und vieler Mitgliedstaaten rasch verspielt hatte.

Kos' Generaldirektion soll sich künftig hauptsächlich um die zehn Kandidatenländer kümmern und nicht mehr wie zuvor zusätzlich auch noch um die europäische Nachbarschaftspolitik. Damit herrscht mehr Klarheit in der Aufgabenverteilung innerhalb der Kommission, und die Erweiterungspolitik bekommt ihre zentrale Rolle zurück. Wenn nun auch noch die notwendigen finanziellen Mittel im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2028–2034) für Erweiterungen bereitgestellt werden, ist eine solche Fokussierung sicherlich zu begrüßen. Der sechs Milliarden Euro schwere „[Wachstumsplan](#)“ für den Westbalkan und die vorgesehenen 50 Milliarden Euro für die „[Ukraine-Fazilität](#)“ zur Unterstützung der Beitrittskandidaten auf dem langen Weg in die EU sollten erst ein Anfang sein und bedürfen weiterer finanzieller Hilfen.

Im Gegensatz zum Europaparlament zeigte man sich in den Hauptstädten der EU in der letzten Dekade eher erweiterungsmüde.

Hierbei sind die EU-Mitgliedstaaten gefragt, welche darüber mitentscheiden, wie sehr die Kommission am Ende den Beitrittskandidaten unter die Arme greifen kann. Im Gegensatz zum Europaparlament hat man sich in den Hauptstädten der EU in der letzten Dekade eher erweiterungsmüde und teilweise auch erweiterungsskeptisch gezeigt. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte bei der Amtsübernahme 2014 gar verkündet, „[bei der Erweiterung eine Pause einlegen](#)“ zu wollen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron setzte sich bislang lieber für eine Vertiefung als für eine Erweiterung der Union ein und blockierte Kandidatenländer. 2019 machte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dann den Bock zum Gärtner, indem sie Ungarn mit dem Erweiterungsportfolio betraute und die Unterstützung für Demokratie und rechtsstaatliche Entwicklung in der europäischen Nachbarschaft ausgerechnet in die Hände derjenigen Regierung legte, gegen die bereits zahlreiche Verfahren wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit liefen.

Auch wenn die Erweiterung der EU eine der „[obersten Prioritäten der neuen Kommission](#)“ bleiben soll, wie es deren Präsidentin von der Leyen bei der kürzlich erfolgten Vorstellung der Berichte zu den Kandidatenländern ausgedrückt hat, so ist es für die meisten Kandidaten noch ein sehr langer Weg nach Brüssel. Die früher „Fortschrittsberichte“ genannten Analysen der Kommission dokumentieren zum einen zwar die Verbesserungen und Reformbemühungen der Kandidaten, zeigen zum anderen aber vor allem die großen Defizite und teilweisen Rückschritte der Erweiterungskandidaten hinsichtlich ihrer demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung auf.

Die [Kopenhagener Kriterien](#), welche eine funktionierende demokratische Ordnung und Marktwirtschaft sowie die Übernahme aller europarechtlichen Verpflichtungen erfordern, stellen dabei seit mehr als 30 Jahren die Messlatte dar. Allerdings sind die derzeit zehn Beitrittskandidaten (unterschiedlich) weit davon entfernt, diese Kriterien zu erfüllen. Die europäischen Werte wie insbesondere Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind in einigen EU-Mitgliedstaaten defizitär. So lassen beispielsweise die Korruptionsbekämpfung wie auch die Unabhängigkeit der Justiz in einigen Ländern zu wünschen übrig.

Gerade weil es aber auch in Mitgliedstaaten der EU zu einem Abbau rechtsstaatlicher Standards und demokratischer Gepflogenheiten gekommen ist, wurde die Messlatte für

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

neue Mitglieder immer höher gelegt und die Kopenhagener Kriterien werden heutzutage schärfer ausgelegt als bei früheren Erweiterungsrounden. So ist es kein Wunder, dass die letzte große Erweiterungsrounde vor 20 Jahren stattgefunden hat und nach Kroatien, im Jahr 2013, kein weiteres Land mehr der EU beigetreten ist.

In Brüssel und den EU-Hauptstädten ist man sich der dringlichen und gefährlichen Lage durchaus bewusst.

Unerfreulicherweise hat erst der russische Überfall auf die Ukraine 2022 dafür gesorgt, dass auch in die europäische Erweiterungspolitik neuer Schwung eingekehrt ist. Nachdem die Ukraine, Moldau und Georgien Beitrittsanträge gestellt hatten, ging es auch für die Balkanstaaten vorwärts und die EU führt nun de facto Beitrittsgespräche mit sechs Ländern. Auch wenn sich diese Verhandlungen erfahrungsgemäß noch lange hinziehen werden und die Gefahr weiterer Blockaden durch einzelne EU-Mitgliedstaaten bestehen bleibt, hat sich seit dem russischen Angriffskrieg die geopolitische Seite der EU deutlich verstärkt. In Brüssel und den EU-Hauptstädten ist man sich der dringlichen und gefährlichen Lage durchaus bewusst und die „Geostrategen“ ringen mit den „Reformern“ darüber, wie man die EU gleichzeitig erweitern und reformieren sowie vertiefen kann. Dass beides Hand in Hand gehen muss, ist das Gebot der Stunde.

Um in der Lage zu sein, neue Staaten aufzunehmen, sollten die EU-Entscheidungsprozesse reformiert und die Einstimmigkeit im Rat in möglichst vielen Feldern sukzessive in [Mehrheitsentscheidungen](#) überführt werden. Dies wird vor allem für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, unter anderem von Deutschland und Slowenien, gefordert. Auch die Anzahl der Kommissionsmitglieder und ihre Zuständigkeiten sowie weitere Kompetenzen wie Energieversorgung und Gesundheitsfürsorge der EU gehören auf den Prüfstand.

Gleichzeitig sollten neue Wege der EU-Integration beschritten werden und eine allmähliche Integration in verschiedene europäische Programme und vor allem den [Binnenmarkt](#) sollte bereits vor einer Vollmitgliedschaft möglich gemacht werden. Die zahlreichen Ideen einer [stufenweisen Integration](#) müssen nun von der EU mit Leben gefüllt und konsequent umgesetzt werden. Auch wenn das Ziel einer vollständigen EU-Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten nicht aus dem Auge verloren werden darf, bietet ein phasenweiser Beitritt etwa in den [Eurozahlungsraum](#) SEPA oder die Abschaffung der Roaming-Gebühren die Chance auf eine schnellere Annäherung an EU-Standards und mehr Finanzbeihilfen, freilich ohne dabei Abstriche bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu machen.

Eine zügigere Öffnung von Verhandlungskapiteln wäre ebenfalls angebracht, wobei bilaterale Konflikte zwischen alten und künftigen Mitgliedstaaten Fortschritte auf dem Weg in die EU nicht immer wieder behindern dürfen und vom Europäischen Rat abgeräumt werden sollten. Eine solche Instrumentalisierung der europäischen Erweiterungspolitik muss ein Ende finden, am besten durch die Abschaffung der nationalen Vetos in den einzelnen Verhandlungsphasen. Einstimmigkeit im Rat sollte nur zur Eröffnung und zum Abschluss der Beitrittsgespräche beibehalten werden.

Derzeit sind insbesondere Montenegro und Albanien auf einem guten Kurs.

Gleichzeitig gilt es auch, bilaterale Konflikte zwischen den Kandidatenländern endlich einer Lösung zuzuführen und das Verhältnis zwischen Serbien und Kosovo zu normalisieren. Ohne ein stärkeres Engagement der EU-Mitgliedstaaten wird dies nicht gelingen, vor allem dann nicht, sollte die neue Trump-Administration in den USA erneut versuchen, Öl ins Feuer zu gießen, und die [Pläne für einen Gebietstausch](#) zwischen Belgrad und Pristina wieder aus der Schublade holen.

Seite E 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Derzeit sind insbesondere Montenegro und Albanien auf einem guten Kurs und die europäischen Sozialdemokraten sehen [Chancen auf einen Beitritt](#) der beiden Länder in den nächsten Jahren. Die Aufnahme von Ländern des westlichen Balkans würde endlich das mehr als 20 Jahre alte „[Versprechen des Europäischen Rats von Thessaloniki](#)“, demgemäß die Zukunft des Balkans in der EU liege, erfüllen und darüber hinaus ein wichtiges Signal senden, dass eine Erweiterung der EU weiterhin möglich ist. Die progressiven Kräfte im Europäischen Parlament und in der Kommission sind daher aufgerufen, die Erweiterungspolitik auf der Tagesordnung zu halten und sich trotz eines Rechtsrutschs in den Institutionen nicht davon abbringen zu lassen, für eine Vertiefung und eine Vergrößerung der EU zu kämpfen.

Am Ende kommt es allerdings auf die Regierungen und politischen Eliten sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den Kandidatenländern an. Nur wenn beide Seiten ernsthafte Reformen anstreben und auch tatsächlich umsetzen, wird sich die EU in den kommenden Jahren vertiefen und erweitern können. Es ist an der Zeit, den Dämmerschlaf abzuschütteln und die notwendigen Reformen endlich anzupacken.



Marco Schwarz, Brüssel

Marco Schwarz arbeitet seit 2015 als Referent für Demokratie und EU-Erweiterung für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Zuvor war er für die Europa-Union Deutschland in Berlin tätig. Er studierte Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/raus-aus-dem-daemmerschlaf-7969/?utm_campaign=de_40_20241217&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Die Kuh ist vom Eis. Nach 25 Jahren Verhandlung steht das EU-Mercosur-Abkommen. Der Durchbruch nach Trumps Wahl ist kein Zufall – geopolitisch steht viel auf dem Spiel

Von Dörte Wollrad & Viviana Barreto

10.12.2024



Marktöffnung: Rindfleisch aus Argentinien wird in der EU deutlich günstiger.- *picture alliance/Westend61/Arist von S.*

Im Jahr 1999 begannen die Verhandlungen für ein biregionales Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, das auf drei Säulen basierte: politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel. Das Abkommen, das 20 Jahre später schließlich als „politisches“ Abkommen unterzeichnet wurde, bezog sich jedoch fast ausschließlich auf den Handel. Als Gegenleistung für eine Marktöffnung erhielten die Mercosur-Länder lediglich zugesicherte Importquoten. Widerstände in Europa, vor allem aus der Landwirtschaft sowie klimapolitische Bedenken, führten jedoch schließlich zu Nachverhandlungen.

Während dieser sechs Verhandlungsrunden änderten sich die globalen Rahmenbedingungen erheblich. Die EU wurde zunehmend mit den Abhängigkeiten konfrontiert, die sich in Zeiten der Globalisierung entwickelt hatten, insbesondere in den Bereichen Energie (Russland), Sicherheit (USA/NATO) und Technologie (China). Angesichts dieser Herausforderungen sucht die EU nun verstärkt nach Autonomie und versucht, sich als *middle power* in einer zunehmend polarisierten geopolitischen Welt neu zu positionieren. In diesem Kontext rückte Lateinamerika wieder in den Fokus – als rohstoffreicher Subkontinent, der über das Gros der weltweiten Lithiumvorhaben zur Batterieproduktion verfügt und von seltenen Erden bis zu erneuerbarer Energie zur Produktion von grünem Wasserstoff viel zu bieten hat. Selbst kulturelle Wurzeln wurden bei der Fachkräftesuche neu entdeckt, denn Integration ist einfacher, wenn es in puncto Werte und Religion Übereinstimmungen gibt.

Lateinamerika erfuh so ungewohnte Beachtung und dies nicht nur seitens der EU, sondern auch aus China und den USA. Man gewann neues Selbstbewusstsein, wobei Brasilien – als Filetstück aller Kooperationsbemühungen – seit dem Amtsantritt von Präsident Lula da Silva deutlich den Ton angibt. Ihm ist es nun gelungen, das am längsten verhandelte Abkommen der Welt abzuschließen, womit er seine globale und regionale Führungsrolle unterstreicht.

Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Darüber hinaus kann der Abschluss als ein Mittel gesehen werden, den Zusammenhalt des regionalen Blocks zu sichern, insbesondere angesichts der Rückzugsdrohungen des argentinischen Präsidenten Javier Milei. Und schließlich wurde der Behauptung entgegengetreten, der Mercosur sei unfähig, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen, was seine Glaubwürdigkeit untergrub.

Das Abkommen, das pünktlich zum Nikolaustag unterzeichnet wurde, bleibt jedoch weiterhin in Teilen undurchsichtig. Forderungen nach mehr Transparenz und Partizipation wurden offenbar nicht erfüllt. Nach Angaben der brasilianischen Regierung sind die Inhalte aller Kapitel vollständig ausgehandelt und vereinbart. Der Vertragstext wird derzeit juristisch überarbeitet und übersetzt und geht dann in die Ratifizierung.

Bekannt ist, dass das Angebot der Europäischen Union zur Handelsöffnung für Waren im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Abkommen von 2019 bleibt. Der Marktzugang für zentrale Mercosur-Exportgüter wurde nicht erweitert. Produkte wie Fleisch, Reis, Zucker, Honig, Ethanol und Orangensaft unterliegen weiterhin Importquoten. Dies kann demnach nicht der ausschlaggebende Grund für die überraschende Einigung gewesen sein. Vereinbarungen über das, was die Lula-Regierung das „Brasilia-Paket“ nennt, waren eher der Schlüssel dazu. In diesem Zusammenhang sind drei wesentliche Neuerungen hervorzuheben:

Umweltschutzaufgaben des von der EU 2023 vorgelegten Zusatzprotokolls wurden gestrichen.

Erstens: Das Handelskapitel „Handel und nachhaltige Entwicklung“ wurde geändert. Die Umweltschutzaufgaben des von der EU 2023 vorgelegten Zusatzprotokolls wurden gestrichen und auf die Forderung nach Einhaltung bestehender internationaler Verpflichtungen beschränkt, wie des Pariser Abkommens und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Eingeführt wurde der Begriff der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung, ebenso wie die Verpflichtung, dass umweltpolitische Maßnahmen keine unnötigen Handelshemmnisse darstellen dürfen. Was Umweltschützer beunruhigt, stellt für Brasilien einen Punktsieg dar. Denn viele Importeinschränkungen des Zusatzprotokolls waren als „grüner Protektionismus“ kritisiert worden. Wer Glyphosat exportiere, solle nicht die alleinige Hoheit über Umweltzertifizierungen haben. Die Mercosur-Länder zertifizieren nun souverän und unter Einhaltung von gemeinsamen geltenden Umweltvorschriften in der Produktion. Auch mit der Vereinbarung über „nachhaltige Wertschöpfungsketten für die Energiewende“ wurde Neuland betreten. Sie sieht die Möglichkeit vor, den Export kritischer Mineralien für die Energiewende einzuschränken mit dem Ziel, die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen. Damit setzt der Mercosur ein Zeichen, nicht nur Rohstoffexporteur sein zu wollen, sondern das Anrecht auf Entwicklung, Beschäftigung und (Re-)Industrialisierung einzufordern.

Zweitens: Der Schutz des Automobilsektors des Mercosur wurde im Vergleich zu den 2019 ausgehandelten Bestimmungen erhöht. Die Fristen für die Handelsliberalisierung werden von 15 auf 18 bis 30 Jahre verlängert, abhängig vom Innovationsgrad der Fahrzeuge. Zudem erlaubt eine neue Klausel, zollfreie Einfuhren für bis zu fünf Jahre ohne Entschädigung auszusetzen, falls sie den Absatz der lokalen Automobilindustrie beeinträchtigen. Hierbei steht der Schutz von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Zudem wurde ein noch nie dagewesenes Kapitel eingeführt, das Regelungen für Kompensationen bei gewährten Zugeständnissen vorsieht. Dies betrifft Fälle, in denen etwa Subventionen den Wettbewerb verzerren und den Gewinn einer Vertragspartei mindern. Ein Schiedsverfahren soll über das Ausmaß der Beeinträchtigung sowie geeignete Maßnahmen zur Abhilfe entscheiden.

Drittens: Eine weitere wesentliche Neuerung betrifft die Lockerung der Anforderungen im öffentlichen Beschaffungswesen. Insbesondere im Falle Brasiliens wird damit die Möglichkeit geschaffen, staatliche Aufträge gezielt zur Förderung der nationalen Industrie, von Klein- und Mittelunternehmen, der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie für technologische Innovationen einzusetzen. Darüber hinaus ist das öffentliche Beschaffungswesen im Gesundheitssektor besonders geschützt.

Die Bewertung dieser Entwicklungen ist aufgrund der unvollständigen Informationslage schwierig. So ist beispielsweise das ursprüngliche Marktzugangsangebot des Mercosur nicht bekannt und wird vermutlich auch nie offengelegt werden. Auf der anderen Seite blieb die EU strikt bei ihrem Angebot zur Handelsöffnung und wich in dieser Hinsicht keinen Millimeter ab. Gleichzeitig zeigte sie jedoch Bereitschaft, von Umweltauflagen zurückzutreten und den Mercosur-Staaten Spielraum für Industriepolitik im Automobilsektor und im öffentlichen Beschaffungswesen einzuräumen.

China hat sich in der Region als führender Handelspartner, bedeutender Kreditgeber und Investor etabliert.

Wie sich diese Vorteile für den Mercosur auswirken werden, ist unklar. In der langen Geschichte der Verhandlungen agierte der Mercosur immer auf der Grundlage der Summe nationaler Interessen. Sollte dieses Abkommen tatsächlich einen Wendepunkt markieren, dann möglicherweise in der Hinwendung zu einer stärkeren regionalen Politikgestaltung. Dies könnte die Grundlage schaffen, die Vorteile des Abkommens optimal zu nutzen und die vielfältigen Auswirkungen gemeinsam zu bewältigen.

Sollte jedoch keine Einigung innerhalb des Mercosur erzielt werden, droht ein anderes Szenario. Da es innerhalb des Blocks keine supranationale Entscheidungsstruktur gibt, könnte ein vorläufiges Inkrafttreten des Abkommens – zwischen der EU und einzelnen Mercosur-Staaten, die es ratifizieren – zu einer Spaltung des regionalen Marktes führen. Dieses Risiko unterstreicht die Bedeutung einer geschlossenen und koordinierten Vorgehensweise innerhalb des Mercosur.

Warum war die EU bereit, Zugeständnisse zu machen? Die geopolitischen Rahmenbedingungen lassen immer weniger Spielraum. China hat sich in der Region als führender Handelspartner, bedeutender Kreditgeber und Investor etabliert. Peking lieferte – ebenso wie Russland – Covid-Impfstoffe, als Europa dies nicht tat, und baut seine „Neue Seidenstraße“ in Form von Häfen und Bahntrassen weiter aus. Gleichzeitig werfen die möglichen Folgen einer zweiten Amtszeit von Donald Trump, einschließlich eines drohenden Handelskriegs, ihre Schatten voraus. Angesichts dieser Entwicklungen war es für Europa an der Zeit, ein starkes Zeichen zu setzen – auch gegen nationalistischen Widerstand innerhalb der EU.

Mit dem Abkommen eröffnet sich die EU den Zugang zu einem 260 Millionen Einwohner umfassenden Markt. Dass Bolivien – ein Land, das über 21 Prozent der weltweiten Lithiumvorkommen verfügt – dieses Jahr Vollmitglied des Mercosur wurde, dürfte zudem motiviert haben. Das Abkommen kann als erster wichtiger Schritt in Richtung einer echten Partnerschaft mit einer Region gesehen werden, die mit der EU Werte wie Demokratie und Multilateralismus teilt. Es könnte den Beginn einer Neuausrichtung markieren – weg vom rein handelspolitischen Fokus, hin zu einer umfassenderen Assoziierung, die auf den Säulen von Dialog, Kooperation und einer Partnerschaft auf Augenhöhe basiert. Ein Anfang ist gemacht.



Dörte Wollrad, Montevideo

Dörte Wollrad leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay. Zuvor war sie u.a. Leiterin des Büros in Argentinien und Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik der Stiftung in Berlin.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/die-kuh-ist-vom-eis-7975/?utm_campaign=de_40_20241210&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 53 – E 75)

01) Energiebarometer**paperpress**

Nr. 633-05

8. Januar 2025

50. Jahrgang

Energiebarometer

Der Klimawandel ist für eine Mehrzahl der Menschen in Deutschland nicht nur eine abstrakte Bedrohung. Er bestätigt sich auch in persönlichen Alltagserfahrungen, worauf viele Menschen mit konkreten Verhaltensanpassungen reagieren. Das geht aus dem aktuellen Energiebarometer von **Vattenfall** hervor, einer repräsentativen Umfrage von Statista im Auftrag von Vattenfall unter 1.000 Befragten.



„Die Befragung unterstreicht: Viele Menschen spüren den Klimawandel bereits am eigenen Leib und sind motiviert, auf unterschiedliche Weise fossilfrei zu leben, sich fortzubewegen oder den eigenen Konsum klimabewusst zu gestalten“, betont **Robert Zurawski**, Finanzchef von

Vattenfall in Deutschland. „Das bestätigt unser Ziel, unseren Kunden über nachhaltige Produkte und Dienstleistungen Wege und konkrete Lösungen für ein fossilfreies Leben aufzuzeigen.“

Den Zahlen zufolge geben 56 Prozent der Befragten an, den Klimawandel bereits in Form steigender Temperaturen im Alltag zu erleben. 55 Prozent erkennen extremere Wetterereignisse. Zudem beobachten 39 Prozent Veränderungen in der Tier- und Pflanzenwelt und 38 Prozent eine Zunahme von Flutereignissen. Lediglich 17 Prozent der Befragten geben an, überhaupt keine Auswirkungen des Klimawandels im persönlichen Lebensalltag festzustellen.

„Die Menschen spüren: Der Klimawandel ist kein fernes Zukunftsphänomen mehr; er findet hier und heute statt – genauso wie die grüne Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft“, fasst Zurawski die Zahlen zusammen und fügt hinzu: „Es ist ermutigend zu sehen, dass ein Großteil der Menschen mit gutem Beispiel vorangeht.“ Ein klimafreundlicher Lebenswandel ist für 79 Prozent der Befragten wichtig, für 21 Prozent nicht wichtig.

Dies äußert sich beispielsweise bei der Einstellung zum Essen, wobei 64 Prozent der Befragten angeben, Mahlzeiten zu planen, um Essensreste zu vermeiden. Zudem legen Menschen Wert auf saisonale (53 Prozent) und regionale (51 Prozent) Produkte sowie klimafreundliche Verpackungen (41 Prozent).

Auch beim Einkaufen genießen umweltschonende Verpackungen (71 Prozent) sowie weniger Rückgaben beim Onlineshopping (69 Prozent) hohe Priorität. Beim Thema Kleidung geben 49 Prozent an, insgesamt weniger zu konsumieren und weniger zu kaufen. 39 Prozent reparieren Kleidungsstücke, 37 Prozent setzen auf höherwertige Qualität und Langlebigkeit. Ähnliches gilt für technische Geräte: Hier sagen 45 Prozent, dass sie deren Lebensdauer durch Reparaturen oder Upgrades erhöhen. Insgesamt stimmen 78 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass konkrete Handlungen jedes Einzelnen erforderlich sind, um das Klima zu schützen.

Weniger ausgeprägt ist das Umweltbewusstsein dagegen beim Transport. Hier genießen die Faktoren Zeit (83 Prozent), Flexibilität (82 Prozent) sowie Kosten (81 Prozent) und Sicherheit (77 Prozent) bei den Menschen höhere Priorität als der Umweltschutz (65 Prozent). „Grundsätzlich haben viele Menschen verstanden, dass die Energiewende nicht nur durch gesetzliche Vorschriften oder gar von alleine passiert“, so Zurawski. „Die grüne Transformation ist der größte Umbruch unserer Gesellschaft seit der industriellen Revolution. Sie ist darauf angewiesen, dass Verbraucher, Haushalte und Unternehmen sie aktiv mitgestalten. Auch wir bei Vattenfall möchten daher nicht nur unsere eigene Stromerzeugung und unsere Energiedienstleistungen dekarbonisieren, sondern ganze Wertschöpfungsketten.“

So bietet Vattenfall einfache und wirksame Lösungen für die Energiewende zu Hause an wie beispielsweise Wärmepumpen, PV-Anlagen, Batteriespeicher oder Wallboxen. Aber auch Angebote für Menschen, die zur Miete wohnen wie Balkonsolar oder smarte Thermostate zum Energiesparen. „Das hilft nicht nur den eigenen CO₂-Fußabdruck zu optimieren, sondern schont auch die Haushaltskasse“, so Zurawski. „Denn Investitionen in CO₂-sparende Maßnahmen haben auch einen echten finanziellen Mehrwert für Verbraucher.“

Die Auswirkungen aller Anstrengungen für ein fossilfreies Leben sind, global gesehen, naturgemäß unklar: Immerhin die Hälfte der Befragten in Deutschland, 52 Prozent, ist jedoch zuversichtlich, dass das Handeln der Politik und jedes Einzelnen am Ende dazu führt, den Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen – wobei jüngere Menschen zwischen 18-35 Jahren hier etwas optimistischer sind (57 Prozent) als ältere Menschen ab 51 Jahren (45 Prozent).

Quelle: Vattenfall
Die Veröffentlichung ist keine Werbeanzeige

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kruff – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 13083 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIERES Druckcenter www.pieres.de

paperpress-erscheint wöchentlicher – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

02) „Alle Probleme sind lösbar!“ Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-04

7. Januar 2025

50. Jahrgang

„Alle Probleme sind lösbar!“

Im Wahlkreisbüro von **Michael Müller** in der Bleibtreustraße war kein Platz mehr frei, kein Sitzplatz und auch kein Stehplatz. Im Rahmen seiner Dialogveranstaltung „Klingbeil im Gespräch“ erklärte der SPD-Vorsitzende **Lars Klingbeil** die sozialdemokratische Welt, die sich doch in vielen Bereichen deutlich von der christdemokratischen der Union aus CDU und CSU unterscheidet.



Unter den Gästen waren auch viele Journalisten, denn, im Wahlkampf weiß man ja nie, ob nicht irgendein Satz fällt, den man zuvor noch nicht gehört hat und der sich für eine Schlagzeile eignet. „Alle Probleme sind lösbar“, beruhigte Klingbeil angesichts der sich häufenden Unwägbarkeiten. „Die AfD lebt nur von schlechter Laune.“, und diese zu verbessern wird die zentrale Botschaft im Wahlkampf sein. Die Deutschen, meine ich, denen es manchmal, so scheint es, zu gut geht, wenn sie Millionen Euro für Silvesterfeuerwerk verbrennen, sind gut geübt im Jammern auf hohem Niveau.

Es ist ja keineswegs so, dass die Sozialdemokraten in der Ampel nichts auf die Reihe bekommen hätten, „Mehr Netto für Beschäftigte und Familien“, „Mehr Bafög für jung Menschen“, „Höherer Mindestlohn“, „Mehr Wohngeld für mehr Menschen“, „Deutliche Rentenerhöhungen“ und vieles mehr. Dahinter muss man sich nicht verstecken.

Viel Applaus bekam Klingbeil, als er sagte, dass er mit seinem Auftritt bei Müller diesen unterstützen wolle, damit der wieder in den Bundestag einziehen könne. Verhaltenes Höflichkeitsklatschen gab es allerdings nur bei dem Satz, dass **Olaf Scholz** der richtige Kandidat für das Kanzleramt sei.

Nach der 90-minütigen Veranstaltung wusste man eigentlich nicht mehr als zuvor, was kein Vorwurf sein soll. Die Positionen sind bekannt und wer sich

für Politik interessiert, weiß, wen er am 23. Februar zu wählen hat. Bewundernswert ist der Optimismus, den Klingbeil zur Schau stellt, denn auch er kennt die Umfragewerte. Viele der anwesenden Parteimitglieder äußerten sich am Rande der Veranstaltung hinter vorgehaltener Hand nicht so optimistisch. Scholz halten nur wenige für den geeigneten Kandidaten, vermutlich gibt es nur einen im Land, der das glaubt, nämlich der amtierende Bundeskanzler selbst.

Gegenwärtig gibt es nur eine Option für eine belastbare Regierungsbildung, nämlich Schwarz-Rot. Bei 31,6 Prozent verharrt die Union, SPD, Grüne und AfD legen leicht zu, auf 16, 12,7 und 19,5 Prozent. Das BSW verliert 1,7 Punkte auf nun 6,3 und wird wohl kaum eine Rolle im nächsten Bundestag spielen, ebenso wie FDP mit derzeit vier und die Linke mit 3,2 Prozent. Im Gegensatz zur FDP hat die Linke mit ihren Silberlocken wenigstens die Chance, ein paar Direkt-Mandate zu holen.

Das kategorische Nein aus Bayern zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen, verstehe wer will. Wird Deutschland von Bayern aus regiert? Für die SPD wäre es die beste Lösung, sich für eine bestimmte Zeit in der Opposition zu erholen. Das wird aber nicht geschehen, weil regieren immer mehr Spaß macht als zu opponieren.



Und schon gibt es Überlegungen, welche Ministerien für die SPD in Frage kämen. Die CSU legt wert auf das Landwirtschaftsministerium, und dabei sollte es auch bleiben. **Olaf Scholz** dürfte nach der Wahl im Schnürboden versinken. Der kommende Mann in der SPD heißt nicht **Boris Pistorius**,

sondern **Lars Klingbeil**. Er dürfte als Vizekanzler und Außenminister gesetzt sein. Abgesehen von **Hubertus Heil**, dem bewährten Sozial- und Arbeitsminister, und **Boris Pistorius**, nie war ein Verteidigungsminister so wichtig wie heute, wird es hoffentlich keiner aus der jetzigen SPD-Riege in eine neue Regierung schaffen.

Am 23. Februar, dem Wahltag, wird **Lars Klingbeil** 47 Jahre alt. Als SPD-Vorsitzender wird er wenig Grund zum Feiern haben, es könnte aber eine neue Zeit für ihn anbrechen, trotz Niederlage in Regierungsverantwortung zu kommen.

Ed Koch

1

03) Angeschlagenes Image. Die Migrationsdebatte in Deutschland wird in Marokko sehr genau beobachtet – und schreckt Fachkräfte ab

Von Manuel Gath & Anja Hoffmann

Demokratie und Gesellschaft 02.01.2025



Fachkräfte in Marokko: Der Weg nach Kanada ist oftmals kürzer als der in die EU.- *picture alliance / photothek | Ute Grabowsky*

Marokko ist für Deutschland in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Partner: Ob Klimakooperation, ökonomische Entwicklung Afrikas, Energiewende, Terrorbekämpfung oder auch Migration, überall hat die Zusammenarbeit zwischen dem nordafrikanischen Königreich und der Bundesrepublik konkrete Fortschritte gemacht. Eine gute Zusammenarbeit, besonders im Bereich Fachkräftemigration, ist wiederum im zentralen Interesse Deutschlands. Denn in unserer alternden Gesellschaft fehlt es an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften.

Die Vertrauensbasis für diese Zusammenarbeit wird durch die aktuelle hysterische Migrationsdebatte in Deutschland jedoch beschädigt, das angekratzte Image ziert mittlerweile tiefe Beulen. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist das Gefühl, Menschen aus Nordafrika würden pauschal als Terroristen beziehungsweise Terrorunterstützende stigmatisiert, eine Achillesferse – und der „Nafri“-Diskurs ist in Marokko noch nicht verziehen. Die deutsche Position im Nahostkonflikt war schon vor dem 7. Oktober 2023 in der Region schwer zu vermitteln. Das [internationale Ansehen in der arabischen Welt](#) ist jedoch seit dem darauf folgenden Krieg Israels in Gaza, gelinde gesagt, im freien Fall.

Deutschland befindet sich international in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen Zielländern marokkanischer Arbeitskräftemigration.

Deutschland befindet sich international in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen Zielländern marokkanischer Arbeitskräftemigration. Damit die Beschäftigung in den kommenden Jahrzehnten in etwa konstant bleibt, [braucht die Bundesrepublik eine Nettozuwanderung](#) von 400 000 Personen jährlich. [Ohne Zuwanderung würde die Zahl der Arbeitskräfte](#) in Deutschland bis 2040 um zehn Prozent sinken. Wir leisten uns eine zutiefst narzisstische Diskussion, in der Deutschland um sich selbst kreist und den Blick für sachorientierte Politik verliert. Wer Migrantinnen und Migranten statt der sozialen Probleme

als Grundlage für islamistische Radikalisierung bekämpft, der betreibt das Geschäft der Terroristen. Man sollte innehalten, wenn junge Menschen in Marokko den Aufstieg der AfD und die damit einhergehende Diskursverschiebung genauestens kennen und für sich bereits No-go-Areas in Deutschland definieren.

So sieht es auch die Journalistin Dounia Z. Mseffer, die Teil des [marokkanischen Netzwerks von Migrationsjournalisten](#) ist. Sie schreibt: „Der Angriff in Solingen ist ein tragisches Ereignis, das leider als Katalysator für eine Intensivierung der Migrationsdebatte in Deutschland und Europa gedient hat. (...) Die einwanderungsfeindliche Rhetorik, die Migrantinnen und Migranten systematisch mit Kriminalität und Gefahr in Verbindung bringt, schafft ein Klima der Angst und des Misstrauens, das eine zunehmend repressive Sicherheitspolitik zu rechtfertigen sucht und in ihrer Konsequenz Prekaritäten und Vulnerabilitäten verschärft.“ Dabei ist längst bekannt, dass soziale Probleme soziale Antworten brauchen. Die Sicherheitsspirale muss auch rein objektiv nicht immer weiter nach oben gesponnen werden. Der Rechtsstaat ist funktional, jetzige Gesetze sind, wenn mit den entsprechenden Exekutivmitteln hinterlegt, wirkungsvoll. Das [islamistische Gefährdungspotenzial in Deutschland](#) ist in den vergangenen Jahren stabil geblieben.

Auch der Ruf nach einem besseren Schutz der EU-Außengrenzen hält dem Faktencheck nicht stand: Die Gesamtzahl der irregulären Einreisen in die EU ist von 1,04 Millionen im Jahr 2015 auf [0,28 Millionen im Jahr 2023 gesunken](#). Die Bundespolizei zählte in den ersten sieben Monaten des Jahres 2024 rund 49 400 „unerlaubte Einreisen“ an den Grenzen. Das sind circa [zwölf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum](#). Gefordert sind smarte Lösungen, die die Interessen beider Länder berücksichtigen. Die immer wieder in der unsäglichen Debatte angepriesenen Ankerzentren in Drittstaaten, so beispielsweise in Marokko, erfüllen diese Bedingung nicht, denn sie könnten wiederum für Marokko ein Pull-Faktor für innerafrikanische Migration sein. Damit wird also kein Problem gelöst, sondern lediglich geografisch verschoben.

Europa ist dabei, seine Werte und Glaubwürdigkeit zu verspielen.

Die Migrationsjournalistin Mseffer verweist zudem auf zu erwartende Menschenrechtsverletzungen: „Durch die Auslagerung des Asyl- und Migrationsmanagements versucht Europa, seine Verantwortung auf Drittländer abzuwälzen, in denen die Menschenrechte oftmals weniger oder gar nicht respektiert werden. Dadurch entstehen rechtsfreie Räume, in denen Migranten der Verletzung ihrer Grundrechte ausgesetzt sind.“ Es bleibt schleierhaft, wie sich diese Idee angesichts der breiten Ablehnung potenziell betroffener Länder in der Diskussion halten kann. Europa ist dabei, [seine Werte und Glaubwürdigkeit zu verspielen](#).

Die Migrationspartnerschaft, die Marokko und die Bundesrepublik Anfang 2024 beschlossen haben, hält zwar diesem holistischen Anspruch stand. Sie will zugleich legale Migrationswege ausbauen sowie Sicherheitsfragen effektiver partnerschaftlich bearbeiten.

Bisher ist es ihr jedoch weder gelungen, den entglittenen Diskurs in Deutschland zu rationalisieren, noch, den Imageschaden Deutschlands als Zielland in Marokko auszubügeln. Das liegt auch daran, dass das gewählte Format der mündlichen „partnerschaftlichen“ Absprachen in Arbeitsgruppen, statt eines ausgehandelten Abkommens, eine öffentliche Debatte über die strategischen Ziele einer sinnhaften Migrationspolitik umgeht. Dabei wäre die Debatte darüber, wie wir die so dringend benötigte Migration am besten steuern, bitter nötig.

Die aktuellen Abschreckungsmaßnahmen vergraulen vor allem diejenigen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres sozio-ökonomischen Status auch andere Optionen als Europa haben.

Die aktuellen Abschreckungsmaßnahmen vergraulen vor allem diejenigen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres sozio-ökonomischen Status auch andere Optionen als Europa haben. Spricht man mit Researchern „on the ground“, so entsteht aktuell der absurde Eindruck, als sei es vor allem für die hochqualifizierten Marokkanerinnen und Marokkaner einfacher, ein Visum für die USA oder Kanada als für den Schengenraum zu bekommen. Die marokkanische Mittel- und Oberschicht verfügt über akademische Abschlüsse aus nationalen, europäischen und internationalen Eliteuniversitäten, ihre Bildungsabschlüsse sind oftmals hochwertiger als die des deutschen öffentlichen Bildungssystems.

Kanada hat daher 2015 das *Express Entry*-System eingeführt, das bedürfnisorientierte Einwanderung nach einem Punktesystem evaluiert und fördert, und bei dem akademisch hochqualifizierte Einwanderungsinteressierte innerhalb von nur zwölf Monaten Antwort und eventuell den Aufenthaltstitel erhalten. Das hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Fachkräftemigration nach Deutschland. Denn es sind dann gerade die sehr gut ausgebildeten und aufgrund westlicher Bildung und Orientierung leichter integrierbaren Menschen, die sich von Europa abwenden.

Wenig deutet gleichzeitig darauf hin, dass die Repressionen an den europäischen Außengrenzen diejenigen abschrecken, die vor Krieg und Hunger fliehen und ohnehin wenig bis nichts zu verlieren haben. Die repressive Migrationspolitik der Europäer konterkariert also die notwendigen Zuwanderungsbemühungen gleich mehrfach. Ohne eine konsequente Verbesserung, Vereinfachung und Ausweitung legaler Migrationswege wird kein einziges Problem gelöst. Dafür brauchen wir nichts weniger als eine Willkommenskultur 2.0, oder einfacher ausgedrückt: Mehr Anstand, weniger Anstellen.



Manuel Gath, Rabat

Manuel Gath ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Marokko. Zuvor war er für das Themengebiet Europäische Integration im Referat Internationale Politikanalyse zuständig.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/angeschlagenes-image-8002/?utm_campaign=de_40_20250102&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Zweischneidiges Schwert. Der Bundestag debattiert ein AfD-Verbot, doch dies könnte die Radikalisierung fördern. Europas Erfahrungen mit Parteiverboten liefern wichtige Lehren

Von Nils Meyer-Ohlendorf

Demokratie und Gesellschaft 19.12.2024



Kundgebung der Kampagne „AfD-Verbot Jetzt!“ anlässlich der fraktionsübergreifenden Initiative für ein AfD-Verbotsverfahren. -picture alliance/epd-bild/Christian Ditsch

In Deutschland wird seit Monaten intensiv über ein Verbot der AfD diskutiert. Eine Gruppe von 113 Bundestagsabgeordneten aus nahezu allen Parteien hat kürzlich einen [Antrag eingebracht](#), um ein Verbotsverfahren einzuleiten. Der Bundestag soll das Bundesverfassungsgericht anrufen, um die Verfassungswidrigkeit der AfD feststellen zu lassen.

Wie gehen andere [Länder in Europa](#) mit Parteiverboten um? Obwohl es Unterschiede gibt, lassen sich fünf grundsätzliche Muster erkennen:

Erstens: In Europa sind Parteiverbote äußerst selten. Zwischen 1945 und 2024 haben die 46 Mitgliedstaaten des Europarats etwa [150 Parteiverbotsverfahren](#) durchgeführt – im Schnitt knapp zwei pro Jahr. Die meisten der verbotenen Parteien waren [klein](#) und hatten geringen Wählerzuspruch. Verbote größerer Parteien sind eine Ausnahme. Beispiele dafür sind das Verbot der Vorgängerparteien der AKP in der Türkei und der baskisch-nationalistischen Partei *Herri Batasuna* in Spanien.

Zweitens: Parteiverbote kommen in autoritären Staaten deutlich häufiger vor als in Demokratien. Russland führt mit Abstand die Statistik an: Zwischen 2007 und 2022 wurden dort 53 Parteien verboten – das entspricht mehr als einem Drittel aller Parteiverbote, die in den Mitgliedstaaten des Europarats bisher verhängt wurden. An zweiter Stelle folgt die Türkei mit 23 Parteiverboten. In Demokratien hingegen sind Parteiverbote [selten](#). Die Mehrheit der Europaratsmitglieder hat bislang keine Parteien verboten. Nur in Frankreich (13 Verbote) und Rumänien (neun Verbote) gab es relativ viele. Deutlich weniger Parteiverbote gab es in Spanien (vier), Italien (drei), den Niederlanden (drei), Belgien (drei),

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Deutschland (zwei) und Österreich (zwei). In Norwegen, der Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Moldawien, Tschechien, Kroatien, Bulgarien, im Vereinigten Königreich und in Griechenland wurde jeweils nur eine Partei verboten.

Parteiverbote kommen in autoritären Staaten deutlich häufiger vor als in Demokratien.

Drittens: Parteiverbote gab es häufiger in Phasen des politischen Umbruchs oder in Ausnahmesituationen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden beispielsweise in den Niederlanden, Italien, Deutschland und Österreich faschistische Parteien verboten. Nach dem Zerfall der Sowjetunion trafen Parteiverbote die kommunistischen Parteien Lettlands, Litauens, Moldawiens und der Ukraine. In der Ukraine gab es nach dem russischen Überfall 2022 viele Parteiverbote, nämlich 17.

Viertens: Verbote betrafen Parteien aller Couleur, aber [vor allem Parteien](#), die den jeweiligen Staat in seiner Existenz infrage stellten und Gewalt befürworteten. Separatistische und nationalistische Parteien mit Verbindungen zu terroristischen Gruppen fallen etwa in diese Kategorie. [Beispiele](#) sind *Sinn Féin*, das im Vereinigten Königreich 1956 verboten wurde, oder *Herri Batasuna* und deren Nachfolgeparteien, die in Spanien 2003 verboten wurden.

Fünftens: Parteiverbote sind ein zweiseitiges Schwert. Sie können dazu beitragen, die Demokratie zu schützen, aber auch das Gegenteil bewirken. Das [Verbot der Herri Batasuna](#) trug beispielsweise zur Deeskalation des Konflikts im Baskenland bei und leistete einen wichtigen Beitrag zur Beendigung des ETA-Terrors. Demgegenüber wurde in der Türkei die AKP durch die Verbote ihrer Vorgängerparteien und das Verbotungsverfahren [gegen sie selbst gestärkt](#). Diese Verfahren waren für die AKP und ihre Anhänger Beweis, dass die türkische Justiz parteiisch und undemokratisch sei und in ihrem Sinne umgebaut werden müsse. Die [schwache Beweisführung](#) in diesen Verfahren hat die Demokratie in der Türkei zusätzlich geschwächt.

Diese Muster lassen sich nicht eins zu eins auf die Debatte um ein AfD-Verbot in Deutschland übertragen – zu groß sind die Unterschiede zwischen den Ländern –, aber es gibt Punkte, die auch für die deutsche Debatte wichtig sind.

Parteiverbote sind in Europa selten, insbesondere in den EU-Mitgliedstaaten. Sie betreffen noch seltener Parteien mit großem Wählerzuspruch. Parteiverbote sind in den EU-Mitgliedstaaten aber nicht nur selten, es gibt dort auch keine größeren Diskussionen zum Verbot von Parteien. Daraus ergeben sich Fragen: Inwiefern unterscheidet sich die Widerstandsfähigkeit der deutschen Demokratie beispielsweise von der in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich oder Spanien? Und wie groß sind die Unterschiede zwischen der AfD und Parteien wie dem *Rassemblement National*, den Brüdern Italiens, der *Partij voor de Vrijheid*, der FPÖ oder Vox? Zwar ist die AfD in vielen Punkten [extremistischer](#) als diese Parteien, aber sind die Unterschiede so groß, dass sie ein Verbot der AfD erforderlich machen?

Parteiverbote sind in Europa selten.

Verbote großer Parteien gab es in der EU bisher nur in Ausnahmesituationen. Deutschland befindet sich jedoch [nicht in einer solchen Ausnahmesituation](#). In der deutschen Diskussion wird oft auf die [Weimarer Republik](#) Bezug genommen, doch dieser Vergleich ist irreführend. Mit dem Grundgesetz, der Mitgliedschaft in der EU und einer freieren, emanzipierteren und toleranteren Gesellschaft ist die Demokratie in Deutschland heute wesentlich stabiler als vor 100 Jahren.

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Verbote von Parteien haben sehr große politische Bedeutung. Diese wächst mit der Größe der Partei, gegen die ein Verbotverfahren geführt wird. Solche Verfahren gehören zu den sensibelsten Momenten in Demokratien. Der case gegen eine Partei muss deshalb sehr stark sein. Die Beweisführung muss nicht nur vor Gericht Bestand haben, sondern gerade auch in der politischen Auseinandersetzung. Dabei geht es nicht nur darum, die eigenen Anhängerinnen und Anhänger zu überzeugen, sondern auch breite gesellschaftliche Mehrheiten und, idealerweise, Teile der Anhängerschaft der zu verbietenden Partei. Dafür müssen belastende und entlastende Aspekte nachvollziehbar abgewogen und alle Seiten gleichermaßen gehört werden. Der case für ein Parteiverbot darf nicht primär das Ergebnis einer Debatte unter Gleichgesinnten sein.

Hier hat die deutsche Debatte Verbesserungsbedarf. Sie ist oft selbstreferenziell und eher daran interessiert, bestehende Meinungen zu bestätigen, als sie infrage zu stellen. Häufig ist die Diskussion zudem überhastet. So wird die AfD derzeit vom Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ und nicht als „gesichert extremistische Bestrebung“ eingestuft. Die deutsche Debatte blendet zudem häufig wichtige Aspekte aus. Beispielsweise spielen die Programme der AfD nur eine geringe Rolle, obwohl diese für die politische Debatte und für Gerichtsverfahren wichtig sind, wie [das Bundesverfassungsgericht](#) im NPD-Verbotsverfahren gezeigt hat.

Darüber hinaus müssen für das Verbotverfahren zentrale Dokumente in jeder Hinsicht überzeugen. Dies ist nicht immer der Fall. So hat der im Bundestag eingebrachte Verbotantrag Schwächen. In der Begründung wird behauptet, dass „zahlreiche AfD-Funktionäre“ an der von [Correctiv](#) aufgedeckten „Potsdam-Konferenz“ teilgenommen hätten. Tatsächlich waren es nur vier – neben zwei CDU-Mitgliedern. Zudem war die Konferenz keine AfD-Veranstaltung. Solche Ungenauigkeiten sind keine Lappalien, sondern Fehler, die in einer politisch höchst sensiblen Frage wertvolle Glaubwürdigkeit kosten.

Die Überzeugungen und die Wählerschaft der AfD werden durch ein Parteiverbot nicht verschwinden. Ein Verbot führt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu mehr Polarisierung, Wut und Radikalität. Viel spricht dafür, dass – wie Joachim Gauck meint – [„verunsicherte konservative Bürger, die die AfD wählten, bei einem Verbot der Partei den Staat als Feind erleben würden“](#). Die politische Diskussion muss sich mehr mit diesem Punkt befassen. Was passiert, wenn knapp 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler den Staat als Feind betrachten? Was sind Anreize, damit die AfD moderater wird und ihre Wählerschaft sich nicht weiter vom Staat abwendet? Sind allein Sanktionen geeignet, damit sich die AfD von ihren radikalen Teilen distanziert? Auch in dieser [Hinsicht ist ein Blick zu den europäischen Nachbarn](#) interessant.

Da sehr viel auf dem Spiel steht, bedürfen diese Punkte einer tieferen gesellschaftlichen Diskussion – gerade auch mit der AfD und ihren Anhängern. In dieser Diskussion geht es nicht darum, eine Brandmauer um eine Partei zu bauen, sondern um [undemokratische Positionen – wie sie Führungsleute der AfD vertreten, wichtige Teile der Partei sie bejubeln](#) und der Rest der Partei sie toleriert. Diese Diskussion muss zuerst kommen, dann möglicherweise der Ausschluss der AfD von der Parteienfinanzierung oder das Verbot ihrer radikalen Teile. Das Verbot der Gesamtpartei kommt am Ende.



Nils Meyer-Ohlendorf, Berlin

Dr. Nils Meyer-Ohlendorf ist Leiter des *International and European Governance Program* des *Ecologic Institute* in Berlin. Er ist Mitgründer und Gesellschafter von *Democracy Reporting International*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Klimaschutz, EU und Demokratie in Europa. Die Ansichten in dem Artikel sind persönliche Meinungen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/zweischneidiges-schwert-1-7972/?utm_campaign=de_40_20241219&utm_medium=email&utm_source=newsletter

KW 52

„Sollte die Bezeichnung ‚Weihnachtsmann‘ geschlechtsneutral ersetzt werden, damit sich auch Frauen mit dieser Rolle identifizieren können?“ Diese existenzielle Frage stellte **Civey** zum Fest der Liebe. 88,3 Prozent der Befragten antworteten mit „Nein, auf keinen Fall!“ Wäre das also auch noch in diesem Jahr geklärt. Wir hoffen, dass Sie ein schönes Weihnachtsfest verlebt haben, mit allen Geschenken halbwegs zufrieden sind, Ihr Baum noch nicht nadelt und Sie weiterhin in Kontakt bleiben wollen mit denen Sie das Fest verbracht haben.

Wie soll man das nennen, was über **Magdeburg** am 20. Dezember hereinbrach? Anschlag? Das klingt angesichts der Dimension zu klein. Ich nenne es Terrorakt, was sonst? Allein die Vorstellung, dass fünf Menschen, von denen sich der neunjährige Junge am meisten auf Weihnachten gefreut haben wird, und nun seine Geschenke nicht auspacken konnte, hat mir die Freunde am Fest der Liebe gründlich verdorben. Es bedurfte nicht der anhaltenden Berichterstattung in den Medien, um immer wieder an die Toten und Verletzten und ihre Angehörigen zu denken. Angesichts der Gottesdienste und warmen Worte zur Geburt des Erlösers, stelle ich mir mal wieder die Frage „Wo war Gott?“ Ich kann es nicht mehr hören, wenn immer wieder versucht wird, Entschuldigungen und Erklärungen dafür zu finden, warum Gott das nicht verhindern konnte.

So traurig mich der Terrorakt von Magdeburg macht, so wütend bin ich über die Details, die jetzt Journalisten ermittelt haben, was offenbar den Sicherheitsbehörden im Vorfeld nicht möglich war. Informationen aus Berlin sind in Magdeburg nicht angekommen. Digitalisierung ist hierzulande ein Begriff aus fernen Galaxien. Das Wissen über den Täter, das nun zu Tage tritt, war offenbar nicht ausreichend, um ihn im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Verkehr zu ziehen. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, ist die Lücke, durch die der Attentäter quer über den ganzen Markt rasen konnte. Es kann doch nicht sein, dass ein Polizeifahrzeug diese Lücke nicht verstellt hat. Es ist unbegreiflich und unentschuldigbar.

Finde den Fehler

„Die Polizei Brandenburg hat am ersten Weihnachtsfeiertag einen 15-Jährigen aus Teltow-Fläming in Gewahrsam genommen. Sicherheitsbehörden hatten Hinweise darauf, dass er einen Anschlag auf eine Kirche in Berlin verüben wollte.“

Ein ausländischer Nachrichtendienst habe dem Bundesamt für Verfassungsschutz die entscheidenden Hinweise geliefert. Dem Bundesamt sei es dann gemeinsam mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz gelungen, die Person zu lokalisieren und zu identifizieren.“ *Quelle: rbb*

Das ist doch eine großartige Leistung unserer Sicherheitsbehörden, einen Tatverdächtigen „zu lokalisieren und zu identifizieren.“ Immerhin taugen unsere Behörden zum Ermitteln von Adressen. Zur Gefahrenabwehr sind allerdings „ausländische Nachrichtendienste“ erforderlich. Was machen eigentlich unsere Schlapphüte den ganzen Tag? Googeln? Kriegt unser Land eigentlich noch irgendetwas hin? Der aktuelle Fall steht nicht allein da. Immer wieder müssen wir uns von anderen warnen lassen, weil wir selbst keine Erkenntnisse haben. Was für ein Armutzeugnis. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an unsere ausländischen Geheimdienste!

Grüße aus der Psychiatrie

Die *heute-show*, *extra3* und das *ZDF-Magazin Royale* befinden sich in der Weihnachtspause. Die *Real-Satire* nimmt jedoch keine Auszeit. Täglich versendet der kriminellste Präsident, den die USA jemals hatten und der sogar **Richard Nixon** in den Schatten stellt, noch vor seinem Amtsantritt Grüße aus der Psychiatrie. Sorry, aber anders kann man das doch nicht nennen, was **Donald Trump** in die Welt bläst.

Trump zeigt sich Detailversessen. So hat er festgestellt, dass die Gebühren für die Passage durch den Panama-Kanal zu hoch sind. Er fordert eine Senkung und die Rückgabe des Kanals an die USA, weil diese den Kanal größtenteils erbaut haben. 1999 wurde der Kanal jedoch vollständig an Panama übergeben. Trump fürchtet sich vor dem Einfluss Chinas auf die Verwaltung des Kanals. „Sollte Panama nicht in der Lage sein, einen ‚sicheren, effizienten und zuverlässigen Betrieb‘ des Kanals sicherzustellen, würden die USA die ‚vollständige und bedingungslose Rückgabe des Panamakanals‘ fordern, drohte Trump.“ *Quelle: ZDF*

Weitere Botschaften aus der Psychiatrie: „Der designierte US-Präsident Donald Trump möchte Grönland den USA einverleiben. ‚Im Interesse der nationalen Sicherheit und der Freiheit in der Welt sind die USA der Ansicht, dass der Besitz und die Kontrolle von Grönland eine absolute Notwendigkeit sind‘, schrieb Trump auf der Plattform *Truth Social*.“ Hinweis: Grönland ist ein politisch selbstverwalteter Bestandteil des Königreichs Dänemark. Die Landkarte der Welt soll also verändert werden, **Putin lässt grüßen**.

Auch die Umbenennung des höchsten Berges Nordamerikas will er rückgängig machen. **Barack Obama** hatte den nach dem republikanischen Präsidenten **William McKinley** benannten Berg 2015 in **Denali** umbenannt, um den traditionellen Namen der Ureinwohner Alaskas zu würdigen. *Quelle: Der Standard*

Nicht gesondert erwähnt werden muss, dass es nach dem 20. Januar in den USA nur wieder Frauen und Männer geben wird, und niemand „dazwischen und außerhalb“ wie **Jan Böhmermann** stets zu sagen pflegt. Der „'Transgender-Irrsinn' müsse aus Schulen verbannt werden. In diesem Kontext sprach sich Trump dafür aus, patriotische Inhalte in Schulen zu stärken und auch die kritische Auseinandersetzung mit der rassistischen Geschichte der USA zu reduzieren.“ Hierfür gibt es **Grüße aus China**.

Trump ist nicht allein in der US-Psychiatrie. Er liegt im Doppelbett mit **Elon Musk**. Musk ist der beste Beweis dafür, dass zu viel Geld blöd und blind machen kann. So postete er auf seinem Propagandnetzwerk X, von dem zu trennen man nur jedem raten kann, „Nur die AfD kann Deutschland retten.“ Wie weit sind Musk und Trump eigentlich noch von der faschistischen Ideologie entfernt?

Für die **Welt am Sonntag** durfte Musk einen Gastkommentar schreiben, in dem er seine Wahlhilfe für die AfD erneuerte und unterstrich. Ein Beitrag, der als ausländische Einflussnahme auf unsere Wahl schwerer wiegt als alle Aktionen aus dem Kreml. **Die AfD ist für nichts eine Alternative**. Mit ihrer Haltung zum Verteidigungsbündnis NATO und zur EU würde sie Deutschland in den Abgrund stürzen.

„Den Klimawandel habe es zu allen Zeiten gegeben.“, erklärt die AfD. „Die Frage nach dem Anteil des Menschen sei wissenschaftlich ungeklärt. Schäden durch Extremwetterereignisse wie im Ahrtal gehen aus Sicht der AfD zurück auf politisches Versagen.“ Kohlekraftwerke sollen länger laufen, in die Atomkraft will sie wieder einsteigen, setzt auf Öl- und Gasheizungen und möchte wieder Gas über die Nordstream-Leitungen beziehen.“ *Quelle: tagesschau*

Das Problem bei diesen Thesen ist, dass sie bei vielen Menschen auf fruchtbaren Boden fallen. Und Wahlhelfer Musk meint: „Die AfD könne Deutschland davor bewahren, ein Schatten seines früheren Selbst zu werden.“

Die AfD muss keinen eigenen Wahlkampf mehr machen, sondern nur die Thesen von **Elon Musk** auf ihre Plakate drucken. „Die AfD könne das Land in eine Zukunft führen, in der wirtschaftlicher Wohl-

stand, kulturelle Integrität und technologische Innovation nicht nur Wunschvorstellungen, sondern Realität seien.“ Welche Wirtschaft? Welche Kultur? Welche Technologie?

Leider ist nicht alles, was Musk von sich gibt, Bullshit. Dass es sich „Deutschland in der Mittelmäßigkeit zu bequem gemacht“ hat und es „an der Zeit für mutige Veränderungen“ ist, wird kaum jemand bestreiten wollen. Die Konsequenz daraus, dass „die AfD die einzige Partei ist, die diesen Weg eröffnet“ ist jedoch „fatal falsch“, wie der designierte Wams-Chefredakteur **Jan Philipp Burgard** in einem Kommentar als Gegenrede zu Musk schreibt.

„Deutschland taumele am Rande seines wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs“, beschreibt Musk die Situation in unserem Land und fühlt sich für diese Einschätzung berufen. „Als jemand, der bedeutende Investitionen in Deutschland getätigt habe, habe er das Recht, offen über seine politische Ausrichtung zu sprechen. Die AfD sei ‚der letzte Funke Hoffnung für dieses Land‘.“ **Nichts an der Ausrichtung der AfD habe das Prädikat Hoffnung verdient**. Das Recht, in unserem Land offen, worüber auch immer, sprechen zu dürfen, hat jeder, unabhängig von irgendeiner Investition.

„Bürokratie und erdrückende Vorschriften“, „Abbau staatlicher Überregulierung zur Steuersenkung und Deregulierung des Marktes“, „Eine kontrollierte Einwanderungspolitik...“ Für diese Erkenntnisse braucht niemand in unserem Land Herr Musk. Der Satzteil hinter *Einwanderungspolitik* lässt aufhorchen „...die der Integration und dem Erhalt der deutschen Kultur und der Sicherheit Vorrang einräumt.“ Dabei gehe es Musk nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern darum, dass Deutschland „seine Identität nicht im Streben nach Globalisierung“ verliere. Ist die „deutsche Kultur“ gefährdet? Höchstens durch staatliche Kürzungen im Etat. *Quellen: Welt am Sonntag / Tagesspiegel*

Der Beitrag von Musk sorgte für Streit in der „Welt“-Redaktion. Die Leiterin des Meinungsressorts, **Eva Marie Kogel**, erklärte am Samstag auf X: „Heute ist in der Welt am Sonntag ein Text von Elon Musk erschienen. Ich habe gestern nach Andruck meine Kündigung eingereicht.“ *Quelle: ZDF*

Wir stehen vor dem Eintritt in das Jubiläumsjahr des 21sten Jahrhunderts. Seit 25 Jahren schreiben wir eine 2 vor die Jahreszahlen. Das Jahr 2025 dürfte mal wieder so ein Schicksalsjahr werden. Trump und Musk werden die Welt verändern, mit extremen Auswirkungen auch auf Deutschland. Bis weit in das

Frühjahr hinein werden wir keine stabile neue Regierung haben. In diesen Zeiten kann eine Lähmung unseres Landes großen Schaden verursachen. Wenn ich mir das politische Personal anschau, wird mir ganz mulmig zumute. An Bundeskanzler **Friedrich Merz** führt m.E. kein Weg vorbei. Ebenso an einer Koalition aus Union und SPD. Wenn sie es diesmal nicht hinbekommen, könnte die AfD 2029 stärkste Kraft werden. 2029 ist die Amtszeit von **Donald Trump** dann endgültig vorbei, es sei denn, es gelingt ihm die Verfassung à la Putin zu ändern und sich zum Präsidenten auf Lebenszeit zu küren. Einen Trost gibt es, **Elon Musk** wird Trump im Präsidentenamt nicht folgen, denn er wurde nicht in den USA geboren. Es sei denn, dass auch diese Regelung geändert wird.

23. Februar 2025

In Zeiten wie diesen erlangt die Rolle des Bundespräsidenten eine besondere Bedeutung. **Frank-Walter Steinmeier** ist m.E. der richtige Präsident zur richtigen Zeit. Viele halten seinen Job für überflüssig und ihn für einen Langweiler. Das sehe ich anders. Für seine Fehleinschätzungen als Außenminister im Verhältnis zu Russland hat er sich entschuldigt, was andere nicht in der Lage waren, auszusprechen. In seiner Rede zur Festsetzung des Termins für die Neuwahl fand er die richtigen Worte. Hier einige Auszüge.



Politische Stabilität in Deutschland ist zu Recht ein hohes Gut. Sie hat uns genützt und geschützt. Die Auflösung des Bundestages vor dem Ende der Legislaturperiode

und vorgezogene Neuwahlen sind in unserem Land Ausnahmefälle. ... Aber gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt braucht es für Stabilität eine handlungsfähige Regierung und verlässliche Mehrheiten im Parlament. Foto: Bundespräsidentenamt / Steffen Kugler

Der Bundestag arbeitet weiter, bis sich ein neuer Bundestag konstituiert hat. Die Bundesregierung ist im Amt und führt die Geschäfte auch nach der Bundestagswahl weiter, bis eine neue Regierung gebildet wird. Unsere Demokratie funktioniert, auch in Zeiten des Übergangs.

Ich wünsche mir, dass die Stärke unserer Demokratie für die Wählerinnen und Wähler auch jetzt im beginnenden Wahlkampf sichtbar wird. Die nächste Bundesregierung hat große Aufgaben vor sich. Des-

halb muss es in den kommenden Wochen um die besten Lösungen gehen für die Herausforderungen unserer Zeit: Die wirtschaftlich unsichere Lage, in der Unternehmen in Schwierigkeiten kommen, Arbeitsplätze gefährdet sind; die Kriege im Nahen Osten, in der Ukraine, deren Auswirkungen auch bei uns zu spüren sind; die drängenden Fragen der Steuerung von Zuwanderung und Integration; den Klimawandel, dessen Folgen auch uns immer stärker treffen; das friedliche und sichere Zusammenleben in unserem Land.

Nach den zuletzt langen parteipolitischen Auseinandersetzungen über das Ob und Wie von Neuwahlen, nach dem jetzt beginnenden Wahlkampf muss gelten: Es ist jetzt an der Zeit, dass das Problemlösen wieder zum Kerngeschäft von Politik wird.

Genau das ist es, was die Menschen jetzt erwarten. Sie erwarten tragfähige Vorschläge für eine gute Zukunft für unser Land, das sich in schwieriger Zeit behaupten muss. Und ich glaube, sie verstehen, dass auch Prioritätensetzungen und schmerzhaft Wahrheiten dazugehören. Denn Politik ist immer die Verhandlung dessen, was möglich ist – das kann nie alles gleichzeitig sein.

Natürlich kann die Debatte über die besten Lösungen auch mit Zuspitzungen und Schärfe geführt werden, gerade im Wahlkampf. Das verträgt unsere freiheitliche Demokratie, oder mehr noch: Sie braucht den Wettstreit der Ideen. Aber ich erwarte, dass dieser Wettstreit mit Respekt und mit Anstand geführt wird – schon allein deshalb, weil nach der Wahl die Kunst des Kompromisses gefragt sein wird, um eine stabile Regierung zu bilden.

Und ich erwarte auch, dass der Wahlkampf mit fairen, mit transparenten Mitteln geführt wird. Einflussnahme von außen ist eine Gefahr für die Demokratie – sei sie verdeckt, wie kürzlich offenbar bei den Wahlen in Rumänien, oder offen und unverhohlen, wie es derzeit besonders intensiv auf der Plattform X betrieben wird. Ich wende mich entschieden gegen alle äußeren Einflussversuche. Die Wahlentscheidung treffen allein die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Noch etwas versteht sich von selbst: Hass und Gewalt dürfen keinen Platz haben in diesem Wahlkampf – und das, was sie vorbereitet, auch nicht: Verunglimpfung, Einschüchterung, Gewalt – all das ist Gift für die Demokratie. All das beschädigt unsere Demokratie. Wir müssen Gewalt ächten! Das erwarte ich von allen, die sich um Verantwortung bewerben.

paperpress

seit 1976

Nr. 632-19

29. Dezember 2024

49. Jahrgang

Sie wird mir fehlen



Foto: Das blaue Sofa / Club Bertelsmann

Hannelore Hoger ist tot. Diese Nachricht kurz nach Weihnachten betrübt mich sehr. Denn ich hatte eine ganz besondere „Beziehung“ zu ihr. Häufig begegnete ich ihr am Bahnhof Altona. Flotten Schrittes lief sie durch die Bahnhofs-Passage von Ottensen kommenden in Richtung Max-Brauer-Allee. Wenn sie mir entgegenkam und ich sie rechtzeitig entdeckte, grüßte ich höflich, was sie mit einem Lächeln quittierte, aber schnell weiterlief, weil sie mich vermutlich für einen Autogramm-Jäger hielt. Einmal saßen wir im selben Zugabteil von Altona nach Berlin, sie stieg in Spandau aus und wurde dort von ihrer Tochter Nina empfangen. Natürlich sprach ich sie im Zug nicht an, macht man ja nicht.

Ich habe das auch nicht getan, als mir **Devid Striesow** auf dem Weg von Hamburg nach Berlin gegenüber saß und mich beim Einsteigen mit einem freundlichen Moin begrüßte. Die Leute wollen ihre Ruhe haben und nicht vollgelabert werden. Immerhin habe ich Devid, der gerade **Johann Sebastian Bach** so wunderbar verkörperte, beim Aussteigen am Hauptbahnhof noch alles Gute und weiterhin viel Erfolg gewünscht, wofür er sich freundlich bedankte und vermutlich froh war, dass dies das Einzige war, was er in zwei Stunden von mir vernahm.

Bei meinen Besuchen in Altona werden mir die kurzen Begegnungen mit **Hannelore Hoger** fehlen. Eine Schauspielerin, die neben vielen anderen Rollen, vor allem diese außergewöhnliche **Bella Block** spielte. Für mich war sie das weibliche Gegenstück zu **Götz Georges** Schimanski. Harte Schale, weicher Kern und immer geradeaus und unkonventionell. Sie haben Recht, dieser Teil des Artikels ist banal, aber ich wollte das wenigstens erwähnt haben...

Was noch?



Es ist mal wieder Zeit für Ergänzungsbriefmarken. Am 1. Januar 2025 erhöht die Post die Preise und schränkt dafür ihre Dienstleistungen ein. Das ist schon heute nicht anders, denn gestern lagen in meinem Briefkasten pünktlich nach dem Fest noch viele Weihnachtsgrüße, obwohl die Absender sie rechtzeitig versandt hatten. Aber, was ich schon rechtzeitig? Schließlich kann man nicht die Weihnachtsgrüße zeitgleich mit dem Auffüllen der Supermarkt-Regale mit Lebkuchen im September versenden.

Decken Sie sich mit ein paar 10-Cent-Marken ein. Der Standardbrief kostet nun 95 Cent, +10; der Kompaktbrief 110 Cent, puls 10; der Großbrief 180 Cent, +20; der Maxibrief 290 Cent, +15; 25 Cent müssen Sie künftig zusätzlich auf eine Postkarte, bisher 70 Cent, kleben. Das Briefeschreiben stirbt langsam aus, schade. Das liegt nicht nur am Porto. Deshalb vielen Dank an alle, die mir einen postalischen Weihnachtsgruß zugesandt haben.

Noch was?

Ich höre schon wieder den arbeitenden und steuerzahlenden Teil meiner Freunde meckern, dass auch 2025 die Rente um ca. 3,5 Prozent erhöht wird. Abgesehen davon, dass auch Rentner Steuern zahlen müssen, ist die Rentenerhöhung ein Minusgeschäft, wenn man alle Kostensteigerungen dagegen rechnet. Allein von der Erhöhung des Krankenkassenbeitrages könnte ich eine Reise nach Hamburg mit einer Übernachtung finanzieren. Seufzen auf hohem Niveau, ich weiß.

Kommen Sie gut und unfallfrei ins neue Jahr, bleiben Sie bitte gesund und zuversichtlich, denn gegenwärtig spricht nichts dafür, dass 2025 ein gutes Jahr wird.

Ed Koch

06) KW 51 (15. bis 21.12.2024) – Sittliche Reife. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 632-16

22. Dezember 2024

49. Jahrgang

KW 51 – Sittliche Reife

Es war keine so gute Idee, während meiner früheren beruflichen Tätigkeit als Leiter einer Jugendfreizeit-einrichtung mit Jugendlichen Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung, des Abgeordnetenhauses und auch des Bundestages zu besuchen. Natürlich versucht man als Sozialarbeiter, den Kids ein Mindestmaß an höflichen Umgangsformen zu vermitteln. Vor allem, dass sie es sein lassen sollen, sich untereinander zu beschimpfen und zu verunglimpfen und respektlos und intolerant anders Denkenden gegenüber zu verhalten. Diese Schule des Lebens findet leider nicht in den Parlamenten statt. Und das nicht erst, seitdem Rechtsextreme dort Platz nehmen durften.

Lassen wir einmal die eher humoristischen und sehr kreativen Titulierungen, die der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende **Herbert Wehner** für politische Gegner fand, beiseite („*Übelkrähe*“ nannte er den CDU-Abgeordneten **Jürgen Wohlrabe**, „*Hodentöter*“ den CDU-Abgeordneten **Jürgen Todenhöfer**.) Auch **Helmut Schmidt** und **Helmut Kohl**, **Franz-Josef Strauß** und viele andere vergriffen sich im Ton und wurden teilweise sehr persönlich.

Einen neuen Tiefpunkt präsentierte **Olaf Scholz** in dieser Woche, als er **Christian Lindner** die „*sittliche Reife*“ absprach, einer Regierung angehören zu können. Das offenbart eine besondere Geisteshaltung gegenüber dem politischen Gegner. Scholz hätte seinem Ärger Luft machen und auf ein Zitat von **Joschka Fischer** zurückgreifen können, der Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** 1984 ein „*Arschloch*“ nannte. Das hätte gereicht.

Das FDP-Exit-Papier, egal, wann auch immer Lindner davon erfahren hat, ist trotz der Kriegsrhetorik, kein Kriegsverbrechen, sondern das Ergebnis pubertierender Politjunkies, die den Bundestag mit einem Buddelkasten auf ihrem Abenteuerspielplatz verwechseln.

Apropos „*Sittliche Reife*.“ **Olaf Scholz** nannte **Friedrich Merz** „*Fritze Merz*“, der gern „*Tünkram*“ erzählt. Hätte das **Urban Priol** (*Jahresrückblick „Tilt“ 30.12.2024, 20:15 Uhr 3sat*) gesagt, wäre das OK, für einen Bundeskanzler ist das unangemessen. Ausgerechnet **Markus Söder**, der zu allem eine Meinung hat, meldet sich zu Wort und sagt: „**Olaf Scholz** ist kein Vorbild mehr für die Demokratie und ist der peinlichste Bundeskanzler, den unser Land je hatte.“ Wie war das mit dem Glashaus? Söder hat es geschafft, das bajuwarische Wörterbuch des **Franz-**

Josef Strauß um viele weitere Einträge zu erweitern. Im Gegensatz zu Söder, hatten die Entgleisungen von Strauß ein gewisses Niveau.



Den historischen Kniefall von **Willy Brandt** am 7. Dezember 1970 in Warschau vor dem Mahnmal zum Gedenken an den jüdischen Ghetto-Aufstand von 1943, nachzuäffen, ist

widerwärtig. **Markus Söder** ist sich für nichts zu schade und postete gleich danach ein Foto vom Weihnachtsmarkt, auf dem er eine vor Senf triefende Bratwurst verzehrte. Söder hat sich zu einem unerträglichen Politclown entwickelt, über den man nicht lachen kann. Ein Glück, dass er nie eine Chance hatte und haben wird, Bundeskanzler zu werden.

Screenshot: Bayerischer Rundfunk

„In einer Zeit, in der Diskussionen über wichtige Themen und richtige Wege oft von Unversöhnlichkeit und Härte geprägt sind, wird immer deutlicher worauf es mehr denn je ankommt: die Bereitschaft, die Position des Anderen wahrzunehmen und zu respektieren.“, heißt es in der Weihnachtsbotschaft von Berlins Bürgermeister und Senator für Finanzen **Stefan Evers**. Für ihn sind „*Solidarität, Gemeinschafts-sinn, Mitgefühl und Frieden die tragenden Säulen des Weihnachtsfestes*.“ Nicht nur des Weihnachtsfestes.

Was noch?

In dieser Woche wurde der Berliner Nachtragshaushalt endlich beschlossen. Drei Milliarden Euro bleiben auf der Strecke. Den m.E. besten Kommentar dazu hat **Jan Menzel** vom rbb verfasst: „**Kai Wegner** hat eine große Chance so fahrlässig vertan, dass man nur mit den Ohren schlackern kann. Während draußen vor dem Parlament tausende gegen Kürzungen demonstrierten, lobte sich der Regierende Bürgermeister im Plenarsaal dafür, dass nun mit einem Jahr Verspätung ein ordentlicher Haushalt vorliegt, und sich die schwarz-rote Koalition darüber nicht im Streit zerlegt hat. Mehr noch: Wegner verstieg sich sogar dazu, das Berliner Haushalts-Gewürschtel als Modell für andere Bundesländer und den Bund zu empfehlen.

Nur mal zur Erinnerung: Seine schwarz-rote Koalition hat die Stadt über Monate im Unklaren gelassen, wo der Sparhammer genau zuschlagen wird. Dann wurde in einem Last-Minute-Verfahren hier und da mehr oder minder willkürlich nachgebessert. Im Ergebnis bleibt es aber bei Milliarden-Kürzungen, die

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.

Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

vieles kaputt machen werden: Jobs, auch Institutionen, Projekte, wichtige soziale Angebote und auch jegliche Visionen.

Dabei ist es richtig, ja unvermeidbar: Die Ausgaben müssen wieder auf ein Normalniveau sinken. Berlin hat in den letzten Jahren krass über seine Verhältnisse gelebt. Milliarden und Aber-Milliarden, die die Stadt gar nicht hat, wurden ausgegeben, um durch die Krisen dieser Zeit zu kommen. Immer mehr und immer weiter Schulden zu machen, als gäbe es kein Morgen, ist keine verantwortungsvolle und auch keine zukunftsgerichtete Politik.

Gerade weil die Opposition sich vor dieser unbequemen Schulden-Wahrheit drückt, wäre die Regierungserklärung für Wegner eine Chance gewesen, der Stadt seinen Kurs zu erklären und sie auf den schwierigen Weg mitzunehmen. Zumal so wie Schwarz-Rot es macht, der Schrecken noch längst kein Ende hat. Überall in der Haushaltsrechnung von CDU und SPD schlummern trotz der Kürzungen noch Luftbuchungen, ungedeckte Schecks und das Prinzip Hoffnung. Viele Träger von Bildungs- und Sozialangeboten müssen sich weiter berechnete Sorgen machen, dass sie den Tod auf Raten sterben, weil Gelder nur noch quartalsweise bewilligt werden.

Davon war beim Regierenden Bürgermeister aber nichts zu hören. Stattdessen setzte er das schwarz-rote Muster fort: Haushalts-Wahrheit und -klarheit gibt es nur noch scheinbar. rbb24 InfoRadio Jan Menzel

Das ging schnell

Die Koalition von SPD und BSW in Brandenburg ist nicht einmal trocken hinter den Ohren, da gibt es schon die ersten Unstimmigkeiten. Wenn es keine Einigung in Sachfragen gibt, enthält sich Brandenburg im Bundesrat, so steht es im Koalitionsvertrag. Gleich bei drei Themen wurde diese Karte am Freitag gezogen: Bundeswehr, Pflegeversicherung und Bundesverfassungsgericht. Brandenburg „enthielt sich bei der Entscheidung über eine verstärkte Zusammenarbeit von Deutschland und Litauen bei der Verteidigung - konkret geht es um die Stationierung einer Bundeswehrbrigade. „Hochrüsten, die Bevölkerung auf Krieg einschwören und ihr Opfer abverlangen (...) wird immer auf den Widerstand des BSW treffen“, teilte BSW-Landtagsfraktionschef **Niels-Olaf Lüders** mit. „Brandenburg macht bei Kriegstüchtigkeit und teuren Militärabenteuern etwa in Litauen nicht mehr mit. Dank des BSW.“ (Quelle: rbb) Das BSW verkennt die Lage. Man kann es nicht wahrhaben wollen oder ein Abenteuer nennen, aber, der

freie Teil Europas befindet sich am Ende des Jahres 2024 in einer Lage der Bedrohung durch einen russischen Kindermörder und Kriegsverbrecher.

Dass sich Brandenburg als einziges Bundesland bei der grundgesetzlichen Stärkung des Bundesverfassungsgerichts enthalten hat, verstehe wer will. Schon nach wenigen Tagen der Magenta-Koalition wird deutlich, dass sie auf tönernen Füßen steht.

Foto des Jahres



Auf dem Gewinnerbild von **Avishag Shaar-Yashuv** (links) ist der kleine **Stav** zu sehen, einer der Überlebenden des Überfalls der Hamas am 7. Oktober 2023 auf die Siedlung des Moschav Netiv HaAsara. Gewinnerbild zwei der Fotografin **Samar Abu Elouf** zeigt die Geschwister **Dareen** und **Kinan**, die bei einem israelischen Luftangriff auf ein Wohnhaus ihre Eltern und einen Großteil ihrer Familie verloren haben.

Zum ersten Mal prämiert Unicef mit dem „Foto des Jahres“ gleich zwei Fotografinnen. Sie zeigten das Leid der Kinder, jeweils in Israel und den palästinensischen Gebieten. Mehr als tausend Worte drücken die Gesichter der Kinder den Zustand aus, in dem sich die Welt am Ende dieses Jahres befindet.

Und wäre dieser ganze Horror nicht schon schlimm genug, gelingt es einem Attentäter, 400 Meter durch den Weihnachtsmarkt in Magdeburg zu rasen, fünf Menschen, darunter ein neunjähriges Kind, zu töten, und über 200 weitere, teilweise schwer, zu verletzen. Das war es dann mit den friedlichen und fröhlichen Weihnachten 2024! **In Gedanken sind wir bei den Opfern; unsere Anteilnahme gilt ihren Familien und Freunden.**

Wir rutschen in ein neues Jahr, in dem ein vorbestrafter Lügner und Verleumder erneut mächtigster Staatschef wird mit unvorhersehbaren Folgen für die ganze Welt; die Ukraine wird 2025 teilweise untergehen. Der Kabarettist **Werner Finck** schrieb zum Jahreswechsel 1952/53: „Ich bin fest überzeugt, dass im neuen Jahr alles viel besser wird, die Bomben, die Panzer und Abwehrwaffen!“

Ed Koch

KW 51 - Sittliche Reife

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Newsletter verabschieden wir uns in die Weihnachtspause. Wir danken Ihnen für die zahlreichen Zuschriften, die uns in diesem Jahr erreichten. Wir freuen uns ebenso über Zustimmung wie Kritik. Ein oft gehörter Satz, wenn wir Ihnen begegnen, ist: „Ich lese paperpress gern, auch wenn ich nicht mit allem einverstanden bin!“ Solange es mehr Anmeldungen als Abmeldungen unseres Newsletters gibt, machen wir munter weiter.

Vor allem danken wir Ihnen für die Weihnachtsgrüße, ob elektronisch oder traditionell per Post. Alle Motive auf den Karten vermitteln den Geist der Weihnacht. Ohne die vielen anderen schmälern zu wollen, möchten wir Ihnen zwei Motive vorstellen. Das obere stammt, leicht erkennbar, vom EUREF. Es ist ein KI gestaltetes Motiv. Die Aufgabe lautete: *„Gestalte eine Winterlandschaft, inspiriert vom Fassadenmuster des EUREF-Campus Düsseldorf, mit leuchtenden Elementen im Vordergrund und fröhlichen Menschen, die die festliche Atmosphäre genießen. Im Hintergrund eine zauberhafte Schneelandschaft. Nutze kreative Licht- und Farbeffekte, um ein helles, freundliches Winter-Wonderland zu schaffen, das Wärme, Freude und staunende Bewunderung ausstrahlt.“* Das ist gut gelungen. Leider kann Künstliche Intelligenz nicht für eine reale Schneelandschaft sorgen.

Die zweite Karte kommt, ebenso leicht zu erkennen, aus dem Roten Rathaus. Wir haben sie zweimal erhalten, vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und der Senatssprecherin Christine Richter. Herzlichen Dank. Die Illustration stammt von dem Schweizer Grafiker Yves Haltner, der Visuelle Kommunikation an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee studierte.

Bedanken möchten wir uns auch bei denen, die einen Weihnachtsgruß auf unser Spendenkonto gesandt haben. Wie Sie wissen, ist **paperpress** ein non-profit-Projekt, das sich allein aus Spenden mit einem ehrenamtlichen Team finanziert.

In Gedanken sind wir in diesen Stunden bei den Opfern des Anschlags auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg,

bei dem fünf Menschen, darunter ein neunjähriges Kind, starben und 205 weitere, teilweise schwer verletzt wurden.

Unsere Anteilnahme gilt ihren Familien und Freunden.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ein friedliches Weihnachtsfest mit Ihren Familien und Freunden.

Mit herzlichen Grüßen

paperpress
seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

07) Habeck ist nicht an allem schuld. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 632-13

16. Dezember 2024

49. Jahrgang

Habeck ist nicht an allem schuld



Für **Markus Söder** und **Christian Lindner** ist die Sache klar. Habeck hat Schuld an der schlechten Wirtschaftslage im Land. Im Ranking der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit liegt Deutschland auf Platz 24, hinter Bahrain und Südkorea, knapp vor Thailand. Sind es nicht aber auch die Menschen, die ihren Beitrag dazu leisten? Nicht nur der Klimawandel ist Menschgemacht, sondern auch das Wirtschaftswachstum.

„Für 2025 erwarten die Ökonomen nur noch ein Mini-Wachstum von höchstens 0,6 Prozent. Die deutsche Wirtschaft kann sich nicht aus der Stagnation lösen, Signale für eine spürbare wirtschaftliche Belebung sind derzeit nicht auszumachen. Das geht aus der Winterprognose des IfW Kiel hervor, wonach das Bruttoinlandsprodukt 2025 nur stagniert (0,0 Prozent).“ Einflüsse gibt es viele, mit denen andere Länder auch zu kämpfen haben, aber besser dastehen. Natürlich leistet auch die überbordende Regulierung in unserem Land ihren unsäglichen Beitrag.

Schauen wir aber mal auf den Faktor Mensch und zitieren den Vertreter einer Berufsgruppe, die wie keine andere direkt am Kopf des Homo Sapiens tätig ist, Figaro, Figaro, Fiiiiiiigaro..... **Michael Maier**, Herausgeber der **Berliner Zeitung**, sprach mit **Wolfgang Zimmer**, der in den Rosenhöfen am Hackeschen Markt einen Frisiersalon betreibt, allerdings nur noch bis Jahresende. Er kann sich vor Kunden kaum retten, aber, so Zimmer, „Man kann die geforderte Miete nicht mehr mit Haarschneiden

erwirtschaften. Der Staat macht es uns Mittelständlern und Kleinhandwerkern nicht sehr einfach. Es werden uns immer weitere Kosten aufgedrückt, die wir nicht ohne weiteres an unsere Kunden weitergeben können.

Wenn ich ‚nur‘ Haare schneiden dürfte und mich darauf konzentrieren könnte, wäre die Welt in Ordnung. Aber wir werden heute über bürokratische Hürden gejagt und müssen uns an Datenschutzverordnungen, geänderten Gesetzgebungen, Feuerchutz, Gesundheitsschutzmaßnahmen, Berufsgenossenschaft, Innung, Handwerkskammer abarbeiten. Die ganzen Betriebskosten wie zum Beispiel Energiekosten oder Beiträge zu Krankenkassen sind gewaltig gestiegen.“

Aber nicht nur das: „Durch den demografischen Wandel und die **Lustlosigkeit vieler Menschen**, sich nicht durch Arbeit und persönliches Engagement in die Gesellschaft einzubringen, steigt der Druck auf die noch arbeitende Bevölkerung immer weiter.“, sagt Zimmer im Gespräch mit der Berliner Zeitung.

Und weiter: „Ich habe in den vergangenen Jahren sehr viele Bewerbungsgespräche geführt mit Leuten, die bei mir anfangen wollten. Es gibt Bewerber, die Power haben und arbeiten wollen. Aber es gibt auch Menschen, die sagen mir im Bewerbungsgespräch: ‚Herr Zimmer, eines muss ich Ihnen sagen: **Im Monat bin ich zwei Tage im Durchschnitt krank.**‘ Ich frage dann, haben Sie eine chronische Krankheit, dann sagte mir der Bewerber: ‚Nein, das steht mir doch zu, ich zahle ja Krankenkassenbeiträge.‘ Oder ein anderer sagte: ‚Ich möchte nur ein Jahr arbeiten, weil danach möchte ich mich gerne wieder ein halbes Jahr arbeitslos melden.‘

Bewerber sagen auch, dass ihnen die Öffnungszeiten nicht gefallen. Ein Friseur sagte zu mir: ‚Ich habe nur Lust, zwischen 11 und 17 Uhr zu arbeiten.‘ Oder: ‚Ich will nur zwei, drei Tage arbeiten, den Rest mache ich schwarz und habe dann mehr Geld, als würde ich normal arbeiten.‘ Die Hürde, das auch ganz offen zu sagen, ist heute sehr niedrig. Und es gibt auch viele, die den Staat ausnutzen. Es wird ihnen so leicht gemacht, dass sie sagen: ‚Es steht mir doch zu.‘ Immer weniger Leute wollen Verantwortung für sich selbst tragen. **Immer mehr Menschen wollen für weniger Arbeit mehr Geld bekommen. Das funktioniert nicht. Es gibt aber zum Glück noch viele, die nehmen die Herausforderungen an.**“

„Es ist gut, dass die Menschen mehr Freizeit haben wollen – wenn es finanzierbar ist. Auch Freizeit kostet Geld. Es ist toll, wenn ein Staat solidarisch ist.“

1

Wir alle arbeiten gerne für Menschen mit, die geistig und körperlich beeinträchtigt sind oder in Not geraten. Aber ich habe keinen Bock, für Leute mitzuarbeiten, die unser Sozialsystem ausnutzen."

„Die jungen Menschen haben zum Teil keine Lust mehr, eine Ausbildung anzufangen, wo sie acht Stunden oder mehr arbeiten müssen, vielleicht sogar samstags, wenn andere freihaben."

Ich unterhalte mich viel mit Unternehmensvertretern und alle singen das gleiche traurige Lied. Wobei zur Wahrheit auch dazu gehört, dass es immer noch sehr viele Menschen gibt, die arbeiten wollen und sogar Spaß daran haben, und sich nicht schon nach drei Stunden auf das Sofa im Wellnessbereich legen müssen. Schaut man sich heute die Büroetagen in vielen Unternehmen an, dann sind das eher Wohlfühloasen als Arbeitsstätten: Natürlich gibt's den Tresen mit Heiß- und Kaltgetränken, Obst für die Vitamine, einen Kicker, damit die Finger in Bewegung bleiben und eine Tischtennisplatte, damit sich auch der restliche Körper bewegen kann, und natürlich Sitzgelegenheit, die ich sehr gern in meinem Wohnzimmer hätte. Die Unternehmen tun eine Menge, damit sich ihre Leute wohlfühlen. Wie haben es bloß die Generationen davor geschafft, ohne diesen ganzen Schnickschnack Deutschland aus einem Trümmerfeld heraus zu einem der wichtigsten und stärksten Wirtschafts- und Industrienationen der Welt zu machen?

Massenentlassungen in der Automobilbranche haben nicht allein damit zu tun, dass die Nachfrage sinkt oder die Konkurrenz zu stark ist, es sind vor allem auch unternehmerische Fehlleistungen schuld an der Misere. Und die Politik verschärft das Elend zusätzlich. Aber, nach dem 23. Februar 2025 wird alles besser, wenn die Union wieder das Land übernimmt.



Mit einem Experten in Sachen Geldverdienen kann es nur aufwärts gehen, auch wenn dieser Herr nicht den Hauch einer Regierungserfahrung hat. Braucht man ja auch nicht unbedingt, denn denen, die darüber verfügen, haben wir ja den Schlamassel zu verdanken. Das Motto der DDR hieß:

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“ Das Motto der Bundesrepublik im 75sten Jahr ihres Bestehens scheint zu heißen: „Rückwärts immer, vorwärts nimmer!“

Ed Koch

Fotos: Ed Koch

08) Noch ein besonderer Tag. Von Ed Koch



Noch ein besonderer Tag

Vorausschauend hatten wir gestern geschrieben, dass es keine Schande ist, im zweiten Wahlgang die erforderlichen Stimmen zu bekommen. 43 statt 46 waren es gestern im Brandenburger Landtag bei der Ministerpräsidentenwahl. Einer hatte seine Nein-Stimme angekündigt, das ist ein ordentliches Verhalten. Den anderen kann man nur zurufen, dass einer der Gründe für Politikverdrossenheit ist, dass ein Parlament mit einem Abenteuerspielplatz verwechselt wird. Was für ein Zeichen, den Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang vors Schienbein zu treten. Hoffentlich fühlen sich diejenigen wohl dabei.

Im zweiten Wahlgang waren es dann plötzlich 50 statt 46 Stimmen für **Dietmar Woidke**. „CDU-Fraktionschef **Jan Redmann** wirft der SPD einen ‚Kuhhandel‘ mit der AfD vor. **Dietmar Woidke** ist nach **Thomas Kemmerich** der zweite Ministerpräsident, der mit den Stimmen der AfD ins Amt kommt. Aus der CDU gab es keine Zustimmung für diese Koalition“, teilte er mit.“ Zitat: Tagesspiegel

Erstaunlich, was Herr Redmann weiß. Kann er wirklich für alle zwölf CDU-Abgeordneten die Hand ins Feuer legen, dass niemand für Woidke gestimmt hat? Die Anschuldigung ist unverschämte, vor allem einen Bezug zu Kemmerich in Thüringen herzustellen. Es sieht sehr nach einem Ablenkungsmanöver aus. Viele Grüße vom Klettergerüst des Abenteuerspielplatzes.

Apropos Thüringen

Das MDR FERNSEHEN überträgt heute die Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten ab 9:55 Uhr live mit einer Sondersendung aus dem Thüringer Landtag.

CDU-Chef **Mario Voigt** möchte Ministerpräsident werden. Auch er braucht, wie Woidke, mindestens 45 Ja-Stimmen. Seine Koalition aus CDU, BSW und SPD verfügen aber nur über 44 der 88 Mandate. Es wird also mindestens noch eine weitere Ja-Stimme gebraucht. Alle schielen auf den bisherigen Linken MP **Bodo Ramelow**. Niemand käme wohl auf die Idee, **Björn Höcke** zu unterstellen, dass er Voigt wählt. Am Ende wird es wieder ein paar Klugscheißer geben, die genau wissen, wer bei der geheimen Wahl wie abgestimmt hat.

Lesermeinungen zu unserem gestrigen Beitrag über Syrien.

Zitat aus dem Artikel: „Gesehen werden immer nur die Syrer, die mit Messeren durch die Gegend laufen und Straftaten begehen. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Und es sind leider viele. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (Kriminalität im Kontext von Zuwanderung Fokus: Fluchtmigration - Bundeslagebild 2023) betrug 2023 der Anteil der Tatverdächtigen bei Menschen aus Syrien 19,2%, der Ukraine 11,6% und Afghanistan 11,2 %. Den überwiegenden Teil an Tatverdächtigen stellen immer noch die Deutschen selbst.“

Dazu muss unser Leser D.B. „nun doch etwas anmerken“. „Mit Prozentangaben ist das so eine Sache, wenn nicht klar ist, von welcher Basis wir reden, sonst werden Äpfel mit Birnen verglichen. Die genannten Prozentzahlen beziehen sich auf 100 % Tatverdächtige, nicht auf 100 % Einwohner. In der Bundesrepublik leben rund 83 Mio. Menschen, davon 1 Mio. Syrer, die also rund 1,2 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, aber 19,2 % der Tatverdächtigungen. Die Afghanen stellen 419.000 Einwohner, also 0,5 % der Bevölkerung, aber 11,6 % der Tatverdächtigungen.“

Wenn Sie die Prozentzahlen der Tatverdächtigten aus den drei genannten Gruppen zusammenrechnen, kommen Sie bereits auf 42 %, die anderen noch vorhandenen Gruppen mit Migrationshintergrund gar nicht eingerechnet. Wie sollen da die Deutschen den überwiegenden Teil an Tatverdächtigten stellen – da muss man noch nicht einmal die Relation 30 % Deutsche mit Migrationshintergrund+Ausländer gegenüber 70% Deutsche ohne Migrationshintergrund heranziehen. Hinzu kommt, dass in der von Ihnen erwähnten Statistik ausländerrechtliche Verstöße noch gar nicht erfasst sind, also noch hinzugerechnet werden müssten.

2023: 70,5 Mio. mit deutscher Staatsbürgerschaft, 1,323 Mio. Tatverdächtige = 1,877 %. 14 Mio. ohne deutsche Staatsbürgerschaft, 0, 923 Mio. Tatverdächtige = 6,59 %.

Das ist die wirkliche Relation, die aus politischen Gründen immer wieder unter den Tisch gekehrt wird. Gute Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Es ist unsere Aufgabe als Journalisten, auf die Zahlen zu schauen und uns nicht von Jongleuren hinters Licht führen zu lassen, die absolute und relative Zahlen verwechseln und Prozentsätze in die Welt



setzen, ohne die Basis zu nennen oder zu kennen, auf die Prozentsätze berechnet werden.

Fürs Geschichtsverständnis muss man erstmal Geschichte kennen, lieber Herr Koch."

Den letzten Satz beziehe ich nicht auf mich. Die Kriminalitätsstatistik fügen wir für Interessenten bei.

Eine weitere Meinung:

„Ich glaube, das mit den Volkshochschulen ist eine gute Idee, aber von den Wählern der AfD wird keiner kommen. Das geht denen nämlich am A... vorbei. Da halte ich es schon eher mit Ihrer Aussage: Man muss eine bessere Politik machen. Punkt.“

Zum Talk bei TV Berlin schreibt unsere Leserin: „Funke argumentiert wie alle Linksideologen – nämlich moralisch. Ich empfehle das neue Buch über Weimar von **Jens Bisky** (Die Entscheidung) – da geht es auch ums Zögern und damit Vorschub zu Rechts leisten der Sozialdemokratie.“

„Ups“, schreibt ein anderer Leser: „Ich hatte schon fast damit gerechnet, dass ihr beiden euch in die Haare kommt. Spannende Diskussion.“ Nein, das wird nie passieren...

Ed Koch

09) Kein Tag wie jeder andere. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 632-10

11. Dezember 2024

49. Jahrgang

Kein Tag wie jeder andere

Heute beantragt Bundeskanzler **Olaf Scholz** die Vertrauensfrage. Am 16. Dezember wird darüber abgestimmt und der Weg für Neuwahlen am 23. Februar 2025 frei gemacht. Vermutungen, dass die AfD aus reiner Gemeinheit für Scholz stimmen könnte und damit alles durcheinanderbrächte, halte ich für unwahrscheinlich, schließlich will **Alice** im Wunderland ja so schnell wie möglich Bundeskanzlerin werden.

Zwischen **Olaf Scholz** und **Friedrich Merz** liegen nur noch zwei Prozent – 43 zu 45 – bei der Frage, wer Bundeskanzler werden sollte. Scholz holt auf, Dank Söder. Nichts spielt der SPD besser in die Hände als ein Streit zwischen den Unionsschwestern. Dass sich Söder nicht zurückhalten kann, sondern andauern aus München einmischen muss, liegt in seinem unstillbaren Geltungsdrang begründet. An der Frage, ob die Grünen eine Koalitionsoption wären, wird sich zeigen, wie geeint CDU und CSU in den Wahlkampf gehen. Eine demokratische Partei von vornherein für eine mögliche Koalition auszuschließen, wie es Söder propagiert, ist kontraproduktiv. Die Frage ist, wer zuletzt lacht.

10:00 Uhr Potsdam

Ab 09:55 Uhr überträgt der rbb die Sitzung des Brandenburger Landtags mit dem Tagessordnungspunkt „Wahl des Ministerpräsidenten“. Ob um 10:40 die 499ste Folge von „In aller Freundschaft“ gezeigt werden wird, muss abgewartet werden. Wenn **Dietmar Woidke** nicht im ersten Wahlgang 45 Stimmen bekommt, geht's in die nächste Runde. Über 46 der 88 Sitze verfügt die Koalition aus SPD und BSW. Ein Abgeordneter des BSW will Woidke nicht mitwählen. Nur ein weiterer Abweichler würde einen zweiten Wahlgang auslösen. Im zweiten Wahlgang gewählt zu werden, ist keine Schande, **Klaus Wowereit** brauchte zwei, **Kai Wegner** sogar drei Urnengänge, um ins Amt zu kommen. So schlimm wie 2005 in Schleswig-Holstein, als **Heide Simonis** auch im vierten Wahlgang keine Mehrheit bekam, wird es sicherlich in Brandenburg nicht werden.

Es hängt viel davon ab, ob heute die Koalition in Brandenburg steht, nicht nur für dieses Bundesland, sondern für die ganze Republik. Scheitert die Koalition, würde sich das negativ für das BSW bei der Bundestagswahl auswirken. Gegenwärtig werden dem BSW zwischen fünf und acht Prozent prognostiziert. Beim einem Scheitern heute, könnte die Wagenknecht-Partei schnell wieder verschwinden.

Blanker Populismus

So schnell wie sich die Taliban 2021 Afghanistan einschließlich der Hauptstadt Kabul zurückerobert hatten, wurde jetzt Syrien und seine Hauptstadt Damaskus vom Terrorregime der Familie Assad befreit. Der Zeitfaktor ist aber die einzige Gemeinsamkeit, denn die Menschen in Afghanistan wurden vom Westen, der sich schnell zurückzog, Terroristen mit einem mittelalterlichen Weltbild überlassen, während islamistische Rebellengruppen und bewaffnete Milizen, mit welchem Weltbild auch immer, Syrien vom Terrorregime eines Familienclans befreiten.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist überhaupt noch nicht klar, wohin sich das Land entwickelt. Und so kann man **Olaf Scholz** nur beipflichten, wenn er zu Abschiebungen nach Syrien zur Zurückhaltung mahnt. „Zunächst sei die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass man in Syrien sicher leben könne.“ ZITIER: ZEIT ONLINE

Dass Israel verhindern möchte, aus Syrien, von wem auch immer, angegriffen zu werden, ist verständlich. Ist es aber angemessen, jetzt das Land zu bombardieren und die syrische Flotte zu versenken? „Die Militärschläge zeigen, dass Regierungschef **Benjamin Netanjahu** Ernst macht mit der Neugestaltung der Region – zum Vorteil Israels. ‚Ich verändere das Gesicht des Nahen Ostens, so wie ich es versprochen habe‘, sagte er.“ Quelle: Süddeutsche Zeitung

Netanjahu, der mal wieder wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht stand, will eine „Neugestaltung der Region – zum Vorteil Israels“, eine „Veränderung des Gesichts des Nahen Osten“. Sorry, aber das erinnert sehr an den Größenwahn von **Adolf Hitler**, der gleich die ganze Welt neu ordnen wollte, oder an **Wladimir Putin**, der die Sowjetunion wieder entstehen lassen möchte, womit ich Hitler und Putin nicht auf eine Stufe stellen möchte, auch wenn beide Faschisten sind.

Putin kämpft um seine Militärbasen und den Einfluss in Syrien, ein Land, das er mit seinen Bomben teilweise bis zur Unkenntlichkeit zerstört hat. Die USA bemühen sich um Kontakte zu den neuen Machthabern, die Kurdenfrage und der Einfluss der Türkei sind ungeklärt. Ist wirklich schon die Zeit gekommen, nach Syrien zurückkehren zu wollen?

Dass sich dennoch viele Syrer freuen und sofort ihre Koffer packen und nach Hause fahren wollen, ist verständlich. Die Rufe aber, alle rund eine Millionen Syrer jetzt so schnell wie möglich abzuschleppen, ist reiner Populismus. „Welche Auswirkungen hätte es auf



unsere Gesellschaft und Wirtschaft, wenn hierzulande lebende Syrer dieser Aufforderung wirklich nachkämen?", fragt das **ZDF** in einem Kommentar. „Zumindest für das deutsche Gesundheitssystem würde es nichts Gutes bedeuten. Denn: syrische Ärzte spielen vor allem in Krankenhäusern kleinerer Städte mittlerweile eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der Versorgung.“ Nicht nur in kleineren Städten, auch in Berlin.

Gesehen werden immer nur die Syrer, die mit Messern durch die Gegend laufen und Straftaten begehen. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Und es sind leider viele. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (*Kriminalität im Kontext von Zuwanderung Fokus: Fluchtmigration - Bundeslagebild 2023*) betrug 2023 der Anteil der Tatverdächtigen bei Menschen aus Syrien 19,2%, der Ukraine 11,6% und Afghanistan 11,2%. Den überwiegenden Teil an Tatverdächtigen stellen immer noch die Deutschen selbst.

Gesehen werden müssen aber vor allem die Zuwanderer, die hier ihre Existenzen aufgebaut haben, Arbeitsplätze geschaffen haben und Steuern zahlen. Nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch in der Gastronomie und im Baubereich sind Zugewanderte unentbehrlich. Man sollte also genau hinschauen, wem man eine Fahrkarte nach Hause in die Hand drückt.

Ed Koch

10) Lord oder Prinz, das ist hier die Frage. Von Ed Koch



Lord oder Prinz, das ist hier die Frage



Emil J. Ruderer (l.) als Kleiner Prinz, und Markus Thiel als Pilot. Bild: (c) Ralf K. Lang

Wie wäre es in diesem Jahr einmal zu Weihnachten mit dem „Kleinen Prinzen“ anstatt dem „Kleinen Lord“? Zwischen am 20. Dezember 2024 und 6. Januar 2025 ist seine Lordschaft dreimal in der ARD und darüber hinaus in vier Regionalsendern zu sehen und natürlich, bereits seit dem 1. Dezember in Endlosschleife in der ARD-Mediathek.

Seine Königliche Hoheit hingegen können Sie nur einmal erleben, dafür live. Das „Phoenix Forum Theater“ führt in einem Gastspiel am **Sonntag, dem 22. Dezember 2024, ab 19:00 Uhr**, den „Kleinen Prinzen – für Erwachsene“ im Stadttheater Köpenick (Hauptmannsklub), Wendenschloßstraße 103-105, 12557 Berlin, auf. Tickets 26,87 Euro, ermäßig 21,69 Euro.

<https://www.eventim-light.com/de/a/5a0c382eda84720495b64764/e/670d44e714836905230c4930>

Worum geht's beim „Kleinen Prinzen“?

„Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“ Diese berühmte Erkenntnis aus **Antoine de Saint-Exupéry's „Der kleine Prinz“** berührt Groß und Klein. Erwachsene

lernen wieder mit Kinderaugen zu sehen – und Kinder verstehen die Welt der Erwachsenen besser. Daher wird die neu eingerichtete Bühnenumfassung in zwei Versionen gespielt – eine für Kinder ab 5, und eine längere für alle Menschen ab 12. Wie wunderbar die Reise des „Kleinen Prinzen“ Witz und Poesie verbindet, das gilt es neu zu entdecken.

Der Pilot Jacques Bernis (**Markus Thiel**) stürzt mit seinem Flugzeug allein in der Sahara ab. Überleben kann er nur, weil ihm ein wundersames Wesen erscheint – „Der kleine Prinz“ (**Emil L. Ruderer**). Dieser ist von einem Asteroiden auf die Erde gefallen und erzählt ihm von seiner Reise und den merkwürdigen Figuren, die ihm begegneten. Erst durch König, Geschäftsmann, Schlange oder Fuchs erkennen wir, wie wichtig Sonnenuntergänge, Schafe und die Sorge um eine Rose sind. Schließlich finden alle wieder nach Hause – der Pilot, „der Kleine Prinz“ – und wir.

Darsteller: Emil J. Ruderer, Markus Thiel, Nicola Daro, Jerome Winistädt, Jérôme Mallow, Oliver W. Koch und Olaf Michael Ostertag. Neu für die Bühne eingerichtet von Olaf Michael Ostertag. Bühnenbau: Jan Hofmann. Kostüme, Produktions- und Regieassistenz: Oliver W. Koch

Es lohnt sich, das Programm des Stadttheaters Köpenick anzuschauen, gerade auch für Familien.

<http://www.stadttheater-coepenick.de/>



Zuerst war das Buch: *Der kleine Prinz* ist eine mit eigenen Illustrationen versehene Erzählung des französischen Autors Antoine de Saint-Exupéry. Das Buch erschien 1943 in New York, wo sich Saint-Exupéry im Exil aufhielt, und wurde zu seinem bekanntesten Werk. *Der kleine Prinz* gilt als literarische Umsetzung des

moralischen Denkens und der Weiterkenntnis seines Autors und als Kritik an einem Werteverfall der Gesellschaft. Die Erzählung ist ein modernes Kunstmärchen und wird als Plädoyer für Freundschaft und Menschlichkeit interpretiert. Quelle: Wikipedia

Den „Kleinen Prinzen“ gibt es auch als Hörbuch, Hörspiel, im Konzert, als Ballette, Oper und Musical. Bereits 1950 gab es in Deutschland eine erste Bühnenumfassung. Ein „Plädoyer für Freundschaft und Menschlichkeit“. Nichts ist wichtiger als das in diesen Zeiten. Wir sehen uns in Köpenick!

Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 100)

01) Das singende Bäumchen. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-06

8. Januar 2025

50. Jahrgang

Das singende klingende Bäumchen



Foto: Ed Koch

Kurz vor Weihnachten machte ich mich, von Mariendorf aus betrachtet, auf eine kleine Weltreise nach Köpenick. Auch ohne den legendären Hauptmann ist Köpenick immer eine Reise wert. Ein wirklich schöner Bezirk. Aber durch den Hauptmann ist Köpenick weltweit bekannt geworden.

Es gibt viele Erinnerungen an ihn, die aktivste ist der Hauptmannsclub in der Wendenschloßstraße, eine kleine, aber feine Kultureinrichtung mit einem abwechslungsreichen Programm. Angeschaut habe ich mir den „Kleinen Prinzen“, ebenso berühmt wie der Hauptmann. Kernsatz des Werks von **Antoine de Saint-Exupéry**: „Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“ Eine großartige Aufführung mit einer beeindruckenden Darstellung der Titelfigur durch den jungen **Emil J. Ruderer**. Mit rund 30 Zuschauern waren die vorderen Reihen des Theatersaals gut belegt, es wäre aber noch Platz für mehr gewesen. Ja, Kleinkunst hat es nicht leicht.

Die Preise am Buffet sind sehr moderat, weit entfernt von denen größerer Spielstätten. Und, zur Verpflegung gehörten auch Schmalzstullen. Wunderbar. Im Augenblick sind keine weiteren Aufführungen geplant, wenn es so weit ist, geben wir Ihnen Bescheid. Schauen Sie doch mal selbst auf die Seite:

<http://www.klub103-5.de/Startseite.htm>

Darsteller: Emil J. Ruderer, Markus Thiel, Nicola Daro, Jerome Winistädt, Jérôme Mallow, Oliver W. Koch und Olaf Michael Ostertag. Neu für die Bühne eingerichtet von Olaf Michael Ostertag. Bühnenbau: Jan Hofmann. Kostüme, Produktions- und Regieassistentz: Oliver W. Koch

**Und nun zu einer anderen Aufführung:
Das singende klingende Bäumchen.**



Foto: Veranstalter

Worum geht's? Die schöne, aber hartherzige Prinzessin verlangt von ihrem zukünftigen Ehemann, „Das singende, klingende Bäumchen“ als Hochzeitsgeschenk. Das befindet sich im Zauberreich des bösen Zwerger. Auf der Suche nach dem Bäumchen muss der Prinz viele Gefahren überstehen. Nur wenn Arroganz und Falschheit besiegt sind, kann das Bäumchen wieder singen und klingen und das Glück zieht ein. Da dürfte wohl nach dem 20. Januar im Park des Weißen Hauses kein Bäumchen mehr klingen und singen.

Darsteller: Jerome Winistädt – Prinz, Patricia Röder - Prinzessin, Kräuterweiblein, Jürgen Witt – König, Oliver Koch - der böse Zwerg, Jan Hofmann – Schlosshauptmann, Anathasia Scherz – Erzählerin, Regle und Musik Bernd Wefelmeyer, Ausstattung Jan Hofmann, Buch Ramona Barth, Jan Hofmann

Ein spannendes, wie anrührendes Erlebnis - nicht nur für Kinder im Hauptmannsclub, Wendenschloßstraße 103-105, 12557 Berlin, am Sonntag, dem 19. Januar 2025 um 16:00 Uhr. Tickets: 11,34 Euro, Kinder 6,70 Euro.

Wir verlosen Tickets für die ganze Familie bis zu sechs Personen, Kinder dürfen Papa, Mama, Opa und Oma mitbringen.

Sponsort vom Förderverein Mitspieler für Kinder, Jugendliche und Familien e.V.

Ed Koch

02) Willkommen im Jahr 2025. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-01

1. Januar 2025

50. Jahrgang

Willkommen im Jahr 2025

Wir hoffen, dass Sie gut ins neue Jahr gekommen sind, vor allem unfallfrei. paperpress erscheint ab heute im 50sten Jahrgang, wird aber erst 2026 50 Jahre alt. Die erste Druckausgabe erschien am 1. Dezember 1976 im ersten Jahrgang. Wir müssen also noch ein Jahr durchhalten bis zum Jubiläum.

paper-press

Jugendpresseverein Tempelhof

1. Ausgabe

1. Januar 1976

Pressemitteilung

Der Vorstand des Jugendpressevereins Tempelhof und Leiter der Abt. 11 des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, sind zu dem Jugendpressekonferenz am Samstag, dem 7. Dezember 1976 offiziell "Pressemitteilung" erschienen.

Die Veranstaltung wird an die folgenden Daten und Zeiten für Veröffentlichung: Pressemitteilung am Samstag, dem 7. Dezember 1976.

Arbeitskreis "Kultur"

Im Rahmen einer Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976 eine Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, stattfinden.

Der Leiter des Bezirks- und Bezirksvereins der Arbeiterjugend, Peter Hertig, wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, eine Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

Pressemitteilung für den Jugendclub "Galerie Bungalow"

Im Rahmen einer Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, eine Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

Der Jugendclub "Galerie Bungalow" ist ein Projekt des Jugendclub "Galerie Bungalow".

In den ersten Ausgaben ging es hauptsächlich um Angelegenheiten, die den Jugendclub Galerie Bungalow betrafen. Jene Einrichtung, in der paperpress zu Hause war und die Redaktion tagte. Die Gründung von paperpress war ein Akt der Notwehr gegenüber dem Jugendamt Tempelhof. Das verlangte, dass alle Pressemitteilungen über Veranstaltungen den offiziellen Dienstweg zu gehen haben.

- 1. Der Leiter des Jugendclubs verfasst einen Text,
2. den er an den zuständigen Sachbearbeiter im Jugendamt weiterzuleiten hat,

- 3. dieser schaut mal drauf, und wenn er einverstanden ist,
4. gibt er ihn weiter an den Leiter des Amtes Jugendförderung,
5. wenn auch dieser einverstanden ist, oder Änderungen vorgenommen hat, wird der Text an das Büro des Jugendstadtrates weitergeleitet,
6. wo Stadtrat und Jugendamtsdirektor einen kritischen Blick darauf werfen.
7. Nächste Station: Pressestelle des Bezirksamtes.
8. Der fachkundige Leiter der Pressestelle schaut sich den Text an und verändert ihn gegebenenfalls.
9. Es erfolgt die Weiterleitung an den Bezirksbürgermeister, der die Genehmigung zur Veröffentlichung gibt.
10. Die Pressestelle versendet dann die Veranstaltungankündigung per Post, Faxgeräte gab es noch nicht in der Pressestelle.
11. Die Pressemitteilung erreicht die Medien.

Arbeitskreis "Kultur"

Im Rahmen einer Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, eine Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

Arbeitskreis "Kultur"

Im Rahmen einer Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, eine Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, stattfinden.

Arbeitskreis "Kultur"

Im Rahmen einer Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, eine Arbeitssitzung mit dem Leiter des Bezirksverbands der Arbeiterjugend, Peter Hertig, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

Die Veranstaltung wird am Samstag, dem 7. Dezember 1976, stattfinden.

paperpress

Nr. 633-01

1. Januar 2025

50. Jahrgang

Wenn man Glück hatte, war der Termin der Veranstaltung noch nicht vorbei. Die Bezirksblätter sind damals wie heute wöchentlich erschienen, brauchen also einen längeren Vorlauf. Oft blieben die Ankündigungen deshalb auf der Strecke.

Um den Elf-Punkte-Parcours abzukürzen, gründeten am 7. April 1976 ein paar Jugendliche unter konspirativer Mitwirkung des Jugendclubleiters paperpress, anfangs hauptsächlich mit dem Zweck, die Veranstaltungshinweise und Berichte direkt an die Medien weiterleiten zu können. 1979 wurde, um die Sache auf ein tragfähiges juristisches Fundament zu stellen, der gemeinnützige Verein Paper Press e.V. gegründet, zur großen Freude des Jugendamtes.

Einmal durch die Jahre

Der erste Jahrgang der paperpress erschien am 7. April 1976 im Berliner Jugendclub. Die ersten Ausgaben erschienen in der Berliner Jugendclubzeitung, die damals noch als Jugendclubzeitung bezeichnet wurde.

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Die Zeit der paperpress

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Die paperpress und die Medien

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Die paperpress und die Jugend

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.



Auch wenn der Text klar formuliert war und alle Einzelheiten des Veranstaltungsprojektes erwähnt wurden, mussten die Beteiligten der Verwaltungskette ihre Existenzberechtigung dadurch unter Beweis stellen, dass sie Korrekturen vornahmen.

Eine direkte Kontaktaufnahme des Leiters der kommunalen Einrichtung mit den Medien war ihm untersagt. (*Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung, Allgemeiner Teil (GGO I) § 21 - Verkehr mit den Medien. Der Verkehr mit den Medien obliegt den Pressestellen der Senatsverwaltungen und der Bezirksverwaltungen.*)

Der Jugendclub Bungalow entwickelte sich sehr schnell zum galasischen Dorf im Bezirk. Das Jugendamt Tempelhof hatte ein recht autoritäres Verhältnis gegenüber den freien Trägern der Jugendarbeit. Besonders unbeliebt waren Gründungen von Vereinen in den Einrichtungen, vor allem wegen ihrer Unabhängigkeit.

Die paperpress und die Medien

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Die paperpress und die Jugend

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Die paperpress und die Medien

Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen. Die paperpress wurde von Anfang an als Projekt des Jugendclubleiters gesehen.

Schon bald wurde auch über andere Themen berichtet, und, wenn es erforderlich schien, Kritik am Jugendamt geäußert, was sehr gut ankam. paperpress war schnell als Kampfblatt verschrien. Politiker und Behörden ertragen alles, bloß keine Kritik. Nun, das alles ist jetzt fast 50 Jahre her, und paperpress gibt es immer noch. Als sich ein Stadtrat mal wieder fürchterlich aufregte, sagten wir ihm prophesierend: *„Wenn Sie schon längst nicht mehr im Amt sind und sich niemand an Ihren Namen erinnern kann, wird es paperpress immer noch geben!“*

Ed Koch

03) Revitalisierung in Alt-Biesendorf

paperpress

seit 1976

Nr. 632-17

21. Dezember 2024

49. Jahrgang

Revitalisierung in Alt-Biesendorf



Foto: Werner Papp

Ein Meilenstein in der Revitalisierung des **Guts Alt-Biesendorf** wurde erreicht: Nach langjähriger Planung und intensiven Sanierungsarbeiten konnte mit dem ehemaligen Pferdestall das erste von insgesamt drei Baudenkmalern erfolgreich fertiggestellt und an die zukünftigen Nutzerinnen übergeben werden. Die Schlüsselübergabe an einen Trägerverein des Stadtteilzentrums Biesdorf erfolgte Ende November.

Die denkmalgeschützten Gebäude, die einst zur landwirtschaftlichen Nutzung des Guts gehörten, beherbergen nach der Sanierung insgesamt zwölf Mieteinheiten und umfassen eine Gesamtfläche von ca. 2.050 m² Nutzfläche. Sie stellen eine bedeutende Bereicherung für das umliegende Wohn- und Gewerbequartier dar.

Die drei Gebäude – der ehemalige Kuhstall, der Pferdestall sowie der Getreidespeicher – wurden zwischen 1888 und 1902 errichtet und sind architektonische Zeugnisse ihrer Zeit. Die umfangreiche Grundsanierung und Wiederherstellung der historischen Strukturen sowie die energetische und bautechnische Ertüchtigung wurde vom Berliner Architekturbüro D/Form geplant, das auch die Umbauarbeiten koordinierte. Sie umfassten unter anderem die Erneuerung der Dächer, die Schadstoffsanierung, den Einbau von Innendämmungen sowie den Anschluss an das Nahwärmenetz des Quartiers.

„Wir freuen uns, dass wir diese herausfordernden Sanierungsprojekte in Kürze erfolgreich abschließen können“, sagte STADT UND LAND-Geschäftsführer **Ingo Malter**. „Der Erhalt der historischen Bausubstanz war eine komplexe Aufgabe, die wir mit großer

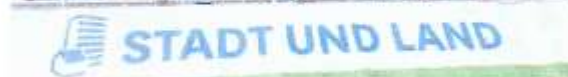
Sorgfalt und unter Berücksichtigung der Auflagen der Denkmalschutzbehörde angegangen sind.“ Besonderer Wert wurde bei der Sanierung auf den denkmalgerechten Innenausbau der Gebäude gelegt, um moderne Gewerbeflächen für unterschiedliche Nutzungen zu schaffen. Hierbei wurden zeitgemäße Haus- und Kommunikationstechniken integriert, um den zukünftigen Mieterinnen eine optimale Arbeitsumgebung zu bieten.

Das Quartier zeichnet sich durch seine niedrige Bebauung, großzügige Grünflächen und einen öffentlichen Platz aus, der eine angenehme Atmosphäre schafft. Für die Gewerbeflächen sind separate Stellplätze vorgesehen, während das Wohnen in den angrenzenden Gebäuden stattfindet, um eine klare Trennung der Nutzungsbereiche zu gewährleisten.

Die Gesamtfertigstellung der Denkmäler ist bis zum Frühjahr 2025 geplant. Das revitalisierte Gut Alt-Biesendorf wird neben den Gewerbeflächen auch Raum für Dienstleistungen, Gesundheitsfürsorge und öffentliche Einrichtungen bieten und somit eine wichtige Rolle im lokalen Gemeinschaftsleben spielen.



Am 3. Juli 2020 hatte STADT UND LAND zu einem Rundgang durch das Wohnquartier „Gut Alt-Biesendorf“ eingeladen, wo 515 Wohnungen entstanden sind.



Damals dabei: (v.l.n.r.) die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, **Dagmar Pohle**, der Geschäftsführer der Kondor Wessels Wohnen **Vincent L.M. Mulder**, der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** sowie der Aufsichtsratsvorsitzende und der Geschäftsführer der STADT UND LAND; **Dr. Christoph Landerer** und **Ingo Malter**.

1

paperpress

seit 1976

Nr. 632-17

21. Dezember 2024

49. Jahrgang

Das Wohnquartier verfügt über ein eigenes Blockheizkraftwerk, das die Versorgung mit Heizung und Warmwasser sicherstellt. Es wird durch Kraft-Wärme-Kopplung mit Erdgas als Energieträger gespeist.



Der damalige Regierende Bürgermeister **Michael Müller** sagte anlässlich des Baustellenrundgangs: „Dieses entstehende Quartier zeigt beispielhaft, welche Qualitäten und Vorzüge Wohnstandorte außerhalb der Innenstadt bieten können. Hier wird dringend benötigtes bezahlbares Wohnen ermöglicht, das zugleich gründlich durchdachte, passende Angebote für die verschiedenen Generationen vorsieht und den Menschen ein wirkliches Zuhause und ein Miteinander ermöglicht. Das bestätigt uns als Landesregierung in unserem Kurs, die landeseigenen Wohnungsgesellschaften stärker am Neubau zu beteiligen, um das sozialverträgliche und gemeinwohlorientierte Wohnen in unserer Stadt weiter voranzubringen. STADT UND LAND hat hier wegweisend gedacht und geplant.“

Darüber hinaus lobte Müller die Kraftanstrengung des Bezirks bezüglich der angrenzenden Infrastruktur für Kinder, Schule und Freizeit, die hier ein lebenswertes Umfeld schaffe. Bei allen Erwartungen an die soziale Komponente der städtischen Wohnungsbau-gesellschaften, müsse berücksichtigt werden, dass die Unternehmen auch wirtschaftlich arbeiten können, um den Bestand an Wohnungen durch Neubau und Zukauf zu erhöhen. Dem Regierenden Bürgermeister ist auch die soziale Durchmischung der Wohnquartiere besonders wichtig.

Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND, sagte: „Wenn von Marzahn-Hellersdorf die Rede ist, denken manche Berliner aus anderen Stadtteilen noch immer hauptsächlich an Großwohnsiedlungen in DDR-Bauweise. Dass der Bezirk deut-

lich vielfältiger ist, zeigt unter anderem diese neue Wohnlage auf dem Gutsgelände in Alt-Biesdorf. Das Projekt war eine städtebauliche Herausforderung, die wir mit großer Freude umgesetzt haben, da wir hier neben unserem Auftrag der Wohnraumversorgung Berlins auch einen historischen Ort mit neuem Leben entstehen lassen.“



Fotos: Ed Koch

Die Lücke im historischen Ortsbild von Alt-Biesdorf wurde geschlossen, die drei auf dem Grundstück vorhandenen denkmalgeschützten Gebäude werden behutsam saniert und in die Neubebauung eingebettet.“

Quellen: STADT UND LAND / paperpress-Archiv

04) Willkommen in Berlin. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 632-16

20. Dezember 2024

49. Jahrgang

Willkommen in Berlin

Mit den Touristen ist das so eine Sache. Warum können nicht Rollkoffer mit leisen Gummirädern hergestellt werden? Die Hartplastikteile verursachen ein nerviges Geräusch, wenn Berlinbesucher mit ihren Koffern über das Kopfsteinpflaster poltern. Das ist nicht der einzige Grund, weshalb uns Touristen nerven. Überall sind sie, bilden lange Schlangen an den Museumseingängen, wo wir Einheimischen auch gerade mal reinwollten, besetzen die Plätze in unseren Lieblingslokalen, und so weiter. Also all das, was wir auch veranstalten, wenn wir andere Städte besuchen und die dortigen Einwohner nerven.

Aber: Tourismus ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der unsere klamme Stadtkasse füllt, sondern auch ein Zeichen für Internationalität, auf die wir so stolz sind. Sich gegenseitig besuchen zu können, ist ein großes Privileg demokratischer Staaten. In Diktaturen sollte man nicht unterwegs sein, weil einen schon kleinste Anlässe ins Gefängnis bringen können.

Wir sollten einiges tun, damit Besucher aus aller Welt weiterhin Berlin attraktiv finden und es sich auch leisten können. Es ist nicht so, dass die Leute im Urlaub den eigenen Kontostand ausblenden.

Warum kommen die Menschen zu uns? Natürlich wegen der Kultur, die gerade mächtig rasiert wurde. Wer Baustellen und durch Poller abgetrennte Fahrradstreifen mag, ist in Berlin richtig, aber, wem gefällt das schon. Bei der Konsolidierung des Haushalts schauen Senat und Abgeordnetenhaus nicht nur auf die Ausgabenseite, sondern auch darauf, wie noch mehr Geld generiert werden kann.

So hat das Abgeordnetenhaus gestern beschlossen, die Übernachtungssteuer (City Tax) zum 1. Januar 2025 von bisher 5 auf 7,5 Prozent zu erhöhen. Der Hotel- und Gastronomieverband Berlin e.V. (DEHOGA Berlin) äußert massive Kritik an dieser Entscheidung und warnt vor einschneidenden, langfristigen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Tourismus- und Kongressstandort.

„Die Erhöhung der City Tax bedeutet für die Berliner Hotellerie eine erhebliche wirtschaftliche Belastung und stellt aufgrund der extremen Kurzfristigkeit (ab 20.12. bleiben 4-5 Arbeitstage) eine kaum zu bewältigende organisatorische Herausforderung dar: Die Betriebe sind gezwungen, ihre Preisstrukturen anzupassen, Buchungs- und Abrechnungssysteme zu aktualisieren und ihre Gäste entsprechend zu informie-

ren – und das mitten in der Hochphase des Jahreswechsels. Leitfäden der Senatsverwaltung für Finanzen für die Umsetzung stehen noch nicht zur Verfügung.



„Für uns ist es absolut unverständlich, dass die Betroffenen nicht frühzeitig eingebunden wurden“, kritisiert Gerrit Buchhorn, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Berlin. „Politik und Verwaltung wissen nicht, wie die Situation in den Betrieben aussieht und wie komplex die Abläufe in einem Hotelbetrieb sind. Sonst wäre die Entscheidung vielleicht anders ausgefallen.“

Der DEHOGA Berlin warnt vor spürbaren negativen Folgen der Steuererhöhung. Höhere Übernachtungskosten werden insbesondere preissensible Gäste abschrecken und dazu führen, dass sie alternative Reiseziele wählen. Dies gefährdet nicht nur die Hotellerie, sondern trifft auch die gesamte Berliner Wirtschaft – insbesondere Gastronomie, Einzelhandel und Kulturbetriebe.

Der DEHOGA Berlin kritisiert, dass die Entscheidung ohne ausreichende Konsultation der betroffenen Branche im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens getroffen wurde. Es gilt der alte Spruch: Betroffene bei Entscheidungen mit einzubeziehen, hält nur auf.

Seit September 2024 hat der Verband sowohl seine Bedenken als auch konstruktive Alternativvorschläge zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen – darunter die Ausweitung der Außengastronomie oder zusätzliche Sonntagsöffnungen – mehrfach schriftlich gegenüber dem Regierenden Bürgermeister und Senatsmitgliedern geäußert. Ebenso wurde vorgeschlagen, die letzte Anpassung des Gesetzes vom 1. April 2024 zu nächst zu evaluieren, bevor über eine erneute Erhöhung gesprochen wird.

1

paperpress

seit 1976

Nr. 632-16

20. Dezember 2024

49. Jahrgang

Auch beim Runden Tisch Tourismus am 10. Dezember 2024 wurde die geplante Steuererhöhung seitens des Branchenverbandes eindringlich thematisiert. Die vorgetragenen Bedenken fanden jedoch kaum Beachtung.

„Diese und andere Maßnahmen gefährden nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität Berlins als Tourismusdestination“, so Buchhorn abschließend. „Der Verband wird rechtliche Schritte gegen die kurzfristige Erhöhung der City Tax prüfen und gegebenenfalls einleiten.“

Willkommen in Berlin, aber bitte nicht vergessen, genügend Geld mitzubringen.

Ed Koch

Quelle und Foto: DEHOGA

05) Verantwortung übernehmen: STADT UND LAND investiert in Gemeinschaft und Zusammenhalt

paperpress

seit 1976

Nr. 632-14

18. Dezember 2024

49. Jahrgang

Verantwortung übernehmen: STADT UND LAND investiert in Gemeinschaft und Zusammenhalt



Maria Mohler, Schulleiterin der Wilhelm-Bölsche-Schule, Larissa Mogk, Projektleiterin des mobilen Demokratielabors bei Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. und Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH.
Foto: STADT UND LAND/Christian Kruppa.

Gesellschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH. Als kommunales Wohnungsunternehmen mit 100-jähriger Tradition trägt die STADT UND LAND nicht nur Verantwortung für die Bereitstellung von Wohnraum, sondern auch für das soziale Miteinander in den Berliner Kiezen. Mit gezielten Spenden- und Sponsoringmaßnahmen hat das Unternehmen auch im Jubiläumsjahr 2024 zahlreiche Projekte und Initiativen gefördert, die Berlin und seine Kieze lebenswerter machen.

Ingo Malter, STADT UND LAND Geschäftsführer: „Als kommunales Wohnungsunternehmen ist es für uns selbstverständlich, über die Grenzen unserer Gebäude hinaus Verantwortung zu übernehmen. Mit unserem Engagement möchten wir dazu beitragen, Berlin als lebenswerte und solidarische Stadt zu fördern.“ **Natascha Klimek**, Geschäftsführerin der STADT UND LAND: „Gemeinschaft ist der Schlüssel zu lebenswerten Quartieren. Mit unseren Förderprojekten wollen wir die Vielfalt und das soziale Miteinander in Berlin aktiv unterstützen und weiterentwickeln.“

Seit Jahren engagiert sich das Wohnungsunternehmen in vielfältigen Bereichen, die direkt den Menschen in ihren Quartieren zugutekommen. Ob in Bildung, Sport, Kultur, Integration und Soziales – die

STADT UND LAND versteht sich als Partner der Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Dabei werden vielfältige Projekte, die die Lebensqualität steigern, Nachbarschaften stärken und allen Generationen Perspektiven bieten, unterstützt. Der Grundsatz, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, ist seit 100 Jahren fest in der Unternehmens-DNA verankert. Investitionen in das soziale Gefüge sind dabei ebenso wichtig, wie der Bau und die Pflege von Wohnraum.

Auch in diesem Jahr hat sich die STADT UND LAND erneut für Projekte eingesetzt, die gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Teilhabe fördern. Dabei reichte die Unterstützung von finanziellen Zuwendungen über Sachleistungen bis hin zur Bereitstellung von Räumen mit besonderem Fokus auf Initiativen für Kinder, Jugendliche, Senioren und benachteiligte Gruppen.

Ein Beispiel ist die Förderung eines mobilen Demokratielabors des Vereins „Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.“, das an zwei Berliner Schulen Demokratie erlebbar machte. Mit interaktiven Materialien und Methoden wurden den Schülerinnen und Schülern innovative Zugänge zu Grundgesetz und Zivilcourage eröffnet.



Am Stand von STADT UND LAND mit der damaligen Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (2.v.l.) und Ingo Malter. Foto: Ed Koch

Seit 2017 unterstützt STADT UND LAND als einer der Hauptsponsoren auch das jährliche kommunale Spielfest für die ganze Familie im Volkspark Mariendorf.

Quellen: STADT UND LAND
Archiv MiTSpielen e.V.

06) Müller beim Tagesspiegel. Von Ed Koch

paperpress-newsletter

Kommunalpolitik - Jugend - Wirtschaft - Kultur

Nr. 512 P

17. Dezember 2014

39. Jahrgang

Müller beim Tagesspiegel

Eine Liebesbeziehung ist es nicht, zwischen Michael Müller, seit dem 11. Dezember Regierender Bürgermeister, und dem Tagesspiegel. Dazu gab das Blatt zu oft Anlass zum Kopfschütteln. Ein paar Spitzen konnte sich Michael Müller in Richtung der beiden Chefredakteure Stephan-Andreas Casdorff (links) und Lorenz Maroldt (rechts) beim gestrigen Leserforum im Haus des Tagesspiegels am Askanischen Platz deshalb auch nicht verknäulen.



Ansonsten ging es äußerst höflich, ja geradezu freundlich zu. Kein Thema, das in den 90 Minuten angesprochen wurde, zu dem Müller nicht mit fundiertem Wissen glänzte. Und wenn etwas nicht gut gelaufen ist, dann sagt er es auch, redet nichts schön, sondern kündigt an, in dieser und jener Frage besser werden zu müssen.

In Maroldts Checkpoint-Newsletter, der auch heute früh pünktlich um 5:42 Uhr im Mailingang ankam, spricht Maroldt von einer „interessanten Erfahrung“ bei der Frage, ob Michael Müller „dünnhäutig ist“. „Wie angepikst legt er dann los“, schreibt Maroldt, „spricht von einer gewissen Härte, die zum Amt gehört, fragt, ob es wirklich positiv sei, alles an sich abperlen zu lassen, gibt gleich die Antwort selbst, ne!, und dann sehe man ihm die schlechte Laune eben auch mal an: „Na und? Warum soll man als Politiker sich nicht auch mal ärgern oder schlechte Laune haben!“ Und dann, für Maroldts Verhältnisse äußerst ungewöhnlich, die Bewertung: „Sehr sympathischer Auftritt.“

Maroldts Lieblingsthema, der BER, nahm natürlich breiten Raum ein. „Zum Rückzug von Hartmut Mehdorn sagt Müller, dass er ihn bedaure, nicht ganz verstehe und: dass er überraschend kam“, schreibt Maroldt in seinem Newsletter. Und weiter: „Das allerdings ist überraschend, denn bereits am Montag vor einer Woche hatte Mehdorn im Kreis von Wirtschaftsleuten getobt und angekündigt, Ende der Woche zurückzutreten, weil hinter seinem Rücken bereits sein Nachfolger gesucht werde. Müller war in diese Suche involviert, er hatte sogar einen Termin mit einem Kandidaten vereinbart.“ Das hatte Maroldt am selben Tag schon in seinem Frühkommen-

tar bei RadioEins behauptet. Ziemlich enttäuschend, dass er Müller damit nicht konfrontierte, sondern einfach darüber hinwegging. So hat Maroldt zweimal behauptet, dass Müller vor Mehdorns Rücktritt in die Suche um einen Nachfolger involviert war und sogar schon einen Termin mit einem Kandidaten vereinbart hatte, ohne Müller Face-to-Face dazu zur Rede zu stellen.

Müller hatte leichtes Spiel mit den beiden Chefredakteuren, die unterschiedlicher nicht sein können. Casdorff ist eine echte Frohnatur. Er lacht gern und oft an diesem Abend, denn Michael Müller ist sehr gut drauf und platziert seine Gags gekonnt. Casdorff will wissen, wie man Müller jetzt anspreche: Regiermeister? Herr Müller, ginge immer, sagt er, auch Michael, wobei sein Vater gegenwärtig von Michael auf Herr Regierender Bürgermeister umschwenke.

Maroldt gibt eher den Glangweilten, der oft auf die Uhr schaut, um das Ende nicht zu verpassen. Er zupft am Hosenbein, um den Abstand zwischen Socken und Hosenende zu verringern. Das gelingt nicht. Was kann Maroldt von Müller lernen? Bei solchen Veranstaltungen einfach Kniestrümpfe tragen.

Maroldts Fragestellung klingt investigativ, liefert Müller aber nur die Stichworte. Olympia? Ja, aber nur mit Volksabstimmung. Die Bezirke sind Großstädte mit einer gewählten Vertretung und somit Verantwortung. Der Senat verfüge nicht mehr über die Möglichkeit, alle Vorgänge an sich zu ziehen. Das könne sich unter einem Regierenden Bürgermeister Müller auch wieder ändern.

Wir empfehlen, online beim Tagesspiegel die Berichte zu lesen und Videoclips anzusehen. Am Donnerstag dann ein ausführlicher Bericht in der Druckausgabe.

Ed Koch (auch Foto)

07) KW 50 (08. bis 14.12.2024) – Ausgezeichnet

paperpress

seit 1976

Nr. 632-13

15. Dezember 2024

49. Jahrgang

KW 50 – Ausgezeichnet



Foto: Ed Koch

Die zu Ende gehende Woche begann mit einer Fete bei Mampe in Kreuzberg. Geladen hatte **Michael Müller** Familie, Freunde und wenige Sozialdemokraten zu seinem 60sten Geburtstag. Auch Bundeskanzler **Olaf Scholz** zählte zu den Gästen.



Die Location Am Tempelhofer Berg 6 ist eine Wohlfühl-Loase. Im Shop kann man nicht nur alles erwerben, was mit der Traditionsmarke zu tun hat, sondern es sich auch richtig gemütlich machen. Die Entwicklung des Magenbitters **Mampe Halb und Halb** begann 1831.

Mampe ist der Berliner Traditionsschnaps, der es im Laufe der Jahrzehnte nicht immer leicht hatte zu überleben. Neben der Urmarke gibt es viele verschiedene Sorten, Gin, Wodka, Winterapfel und Rote Grütze und natürlich Eier Likör, aber auch Mampe Null Null, also alkoholfrei. Zum Erhalt der Traditionsmarke kann man durch den symbolischen Erwerb eines Steins im Saal der Location beitragen und „Steinhaber“ werden. Plakette und Urkunde kosten 99 Euro, dafür gibt's 15 Prozent Rabatt auf die Einkäufe. Keiner besonderen Erwähnung bedarf es, dass der Autor dieses Beitrages natürlich „Steinhaber“ ist.

Mampe ist ein deutscher Spirituosen-Hersteller, dessen Ursprünge auf die Entwicklung des Magenbitters Bittere Tropfen im Jahr 1831 zurückgehen. Von 1890 bis ca. 1980 genoss die Marke einen hohen Bekanntheitsgrad. Zur wirtschaftlichen Hochzeit des Unternehmens wurden 70 Sorten Liköre, Weinbrände und andere Spirituosen in über 11.000 Verkaufsstellen vertrieben. Zitat: Wikipedia – www.mampe.berlin

Über einen Gruß aus News York habe ich mich am Dienstagmorgen gefreut. Ein Freund sandte mir von dort dieses Foto.



Fotos links: Oliver Theel – rechts: Manfred Neus

Natürlich erhielt die Queensboro Bridge ihren Namen nicht meinetwegen, sondern zu Ehren des New Yorker Bürgermeisters **Ed Koch**, der dieses Amt von 1978 bis 1989 ausübte. Bei einem Besuch in Berlin hatte ich Gelegenheit, ihn für **paperpress** zu interviewen.



Oliver Kalkofe und Elton gewinnen 4.500 Euro, 80 Euro für jeden Zuschauer ihres Teams. Screenshot ARD

Für meinen Sohn **Oliver** freut es mich, dass er bei „Wer weiß denn sowas“ in zwei Folgen am Mittwoch und Freitag knapp 150 Euro gewonnen hat. Mutig setzte er sich bei den Ende November in Hamburg aufgezeichneten Quiz-Sendungen mit **Kai Pflaume** in den Zuschauerblock hinter **Elton**, der häufig den Kürzeren gegenüber dem Fast-Alles-Wisser **Bernhard Hoëcker** zieht. Eine richtige Entscheidung.

Ausgezeichnet

Am Freitag zeichnete der Bezirk Tempelhof-Schöneberg Ehrenamtliche mit Verdienstmedaillen aus und übergab einen Förderpreis. Laudatoren waren die Bezirksamtsmitglieder, der BVV-Vorsteher, seine Stellvertreterin und eine Fraktionsvorsitzende. Ausführlich erwähnt und gewürdigt zu werden, hätten es alle Preisträger wir möchten uns in diesem Beitrag aber auf **Ulrich Misgeld** konzentrieren, dem Vorsitzenden des **UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V.**, das er mitbegründet hat und seit fast 20 Jahren dort ehrenamtlich tätig ist. Zur Begrün-

derung heißt es: Das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V. ist eine seit 2005 bestehende Initiative von Unternehmen des gleichnamigen Industriegebietes mit dem Ziel, die Kräfte der Unternehmen zu bündeln und zielgerichtet für die Weiterentwicklung des Standortes und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen einzusetzen. Getragen wird das Netzwerk durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit der lokalen Firmen und die engen Kontakte zwischen den Beteiligten.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann hielt die Laudatio und übergab Medaille und Urkunde an Ulrich Misgeld. Foto: Ed Koch

Am Standort Motzener Straße arbeiten rund 5.000 Beschäftigte in 200 Betrieben. Viele Unternehmen produzieren für die internationalen Märkte, zeigen eine hohe technologische Qualität mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und tauschen sich auch im Netzwerk mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus. Tradition und Innovation sind in der Motzener Straße der Wachstumsmotor.

Als Mitbegründer des Unternehmerverbundes hat er in besonderer Weise dazu beigetragen, dass das Netzwerk heute eine Strahlkraft in den ganzen Bezirk und darüber hinaus hat.

Hervorzuheben sind insbesondere:

- Die Durchführung von Standortkonferenzen mit dem Bezirk, die über die Jahre zu einem vertrauensvollen konstruktiven Dialog geführt haben
- Die Förderung der Naturwacht im Diederdorfer Weg mit Rat und Tat sowie finanzieller Unterstützung seitens des Vereins
- Die Initiativen zur Verbesserung der Umweltbilanz im Gewerbegebiet Motzener Stra-

ße im Rahmen des Projekts NEMO - Null Emission Motzener Straße.

- Initiative zur Einrichtung des „Grünen Kraftwerks“ zur Förderung Erneuerbarer Energien im Industriegebiet
- Projekt „SLIM – smarte Logistik Marienfelde“ mit dem erfolgreich die Reduzierung des Zulieferverkehrs im Gebiet erprobt wurde

Durch seine hohe Motivation und sein ehrgeiziges Engagement, sein zukunftsorientiertes Denken und Handeln immer im Sinne der Gleichberechtigung sowie sein großer Einsatz für umweltbezogene Themen, um nächsten Generationen ein attraktives Lebensumfeld ermöglichen zu können, haben positive Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, die Lebensqualität der angrenzenden Bewohner und die Arbeitsplatzsicherheit der Mitarbeiter in den einzelnen Unternehmen am Standort Motzener Straße. So bleibt das Industriegebiet ein wettbewerbsfähiger Standort mit Zukunft.

Absolut bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Art und Weise, mit der es ihm immer wieder gelingt, Menschen zusammen zu bringen und zu motivieren, mit ihm gemeinsam an der Verwirklichung von besonderen Zielen zu arbeiten.

Als Vorstandsmitglied der - APRIL Stiftung zur Förderung des unternehmerischen Denkens - unterstützt er gemeinsam mit einem erfahrenen Team aus Autoren, Beratern und Coaches im Bereich der Berufsorientierung sowie der Unternehmensgründung.

Seit November 2023 ist er zusätzlich ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Ricam Hospiz Stiftung, die im Nachbarbezirk Neukölln drei Einrichtungen betreibt, um Menschen in der letzten Lebensphase eine angemessene Betreuung zu bieten.

Als Hobby-Marathonläufer reicht seine Ausdauer darüber hinaus auch noch für anspruchsvolle Zukunftspläne und -wünsche:

- Der S-Bahnhof Buckower Chaussee soll im Anschluss an die Fertigstellung der Dresdner Bahn zum Regionalbahnhof ausgebaut werden
- Im ehemaligen Klärwerksgebäude im Schichauweg soll ein Umweltbildungszentrum („vom Klärwerk zum Klimawerk“) entstehen
- Ausbau des „Grünen Kraftwerks“ zu einer lokalen Versorgung damit die hier erzeugte erneuerbaren Energien im Gebiet bleiben.

Wann sich diese Wünsche erfüllen, ist nicht genau absehbar. Was aber heute schon feststeht: in 2025

feiert das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße sein 20jähriges Bestehen und der Vorstand plant unter anderem ein großes Industriefest.



Die Ausgezeichneten: Matthias Gläser, Dieter Genz, Ulrich Misgeld, Ibrahim Yilmaz, Christina Kretschmann, Tamara Siebenmorgen-Koch, Nejat Kalayci, Christian Homann, Werner Götz sowie Mitglieder des Parking e.V. Gartenstadt Neutempelhof. Foto: Ed Koch

Wegner ernennt acht neue Stadtälteste von Berlin



Bild: Landesarchiv Berlin / Wu

Schon am Vormittag des 13. Dezembers ernannte der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** acht neue Stadtälteste. Der Titel klingt etwas antiquiert, denn alt fühlt sich von den Ausgezeichneten niemand, bislang ist aber keinem eine bessere Bezeichnung eingefallen. Insgesamt sind derzeit 28 Personen Stadtälteste.

Um die Stadtältesten Würde zu erlangen, müssen eine Reihe von Kriterien erfüllt sein: *Einwohnerinnen und Einwohner Berlins, die mehr als 20 Jahre lang der Stadt Berlin in Wahl- oder Ehrenämtern gedient haben und die älter als 65 Jahre sind, können Stadtälteste werden. Bei außergewöhnlichen Verdiensten,*

vor allem um die Entwicklung und Festigung der Demokratie und um die Wiedervereinigung Berlins, können diese Fristen unterschritten werden.

Die Ausgezeichneten bekommen eine vom Regierenden Bürgermeister und vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses unterschriebene Ernennungsurkunde. Zur Hervorhebung des Rangs dieser besonderen Würde soll die Zahl lebender Stadtältester nicht über 40 steigen. Der Senat lädt die Stadtältesten zu Feierlichkeiten als Ehrengäste ein. Sie bekommen kostenlos das Berliner Amtsblatt und Jahreskarten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG).

Geschichte der Stadtältestenwürde

Die rechtliche Grundlage für die Ernennung von Stadtältesten existiert seit 1808. Die ersten Stadtältesten waren 1820 die Kommunalpolitiker **Carl Christoph Natorp** und **Johann Ernst Meinhoff**. Beide hatten drei Wahlperioden lang als unbesoldete Stadträte gearbeitet. Eine Wahlperiode dauerte damals sechs Jahre. Natorp war Königlicher Haupt-Bank-Buchhalter. Meinhoff engagierte sich in der königlichen Verwaltung für die Armen Berlins. Während der Teilung Berlins 1948-1990 verlieh der Ostberliner Magistrat die Stadtältestenwürde nicht, während der West-Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus diese Tradition weiterführten. In der DDR gab es dafür „Helden der Arbeit.“

Die neuen Stadtältesten

Die in Berlin geborene Architektin und Stadtplanerin **Dorothee Dubrau** war anfangs als Parteilose mehrfach als Bezirksstadträtin tätig. Die Politikerin, die dann Mitglied von **Bündnis 90/Die Grünen** war, arbeitete später als Selbständige und als Dozentin sowie als Bürgermeisterin für Stadtentwicklung in Leipzig.

Die aus Neuhaus am Rennweg stammende **Gisela Greiner** startete beruflich als Textilfachverkäuferin und Fachschulabsolventin, trat der **Ost-CDU** bei und war Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Treptow und des Abgeordnetenhauses von Berlin, wo sie als Parlamentarische Geschäftsführerin tätig war.

Der in Straßburg gebürtige und international renommierte Theologe **Prof. Dr. Wolfgang Huber** war Bischof der **Evangelischen Kirche** in Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er war auch Mitglied des Deutschen Ethikrates und widmete sich in seinen Ehrenämtern besonders der Wertevermittlung in Wirtschaft und Gesellschaft.

paperpress

seit 1976

Nr. 632-13

15. Dezember 2024

49. Jahrgang

Der Berliner Jurist **Jürgen Klemann (CDU)** ist ehemaliger Bezirksbürgermeister von Zehlendorf, war Senator für Schule, Berufsbildung und Sport sowie für Bauen, Wohnen und Verkehr. Danach arbeitete er als Rechtsanwalt und als Vorstand der Wohnungsbaugesellschaft GEHAG GmbH in Berlin.

Der Berliner Rechtsanwalt **Hans-Georg Lorenz (SPD)** wirkte als Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Spandau und über mehr als zwei Jahrzehnte im Abgeordnetenhaus. Dort arbeitete er mehr als 20 Jahre als Integrationsprecher und setzt sich nach wie vor für in Berlin lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ein.

Die in Berlin geborene **Petra Merkel (SPD)** begann ihr Berufsleben als Kaufmännische Angestellte, engagierte sich als Bürgerdeputierte, Bezirksverordnete, Stadträtin, Abgeordnete und Staatssekretärin. Sie ist Präsidentin des Internationalen Bundes (IB) und wirkt als Vizepräsidentin des Chorverbands Berlin.

Der Lehrer und gebürtige Berliner **Andreas Statzkowski** engagierte sich als CDU-Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung, wurde Stadtrat und Bezirksbürgermeister, Abgeordneter sowie Staatssekretär für Inneres und Sport. Er arbeitet ehrenamtlich im Sport-Club Charlottenburg e.V. und ist Präsident des Berliner Leichtathletik-Verbands.

Die Lübeckerin, Restauratorin und Kunsthistorikerin **Dr. Elisabeth Ziemer** setzte sich als Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in Bezirksverordnetenversammlung und Abgeordnetenhaus für behutsame Stadtentwicklung ein. Sie wirkte als Stadträtin und Bezirksbürgermeisterin von Schöneberg und sitzt dem Verein *Denk mal an Berlin e. V.* vor.

Drei Christdemokraten und jeweils zwei Grüne und Sozialdemokraten sowie ein Theologe. Das nenne ich ausgewogen, sieht man einmal davon ab, dass die Linke leer ausging.

Was noch?

Die Kriege gehen weiter, in der Ukraine unvermindert. Und allen Forderungen zum Trotz, hat sich Putin immer noch nicht an den Verhandlungstisch gesetzt, obwohl **Sahra Wagenknecht** schon Kaffee gekocht und Kekse gebacken hat. In Brandenburg und Thüringen gibt es von Wagenknechts Gnaden einen neuen alten und einen neuen Ministerpräsidenten. Wobei: In Thüringen wäre **Mario Voigt** ohne seinen Vorgänger **Bodo Ramelow** nicht Ministerpräsident geworden. Die Brandmauer zu den Linken bröckelt, und das ist gut so.

Was ist aber mit den Wählern in Brandenburg los? Am 22. September verhalfen sie **Dietmar Woidke** noch zum Sieg, und anstatt sich zu freuen, dass es in Brandenburg eine stabile Regierung gibt, senken sie die SPD in der neuesten Umfrage von 30,9 auf 28 Prozent ab, während die AfD wieder bei 30 Prozent steht, knapp über dem Ergebnis vom September. Auch das BSW schwächelt leicht, von 13,5 auf 12 Prozent. Die CDU gewinnt drei Punkte dazu, von 12,1 auf 15 und die Grünen wären mit 5 (4,1) Prozent wieder im Landtag.

Die Berliner Parteien bereiten sich auf die Neuwahl am 23. Februar 2025 vor. Morgen stellt **Olaf Scholz** die Vertrauensfrage im Bundestag. Was, wenn die FDP plötzlich für ihn stimmt? Immerhin hat sich die alte Ampel aufgeschwungen und wieder zusammengefunden, um noch für kräftige Steuersenkungen zu sorgen, die „Kalte Progression“ soll wärmer werden und mehr Kindergeld geben. Es ist halt Weihnachten.

Bei der Berliner CDU fand die Bescherung schon statt. Spitzenkandidat ist **Jan-Marco Luczak**. Vermutlich wird er den Platz Eins der Liste nicht brauchen, sondern wie 2009, 2013 und 2017 seinen Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg erneut direkt gewinnen. 2021 landete er auf Platz Drei hinter **Kevin Kühnert** und **Renate Künast**, die beide nicht mehr antreten. Die Generalsekretärin **Ottilie Klein** steht auf Platz Zwei. Um Platz Drei wollte sich **Mario Czaja** nicht streiten und verzichtete. Er will seinen Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf wieder direkt gewinnen, den er 2021 erstmals gegen **Petra Pau** eroberte, die seit 2002 viermal vorne lag.

Die Berliner SPD legt ihre Liste am 18. Dezember fest. Wie die Berliner Morgenpost berichtet, verzichtet **Michael Müller** auf Platz Eins zugunsten von **Annika Klose** und kandidiert für den zweiten Platz. Die Grünen haben Müllers Gegenkandidatin in Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lisa Paus**, erneut auf Platz Eins ihrer Landesliste gesetzt. Also Paus gegen Klose und Luczak gegen alle. Die SPD hätte ihren Platz Eins prominenter besetzen können.



Abbildung: YouTube

Bleibt nur noch, Ihnen einen besinnlichen 3. Advent am „Gaudete-Sonntag“ zu wünschen, der „Freut Euch“ bedeutet.

Ed Koch

08) Geht das gut mit dem BSW?

Geht das gut mit dem BSW?

Posteingang

paperpress@berlin.de Di., 10. Dez., 14:39 (vor 9 Tagen)

an paperpress

Geht das gut mit dem BSW?



Heute Abend um 19:30 Uhr diskutieren **Prof. Dr. Hajo Funke** von der FU Berlin und paperpress-Herausgeber **Ed Koch** in **Andreas Dorfmanns** Sendung „*Meine Meinung*“ bei **TV Berlin** und [youtube.de](https://www.youtube.de) zum Thema „*Bündnis Sahra Wagenknecht*“. Die Koalition zwischen SPD und BSW in **Brandenburg** steht. Morgen soll **Dietmar Woidke** erneut zum Ministerpräsidenten gewählt werden. SPD und BSW verfügen über 46 der 88 Landtagsmandate (SPD 32 / BSW 14). Einen Abweichler beim BSW gibt es. Wird es weitere geben? Geht das gut? Es hängt viel davon ab, nicht nur für Brandenburg, sondern auch für den Bund, wo das BSW gegenwärtig in den Umfragen zwischen fünf und acht Prozent erreicht.

In **Thüringen** gibt es eine Koalition zwischen CDU (23), SPD (6) und BSW (15). Zusammen sind das 44 von 88 Sitzen im Landtag. Um Mario Voigt am 12. Dezember zum Ministerpräsident wählen zu können, braucht die Koalition eine Stimme mehr. Wählt der bisherige Linke MP **Bodo Ramelow** CDU-Chef **Mario Voigt** mit?

In **Sachsen** ist ein Bündnis mit dem BSW nicht zustande gekommen. CDU (41) und SPD (10) bilden zwar eine Koalition, bringen aber nur 51 von 120 Mandaten auf die Waage. Ausgang offen.

Fragen über Fragen. **Hajo Funke** und **Ed Koch** versuchen, Antworten zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

paperpress

seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für
gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr zugesandt haben möchten,
senden Sie bitte diese Mail mit dem Hinweis „Abbestellung“ zurück.

09) Michael Müller zum 60sten. Von Ed Koch



Michael Müller zum 60sten

Anfang der 1980er Jahre lernte ich auf einer Veranstaltung von **paperpress** einen jungen Mann kennen, den sein Vater, offenbar gegen dessen Willen, mitgeschleift hatte. **Jürgen Müller**, Drucker und aktiver SPD-Politiker in Tempelhof, begründete die Mitnahme seines Sprösslings zu der Veranstaltung ihm gegenüber damit, dass er dort die richtigen und wichtigen Leute treffe. Wo sonst?

Schlecht gelaunt saß Sohn **Michael** an einem Tisch und beobachtete gelangweilt die Szenerie, er sagte kein Wort. Den Rest der Geschichte können Sie bei **Wikipedia** nachlesen. Deshalb ersparen wir Ihnen weitestgehend in diesem Beitrag, von Bildunterschriften abgesehen, Jahreszahlen.



Michael Müller folgte seinem Vater als Bezirksverordneter, schaffte es dort bis in die Funktion des Fraktionsvorsitzenden, kam als Nachrücker ins Abgeordnetenhaus und wurde auch dort Vorsitzender der SPD-Fraktion, später Senator und schließlich Regierender Bürgermeister. Übrigens, fast auf den Tag genau vor zehn Jahren (11.12.2014). Als Regierender Bürgermeister war er ein Jahr lang auch Bundesratspräsident und durfte in dieser Funktion den

Bundespräsidenten vertreten. Seit 2021 ist er Bundestagsabgeordneter für Charlottenburg-Wilmersdorf, warum nicht in Tempelhof-Schöneberg ist eine andere Geschichte. Ach ja, Parteivorsitzender war er auch, zuerst in Tempelhof-Schöneberg und später des Berliner Landesverbandes.



Parteitag 2005

Beeindruckend war, wie er seine Konkurrenten aus dem Feld schlug, als es darum ging, wer **Klaus Wowereit** als Regierender Bürgermeister folgt. Wowereit hatte den Satz, dass er zurücktreten werde, kaum ausgesprochen, da lagen die Bewerbungen von **Raed Saleh** und **Jan Stöß** schon auf dem Tisch. **Michael Müller** ließ sich ein paar Tage Zeit, was ihm als zögerlich angekreidet wurde. Während Saleh und Stöß offenbar nichts mit ihren Familien abzusprechen hatten, tat dies Müller und entschied sich für die Kandidatur, obwohl seine damalige Frau **Claudia** davon nicht begeistert war. Homestorys gab es bei den Müllers nicht, vom Ende seiner Ehe erfuhr die Öffentlichkeit eher nebenbei. Und schon schauten die Paparazzi gespannt darauf, welche Dame Müller künftig begleiten werde. Sie wurden fündig und freuten sich. Mehr Infos gib es nicht.

Müller bekam allein so viel Zustimmung für seine Kandidatur wie die beiden Mitbewerber zusammen, nämlich knapp 60 Prozent, während seine Kontrahenten jeweils rund 20 Prozent erreichten. Stöß gelang später ein

Racheakt und löste Müller als Parteivorsitzenden ab. Das Manöver ging allerdings nach hinten los, denn vier Jahre später wurde Müller Nachfolger seines Nachfolgers und kehrte als Parteivorsitzender zurück.



Bei der Siegesfeier zur Nominierung als Regierender Bürgermeister am 18. Oktober 2014

In seine Zeit als Regierender Bürgermeister fielen der Anschlag auf dem Breitscheidplatz und Corona. Von **Klaus Wowereit** hatte er die „Große“ Koalition aus SPD und CDU übernommen und in der folgenden Legislaturperiode startete dann Rot-Rot-Grün, was zuerst ganz ordentlich lief, sieht man einmal davon ab, dass sich Müller lieber mit dem Linken **Klaus Lederer** allein als zusätzlich mit der Grünen **Ramona Pop** traf.



Mit seinen Eltern Jürgen und Margrit

Seine Amtszeit war aber auch geprägt durch das ständige Störfeuer aus dem Büro des Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh**, der seine Niederlage nicht verkraftet hatte. Journalisten gegenüber wurde Müller immer



wieder schlecht geredet. Und woher weiß man das? Die Journalisten haben es Müller erzählt.

Joachim Fahrn, Chefreporter der **Berliner Morgenpost**, sah sich dann auch genötigt, in einem Interview mit **Raed Saleh** und **Franziska Giffey**, als diese für den Landesvorsitz kandidierten, zu fragen: „*Sie, Herr Saleh, haben doch immer schlecht über Michael Müller geredet. Das machen Sie dann also bei Franziska Giffey nicht?*“ Giffey antwortete: „*Wir möchten gerne in die Zukunft schauen und einen neuen Stil prägen.*“ Saleh sagte dazu nichts.

Quelle: Berliner Morgenpost 5. Juli 2020.



In Müllers Amtszeit fällt auch die Fertigstellung des BER am 31.10.2020, woran kaum noch jemand glaubt hatte.

Während die Medien halbwegs fair mit **Michael Müller** umgingen, wenn auch das kritisiert wurde, was zu kritisieren war, schoss der **Tagesspiegel** oft übers Ziel hinaus. Vor allem im Newsletter Checkpoint arbeitete sich **Lorenz Maroldt** an Müller ab. „*Nicht alles, was im Checkpoint steht, stimmt.*“, sagte Müller einmal während einer Sitzung im Abgeordnetenhaus.



Klaus Hoffmann und seine Frau Malene zu Besuch im Büro des Regierenden Bürgermeisters im Roten Rathaus am 1. Juli 2021.

Michael Müller ist jemand, der seine Emotionen zu zügeln weiß und nicht mehr als unbedingt nötig von sich preisgibt. Er ist ein Perfektionist, frisst sich durch alle Akten und hat demzufolge einen höheren Kenntnisstand als andere weniger Fleißige. Von seinen Mitarbeitern verlangt er viel und wird oft ungeduldig, wenn es nicht gleich so läuft, wie er es sich vorstellt. Schlechte Laune sieht man ihm an, Fotos davon gibt es genug. Nicht in diesem Beitrag.



Luftbrückengedenktag mit seinen Büroleitern Chris Landmann und Philipp Mengel am 12. Mai 2017.

Dass er, wie ihm von einigen vorgeworfen wird, humorlos sei, stimmt nicht. Er lacht gern, vor allem über andere. Eine gewisse sarkastische, manchmal zynische Nelgung kann man ihm nicht absprechen. Das verbindet ihn übrigens mit **Klaus Wowereit**.



Mit Vorgänger Klaus Wowereit und Nachfolger Kai Wegner beim Richtfest für den Gasometer im Mai 2023.

Wie bekannt, hat **Michael Müller** einen Realschulabschluss. In einem Interview bedauerte er einmal, nicht mehr erreicht zu haben. Falsche Antwort. Müller hätte sagen müssen: „*Schaut her Leute, auch mit einem Realschulabschluss kann man Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes werden!*“ Es gibt

genug Klugscheißer mit Abitur. Qualität und Fähigkeiten eines Menschen spiegeln sich nicht in seinen Schulabschlüssen wider, sagt jemand, der selbst „*nur*“ einen Realschulabschluss hat und darauf stolz ist.



Luftbrückengedenktag mit seinen Büroleitern Chris Landmann und Philipp Mengel am 12. Mai 2017.

An der gegenwärtigen Haushaltskrise kann Müller keine Schuld tragen. Während andere Spitzenpolitiker ihr Ego durch teure Schreibgeräte befriedigen, hatte Müller zu Beginn seiner Tätigkeit im Roten Rathaus seine Sekretärin losgeschickt, um ein paar grün schreibende Stifte zu besorgen. Mit Grün unterschreiben die Senatsmitglieder. Müller suchte sich einen preiswerten Stift aus und nutzte dieses Modell fortan.



In einem seiner Lieblingsrestaurants in Mariendorf, Aristoteles, mit den Betreibern Ilias und Kostas.

Michael Müller hat sich im Laufe der Jahre zu einem sehr guten Redner entwickelt. Dabei kann er auch scharfzüngig werden. Genial, wie er seinen Gesundheits- und Sozial-Senator **Mario Czaja**, der eine klägliche Rolle in der Flüchtlings-Krise spielte, vom Rednerpult, ohne



seinen Namen zu nennen, zurief, dass „derjenige Platz machen solle, der sich dieser Sache nicht gewachsen fühle - auch im Interesse anderer Flüchtlinge und der Berliner.“, was einer Aufforderung zum Rücktritt gleichkam.

Tagesspiegel 12.11.2019



Bei Ed Kochs 65sten Geburtstag im Seidelwirt mit Klaus Wawerelt und seinem langjährigen Büroleiter Andreas Schwager.

Es gäbe noch so viel zu berichten, aus dem Leben des **Michael Müller**, beispielsweise sein Einsatz als Landesvorsitzender für die Gedenkstättenfahrten in die ehemaligen Konzentrationslager, die einst **Harry Ristock** ins Leben rief. Finden die heute noch statt? Bevor er später privat und als Politiker die USA bereiste, war er mit **Paper Press Studienreisen** 1987 das erste Mal dort und wir trafen in Washington, D.C., die Journalisten-Legende **Wolf von Lojewski** zu einem Gespräch. In San Francisco überquerten wir später zu Fuß die Golden Gate Bridge, was kein Amerikaner freiwillig tun würde, und erst recht nicht in zerrissenen Jeans.



Verleihung des Berliner Landesordens an Klaus Hoffmann im Roten Rathaus am 1. Oktober 2019.

Und wenn das noch im Rahmen der Aufzählung „Meine schönsten Erlebnisse mit Michael Müller“ erwähnt werden darf, dann der 25. April 1988. **paperpress** hatte **Peter Ustinov** interviewt und ihn gefragt, ob er Interesse an einem Gespräch mit Schülern der Gustav-Heinemann-Schule hätte. Hatte er. Und so fand am 25. April 1988 ein RIAS-Schulklassengespräch mit ihm, nicht in der Schule, die asbestsaniiert wurde, sondern im Jugendclub Mariendorf statt.

Michael Müller und ich sorgten für den Shuttleservice vom bis zum Hotel und hatten das große Vergnügen, uns äußerst amüsante Geschichten dieses tollen Künstlers während der Autofahrt anhören zu dürfen.



Mit Karl Lauterbach im Wilmersdorfer Wahlkreisbüro, 25. Januar 2024.



Mit Judo Legende Lothar Nest und Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler beim Spielfest im Volkspark Mariendorf, 16. Juni 2019.

Heute nun wird **Michael Müller** 60 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg am 23. Februar 2025, wenn er seinen Wahlkreis in Charlottenburg-Wilmersdorf für die SPD verteidigen wird.



Bei Young Euro Classic mit Festivalleiterin Dr. Gabriele Minz und Veranstalter Dr. Willi Steul, 19. Juli 2019.



Corona-Dankeschön-Party vor dem Roten Rathaus am 4. August 2021 mit **paperpress** Mitbegründer Peter Mertin.



Mit König Willem-Alexander der Niederlande und seiner Frau Máxima am 5. Juli 2021 bei der Eintragung in das Goldene Buch im Roten Rathaus.



Mit Ingo Malter und Anja Libramm von STADT UND LAND im Wahlkreisbüro am 31. März 2022

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch – Fotos: **paperpress**-Archiv

10) KW 49 (01. bis 07.12.2024) – Klassenfahrten. Von Ed Koch



KW 49 – Klassenfahrten



Foto: Ed Koch

Der Streit um den Berliner Haushalt nervte auch in dieser Woche. Da werden Pakete geschnürt und wieder aufgedröselt, wer am lautesten schreit und Demos organisieren kann, wird ruhiggestellt. Dennoch bleibt das, was die Spitzen von Fraktionen und Parteien der CDU/SPD-Koalition am 19. November verkündet haben, bestehen, nämlich das Defizit von drei Milliarden Euro, die gekürzt werden müssen.

Wenn jetzt zu lesen ist, das bestimmte Theater gar nicht und andere weniger Federn lassen müssen, dann sieht das auf den ersten Blick erfreulich aus, ist es aber nicht. Es geht nur um Umschichten innerhalb der Etats, neues Geld gibt's nicht, woher soll es auch kommen?

Nicht mehr hören kann ich das Wort „Klassenfahrten“, als hinge von diesen Reiseaktivitäten der Bildungserfolg der Schulen ab. Die Überschrift im **Tagesspiegel** zeigt die Schizophrenie dieses Themas: „Berlins Klassenfahrten sind gerettet: Haushälter geben Schulen Budgethoheit.“ Was heißt das? Die Schulen sollen die „Freiheit erhalten“, „Gelder für Vertretungslehrer, Schulbücher und Verfügungsfonds zugunsten der Reisekosten der Lehrkräfte umzuschichten.“ Auf Vertretungslehrer und Schulbücher zugunsten von Reisekosten für Lehrkräfte verzichten? Ick gloob, ick spinne!

Die Euphorie über diesen Rosstäuschertrick kennt keine Grenzen. **Maja Lasic**, SPD-Haushalts- und Bildungsexpertin, sagte dem Tagesspiegel: „Wir transformieren das System.“ Sie sei „sehr glücklich über die gefundene Lösung“. Das Budget für die Reisekosten der Lehrkräfte sollte auf 1,5 Millionen Euro gedeckelt werden, obwohl mindestens zwei Millionen Euro benötigt würden.

Arnd Niedermöller, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren: „Es ist ein Traum.“ Es sei damit nicht nur die Finanzierung der Klassenfahrten möglich, sondern auch der „uralte“ Streit entschieden, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung

über ihre Budgets erhalten. Das hätte doch längst geschehen können. Dazu bedurfte es den Streit um die Klassenfahrten? Das kann doch alles nicht wahr sein.

Je weiter man im Text des Tagesspiegel-Artikels vorankommt, desto ärgerlicher wird es. Da ist von „Schneesportfahrten“ die Rede, „die als Kurse zum Abitur angerechnet werden sollen.“ Ich kann mich an einen Kollegen aus dem Jugendamt erinnern, der eine Fortbildung in Griechenland genehmigt bekam, um dort Sirtaki tanzen zu lernen. Dit is Berlin.

„Ich begrüße die Verständigung auf mehr Flexibilität für Schulen und ihre Budgets“, sagte die Senatorin dem Tagesspiegel. Eine sorgfältige Prüfung der konkreten Umsetzung sei jedoch „unerlässlich.“ Was heißt das nun wieder?

Wie oft finden eigentlich Klassenfahrten statt? In der Grundschule führen wir eine Woche an den Wannsee, wo das Bezirksamt Schöneberg ein Schullandheim sein Eigen nennen durfte. In der Realschulzeit ging es einmal nach Gifhorn. Großartig. Hat es uns Schüler weitergebracht? Wer vorher in der Klasse Freunde hatte, hatte sie auch nachher. Und wen man nicht leiden konnte, konnte man nach einer gemeinsamen Woche erst recht nicht leiden, was sich auch auf die Lehrer bezog.

Der Paper Press e.V. hat jahrelang Klassenfahrten für Schulen organisiert, mit Inhalt. So fanden viele so genannte „Deutschlandpolitische Seminare“ bei den Stiftungen in Bonn und Umgebung statt. Die Häuser verfügten in der Regel über barähnliche Räumlichkeiten im Keller, wo es auch alkoholische Getränke gab. Es wurde gefeiert, was das Zeug hielt mit gewissen Auswirkungen auf die Aufnahmefähigkeit am nächsten Morgen. Sehr schnell sind wir wieder davon abgekommen, so genannte Abi-Fahrten zu Gedenkstätten durchzuführen. Die Kneipen in Krakau oder Prag waren attraktiver als Birkenau oder Theresienstadt. Dort bekam ich ein Gespräch unter den Jungs mit, die sich über die Mädels unterhielten, und weiche sie klarmachen könnten.

Es soll hier nicht behauptet werden, dass auf Klassenfahrten nur gefeiert wird, aber eben auch. Der pädagogische Nutzen dieser Fahrten ist mir dennoch nicht klar. Unsere Begleiter für diese Reiseaktivitäten waren übrigens allesamt ehrenamtlich tätig und mussten sich mit einem Eigenanteil beteiligen. Lehrer brauchen natürlich ein Budget für ihre Fahrtkosten.

Ed Koch

11) Von oben betrachtet. Von Ed Koch



Von oben betrachtet



Von der Sky-Lounge des Schöneberger Gasometers auf dem EUREF-Campus betrachtet, ist Berlin eine wirklich beeindruckende Stadt. Wenn mich allerdings meine Erinnerung nicht täuscht, leuchtete Berlin schon mal heller, früher war eben mehr Lametta. Achten die Leute vielleicht auf ihre Stromkosten?

Das Bar-Team von **The Cord**, dem Spitzenrestaurant auf dem EUREF Campus, lud zum zweiten **Gasometer-Sky-Afterwork** am 5. Dezember ein. Teilnehmen können alle Interessenten, nicht nur die Mitarbeitenden der EUREF-Community. *Alle Fotos: privat*



Genossen nicht nur die Aussicht, sondern auch kühle und heiße Getränke, Lebkuchen satt und ein paar Leckereien aus der Küche des Hauses: **Stefan Grund** von Ankermieter **Schneider Electric**, **Katharina Chmielecki**, Mitarbeiterin eines bedeutenden Bundesministeriums, **paperpress**-Herausgeber **Ed Koch** und **Andie Kraft**, Geschäftsführer eines stadtbekannteren Unternehmens der Veranstaltungstechnik.

Für 39 Euro ging es in 90 Sekunden nach oben, warteten zwei Getränke und Lebkuchen bis zum Abwinden. Wer mehr als zwei Getränke brauchte, bekam diese zu fairen Preisen. 90 Sekunden? Das ist eine lange Zeit für 66 Meter, aber, in dieser Zeit wird im Aufzug ein Film über die Entstehung des EUREF-Campus von 2008 bis heute gezeigt, immer wieder spannend.



Mächtig gewaltig erstreckt sich der einstige Gasbehälter in den Schöneberger Himmel. Weniger beeindruckend sind die neuen Zahlen von **ARD** (Deutschland-Trend) und **ZDF** (Politbarometer). Die ersten Ziffern sind die der **ARD**, die zweiten des **ZDF**. **SPD** 16/15, **Union** 32/33, **Grüne** 14/14, **FDP** 4/4, **Linke** 18/17,

Linke 3/3 und **BSW** 5/5. **FDP** und **Linke** müssen um den Einzug in den nächsten Bundestag bangen. Würde sie jemand vermissen? **Gregor Gysi** wird dem Haus doch erhalten bleiben, wenn er seinen Wahlkreis direkt gewinnt. Die **FDP** dürfte kaum irgendwo einen Wahlkreis direkt gewinnen. Schön wäre es, allein wegen der Übersichtlichkeit, wenn auch das **BSW** unter fünf Prozent bliebe. Die Pressesprecherin von Putin würde uns erspart bleiben.

Olaf Scholz ist heute mal wieder in Hamburg zu Gast, wo er von 2011 bis 2018 Bürgermeister war. Bereits zum dritten Mal wird er vor den Untersuchungsausschuss zum Cum-Ex-Skandal zitiert. Kann er sich noch an seine beiden ersten Auftritte erinnern? Scholz darf nicht unterschätzt werden, denn er holt im Vergleich zu **Friedrich Merz** auf. 43 Prozent der Befragten des ZDF-Politbarometers wünschen sich Scholz als Kanzler, ein Plus von vier Punkten zur vorherigen Umfrage. Merz liegt bei 45 Prozent und hat nur einen Punkt hinzugewonnen. Der Abstand allerdings zwischen CDU/CSU und SPD ist zu groß, als dass er noch eingeholt werden könnte, oder. Heute ist Nikolaus. Den gab es im Gegensatz zum Weihnachtsmann tatsächlich. Schauen Sie in Ihre Schuhe, bevor sie reinschlüpfen. **Ed Koch**

12) Schreck in der Morgenstunde. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 632-05

5. Dezember 2024

49. Jahrgang

Schreck in der Morgenstunde

„Ein großer Berliner tritt ab!“, steht heute früh um 06:05 Uhr im Tagesspiegel Newsletter **Checkpoint**. Was ist geschehen? **Willy Brandt** ist doch schon lange tot. Er war ein großer aber kein echter Berliner, Lübeck heißt sein Geburtsort. Gemeint ist allerdings **Lorenz Maroldt**, auch kein echter Berliner, sondern ein Kölner. Aber, die großen Berliner müssen ja nicht unbedingt echte Berliner sein.



Foto: Ed Koch

Lorenz Maroldt ist sehr groß, von den Körpermaßen her. Auf jeden Fall ist er der einflussreichste und gefürchtetste Journalist der Hauptstadt. Das liegt an seinem Job, Chefredakteur des **Tagesspiegel**. Diese Tätigkeit gibt er jetzt auf, **Christian Tretbar** wird alleiniger Chefredakteur. Auf Maroldts Türschild und im Impressum wird ab 1. Januar 2025 Herausgeber stehen, eine Funktion, die er dann gemeinsam mit **Giovanni di Lorenzo** ausüben wird. **Stephan-Andreas Casdorff**, wird Editor-at-Large.

„Ein Editor-at-Large ist ein Journalist, der Inhalte zu einer Publikation beiträgt. Manchmal wird ein solcher Redakteur als umherziehender Reporter oder umherziehender Redakteur bezeichnet.“ „Editor at Large“ ist ein Begriff, der häufig in Modemagazinen verwendet wird. ... „Editor-at-Large sind unabhängiger; Sie dürfen ihre eigenen Präferenzen für die Inhalte haben, die sie generieren müssen, und sie müssen ihre Ideen nicht immer dem Hauptredakteur vorstellen.“ „At large“ bedeutet, dass der Redakteur keine bestimmten Aufgaben hat, sondern an dem arbeitet, was ihn interessiert. Der häufigste Grund für die Ernennung eines Editor-at-Large ist, wenn ein Redakteur mit langjähriger Erfahrung und langer Verbindung mit der Publikation, der schon sehr lange in der Rolle des Redakteurs tätig ist, durch einen neuen Redakteur ersetzt wird, aber mit dem Titel eines Editor-at-Large an Bord bleibt.“ Quelle: Wikipedia

Mit anderen Worten: Jeder hat einen Job, der sicherlich halbwegs gut bezahlt wird, und alle bleiben an Bord. Eine typische Win-Win-Situation.

Maroldts Geniestreich war, einen täglichen Newsletter mit dem Titel **Checkpoint** herauszugeben. Das war genau vor zehn Jahren. Viele hassen diese morgendliche Lektüre, vor allem Politiker, aber alle lesen den Checkpoint, denn es steht alles drin, was man wissen sollte, von Aktuellem aus Politik, Kultur, Sport, Medien, Gesellschaft bis hin zur Verkehrslage, Veranstaltungshinweisen, Geburtstagsgrüßen und Nachrufen. Die letztgenannten Rubriken lese ich meistens zuerst. Und natürlich schaue ich mir die „Berliner Schnuppen“ von **Naomi Fearn** an, die uns täglich darüber informieren, was sich **Kai Wegner** und **Franziska Giffey** zu sagen haben.

Lorenz Maroldt ist auch ein großer Satiriker mit Neigung zum Sarkasmus, der gnadenlos auf die Politik eindrischt, häufig überzogen und verletzend, genauso oft aber berechtigt. Maroldt kennt seinen Stellenwert, er ist nicht überheblich, sich aber seiner Macht bewusst. Vielleicht sollten Journalisten im Allgemeinen mehr verinnerlichen, dass Politiker per se nicht Feinde des Volkes sind, sondern überwiegend lautere und ehrenwerte Menschen, die mit immer weniger Mitteln und Möglichkeiten versuchen, die Stadt und das Land am Laufen zu halten. Die schwarzen Schafe hingegen müssen geschoren werden.

Neben dem Schreiben ist Maroldt häufig gebuchter Kommentator für Radio und Fernsehen, wobei er auch kompliziert erscheinende Fälle, mit satirischem Unterton auf den Punkt bringen kann. Natürlich setzt sich Maroldt nicht zur Ruhe, im Checkpoint und im Tagesspiegel wird er sich weiterhin zu Wort melden. Gespannt darf man bei dem Personal-Karussell darauf sein, wann **Stephan-Andreas Casdorff** erstmals vom Catwalk einer Modefirma berichtet.

Kurz nach dem Amtsantritt von **Michael Müller** als Regierender Bürgermeister im Dezember 2014 luden Maroldt und Casdorff den neuen Senatschef zum Leserforum ein. Anbei der Newsletter vom 17.12.2014. Zu Weihnachten schenkte ich Maroldt damals ein Paar Kniestrümpfe. Grund: Siehe Foto.

Während Begegnungen mit ihm immer sehr angenehm sind, war unser Mailverkehr dann und wann schon etwas angespannter. Austellen kann Maroldt besser als einstecken. Als ich ihm zum Checkpoint-Jubiläum gratulierte und schrieb, dass ich mich immer informiert gefühlt, geärgert, aber auch amüsiert habe, gab er „das Kompliment gerne zurück, von Newsletterschreiber zu Newsletterschreiber.“

Ed Koch

1

13) Eine Wundertüte. Von Koch u.a.



Eine Wundertüte

Beim Verlassen des Theaters der **Wühlmäuse** hörte ich eine Dame zu einer anderen sagen: „Der Blaue Montag ist wie eine Wundertüte!“ Und so war es auch am 2. Dezember, als **Arnulf Rating** zur 221sten Ausgabe dieses Kleinkunstfestivals der guten Laune eingeladen hatte. Zwar weiß man, wer auftritt, aber nicht jeden kennt man und mal fällt ein angekündigter Künstler aus und ein anderer Überraschungsgast ersetzt ihn.

Eigentlich sollen die Auftritte der Künstler zirka sechs Minuten dauern, im ersten Teil haben jedoch alle überzogen, und so dauerte der Blaue Montag ein bisschen länger, was den Autor dieses Beitrages nicht störte, hatte er doch vorher bei **Joos am Theo** eine Gänsekeule mit Grünkohl und Klößen verdrückt. Nichts ist schlechter, als mit leerem Magen im Theater zu sitzen.



Schlussapplaus

Natürlich hätte es jeder verdient, hier entsprechend gewürdigt zu werden, beschränken wir uns aber auf ein paar wenige. **FIL!** Einfach grandios. Eigentlich dachte ich, mich in der Kabarettszene einigermaßen auszukennen, aber **Michael Frowin** habe ich am Montag erstmals richtig wahrgenommen. Die **Berliner Zeitung** bezeichnet ihn als „Einen der politischsten und besten Kabarettisten des Landes“. Das unterschreibe ich gern. Warum treten solche Leute nicht im Fernsehen auf, statt Lanz, Illner oder Maischberger.

Rachelina & die Maccheronies waren die Band des Abends. **Rachelina** sang herzerwärmende Chansons, was für eine bezaubernde Stimme. Für einen Abstecher in die 1960er Jahre, als die **Beatles** in Hamburg ihre Weltkarriere begannen, sorgte **Stefanie Hempel**. Sie ist die Erfinderin der musikalischen Beatles-Tour in Hamburg. Sie folgt den Spuren von John, Paul, George, Ringo, Pete & Stuart durch das berühmte Rotlichtviertel St. Pauli. Mit einer kleinen

Ukulele und am Flügel sang sie die Songs, mit denen die Beatles damals in den verrauhten Clubs Abend für Abend auftraten.



Arnulf Rating, Markenzeichen Nadelstreifenanzug und rote Schuhe, lauscht gebannt der Musik von Stefanie Hempel.

Die schlechte Nachricht ist, dass alle Touren zwischen April und September 2025 ausgebucht sind.

<http://www.hempels-musictour.de/>

Freie Plätze gibt es noch bei den kommenden **Blauen Montagen**:

Der 222. Blaue Montag am 3. Februar 2025

Der 223. Blaue Montag am 7. April 2025

Der 224. Blaue Montag am 2. Juni 2025

Der 225. Blaue Montag am 6. Oktober 2025

Der 226. Blaue Montag am 1. Dezember 2025



Wenn Sie Silvester noch nichts vorhaben, hier ein heißer Tipp: Arnulf Ratings Jahrespresseschau am 31. Dezember 2024 um 20:00 Uhr und um 23:00 Uhr.

<https://www.eventim.de/search/?affiliate=WUMäse-archterm=w%C3%BChm%C3%A4use+rating+jahrespres-schau>

Beim **Blauen Montag** am 2. Dezember gaben sich auch die **Firlefanzbrüder** die Ehre. **JS. Strauss** und **Timo Tietz** erinnerten an **Wolfgang Müller** und **Wolfgang Neuss**. Zu Müller hat Strauss ein besonderes Verhältnis, war dieser doch Cousin seines Vaters.



Und damit leiten wir über zu einem Besuch auf dem Waldfriedhof Zehlendorf, Urnengrab 027/177. Es ist das Familiengrab der Müllers, in dem auch **Wolfgang Neuss** seine letzte Ruhe fand. Damit waren die beiden Freunde, die durch den frühen Tod von **Wolfgang Müller** bei einem Flugzeugabsturz getrennt wurden, im Tode wiedervereint. Neuss wollte nicht, dass sein Name auf dem Grabstein steht. Nur das übliche Plastikschild der Friedhofsverwaltung erinnert an ihn. Die Zeit ist vergangen und nun gekommen, sichtbarer als bisher an die beiden Wolfgangs zu erinnern.



JS. Strauss, der mit bürgerlichem Namen **Johannes-Sebastian Strauß** heißt, hat Geld für einen Grabstein gesammelt, der am 101ten Geburtstag von **Wolfgang Neuss** am 3. Dezember eingeweiht wurde. Eine kleine Gruppe alter Freunde und Fans hatte sich am Grab versammelt, darunter auch **Brigitte Grothum**, **Frank Lüdecke** und **Arnulf Rating**.



Strauss und Rating hielten kurze Reden, in denen sie unter anderem die Probleme erwähnten, den Senat davon zu überzeugen, die Ruhestätte in ein Ehrengrab für Neuss umzuwandeln. Scharfe Kritik wurde an der Berliner Verwaltung geübt und dabei auch den aktuellen Kultursenator nicht unerwähnt gelassen.

Arnulf Rating hofft, dass es für **Wolfgang Neuss** bei den jungen Leuten eine Renaissance geben wird.



Foto oben: Arnulf Rating und JS. Strauss, links Brigitte Grothum, rechts Arnulf Rating und Frank Lüdecke.

Herzlich-erwartete Zusammenkunft
Wolfgang Neuss
Wolfgang Müller
 und die Musik der Trübsaljahre
 des Lebens der beiden Freunde

10.12. Zimmer 16
 Albrecht 16, 12080 Berlin
 19:00 Uhr
 Tickets ab 10 Euro

An dieser Stelle möchten wir noch auf die literarisch, musikalische Erinnerung der **Firlefanzbrüder** an **Wolfgang Neuss** und **Wolfgang Müller** hinweisen. 10. Dezember 2024, 20:00 Uhr, im Zimmer 16, Florastraße 16 in 13187 Berlin-Pankow. Ticketpreis 10 Euro, ermäßig 5 Euro.

Wir möchten auch auf die Veranstaltungen der **Stachelschweine** im Dezember hinweisen.

<https://diestachelschweine.de/spielplan>

Neben anderen ist das Jubiläumsprogramm 75 Jahre Stachelschweine, „*Ich hab' noch einen Tesla in Berlin*“, auch am Silvesterabend zu sehen.



Am 31. Dezember steht **Frank Lüdecke** ab 14:00 Uhr auf der Bühne des Stachelschweintheaters im Europa Center mit seinem Programm „Träumt weiter.“ Leicht sarkastisch sagte Lüdecke gestern am Grab von Neuss und Müller: „Wir sind von den Kürzungen im Kulturretat nicht betroffen, wir bekommen ohnehin keine Förderung.“

Falls Sie noch kein passendes Weihnachtsgeschenk haben, hier ein Tipp: Am 25. und 26. Dezember träumt **Frank Lüdecke** jeweils ab 15:30 Uhr in seinem Programm bei den Wühlmäusen.

Verlosungen:

Wir haben in diesem Jahr sehr viele Tickets verlost, immer wieder auch für den Blauen Montag und die Stachelschweine. Davon rücken wir vorerst ab. Der Kleinkunst geht's nicht gut. Zu viele Plätze bleiben leer. Eigentlich hat man nichts zu verschenken. Deshalb unsere herzliche Bitte an Sie: Kaufen Sie Tickets. Die Preise sind erschwinglich. Sie fördern die Kleinkunst und bereiten sich selbst äußerst unterhaltsame Abende mit einem großen Erkenntnisgewinn. Danke im Namen der Kunst!

Das Ende dieses Beitrages widmen wir unserem Kultursenator **Joe Chialo** (CDU), der bislang nichts erreicht hat. Alle Kürzungen in seinem Etat werden vollzogen. Der **Tagesspiegel Checkpoint** hat sich heute Morgen mit ihm beschäftigt:

„Kultursenator **Joe Chialo** (CDU) hat mit dem **Tagesspiegel** über die massiven Kürzungen im Kulturretat gesprochen und dabei fast nichts gesagt. Zusammengefasst: Es ist eine ‚enorme Belastung‘, eine ‚unglaublich schwierige Situation‘, eine ‚wahnsinnig harte Zeit‘, ‚die größte Krise seit Dekaden‘ und ‚gerade hängen die Wolken etwas tiefer und sind ein bisschen dunkler‘. Es habe ‚unterschiedliche Erwartungshaltungen‘ gegeben, er habe ‚gekämpft und kämpft weiter‘, ‚einiges ist berücksichtigt worden, vieles aus unterschiedlichsten Gründen nicht‘. ‚Die Kultur in Berlin ist für alle da‘, ‚Kultur ist kein elitäres Projekt‘ und ‚Kultur ist auch ein Motor für wirtschaftliche Dynamik‘. Aber: ‚In einer Koalition steht die Gesamtpolitik über einzelnen Ressortinteressen‘ und die Koalition hat ‚ihre Schwerpunkte priorisiert, diese Entscheidungen müssen wir akzeptieren‘. ‚Niemand hat den leichten Weg gewählt, niemandem sind diese Einschnitte leichtgefallen‘, die Einsparungen ‚betreffen viele Lebensbereiche‘. Und doch: ‚Es kommt der Tag, an dem die Sonne wieder heller scheint.‘“

„Er will mehr“ steht im Text zum Buch. „Er will raus aus den „Mimimi-geht-nicht“-Verhinderungsschleifen. Er will trotz Widersprüchen Brücken bauen. Chialo geht mit seinen Themen dorthin, wo es wehtut, wo die Veränderungen am schwierigsten sind. In die Kirche. Der Kompass in seinem Leben. Christliche Erziehung, Werte, Menschenbild. Die Moral der Amtskirche wird derzeit in ihren Grundfesten in Frage gestellt. Missbrauch, Korruption und Massenaustritte. NEIN, sagt der Autor. Kirche ist mehr! Es geht um Glaubwürdigkeit!“



„Zurück zum **Checkpoint**: „Sonst noch was? Achja: Chialo ist natürlich ‚mit vollem Einsatz‘ dabei und beschäftigt sich ‚rund um die Uhr‘ mit dem Thema: ‚Es wäre heuchlerisch, wenn ich jetzt nur mit halbem Herzen dabei wäre, dann würde ich wirklich zurücktreten‘. An der Stelle bereits der Hinweis für Abgeordnete wie Interessierte: Mehr Klarheit wird's auch im Kulturausschuss nicht geben. Die Grünen wollten die Kürzungen für die kommende Sitzung (09.12.) auf die Tagesordnung setzen, CDU und SPD wollen sie lieber ‚in der übernächsten Sitzung im Januar 2025 behandeln‘. Spoiler: Dann ist der Nachtragshaushalt bereits beschlossen.“

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos*: Ed Koch
*außer Firtlefanzbrüder, Frank Lüdecke und Chialo-Buchcover.

14) Naturschutzgebiet in Not. Von Ed Koch



Naturschutzstation in Not



Foto: Ed Koch

Am 4. November erschien Berlins erster und bekanntester NaturRanger, **Björn Lindner**, vor dem Ausschuss für Ordnung, Grün, Umwelt und Klimaschutz der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg. Es ging um die Zukunft eines der wenigen Leuchtturmprojekte, die der Bezirk vorzuweisen hat, nämlich um die Naturschutzstation Marienfelde. 411.000 Euro erhält die Station jährlich für ihre Arbeit, einschließlich des Personals. 211.000 Euro davon kommen vom Bezirk, 200.000 Euro vom Senat. Die Mittel des Bezirkes sind gesichert, erklärte die zuständige Stadträtin **Saskia Ellenbeck** (Grüne), aber nicht die vom Land.

Selten sind sich parteiübergreifend Bezirksverordnete bei einem Thema so einig, wie bei diesem. Vertreter aller Parteien hielten flammende Apelle zur Erhaltung der Naturstation. Und alle versprachen, ihre Kanäle in den Senat zu nutzen, um eine Zusage für die fehlende Hälfte der Finanzierung zu bekommen. Die Bemühungen scheinen nichts gebracht zu haben, denn gestern berichtete die **Berliner Morgenpost**:

*„Berliner Haushaltskürzungen bedrohen die Naturstation Marienfelde. Wie die für den Naturschutz im Bezirk zuständige Stadträtin **Saskia Ellenbeck** (Grüne) auf Anfrage mitteilte, sei die Naturstation Marienfelde nach aktuellem Kenntnisstand in Höhe von 60.000 Euro von den Haushaltskürzungen betroffen. Das hätte ‚zur Folge, dass auch Mitarbeitende der Naturstation entlassen werden müssten‘. Die Station wird vom Verein ‚Die Naturwacht Berlin‘ mit dem ‚rangerteam.marienfelde‘ betrieben. Neben naturpädagogischen Angeboten werden Flächen mit Blick auf den Natur- und Artenschutz betreut. Auch ist die Naturwacht seit Jahren vermehrt im Bereich Wildtiermanagement tätig.*

Der Verein mit dem Rangerteam ist seit mehr als 15 Jahren Partner für das Land Berlin im Natur- und

Artenschutz. Geplante Haushaltseinsparungen würden die Naturwacht mit aktuell 6,6 Stellen zwingen, den Personalschlüssel auf 4,5 Stellen zu reduzieren.“ 60.000 von 200.000 sind 30 Prozent und damit wesentlich höher als Kürzungen in anderen Bereichen.

Die Naturschutzstation ist nicht nur ein wichtiger Anlaufpunkt für Schulklassen und Kitas (Grünes Klassenzimmer), sondern auch für junge Menschen, die sich um Naturschutz kümmern wollen (JuniorRanger – Die Zwiebelfrösche).

<https://naturschutzstation-marienfelde.de/das-ehrenamt>

Zum Thema empfehlen wir einen Beitrag des **rbb** vom 29. November, in dem auch die Naturschutzstation in Marienfelde erwähnt wird. *„Wenn wie geplant im Umweltsektor fast ein Viertel des Etats gekürzt wird, hat das Auswirkungen auf viele kleine und größere Projekte in Berlin. Aber es geht noch um viel mehr: Experten fürchten, dass Berlin seine Klimaziele verfehlt.“*

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/11/berlin-sparkurs-umwelt-und-klimaschutz-haushalt-millionen.html>

Zitat: *„Die Kürzungen wären bitter im Kleinen...Die Naturstation Marienfelde hat allerdings jeden Cent der 400.000 Euro gebraucht, die sie bisher vom Land bekam. Leiter Björn Lindner schaut ‚schockiert‘ auf die geplante 30-Prozent-Kürzung. ‚Das würde Konsequenzen in unserer qualitativen Arbeit haben. Es gäbe Stellenabbau‘, sagt er dem rbb. Von acht bezahlten Mitarbeitenden müssten vermutlich zwei oder drei gehen, so Lindner, Öffnungszeiten und Angebote würden reduziert.“*

Drei von 40 Milliarden Euro des Jahresetats muss Berlin 2025 kürzen. Die Auswirkungen in allen Bereichen sind immens. Wie Senat und Abgeordnetenhaus das Problem lösen wollen, ist noch nicht entschieden. Es scheint in einigen Bereichen an Augenmaß zu fehlen. Finanzsenator **Stefan Evers** (CDU) zeigt sich unbeeindruckt von Protesten seiner Senatskollegen und erst recht von Protesten aus den Bezirken. Dass die Bezirke von den Kürzungen nicht betroffen seien, wie kürzlich verkündet wurde, ist nur die halbe Wahrheit. Die Kürzungen treffen auch die Projekte in den Bezirken hart. Erschreckend ist, wie mit den Klimazielen umgegangen wird. Fehlt nur noch, dass jemand den Klimawandel leugnet. Viele Grüße von **Donald Trump**.

Ed Koch

Tschechien (Seiten E 101 – E 111)

01) Tschechien schafft Stempelmarken ab

In Tschechien werden die **Stempelmarken**, die zur Zahlung von Gerichts- oder Verwaltungsgebühren verwendet werden, ab Jänner 2025 abgeschafft. Die Marken können noch bis Ende des Jahres in den Filialen der tschechischen Post verkauft werden, dann ist Schluss.

Die Regierung hat die Abschaffung der Stempelsteuer im Rahmen ihres **Konsolidierungspakets** beschlossen, da sie zunehmend durch andere, insbesondere elektronische Zahlungsmittel ersetzt wurde.

Die Stempelmarken sind hierzulande **seit 1854** in Verwendung. Damals wurden sie in der Habsburger Monarchie eingeführt. In allen anderen Ländern des ehemaligen Kaiserreiches mit **Ausnahme Ungarns** wurden sie bereits abgeschafft. (*Quelle: Radio Prag*)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

02) „Von Asch bis Zips“: Prager Autorinnen Schubin, Holzer und Hanel

2024 war ein Gedenkjahr der Prager deutschsprachigen Literatur – nicht nur wegen **Franz Kafka**. Im Juni erinnerten wir an den 170. Geburtstag der zu ihrer Zeit vielgelesenen und von der Literaturkritik geschätzten **Ossip Schubin** (1854–1935). Heute noch weniger bekannt ist die aus Czernowitz stammende Journalistin und Feministin **Marie Holzer** (1874–1924), die im renommierten *Prager Tagblatt* und in der expressionistischen Zeitschrift *Die Aktion* publizierte. Ihr Geburtstag liegt 150 Jahre zurück und ihre Ermordung durch den eigenen Ehemann 100 Jahre. Und letzten Juni vor 80 Jahren verstarb die Schriftstellerin **Hermine Hanel** (1874–1944).

[Hier geht es zum Podcast „Holunderblüten“](#) des **Deutschen Kulturforums östliches Europa**.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.kulturforum.info/de/verlag-medien/podcasts/von-asch-bis-zips/9158-podcast-holunderblueten>

Podcast: Holunderblüten. Die Prager Autorinnen Ossip Schubin, Marie Holzer und Hermine Hanel

Die 18. Episode des Podcasts »Von Asch bis Zips. Der Osten für die Ohren« erinnert an drei vergessene Schriftstellerinnen anlässlich ihrer Gedenktage 2024



»Frau mit Lorngnon«, Karel Hlaváček, 1897 (Ausschnitt).- Collage: Saskia Aberle/André Werner, © DKF

17. Dezember 2024

2024 war ein Gedenkjahr der Prager deutschsprachigen Literatur – nicht nur wegen Franz Kafka. Im Juni erinnerten wir an den 170. Geburtstag der zu ihrer Zeit vielgelesenen und von der Literaturkritik geschätzten **Ossip Schubin** (1854–1935). Heute noch weniger bekannt ist die aus Czernowitz stammende Journalistin und Feministin **Marie Holzer** (1874–1924), die im renommierten *Prager Tagblatt* und in der expressionistischen Zeitschrift *Die Aktion* publizierte. Ihr Geburtstag liegt 150 Jahre zurück und ihre Ermordung durch den eigenen Ehemann 100 Jahre. Und letzten Juni vor 80 Jahren verstarb die Schriftstellerin **Hermine Hanel** (1874–1944), deren Geburtstag sich 2024 ebenfalls zum 150. Mal jährte und die unter anderem auch für das *Prager Tagblatt* schrieb – etwa ein frauenemanzipatorisches Feuilleton mit dem Titel *Los vom Fischbein*, also dem Korsett.

Den Podcast direkt hier hören:

oder auf einem unserer [Kanäle](#):



Alle diese Angebote sind kostenfrei, bei einigen ist eine Anmeldung erforderlich oder Werbeeinblendungen sind möglich, auf die das Kulturforum keinen Einfluss hat.

Mit ihrem deutschsprachig-jüdischen Hintergrund stießen alle drei Autorinnen und ihre Werke immer wieder auf doppelte Vorurteile und Benachteiligungen. Nach der Zeit des

Nationalsozialismus waren sie nahezu vergessen, wenn es auch einzelne Wiederbelebungen gab, etwa in der nach einer Erzählung von Schubert benannten Anthologie *Holunderblüten* mit Werken deutscher Schriftstellerinnen aus Böhmen und Mähren.



Anna-Dorothea Ludewig und Katharina Groth am 22.6.2024 in der Mendelssohn-Remise in Berlin.- Foto: © Christel Wollmann-Fiedler

Vorgestellt wurden die drei Autorinnen [am 22. Juni 2024 in der Mendelssohn-Remise](#) von **Anna-Dorothea Ludewig**, Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam, die auch einen kurzen Einblick in das deutsch-tschechische Forschungsprojekt »Women's Writing and Translating in Fin-de-Siècle Prague and the Bohemian Lands« gibt. Dazu trug die Schauspielerin **Katharina Groth** Auszüge aus Texten der drei Prager Schriftstellerinnen vor.

Die 18. Episode des Podcasts [Von Asch bis Zips](#) ist ein Mitschnitt dieser Veranstaltung, die in Kooperation mit dem [Moses Mendelssohn Zentrum](#), dem [Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg](#), der [Mendelssohn-Gesellschaft e. V.](#), der [Botschaft der Tschechischen Republik](#) in Berlin und dem [Tschechischen Zentrum Berlin](#) verwirklicht wurde. Für den Podcast wurde die Aufnahme durch ein Gespräch sowie Lese- und Hörtipps zum Thema ergänzt.

Mitwirkende

Moderation

Vera Schneider und Tanja Krombach

Produktion

Martin Pabst und Vera Schneider

Musik

Jaspar Libuda

Eine Produktion des Deutschen Kulturforums östliches Europa, 2024

Das Kulturforum wird gefördert von der [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#).

03) Tschechisches Verdienstkreuz für Dr. Werner Fasslabend

Am 12. Dezember 2024 überreichte der tschechische Botschafter in Wien, **PhD Jiří Šitler** gemeinsam mit Staatssekretär **PhD Jan Jireš**, dem Präsidenten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) und der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft, **BM a.D. Dr. Werner Fasslabend** (fam. Wurzeln im **Egerland**) das von Verteidigungsministerin **Mgr. Jana Černočová** verliehene Verdienstkreuz des Tschechischen Verteidigungsministeriums Dritter Klasse für seine Verdienste um die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik.

Die Überreichung fand im Beisein des Generalsekretärs des BMEIAs, Botschafter **Dr. Nikolaus Marschik** und des Generalsekretärs des BMLV **Dr. Arnold Kammel** und zahlreicher Ehrengäste, darunter Botschafter i.R. **Dr. Maximilian Pammer**, Vizepräsident **Dr. Josef Wurditsch** und Generalsekretärin **Mag. Elena Penzes-Strobl** in der Tschechischen Botschaft Wien statt.

[Hier sehen Sie Bilder von der Verleihung \(Fb.-Seite der Tschech. Botschaft\).](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

https://www.facebook.com/photo/?fbid=990456456455412&set=pcb.990456926455365&locale=de_DE



04) „Geschichte mit allen fünf Sinnen erleben“

Ein Artikel in den Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) verschaffte ihrer wissenschaftlichen Diplomarbeit größere Aufmerksamkeit: **Stephanie Hofbauer** befasst sich mit ihrer an der Universität Wien vorgelegten Arbeit mit dem Erbe und dem Ist-Zustand der **schwierigen österreichisch-tschechischen Nachbarschaft**. Im Interview mit [kurs-ost-west.com](https://www.kurs-ost-west.com) spricht sie sich u.a. für eine Hinführung an die Thematik schon in der Volksschule aus: auf beiden Seiten der Grenze, die ja seit 1989 keinen Eisernen Vorhang mehr hat.

[Bitte lesen Sie hier mehr über Gemeinsamkeiten, Missverständnisse und immer noch bestehendes historisches Unrecht.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.kurs-ost-west.com/hofbauer/>

[KURS OST](#) · 15. Dezember 2024

Ist-Zustand der schwierigen Nachbarschaft TSCHECHIEN-ÖSTERREICH



Mag. Stephanie Hofbauer: „Geschichte mit allen fünf Sinnen erleben“

Ein Artikel in den Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) verschaffte ihrer wissenschaftlichen Diplomarbeit größere Aufmerksamkeit: Stephanie Hofbauer befasst sich mit ihrer an der Universität Wien vorgelegten Arbeit mit dem Erbe und dem Ist-Zustand der schwierigen österreichisch-tschechischen Nachbarschaft. Im Interview mit [kurs-ost-west.com](https://www.kurs-ost-west.com) spricht sie sich u.a. für eine Hinführung an die Thematik schon in der Volksschule aus: auf beiden Seiten der Grenze, die ja seit 1989 keinen Eisernen Vorhang mehr hat. Über Gemeinsamkeiten, Missverständnisse und immer noch bestehendes historisches Unrecht.

Kurz und knapp gefragt: Worum geht es in Ihrer Diplomarbeit? Was ist Ihr Forschungsgegenstand?

Meine Forschungsarbeit befasst sich mit der Geschichte entlang der österreichisch-tschechischen Grenze seit 1945 mit Fokus auf das Retzer Land und den Okres Znojmo.

Dabei habe ich die Arbeit in zwei Teile aufgegliedert: Teil A befasst sich mit historischen Inhalten (Vertreibung - Eiserner Vorhang - Grenzfall) und Teil B berichtet von grenzübergreifenden Wirtschafts- und Schulprojekten (z.B. die Entstehung der Excalibur City und damit verbundene Wirtschaftskonflikte mit der Retzer Gemeinde).

Wie kann es sein, dass Unrecht – wie die Benesch-Dekrete – immer noch gilt? Warum möchten tschechische Regierungen davon nicht Abstand nehmen? Expecten Sie sich hier Bewegung auf tschechischer Seite?

Die Tatsache, dass die Benesch-Dekrete immer noch gelten, hat meiner Meinung nach sogar sehr viel mit Abstandnehmen zu tun – Abstand vom Geschehen auf beiden Seiten der Grenze oder anders gesagt: Die Vertreibungsgeschichte gerät zunehmend in Vergessenheit, da sie in Schulen nicht an die Generationen danach weitergegeben wird.

Vielmehr konzentrieren sich Institutionen auf beiden Seiten der Grenze auf die Schaffung eines gemeinsamen Europas.

Erwähnenswert sind dabei jährlich stattfindende Gedenkfeiern, die sich mit der Vertreibungsgeschichte auseinandersetzen. Diese gehen mit viel Folklore und Pathos einher, wobei eine Tendenz in Richtung einer gemeinsamen tschechisch-deutschen/österreichischen Erinnerungskultur seit Mitte der 2010er Jahre zu verzeichnen ist.

Als Meilenstein des gemeinsamen Gedenkens an die Vertreibung wird seit 2015 der „Marsch der Versöhnung“ offiziell durch die Stadt Brno unterstützt.



Sie haben 14 Gedenkstätten und Projektschauplätze besucht: Wie beurteilen Sie den aktuellen Status der Gedenkpolitik? Gibt es hier einen Trend?

Bezüglich der besuchten Gedenkstätten und Schauplätzen habe ich folgende Trends verzeichnen können: Während ich auf der tschechischen Seite der Grenze in Museen und Gedenkstätten digitale Tools und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche vor Ort vorfinden konnte, habe ich in österreichischen Gedenkstätten vorwiegend textlastig aufbereitete Inhalte erlebt, die historisches Vorwissen voraussetzen.

Für beide Länder gilt: In Museen und Gedenkstätten, die über 20 Jahre alt sind, entdeckte ich ausschließlich Informationstafeln in der jeweiligen Landessprache. Diese Museen sind demnach weniger bekannt im Nachbarland.

Wie erklären Sie es sich, dass das Bewusstsein für sudetendeutsche Geschichte im österreichischen Grenzgebiet erst jetzt – euphemistisch gesprochen – „erwacht“?

Es ist ein Phänomen in (Zeit-)Geschichte, dass einige Jahrzehnte vergehen, bis ein Thema aufgearbeitet wird. Besonders im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und ethnischen „Säuberungen“ ist es allgemein bekannt, dass die betroffene Generation über die Ereignisse schweigt. Daneben existieren selbstverständlich auch Zeitzeugen, die ihre Erlebnisse weitergeben, doch die Zahl dieser Zeitzeugen wird mit jedem Jahr weniger. Umso wichtiger wird es, dafür zu sorgen, dass Wissen nicht verloren geht.



Wie haben Sie die Aufnahme Ihres Vortrages im Museum Retz im Oktober 2024 erlebt? Wird jetzt erst über „heiße Themen“ geredet? Immerhin, 35 Jahre, also: etwa fast zwei Generationen *nach* der Grenzöffnung? Wie sieht das Ihre Generation?

Der Vortrag im Retzer Museum war eine sehr positive Erfahrung für mich und ich freute mich darüber, dass Besucher von beiden Seiten der Grenze zu diesem Vortrag gekommen waren und im Anschluss sehr interessiert an der Diskussion teilnahmen! Besonders toll war die Zusammenarbeit mit meinem Dolmetscher Petr Eckl, der es möglich machte, den Vortrag zweisprachig abzuhalten.

In Znojmo werde ich denselben Vortrag im Februar 2025 halten. Dabei rede ich auch über „heikle Themen“, wie etwa den längst vergessenen Todesfall Josef HEINRICH, der vor über 60 Jahren in Retzbach einen Spaziergang mit seiner Familie unternommen hatte und dabei ums Leben gekommen war. Heute erinnert nichts mehr an die Zeit des „Eisernen Vorhangs“, stattdessen lädt der um 2016 errichtete Grenztisch zum gemeinsamen Treffen an der österreichisch-tschechischen Grenze ein.

Dies ist auch der Grund, warum ich meine Generation eher so erlebe, dass wenig bis gar nicht über den „Eisernen Vorhang“ diskutiert wird, da dieser nur, wenn überhaupt, durch Erzählungen bekannt ist. Deswegen empfehle ich auf jeden Fall, den Nationalpark Podyjí in Čížov zu besuchen, da dort sehr gut erhaltene Relikte des „Eisernen Vorhangs“ zu sehen und zu erleben sind, speziell, um diesen Teil der Geschichte für die Generation danach mit allen fünf Sinnen begreifbar zu machen.



Wie könnten die Retzer wie auch die Znaimer Schüler für die Geschichte, das Leben und das Wirken der Sudeten pädagogisch interessiert werden?

Wie bereits erwähnt, vertrete ich den Ansatz, dass Geschichte mit allen fünf Sinnen erlebt werden darf, soll und muss, um Schüler für den Unterricht zu begeistern.

Beispielsweise gebe ich den Schülern den Auftrag, ihre wichtigsten Habseligkeiten zu Hause zusammenzupacken, wobei das Gepäck 30 kg nicht überschreiten sollte. Sie sollen sich dabei vorstellen, dass sie ihre Heimat verlassen müssen. Dabei fallen den Kindern oft Tricks ein, um diese 30 kg-Grenze ein wenig auszuweiten, indem sie mehrere Shirts übereinander anziehen. – Die Vertriebenen haben oft dieselben Strategien angewandt.

Welche Zukunft des Zusammenlebens gibt es – zwischen Österreichern und Tschechen?

Ich hoffe, dass die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit jeder Generation besser funktioniert. Um eine solche Zukunft zu fördern, bemüht sich zum Beispiel der grenzübergreifende Kindergarten in Mitterretzbach. Dabei werden den Kindern aus dem Retzer Land und dem Okres Znojmo schon in frühester Kindheit die Kultur und Sprache des jeweils anderen Nachbarlandes kindgerecht und spielerisch vermittelt.

Und zuletzt: Wie geht die Geschichte mit Josef Heinrich eigentlich aus? Oder sollten wir das lieber nicht verraten?

Zunächst ist es mir wichtig zu sagen, dass ich als Lehrerin einen Bildungsauftrag habe und die Unterhaltung des Publikums maximal ein netter Nebeneffekt ist. Um das Spoilern sollte ich mir also nicht zu viele Gedanken machen ;)

Ich möchte so viel verraten: Josef Heinrich war aus Sicht eines tschechischen Grenzsoldaten der tschechischen Grenze zu nahe gekommen – und zwei Schüsse fielen.

Heinrich wurde im Krankenhaus Znojmo versorgt und kehrte – wider Erwarten – zwei Wochen später in einem Sarg nach Österreich zurück. Die daraus entstehenden Konsequenzen kann man in meiner Masterarbeit nachlesen.

Herzlichen Dank für das Interview, Frau Mag. Hofbauer! Bitte halten Sie uns über Ihre weitere Forschungsarbeit informiert.

In der Wiedergabe des schriftlich geführten Interviews wurden die (größtenteils gegenderte) Schreibweise Hofbauers und auch die Ortsbezeichnungen in tschechischer Sprache sowie die Anführungszeichen beibehalten – es darf angenommen werden, dass dies wohl dem Umstand geschuldet ist, dass die Universität gewisse (gegenwärtig – noch – geläufige „politisch korrekte“/„woke“) Regelungen vorgibt.

05) Schwere Gasexplosion erschüttert Znaim

Am Sonntag wurde ein historisches Wohnhaus in der südmährischen Stadt **Znaim** / Znojmo durch ausgetretenes Gas, das zu einer schweren Explosion führte, stark beschädigt. Dabei wurden acht Personen verletzt, eine davon schwer.

Der Knall war Berichten zufolge kilometerweit, also auch bis nach Österreich, zu hören. Dem Haus droht nun ein teilweiser Abriß, [laut diesem Bericht des Internet-Portals „Seznam“ \(tschechisch\)](https://www.seznamzpravy.cz/clanek/regiony-zpravy-jihomoravsky-kraj-vybuch-poskodil-bytovy-dum-ve-znojme-zraneni-jsou-od-lehkych-po-kriticka-266467).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.seznamzpravy.cz/clanek/regiony-zpravy-jihomoravsky-kraj-vybuch-poskodil-bytovy-dum-ve-znojme-zraneni-jsou-od-lehkych-po-kriticka-266467>



Ergänzung zu SdP065 – Gasexplosion in Znaim

Das am Sonntag stark beschädigte Haus in Znaim befindet sich auf der Kotkova Straße, früher Klein-Tesswitzerstraße Nr. 2. Das Wohnhaus mit einer sehr schönen Sezessions-Fassade wurde im Jahr 1902 von dem Oblaser Kaufmann **Friedrich Scheibner** gebaut. Es ist noch nicht klar, ob das Haus nach der Explosion demoliert werden muss, oder ob eine Rekonstruktion möglich ist.

Dr. Jiří Kacetl, Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Znaim/Znojmo

06) Syrer in Tschechien

Der tschechische Vizepremier und Innenminister **Vít Rakušan** (Bürgermeisterpartei Stan) erwartet, daß die Einwanderung aus Syrien nach dem Fall des Assad-Regimes auf dem derzeitigen Niveau bleiben wird. Dies sagte er gestern im Tschechischen Fernsehen (ČT). Nach Angaben von Rakušan befinden sich aktuell mehrere Dutzend Syrer auf tschechischem Gebiet.

Vor einer Woche hat Tschechien, ebenso wie andere europäische Länder, die Asylverfahren von Syrern vorerst gestoppt. Das Innenministerium prüft derzeit laut dem Minister mögliche Szenarien einer weiteren Entwicklung in Syrien. Sollte das Land für sicher erklärt werden, müsse die Europäische Union reagieren und über die Rückführung von Menschen diskutieren, die sich in Europa ohne die richtige Aufenthaltsgenehmigung aufhalten, ergänzte er. *(Quelle: Radio Prag)*

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

Ungarn (Seite E 112)

01) Busch-Trommel 2024

Die Busch-Trommel, ein Organ des **Bundes Ungarndeutscher Schulvereine**, ist eine jährlich erscheinende Beilage der Neuen Budapester Zeitung. Sie berichtet über Aktivitäten der **deutschen Minderheit Ungarns**, vor allem aus pädagogischer Sicht. [Hier sehen Sie die aktuelle Ausgabe.](#)

<https://drive.google.com/file/d/1OEthv4hNxbML8uXQz_WoLKko_4CwTI38/view>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

Serbien (Seiten E 113 bis E 116)

01) Von der Angst befreit. Studentenproteste bringen Serbien zum Brodeln.
Wie lange hält das System von Präsident Vučić?

Von Aleksandra Tomanić

Europa 07.01.2025



Silvesterprotest in Belgrad: Neues Jahr, neue Regierung? - *picture alliance / Associated Press | Darko Vojinovic*

Es sind beeindruckende Bilder, die dieser Tage aus Serbien kommen: Zehntausende Menschen verharrten in ohrenbetäubender Stille für 15 Minuten. Seit dem 1. November 2024 wird diese beeindruckende Szene immer wieder sichtbar. Kurz vor Weihnachten versammelten sich über 100 000 Menschen auf dem Slavija-Platz in Belgrad bei einer der größten Demonstrationen der Landesgeschichte. Doch ein Silvester, an dem rund um Mitternacht Zehntausende bei Minustemperaturen, dichtem Nebel und gesundheitsschädlicher Luftverschmutzung schweigend ausharrten, gab es noch nie. Tausende Bürgerinnen und Bürger folgten dem Aufruf der Studierenden und schufen mit diesem kraftvollen Akt des Gedenkens, der Empathie und des Widerstands ein symbolträchtiges Zeichen von Zusammenhalt und Solidarität.

Aber der Reihe nach: Am 1. November 2024 stürzte das Vordach des Bahnhofs in Novi Sad ein und tötete 15 Menschen. Der Bahnhof war erst kürzlich „nach europäischen Standards“ renoviert worden und wurde sogar zweimal feierlich eröffnet – selbstverständlich vor der geplanten Frist und im Beisein höchster Staatsträger. Die Regierungspartei SNS und Präsident Aleksandar Vučić inszenieren sich seit Jahren gerne als visionäre Bauherren. Trotzdem beteuerte der Präsident, dass zwar der gesamte Bahnhof renoviert worden sei, nur eben nicht das Vordach. Er forderte, die Verantwortlichen aus dem Jahr 1964 – dem Baujahr des Bahnhofs – zu suchen. Diese Aussage wurde schnell widerlegt. Und nicht nur das: Gutachten zeigen, dass das Vordach 23 Tonnen schwerer war als erlaubt.

Wie immer reagierte die Regierungspartei auf das Bürgerbegehren mit Gewalt.

In einem System, in dem Wissen geringgeschätzt und Parteiloyalität über alles gestellt wird, zählen Anstand und Institutionen offenbar wenig. Der tragische Vorfall brachte die Menschen in ihrer Verzweiflung und Fassungslosigkeit zusammen – und sie gingen auf die

Straße, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Das Stehen in Stille – freitags um 11:52 Uhr, zur Stunde des Dachsturz-Unglücks – auf Straßen und Kreuzungen im ganzen Land, ist zu einer Gedenk- und Protestform geworden. Doch wie immer reagierte die Regierungspartei auf das Bürgerbegehren mit Gewalt. Schergen wurden ausgesandt, die die Menschen verbal, physisch oder sogar direkt mit dem Auto angriffen. In einer seiner über 350 TV-Ansprachen und öffentlichen Auftritte allein im Jahr 2024 erteilte der Präsident die Erlaubnis, in die Menschenmengen zu fahren. Viele seiner Anhänger nahmen diese Einladung an. Verhaftet wurden die Bürgerinnen und Bürger, die sich wehrten – nicht die Angreifer. Ein Angriff auf Studierende der Schauspiel- und Kunstfakultät in Belgrad löste jedoch eine noch nie da gewesene Welle an Fakultätsblockaden aus. Innerhalb kürzester Zeit waren die vier größten Universitäten des Landes – Belgrad, Novi Sad, Niš und Kragujevac – vollständig blockiert. Eine solche Bewegung hatte es selbst in den 1990er Jahren, als Studierende gegen den damaligen Diktator Milošević kämpften, nicht gegeben.

Die Studierenden stellen drei Forderungen. Erstens: Die gesamte Dokumentation zur Sanierung des Bahnhofs muss öffentlich gemacht werden, und alle Verantwortlichen sollen juristisch zur Rechenschaft gezogen werden. Bislang ist das Projekt als zwischenstaatlicher Vertrag zwischen Serbien und China deklariert, was es zum Staatsgeheimnis macht und dadurch enormen Spielraum für Korruption eröffnet. Die zweite Forderung lautet, dass alle Angreifer auf Studierende und Bürgerinnen und Bürger strafrechtlich verfolgt werden müssen. Bisher bleiben diese unbehelligt, obwohl die Internetgemeinschaft sie oft binnen Stunden anhand von Fotos identifiziert. Die meisten sind nicht nur Parteifunktionäre der Regierungspartei, sondern bekleiden zudem öffentliche Ämter. Und drittens wird gefordert, dass all diejenigen Studierenden und Bürger freigelassen werden, die verhaftet wurden, und dass die Verfahren gegen sie eingestellt werden. Zahlreiche Menschen wurden für mehrere Wochen inhaftiert, nur weil sie ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnahmen und Gerechtigkeit für die 15 Toten von Novi Sad forderten. Verwahrungen von bis zu 48 Stunden werden ebenfalls regelmäßig verhängt, besonders gegen jene, die sich gegen die Schläger zur Wehr setzen.

Diese Forderungen sind an die Staatsanwaltschaft und an zuständige Institutionen gerichtet, nicht an den allmächtigen Präsidenten. Das Problem ist, dass es jene Institutionen nur noch formal gibt. Sie wurden über die letzten Jahre im Zuge des *State Capture* – des gekaperten Staates und der Machtkonzentration beim Präsidenten – vollständig ausgehöhlt. Auch zeigen sich in den letzten Wochen immer offener Elemente eines Staatsstreichs. So hielt Präsident Vučić, völlig entgegen der geltenden Rechtslage, den Vorsitz über eine Kabinettsitzung der Regierung oder versammelte die Parteiführung im Präsidentensitz.

Mit dem simplen wie revolutionären Satz „Du bist nicht zuständig“ schreiben die Studierenden gerade Geschichte. Mit der Feststellung dieser verfassungskonformen Tatsache stellen sie die gesamte politische Landschaft auf den Kopf. Bislang war der sich für alles zuständig fühlende – und sich dadurch im Widerspruch zur Verfassung befindliche – Präsident einfach hingenommen worden, in Serbien genauso [wie im Ausland](#). Doch zumindest in Serbien scheint das zu enden.

Und die Studierenden haben noch etwas gelernt. Sie haben keine Anführer, entscheiden gemeinsam im Plenum über die nächsten Schritte und sind so weniger angreifbar. Natürlich versuchen die Machtapparate der Staatssicherheit trotzdem alles nach altbewährtem Rezept, um Menschen zu diskreditieren und zu verschrecken. Auf Handys gefundene Spionagesoftware zeigt, dass auch die Staatssicherheit im 21. Jahrhundert angekommen ist. Zurzeit wirken die Versuche allerdings eher unbeholfen und haben gegenteilige Effekte. So sind etwa Fotos von Pässen zweier Studenten, die vielbeachtete Medienauftritte hatten, in regierungstreuen Medien aufgetaucht. Mit der Tatsache, dass es sich um kroatische

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Pässe handelt, wollte man die alte nationalistische Hysterie entfachen und „beweisen“, dass die Proteste aus dem Ausland gelenkt würden. Dieses Narrativ zieht aber nach über 30 Jahren im Jahr 2025 endlich nicht mehr. Zudem sind die beiden auch noch Kinder serbischer Flüchtlinge aus Kroatien, geboren Jahre nach dem Krieg – die gesamte Aktion war eher ein Bumerang. Der Ombudsmann (der Beschützer der Bürger, eine unabhängige staatliche Behörde in Serbien, die für die Untersuchung und Bearbeitung von Beschwerden von Bürgern gegen andere staatliche Einrichtungen zuständig ist) erklärte umgehend öffentlich, er sei nicht zuständig – und zeigte einmal mehr, was *State Capture* in der Praxis bedeutet. Und die serbische Internetcommunity erinnert die Öffentlichkeit daran, dass sogar der Patriarch der Serbischen Orthodoxen Kirche einen kroatischen Pass besitzt, womit die gesamte Farce wunderbar abgerundet wird.

Die studentischen Blockaden in Serbien werden mit großer Anteilnahme und Solidarität in der gesamten Region verfolgt.

Diese regionale Dimension verdient besondere Aufmerksamkeit. Die studentischen Blockaden in Serbien werden mit großer Anteilnahme und Solidarität in der gesamten Region verfolgt. Von Ljubljana bis Skopje, quer durch Kroatien und Bosnien, organisieren Studierende Solidaritätsaktionen. Die junge Generation erweist sich als bemerkenswert weise und weitgehend immun gegen die giftigen nationalistischen Narrative der Vergangenheit. Bürgerinnen und Bürger in den Nachbarstaaten können sich nicht nur mit den Forderungen, sondern auch mit dem Gefühl der allgemeinen Machtlosigkeit identifizieren.

Erst wenige Tage vor der Tragödie von Novi Sad starben in Bosnien und Herzegowina 19 Menschen bei einem Unglück in einem seit zwei Jahrzehnten illegal betriebenen Steinbruch – ohne dass jemand zur Verantwortung gezogen worden wäre. Am Neujahrstag erschütterte Montenegro erneut eine Massenschießerei, bei der zwölf Menschen ihr Leben verloren. Diese Tragödie weckte auch in Serbien schmerzhaft Erinnerungen an den Amoklauf eines 13-jährigen Schülers im Mai 2023, bei dem 19 Menschen, vor allem Kinder, getötet wurden. Die Region teilt Trauertage und Schweigeminuten häufiger, als es zu ertragen ist.

In Serbien spitzt sich die politische Krise weiter zu. Die altbewährten Einschüchterungsmethoden der Regierung haben an Wirkung verloren – die Angst ist verflogen. Nationalismus und regionale Destabilisierung greifen nicht mehr und scheinen ins Leere zu laufen. Neu im Repertoire der Regierung sind wirtschaftliche Schreckensszenarien, die Recht und Ordnung erzwingen sollen. Das steht im Widerspruch zur jüngsten Staatspropaganda, die Serbien noch als „ökonomischen Tiger“ und stolzen Gastgeber der EXPO 2027 – der nächsten großen Korruptionsparty – gepriesen hat.

Die Rufe nach einem Generalstreik werden immer lauter und könnten bald die gesamte Gesellschaft mobilisieren.

Neuwahlen würden unter den aktuellen Umständen nichts ändern, da die Wahlen seit Jahren weder frei noch demokratisch sind. Ende 2023 konnten internationale Beobachter die vielschichtige Wahlbetrugsmaschinerie erstmals umfassend dokumentieren. Das Land brodelt. Die offen zur Schau gestellte Unzufriedenheit und die immer unerträglicheren Realitätsverzerrungen der Regierung erreichen nun auch kleinere Ortschaften. Als sich Gymnasiasten und Mittelschüler den Protesten der Studierenden anschlossen, wurden die Winterferien kurzerhand vorverlegt – doch viele Schülerinnen und Schüler boykottierten die Ferien als Akt des Widerstands. Immer mehr Gewerkschaften und Berufsverbände schließen sich den Forderungen an. Die Rufe nach einem Generalstreik werden immer lauter und könnten bald die gesamte Gesellschaft mobilisieren.

Systemische politische Korruption und der Zustand eines gekaperten Staates sind das eine – das immer häufiger und offensichtlicher zutage tretende Staatsversagen ist etwas ganz anderes. In solchen Fällen gibt es auch keine Stabilität mehr, die vermeintlich auf Kosten der Demokratie erkaufte werden könnte. Bürgerinnen und Bürger auf dem gesamten Balkan, ob jung oder alt, haben dies längst erkannt. Die Frage ist, wie lange [internationale Partner noch brauchen werden](#), um diese Realität zu begreifen. Die Hoffnung auf eine andere, bessere Gesellschaft ist geweckt, und die Menschen beginnen wieder, frei durchzuatmen. Dieser frische Wind des Wandels ist den Studierenden zu verdanken, die den Funken der Veränderung entzündet haben.



Aleksandra Tomanić

Aleksandra Tomanić ist seit 2019 die Geschäftsführerin des *European Fund for the Balkans* (EFB). Im Februar 2024 wurde sie in den Vorstand der Deutschen Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) gewählt. Zuvor war sie als Senior-Beraterin bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die deutsch-serbische Initiative für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zuständig.

<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/von-der-angst-befreit-8006/>

Ukraine (Seiten E 117 – E 129)

01) -(P)art of the Deal. Trump strebt einen Waffenstillstand in der Ukraine an. Doch dafür muss er Putin Paroli bieten – und Kiew langfristige Unterstützung zusichern

Von Charles A. Kupchan & Michael Froman

Außen- und Sicherheitspolitik 07.01.2025



Trump kann es sich nicht leisten, gegenüber Putin nachzugeben. - *picture alliance* /Reuters/Kevin Lamarque

Noch vor seinem Amtsantritt hat Donald Trump diplomatische Bemühungen zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine eingeleitet. Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj Anfang Dezember in Paris rief er zu einem „[sofortigen Waffenstillstand](#)“ auf. Trump bemüht sich richtigerweise um ein Ende des Krieges. Trotz einer kürzlich erfolgten Aufstockung der US-Militärhilfe und der Erlaubnis für die ukrainischen Streitkräfte, Ziele weit im Landesinneren Russlands anzugreifen, verliert die Ukraine im Osten weiterhin an Boden und leidet unter verheerenden Luftangriffen auf ihr gesamtes Staatsgebiet. Selbst wenn Russland nicht in der Lage sein sollte, die ukrainischen Streitkräfte zu besiegen, könnte ein Krieg, der sich auf unbestimmte Zeit hinzieht, die Ukraine letztendlich in einen gescheiterten Staat (*failed state*) verwandeln.

Doch während Trump versucht, die Ukraine und Russland zu einem Waffenstillstand zu drängen, sollte er einsehen, dass es in seinem eigenen politischen Interesse (sowie im nationalen Interesse Amerikas) liegt, die Ukrainer weiterhin maßgeblich zu unterstützen und ein Abkommen nur dann zu akzeptieren, wenn es zur Entstehung einer souveränen, sicheren Ukraine führt. Trump sollte aufhören, über die Beendigung der Hilfe zu reden, und stattdessen anfangen, die zwar unwillige, aber im Allgemeinen doch gehorsame Republikanische Partei davon zu überzeugen, dass eine Fortsetzung der Hilfe unerlässlich

Seite E 118 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

ist, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen und letztlich die Bemühungen des Kremls zur Unterwerfung der Ukraine zu vereiteln. Jedes andere Ergebnis wäre eine erhebliche Bedrohung für die internationalen Interessen der USA und für Trumps Ansehen als weltweit führender Politiker.

Um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erwirken, sind langfristige Hilfszusagen der USA an die Ukraine erforderlich. Wenn der russische Präsident Wladimir Putin zu der Ansicht gelangt, dass die amerikanische Unterstützung ausläuft, hat er allen Grund, den Kampf fortzusetzen. Sollte die Verteidigung der Ukraine zusammenbrechen, würde der Anblick russischer Streitkräfte, die immer mehr Territorium einnehmen und möglicherweise mit russischen Panzern in Kiew einrollen, Trumps Hoffnungen zunichtemachen, als großer Friedensstifter betrachtet zu werden. Vielmehr stünde er am Ende mit seiner eigenen Version von Afghanistan da.

Wenn Putin allerdings weiß, dass die USA der Ukraine auf unbestimmte Zeit Hilfe zukommen lassen werden, dürfte ihm klar sein, dass er nicht gewinnen kann, und er wird sich viel eher ernsthaft um die Beendigung des Krieges bemühen. Ebenso wird die fortgesetzte Bereitstellung von US-Hilfe notwendig sein, um zu gewährleisten, dass ein Waffenstillstand ein im langfristigen Interesse der Ukraine und des Westens liegendes Ergebnis hervorbringt. Trump kann es sich nicht leisten, die Ukraine fallen zu lassen, indem er ein Abkommen unterzeichnet, welches das Land dauerhaft russischer Ausbeutung und Nötigung ausliefert.

Eine unterjochte Ukraine wäre nicht nur ein Sieg für Russland, sondern auch für China, den Iran und Nordkorea.

Eine unterjochte Ukraine wäre nicht nur ein Sieg für Russland, sondern auch für China, den Iran und Nordkorea. Angesichts der Tatsache, dass diese Länder die russische Militär aggression unterstützen, stellt der Krieg das erste gemeinsame Projekt einer entstehenden Achse der Autokratien dar. Wenn Trump die Ukraine verliert, würde das den Feinden Amerikas weiter Auftrieb geben und Zweifel an der Stärke der USA und der Dauerhaftigkeit ihrer Bündnisse aufkommen lassen. Ein schlechter Deal für die Ukraine ist auch ein schlechter Deal für Trump.

Vielmehr sollte Trump nur eine Einigung akzeptieren, die sicherstellt, dass die rund 80 Prozent des derzeit unter der Kontrolle der Regierung in Kiew stehenden Territoriums als souveräne und sichere Erfolgsgeschichte der Ukraine erhalten bleiben. Ein derartiges Ergebnis erfordert die Zusage, die Ukraine in den kommenden Jahren mit den für ihre Selbstverteidigung und den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft erforderlichen Waffen und Finanzmitteln zu versorgen.

Ein Abkommen zu erzielen, das eine stabile und sichere Ukraine schafft, könnte schwieriger sein, als Trump sich das vorstellt. Die Aufteilung des Territoriums ist dabei der einfachere Teil. Wer welches Gebiet kontrolliert, wird durch die Aufstellung der Streitkräfte zum Zeitpunkt des Waffenstillstands bestimmt. Die Frontlinie im Kampfgebiet wird wahrscheinlich die neue Grenze zwischen einer Rest-Ukraine und den etwa 20 Prozent des von russischen Streitkräften besetzten Gebiets werden.

Dabei wird es Russland aber wahrscheinlich nicht bewenden lassen. Putin könnte durchaus die Neutralität der Ukraine und eine Begrenzung der Größe ihrer Streitkräfte fordern – genau wie er es 2022 getan hat. Trump muss verstehen, dass diese Bedingungen nicht zur Debatte

stehen. Sie würden die Ukraine in unerträglicher Weise exponieren und verwundbar machen. Ob die Zukunft der Ukraine darin liegt, Nato-Mitglied zu werden oder andere Sicherheitsgarantien zu erhalten, spielt keine Rolle. Trump darf Putin kein Vetorecht über die geopolitische Ausrichtung der Ukraine einräumen.

Außerdem könnte Putin darauf bestehen, dass die USA die besetzten Teile der Ukraine formell als russisches Territorium anerkennen und die westlichen Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden. Auch hier kann es sich Trump nicht leisten, nachzugeben, denn damit würde er die gewaltsame Annexion von Territorien eines anderen Landes durch Russland legitimieren.

Ein Waffenstillstandsabkommen in der Ukraine, das auf Kosten der Geschlossenheit der Verbündeten geht, wäre ein schwerer Fehler.

Wie kurz vor seiner Invasion könnte Putin umfassendere Änderungen der europäischen Sicherheitsordnung und eine Reduzierung oder einen Abzug der alliierten Streitkräfte von der Ostflanke der Nato fordern. Auch hier muss Trump standhaft bleiben. Angesichts der anhaltenden Bedrohung, die Russland für den Westen darstellt, können es sich die USA nicht leisten, die Verteidigungsfähigkeit der Nato zu schwächen.

Schließlich muss Trump erkennen, dass er kein Abkommen mit Putin schließen kann, ohne die europäischen Verbündeten Amerikas mit ins Boot zu holen. Unabhängig davon, ob ihm die Europäische Union gefällt oder nicht, braucht er ein starkes, sicheres und geeintes Europa als leistungsfähigen Verbündeten. In einer Zeit, in der viele Länder die Führungsrolle der USA infrage stellen und mit alternativen Bündnissen liebäugeln, müssen die USA und ihre europäischen Verbündeten im Gleichschritt voranschreiten.

Ein Waffenstillstandsabkommen in der Ukraine, das auf Kosten der Geschlossenheit der Verbündeten geht, wäre ein schwerer Fehler. Ein gespaltenes atlantisches Bündnis und eine zersplitterte EU hätten zur Folge, dass die USA ohne starken europäischen Partner dastünden, den sie nicht nur zur Verteidigung gegen Russland, sondern auch zur Förderung der Stabilität in einer zunehmend unberechenbaren Welt brauchen.

Trump versucht richtigerweise, den Krieg zu beenden und Tod und Zerstörung zu stoppen. Jedoch sollte er sich bei diesem Vorhaben der Herausforderung bewusst sein, die es bedeutet, ein Abkommen zu erzielen, mit dem die Sicherheit und die Souveränität der Ukraine gewährleistet werden kann. Alles andere als ein derartiges Ergebnis würde den Gegnern Auftrieb verleihen, das transatlantische Bündnis spalten und ein schwerwiegendes Versagen der US-Diplomatie darstellen. Und das alles unter Trumps Führung.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier



Charles A. Kupchan, Washington D.C.

Charles Kupchan ist Professor für internationale Beziehungen an der *Georgetown University* und *Senior Fellow* beim *Council on Foreign Relations*. Kupchan diente als Sonderberater des Präsidenten Barack Obama und als leitender Direktor für europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat.



Michael Froman, New York

Michael Froman ist Präsident des *Council on Foreign Relations* (CFR).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/part-of-the-deal-8005/?utm_campaign=de_40_20250107&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Historische Warnung. Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der Ukraine vor – die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt und Chaos enden

Von Nina L. Khrushcheva

12.12.2024



Ausmaß der Zerstörung in Butscha: Wie lange geht das Leiden in der Ukraine weiter? - *picture alliance /abaca/Yaghobzadeh Alfred*

Anders als während seiner ersten Amtszeit im Weißen Haus scheint der designierte US-Präsident Donald Trump diesmal entschlossen, viele seiner Wahlversprechen einzuhalten. Seine Kabinetternennungen – von der krenlfreundlichen Tulsi Gabbard zur Nationalen Geheimdienstkoordinatorin bis zum verschwörungsgläubigen Impfskeptiker Robert F. Kennedy Jr. als Gesundheitsminister – bestätigen Trumps Entschlossenheit, eine Kampagne der verbrannten Erde gegen die Institutionen des Landes und vermeintliche „innere Feinde“ zu führen. Und seine Siegesrede deutet darauf hin, dass er es mit dem „Beenden von Kriegen“ ernst meint – angefangen mit dem in der Ukraine.

Trump behauptet seit Langem, er werde den Krieg in der Ukraine nach seinem Amtsantritt innerhalb von 24 Stunden beenden. Über die Lösung, die Trump vorschwebt, wurde viel spekuliert, und alle diese Szenarien haben eines gemeinsam: die Zerstückelung der Ukraine. Wenn dies der Preis für den Frieden sein soll, lohnt es sich, die düstere Geschichte territorialer Teilungen zu bedenken.

Es gibt nur wenige Ereignisse, die derart langanhaltende Feindschaft hervorrufen, und noch weniger, die derart verheerende Gewalt verursacht haben. Die drei polnischen Teilungen des späten 18. Jahrhunderts stellen vielleicht die stärkste europäische Parallele zu Trumps Vision für die Ukraine dar. Angefangen in 1772 besetzten und annektierten die österreichische Habsburgermonarchie, das Königreich Preußen und das russische Zarenreich polnisches Gebiet, teilten es unter sich auf und tilgten den bis dahin flächenmäßig größten Staat Europas von der Landkarte.

Angesichts einer derartigen Unterwerfung ist gewaltsamer Widerstand nahezu unvermeidlich. Die Polen führten während der gesamten Besatzungszeit regelmäßig guerillaähnliche Aktionen durch, mit größeren Aufständen in den Jahren 1831 und 1863. Der Widerstand setzte sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein fort, vor allem durch Josef Piłsudskis mit Terrorakten gespickte Unabhängigkeitskampagnen vor dem Ersten Weltkrieg. Insbesondere die Feindseligkeit gegenüber Russland hält sich bis heute, wobei der Kreml die Gewalt der Stalin-Ära gegenüber dem polnischen Volk zu verantworten hat.

Trump behauptet seit Langem, er werde den Krieg in der Ukraine nach seinem Amtsantritt innerhalb von 24 Stunden beenden.

Frankreich hegte jahrzehntelang einen Hass auf Deutschland, weil Kaiser Wilhelm I. nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 Elsass-Lothringen in das neue Deutsche Reich eingegliedert hatte. Die Aussöhnung zwischen beiden Ländern begann erst in den 1950er Jahren mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (dem Vorläufer der heutigen Europäischen Union) und der NATO.

In ähnlicher Weise löste die Entscheidung Großbritanniens, Irland zu teilen und den größten Teil der nördlichen Provinz Ulster im Vereinigten Königreich zu behalten, einen Bürgerkrieg zwischen jenen aus, die Nordirland abtreten wollten (angeführt von Michael Collins), und jenen, die jeden Vertrag ablehnten, der Irland nicht die völlige Unabhängigkeit gewährte. Dieser grausame Krieg dauerte nur zwei Jahre, hinterließ jedoch – sowohl auf katholischer als auch auf protestantischer Seite – ein Erbe des Terrors, das erst 1998 durch das von den USA vermittelte Karfreitagsabkommen beendet wurde.

Die womöglich brutalsten Teilungen allerdings ereigneten sich in Asien im 20. Jahrhundert. Im Jahr 1932 löste das Kaiserreich Japan die Mandschurei aus der Republik China heraus und gründete den Marionettenstaat Mandschukuo. Die rücksichtslose 13-jährige Herrschaft der japanischen Kwantung-Armee – welche die Versklavung von Millionen von Menschen, perverse medizinische Experimente und das massenhafte Abschlachten von Minderheiten umfasste – wurde zu einer Art Blaupause für die Nazis in Osteuropa. Der Groll der Chinesen über die grausame Besatzung durch das kaiserliche Japan sitzt derart tief, dass sich die chinesische Führung bis heute darauf beruft, um den Widerstand gegen die Politik des modernen demokratischen Japans zu schüren.

Was die Zahl der unmittelbar durch eine Teilung verlorenen Menschen betrifft, ist jedoch nichts mit der Aufspaltung des indischen Subkontinents im Jahr 1947 nach dem Abzug der Briten in das mehrheitlich von Hindus bewohnte Indien und das mehrheitlich von Muslimen bewohnte Pakistan zu vergleichen. Diese löste eine der größten Migrationsbewegungen der Geschichte aus, die etwa 18 Millionen Menschen umfasste, wobei die Muslime nach Pakistan (einschließlich des heutigen Bangladesch) und die Hindus und Sikhs nach Indien zogen. Sektiererische Gewalt – mit Vergewaltigungen, Verbrennungen und Massenmorden – führte zum Tod von bis zu 3,4 Millionen Menschen.

In den 77 Jahren seit Aufspaltung des britischen Raj haben Indien und Pakistan vier Kriege geführt, wobei der jüngste – der sogenannte Kargil-Krieg von 1999 – stattfand, als beide Länder bereits über Atomwaffen verfügten. Eine historische Annäherung wie die zwischen Frankreich und Deutschland ist bisher nicht in Sicht.

Die Teilung Vietnams im Jahr 1954 in eine von den kommunistischen Viet Minh regierte nördliche Zone und eine von der Republik Vietnam regierte südliche Zone erwies sich als ähnlich blutig. Sie löste zwei Jahrzehnte des Krieges aus, in denen bis zu drei Millionen

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Vietnamesen starben. (Bemerkenswerterweise scheinen die Vietnamesen keinen Groll gegen die an ihrer nationalen Agonie beteiligten USA zu hegen, die bis zu ihrem Abzug aus Vietnam im Jahr 1975 selbst 58 000 Soldaten verloren.)

Trump scheint die bestehenden Sicherheitsverpflichtungen der USA zu verabscheuen.

Und dann ist da noch die Aufspaltung Palästinas 1947/48 in einen unabhängigen jüdischen Staat und einen unabhängigen arabischen Staat. Dieser Beschluss der Vereinten Nationen löste jahrzehntelange Feindseligkeit, Unterdrückung, Terrorismus und Kriege aus, die bis zum heutigen Tag andauern. Man braucht nur einen Blick auf die Ruinen von Gaza zu werfen, um das schreckliche Erbe der dortigen Teilung zu sehen.

Was könnte also eine Teilung der Ukraine bewirken? Die Ukrainer, die seit Februar 2022 für ihre territoriale Integrität kämpfen, haben dabei Mut und Dynamik bewiesen. Dies sind Qualitäten, die sie beim Wiederaufbau ihres Landes sicherlich nützlich einsetzen werden. Doch angesichts des Ausmaßes der menschlichen und wirtschaftlichen Verluste, die sie erlitten haben, wird es ihnen schwerfallen, sich stillschweigend mit der Idee einer Teilung abzufinden – insbesondere, da der russische Präsident Wladimir Putin kein Hehl aus seiner Ansicht gemacht hat, dass die Ukraine nicht lediglich ein „Nachbarland“ sei, sondern „dass die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen wurde“ und daher nur unter dem Dach Russlands existieren sollte.

Was mögliche künftige Friedensverhandlungen angeht, so wissen die Ukrainer, dass die beste Chance, weitere russische Übergriffe zu verhindern, eiserne internationale Sicherheitsgarantien sind – wenn nicht gar eine sofortige NATO-Mitgliedschaft. Trump scheint die bestehenden Sicherheitsverpflichtungen der USA zu verabscheuen, doch wenn die USA keine derartigen Garantien anbieten, könnte sich das auch für Russland als schlecht erweisen.

Putin kam nach einem verheerenden Krieg und einem langwierigen Aufstand in der russischen Republik Tschetschenien an die Macht, der auch Terroranschläge tschetschenischer Separatisten in Moskau und anderen russischen Städten umfasste. Bereits 2022 haben die Ukrainer einen Guerillakrieg gegen Russland angekündigt. In Ermangelung anderer Optionen wird das Risiko dafür nur noch weiter zunehmen. Trump sollte versuchen, den Kreml von der Notwendigkeit fairer Verhandlungen zu überzeugen; andernfalls könnte Russland nach der Teilung vom Terrorismus heimgesucht werden, und zwar womöglich in größerem Ausmaß, als es sich die Tschetschenen je vorstellen konnten.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Nina L. Khrushcheva
New York

Nina L. Khrushcheva ist Professorin für Internationale Politik an der *New School* in New York und *Senior Fellow* des *World Policy Institute*. Sie ist die Urenkelin des sowjetischen Politikers Nikita Chruschtschow.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/historische-warnung-7961/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Hoffnungsschimmer. Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein. Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen

Von Frank Hoffer

05.12.2024



1 000 Kerzen für 1 000 Tage Leid und Krieg.- *picture alliance/Zumapress/Andreas Stroh*

Nach über 1 000 Tagen Krieg, unzähligen Toten und Verwundeten, zerstörter Infrastruktur sowie zerbombter Dörfer und Städte steht die Ukraine vor einer schwierigen Entscheidung: Entweder aus einer Position der Schwäche über einen Waffenstillstand verhandeln oder versuchen, eine entscheidende Wende auf dem Schlachtfeld zu erzwingen. Letzteres ist allerdings ohne mehr westliche Waffen und – um es einmal auszusprechen – ohne westliche Truppen kaum vorstellbar.

Trotz westlicher humanitärer, finanzieller und militärischer Hilfe verschlechtert sich die Lage der Ukraine. Gleichzeitig dreht sich [die Eskalationsspirale](#) weiter – real und verbal. Auch wenn nicht vergessen werden darf, wer diesen Krieg begonnen hat, wer Aggressor und wer Verteidiger ist, ist es in der Verlaufslogik des Krieges letztendlich nicht entscheidend, wer angefangen hat. Die Logik des Krieges verlangt nach immer mehr Soldaten und nach mehr und schwereren Waffen, solange der Feind nicht niedergedrungen ist. Und Generäle haben die Tendenz, Politikerinnen und Politikern zu versprechen, dass mit noch entschlossenerem Militäreinsatz ein Sieg möglich ist.

Die Logik des Krieges verlangt nach immer mehr Soldaten und nach mehr und schwereren Waffen, solange der Feind nicht niedergedrungen ist.

Gebremst wurde und wird die Eskalation nur, weil der Westen das [ultimative Risiko](#) eines Großkrieges bis hin zum Einsatz atomarer Waffen befürchtet. Diese Sorge beruht darauf,

dass Russland in einer ausweglosen Situation [keinen anderen Weg](#) sehen könnte, um eine drohende Niederlage abzuwenden. Befürworter uneingeschränkter Waffenlieferungen an die Ukraine ohne Einschränkungen der Angriffe mit westlichen Raketen auf russisches Territorium halten Putins Drohungen hingegen für einen Bluff. Und je länger der Krieg dauert, desto mehr schleicht sich bei den Befürwortern bedingungsloser Waffenhilfe – auch weil man sich von Putin nicht einschüchtern lassen will – eine gewisse Nonchalance gegenüber dem Risiko des Atomwaffeneinsatzes ein.

Dabei erhöht jede wirkungslose Drohung das Risiko, dass Russland irgendwann zu dem Schluss kommen könnte, den Drohungen müssen Taten folgen, um ernst genommen zu werden. Es hilft nichts, wenn man im Westen davon ausgeht, Putin wisse selbst, dass der Einsatz taktischer Atomwaffen töricht ist. Die verquere Sichtweise des Gegners ins Kalkül zu ziehen, ist ein Gebot der Vernunft. Geradezu naiv mutet da die Auffassung des Leiters der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, im [Deutschlandfunk](#) an, dass man Wladimir Putins Nukleardrohung nicht ernst nehmen müsse, weil ja China gesagt habe, es sei dagegen. Nach dem Motto: Der Westen muss keine Angst vor Putins Nukleardrohungen haben, Xi Jinping wird uns schützen.

Die Frage, ob Putin blufft oder sich irgendwann zur ultimativen Eskalation gezwungen sieht, ist für politische Entscheidungsträger eine der schwierigsten Abwägungen. Dies dürfte der wesentliche Grund sein, weshalb US-Präsident Joe Biden und in seinem Gefolge Bundeskanzler Olaf Scholz die Waffenlieferungen nur schrittweise ausgeweitet haben und keine unbegrenzte Waffenhilfe zusichern. Wie auch immer man dieses Vorgehen bewertet, die Fortsetzung dieser Politik ist keine Strategie für die Zukunft: Die Ukraine verblutet im wahrsten Sinne des Wortes vor unseren Augen und kann den Abnutzungskrieg nur noch eine begrenzte Dauer durchhalten.

Die Frage zusätzlicher Soldaten ist dabei die Achillesferse des ukrainischen Widerstands und noch dringlicher als die Frage zusätzlicher Waffen.

Die Frage zusätzlicher Soldaten ist dabei die Achillesferse des ukrainischen Widerstands und noch dringlicher als die Frage zusätzlicher Waffen. Es mehren sich die Berichte von totaler Erschöpfung der kämpfenden Truppe, massiven Rekrutierungsproblemen, [zunehmender Desertation](#) beziehungsweise Umgehung der Einberufung durch Flucht und Korruption. Im Gegensatz zu Putin hat die Ukraine keine Diktatorenfreunde, die einfach junge Menschen [an die Front und in den Tod abkommandieren können](#), ohne auf die Stimmung im eigenen Land und die Sorgen der Menschen Rücksicht nehmen zu müssen.

Soll die Ukraine siegen beziehungsweise zumindest aus einer Position der Stärke verhandeln können, erfordert dies nicht nur westliche Waffen, sondern eben auch westliche Soldaten. In [Großbritannien und Frankreich wird zwar darüber nachgedacht](#), aber dabei geht es wohl eher um Ausbilder, technische Wartung von Waffen und möglicherweise Kämpfer von privaten Sicherheitsfirmen à la Blackwater. Es ist schwer vorstellbar, dass sich bei den ukrainischen Verbündeten politische Mehrheiten finden, der Ukraine mit eigenen Truppen zu Hilfe zu kommen.

Deshalb, und angesichts der Lage an der Front und des Wahlsiegs von Donald Trump, hat sich Präsident Selenskyj offenbar entschieden, das Ziel einer vollständigen militärischen Befreiung der besetzten Gebiete aufzugeben und stattdessen einen Waffenstillstand entlang der Frontlinie bei gleichzeitiger NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ins Gespräch zu bringen. Die negative Entwicklung an der Front und Trumps erklärter Wille, den Krieg rasch zu beenden, haben Selenskyj gleichzeitig ermöglicht und gezwungen, trotz der starken

patriotischen Kräfte im eigenen Land, die weiter für das Maximalziel kämpfen wollen, einen Weg zwischen Eskalation und Kapitulation zu suchen. Die Chancen, den Krieg einzufrieren, wären 2022 nach der Befreiung von Cherson besser gewesen als jetzt, da die Ukraine aus einer Position der Schwäche heraus verhandeln muss. Umso wichtiger ist entschlossenes Handeln des Westens, damit Selenskyjs schwieriger, aber richtiger Schritt den Weg zur Rettung der Ukraine und nicht zu einem russischen Sieg ebnet.

Die Präsidentschaft von Donald Trump bietet unter Umständen eine Chance für einen Waffenstillstand.

Die Präsidentschaft von Donald Trump bietet unter Umständen eine Chance für einen Waffenstillstand. Er hat eine klare wie simple Botschaft. Putin kann wählen zwischen einem Waffenstillstand, bei dem er die eroberten Gebiete besetzt hält, aber auch die freie und unabhängige Ukraine bestehen bleibt, oder einer Verschärfung des Krieges. Niemand – auch Putin nicht – kann wissen, wie Trump reagiert, wenn Putin einen Waffenstillstand ablehnt. Mit Sicherheit kann man allerdings davon ausgehen, dass er seine Präsidentschaft nicht mit einer Niederlage beginnen möchte.

Europa sollte die Bemühungen Trumps um einen Waffenstillstand entschieden unterstützen, dabei jedoch sicherstellen, dass nicht nur die Waffen schweigen, sondern auch die Sicherheit der freien Ukraine gewährleistet wird. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche bleibt Europa kaum eine andere Wahl, als Trump anzubieten, den Großteil der finanziellen Last zu tragen – sei es für die sicherheitspolitische Absicherung eines Waffenstillstands oder, falls dieser scheitert, für verstärkte Waffenlieferungen. Jede Lösung muss Sicherheitsgarantien für die Ukraine umfassen. Falls ein NATO-Beitritt wegen russischen Widerstands oder interner Uneinigkeit nicht realisierbar ist, müssen europäische Großmächte, in Kooperation mit den USA, glaubwürdige Sicherheitsgarantien entwickeln.

Aber gibt es auf russischer Seite überhaupt Verhandlungsbereitschaft? Ist Putin bereit, seine Maximalforderungen von *Regimechange* und Entwaffnung der Ukraine aufzugeben? Ob die Aussicht auf einen Waffenstillstand die Stimmung in der russischen Bevölkerung verändert und Kritik am Krieg lauter wird, bleibt von außen schwer einzuschätzen. Inwieweit mehr oder weniger neutrale Staaten wie Indien, Brasilien und Südafrika und selbst China Russland angesichts des ukrainischen Vorschlags zu Verhandlungen drängen, bleibt abzuwarten. Selenskyjs Vorschlag bietet Putin die Chance, den verlustreichen und teuren Krieg zu beenden. Doch die Unberechenbarkeit Trumps könnte für Putin ein abschreckendes Risiko sein. Klar ist: Ein Waffenstillstand ist nur denkbar, wenn Putin nicht glaubt, dass die Ukraine bald kapitulieren muss. Europa muss daher unmissverständlich seine Unterstützung für die Ukraine demonstrieren.

Trump bietet Schutz vor Putin, wenn überhaupt, nur gegen Cash.

Dafür wird Europa Hunderte Milliarden mobilisieren müssen, denn Trump bietet Schutz vor Putin, wenn überhaupt, nur gegen Cash. Die Solidarität mit der Ukraine durch Einsparungen bei Infrastruktur, Klimawandel und sozialer Gerechtigkeit zu finanzieren, würde Wasser auf die Mühlen derer geben, die den Krieg beendet sehen wollen, egal was dabei aus der Ukraine wird. Für Deutschland bedeutet dies daher entweder eine Aussetzung der Schuldenbremse oder eine Erhöhung der Staatseinnahmen, etwa durch eine einmalige zehnprozentige Freiheitsabgabe auf Vermögen über einer Million Euro.

Der Preis eines Waffenstillstands auf der Basis der militärischen Realitäten wäre dreifach: Die Ukraine verliert zumindest vorübergehend 20 Prozent ihres Territoriums, Europa zahlt

viele Milliarden für US-Militärhilfe, und Donald Trump, der wohl gefährlichste Feind der amerikanischen Demokratie, erzielt einen außenpolitischen Triumph. Trotz dieser Kosten bleibt dies der beste Hoffnungsschimmer zwischen Kapitulation und Armageddon.



Frank Hoffer

Dr. Frank Hoffer ist ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und *Associate Fellow* an der *Global Labour University Online Academy*. Zuvor war er als Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Moskau und Minsk sowie als Geschäftsführer der Initiative ACT tätig, die sich für existenzsichernde Löhne in der Textilindustrie einsetzt.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/hoffnungsschimmer-1-7958/?utm_campaign=de_40_20241205&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Im Fadenkreuz. Mit Trump im Weißen Haus rückt ein Deal in der Ukraine näher. Osteuropa würde dies in ernsthafte Gefahr bringen

Von Michał Kranz

02.12.2024



Kann Polen die Verteidigung der EU schultern? - *picture alliance / NurPhoto | Klaudia Radecka*

Im vergangenen Jahr fragten mich in Warschau Menschen sowohl aus Polen als auch aus der Ukraine, wenn sie hörten, dass ich in den USA aufgewachsen bin, fast immer als Erstes, wer meiner Meinung nach die Wahl 2024 gewinnen würde. Die nächste Frage war dann immer, ob ein Trump, wenn er gewänne, die Ukraine und Osteuropa wirklich den Russen

preisgeben würde. In den ersten Tagen nach Trumps Wahlsieg war diese Sorge unter meinen polnischen Freunden und Angehörigen deutlich zu spüren. Doch nachdem monatelang gewarnt worden ist, eine Rückkehr von Donald Trump an die Macht würde apokalyptische Folgen für die Ukraine und die NATO-Ostflanke haben, gibt es jetzt an Europas Grenze zu Russland eine neue Devise: Verfallt nicht in Panik, sondern bereitet euch vor.

Das wahrscheinliche Ende des Krieges in der Ukraine während Trumps erstem Amtsjahr wird nur die Spitze des Eisbergs der Veränderungen sein, die sich in Osteuropa abzeichnen. Die Staaten in der Region, allen voran Polen und die baltischen Staaten, stellen sich bereits ein Szenario vor, das über die Ukraine hinausreicht und so aussieht, dass Russland seine Kriegsmaschinerie schon bald direkt an der NATO-Ostflanke in Aktion setzen könnte, die ohne solide amerikanische Sicherheitsgarantien verwundbarer wäre denn je. Und doch bietet die angespannte Situation Osteuropa unerwartete Chancen. Ohne Amerikas Führungsrolle und seine oftmals einschränkende Einflussnahme hat Osteuropa die Chance, seine eigene künftige Verteidigungsstrategie zu überdenken, die Fortschritte der Nachkriegswirtschaftsordnung in der Ukraine zu nutzen und Westeuropa endlich dazu zu zwingen, sich den Realitäten der multipolaren Welt voll und ganz zu stellen.

Wir erleben derzeit eine grundlegende Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Osteuropa.

Mit anderen Worten: Wir erleben derzeit eine grundlegende Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Osteuropa. In naher Zukunft werden Polen und die baltischen Staaten nicht umhinkommen, in die Bresche zu springen und sich stärker als bisher in Europa zu positionieren. Denn sie blicken in die Gewehrläufe eines Russlands, das durch einen De-facto-Triumph in der Ukraine und die schwächer werdenden amerikanischen Sicherheitsgarantien in Europa erst recht gestärkt wird. Unterdessen sieht sich die Ukraine mit dem schlimmsten anzunehmenden Szenario konfrontiert, da die USA den Unterstützungshahn vermutlich zudrehen werden. Dann muss Europa gezwungenermaßen zum ersten Mal seit Generationen die Verteidigung der Ukraine und seine eigene Verteidigung selbst in die Hand nehmen.

Die Chancen, dass Trump seine Meinung zur Militärhilfe für die Ukraine ändern und auch weiterhin Mittel für die Verteidigung des Landes bereitstellen wird, stehen leider sehr schlecht. Die Ukraine wird wohl an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Die europäischen, von Polen angeführten Bemühungen, das ukrainische Militär weiterhin zu unterstützen, werden das Unvermeidliche bestenfalls hinauszögern, und die Biden-Regierung ist sich dessen bewusst. Jüngste Kursänderungen wie die Freigabe von Langstreckenraketen vom Typ ATACMS, die von der Ukraine für Schläge gegen russisches Territorium genutzt werden können, und die [Lieferung von Antipersonenminen](#) sollen der Ukraine vor allem helfen, sich vor den Verhandlungen eine möglichst günstige Position zu sichern und zumindest ein Mindestmaß an Abschreckung gegen künftige russische Aggressionen aufbieten zu können.

Fast erübrigt es sich zu erwähnen, dass jedes Friedensabkommen wohl auf die dauerhafte Annexion der gegenwärtig von Russland besetzten Gebiete hinausläuft und die Ukraine dazu zwingen wird, ihre Ambitionen auf einen NATO-Beitritt aufzugeben. Mit anderen Worten: Es wäre ein Sieg für Russland. Aber selbst dann bleibt noch vieles offen in der Frage, wie ein solcher „Frieden“ konkret aussehen würde und wie die Ukraine vermeiden könnte, von Russland auf Dauer geschluckt zu werden. Laut einem [Bericht des Wall Street Journal](#) sieht der zentrale Plan von Trumps Übergangsteam vor, die Ukraine auf eine Zusage zu verpflichten, in den nächsten 20 Jahren nicht der NATO beizutreten. Die konti-

nuierliche Lieferung von US-Waffen soll dann Russland von künftigen Angriffen abschrecken, und eine Art europäische Friedenstruppe soll die entmilitarisierte Zone überwachen, in der die Kämpfe eingestellt werden.

Ein solcher Plan kommt Polen sehr gelegen, da der polnische Präsident Andrzej Duda im vergangenen Jahr vorgeschlagen hat, [polnische Truppen im Rahmen von Friedensbemühungen in der Ukraine zu stationieren](#). Inzwischen ist Polen gut aufgestellt, um von den Wiederaufbaubemühungen nach dem Krieg [enorm zu profitieren](#). 3 000 polnische Unternehmen haben sich bei der polnischen Investitions- und Handelsagentur (PAIH) registrieren lassen, weil sie am Wiederaufbau der Ukraine mitwirken wollen. Wenn Polen sich daran beteiligt, die Sicherheit in der Ukraine vor Ort zu gewährleisten, birgt das natürlich ein erhebliches Risiko, da es das Land einem Konflikt mit Russland umso näherbringt. Doch auf genau diese Rolle bereitet die polnische Führung das Militär des Landes seit Jahren vor.

Die Osteuropäer wissen jedoch, dass es im Falle eines russischen Angriffs an ihnen wäre, die Stellung zu halten.

Die Staats- und Regierungschefs Osteuropas befinden sich nach eigener Einschätzung im Fadenkreuz Russlands – egal, wie sie sich verhalten. Eine aktive Verteidigung muss also an oberster Stelle stehen. Staats- und Regierungschefs von weiter westlich gelegenen Ländern Europas kommen zögerlich zu demselben Schluss und haben kürzlich zugesagt, nicht nur in die nationalen Verteidigungsausgaben, sondern auch in den Ausbau der europäischen Rüstungsindustrie zu investieren. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, Putin werde sich mit einer Verhandlungslösung in der Ukraine zufriedengeben. Im Gegenteil: Mit dem Rückenwind eines Sieges in der Ukraine und mit einer US-Führung, die nicht bereit ist, sich über das absolute Minimum hinaus militärisch in Europa zu engagieren, könnte Putin durchaus zu dem Schluss kommen, dass die Zeit reif ist für eine weiter gehende Wiederherstellung der sowjetischen Einflussphäre. Westeuropa tut schrittweise mehr, um gerüstet zu sein, und [Frankreich zum Beispiel liegt im Zeitplan](#) bei seinen Bemühungen, die Verteidigungsausgaben in diesem Jahr auf die von der NATO vorgegebenen zwei Prozent des BIP zu steigern. Die Osteuropäer wissen jedoch, dass es im Falle eines russischen Angriffs an ihnen wäre, die Stellung zu halten. Polen verfügt derzeit über die drittgrößte Armee der NATO, und wenn die ukrainische Armee die russischen Streitkräfte fast drei Jahre lang in Schach halten konnte, kann das robustere und technologisch fortschrittlichere Militär Polens hoffentlich dasselbe leisten.

Es kann gar nicht genug betont werden, wie ungewiss die Sicherheit Osteuropas durch Trumps Wahl schlagartig wird. Ein vollständiger Rückzug der USA aus der NATO ist weniger wahrscheinlich, als es die weit verbreitete Diskussion nahelegen könnte, denn die jüngst erfolgte, richtungsweisende [Eröffnung eines US-Stützpunktes in Polen](#) und die Bemühungen, die amerikanische Militärhilfe für die Ukraine und die NATO „Trump-sicher“ zu machen, werden es Trump erschweren, sich vollständig aus dem Bündnis zurückzuziehen. Doch nachdem Russland seine Nukleardoktrin aktualisiert, eine [ballistische Rakete](#), die nuklear bestückt werden kann, auf die Ukraine abgefeuert und letzte Woche die neue US-Basis in Polen auf seine [Liste potenzieller Ziele](#) gesetzt hat, glaubt Putin offenbar, dass er die Oberhand hat – und dass Europa nicht willens oder in der Lage ist, die eigene Ostgrenze wirksam zu verteidigen.

Da Trump in wenigen Monaten das gesamte regionale Gefüge verändern könnte, bemüht sich der Osten der NATO, die Folgen abzumildern. Das bringt vor allem Polen in die Bredouille, denn es muss nicht nur seine Bedeutung als aufstrebende Militärmacht unter

Beweis stellen, sondern auch mit Ländern wie Rumänien, Schweden, den baltischen Staaten und der bedrängten Ukraine zusammenarbeiten, um Moskau gemeinsam in Schach zu halten. Vor allem aber ist dies eine Feuerprobe für Europa. Jahrzehntlang konnten sich die Westeuropäer in der von den Vereinigten Staaten gebotenen Sicherheit wiegen und sich pazifistischen Visionen hingeben. Diese Illusion mussten zuerst die an Putins Russland angrenzenden Staaten aufgeben, aber Europa steht jetzt am gleichen Scheideweg: Entweder räumt Europa der Sicherheit höchste Priorität ein und beschreitet einen unabhängigen Weg in der Verteidigungspolitik – oder es lässt Putin weiterhin freie Hand.

Dieser Artikel erschien zuerst im US-Onlinemagazin [Persuasion](#).

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Michał Kranz, Warschau

Michał Kranz ist freiberuflicher Journalist, der über Politik in den Vereinigten Staaten, im Nahen Osten und in Osteuropa berichtet hat. Er hat für eine Vielzahl internationaler englischsprachiger Publikationen Originalbeiträge in Form von Print-, Foto- und Videonachrichten aus der Ukraine, dem Libanon, Polen und New York City produziert.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/im-fadenkreuz-7953/?utm_campaign=de_40_20241202&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 130 – E 133)

01) Viel Öl, wenig Feuer? Russlands Kriegsmaschinerie ist auf Erdöl-Einnahmen angewiesen. Ein sich anbahnender Preiskrieg könnte Moskaus Schlagkraft empfindlich treffen

Von Luke Cooper

02.12.2024



Der Verkauf von Erdöl schmiert die russische Kriegsmaschine. Doch wie lange noch? - picture alliance / AA | Pavel Pavlov

Saudi-Arabiens [Entscheidung](#), die Öllieferungen auszuweiten, obwohl die globale Nachfrage sinkt, könnte sich als schwerer Schlag für Russlands Kriegsanstrengungen erweisen. Moskau verkauft sein Öl bereits zu reduzierten Preisen – bei vergleichsweise hohen Produktionskosten. Niedrige Preise auf den Ölmärkten könnten sich auf die finanziellen Spielräume Russlands für seinen Angriffskrieg in der Ukraine auswirken.

Es ist nicht das erste Mal, dass Russland und Saudi-Arabien in Bezug auf Öl aneinandergeraten: Zu Beginn der Covid-Pandemie startete Russland für einen kurzen [Zeitraum von etwa einem Monat](#) einen wahnwitzigen Preiskrieg, indem es die Produktion erhöhte, während die Welt in den ersten Lockdown ging. Als Saudi-Arabien reagierte und sein Angebot ebenfalls ausweitete, brach der Ölpreis ein. Das Ende dieser Preisspirale nach unten kann als Beispiel dafür angesehen werden, wie stark die Geopolitik die Ölmärkte tatsächlich beeinflusst: Denn Auslöser für die Verhandlungen, mit denen die Krise letztlich beigelegt wurde, war angeblich die [Drohung](#) des damaligen US-Präsidenten Donald Trump, Saudi-Arabien die amerikanische Militärhilfe zu entziehen. Unter diesem geopolitischen Druck und der einbrechenden Marktnachfrage, die einen Preiskrieg für alle Parteien potenziell ruinös zu machen drohte, lenkten Russland und Saudi-Arabien schließlich ein. Die beiden Länder einigten sich auf Angebotseinschnitte, die zur Stabilisierung der Weltmarktpreise erforderlich waren.

Wie die Cambridge-Professorin Helen Thompson in ihrem Buch [Disorder: Hard Times in the 21st Century](#) darlegt, war auch das Öl-Überangebot in den Jahren 2014 bis 2016 durch die Konkurrenz zwischen den USA, Russland und Saudi-Arabien geprägt. Damals erhöhte

Saudi-Arabien das Ölangebot auf dem Weltmarkt, ebenfalls zu einer Zeit sinkender Nachfrage. Grund dafür war einerseits das ökonomisch motivierte Ziel, US-Investitionen in heimisches Schieferöl unattraktiv zu machen, andererseits das geopolitische Ziel, Russland und den Iran unter Druck zu setzen, ihre jeweilige Unterstützung für das Assad-Regime in Syrien einzustellen. Aus dieser Episode lässt sich für die heutige Situation zunächst festhalten: Die Tatsache, dass Russland die damalige ökonomische Krise – die durch die Kombination aus westlichen Sanktionen und der Ausweitung des saudischen Ölangebots verursacht wurde – überstehen, das Assad-Regime an der Macht halten sowie die besetzten Gebiete im Süden und Osten der Ukraine sichern konnte, ist eine Warnung, dass die gegenwärtige Wirtschaftslage sich für Putins Regime nicht unbedingt als problematisch erweisen muss.

Allerdings sieht sich Russland heute sowohl viel härteren Sanktionen (die praktisch zum Ausschluss aus der westlichen Handels- und Finanzordnung geführt haben) als auch einem sehr kostspieligen, deutlich umfassenderen Krieg gegen die Ukraine gegenüber. Daher kann angenommen werden, dass die Lage Ende 2024 eine weitaus ernstere Herausforderung für die Regierung in Moskau darstellen wird als 2014 bis 2016.

Trends auf dem globalen Ölmarkt wirken sich auf Entscheidungen in Russland aus.

Trends auf dem globalen Ölmarkt wirken sich auf Entscheidungen in Russland aus. Die [Internationale Energieagentur geht davon aus](#), dass die weltweiten Förderkapazitäten im Jahr 2030 die Nachfrage um etwa acht Millionen Barrel pro Tag übersteigen werden. Die Organisation spricht von einer „erstaunlichen“ und (mit Ausnahme der Pandemiezeit) „beispiellosen“ Situation. Dabei liegen die Ölquellen im Iran und in den Golfstaaten nah an der Erdoberfläche, was eine kostengünstige Förderung ermöglicht. Somit können diese Staaten fallende Ölpreise besser verkraften. Auch bei Investitionen in [neue Bohrprojekte](#) haben sie wirtschaftlich deutliche Vorteile gegenüber der internationalen Konkurrenz in Russland oder den Vereinigten Staaten.

Indem es sich mit den jüngsten Ankündigungen nun in eine wettbewerbsfähigere Lage bewegt, bedroht Saudi-Arabien einerseits die teurere Produktion der USA, erkennt aber auch indirekt an, dass die OPEC+-Gruppe nur noch über eine verminderte Preissetzungsmacht verfügt. Für Russland sind beides keine guten Nachrichten. Denn im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten hat Russland eine stark vom Öl abhängige Wirtschaft, die von der bisherigen Kartellmacht der OPEC+ profitierte. Und anders als in Saudi-Arabien ist die Förderung russischen Öls alles andere als billig. Moskau ist daher recht schlecht gerüstet, um global niedrigere Preise zu verkraften. Dadurch entsteht auch eine gewisse Eskalationslogik für Russlands Krieg gegen die Ukraine: Moskau braucht schnelle Erfolge auf dem Schlachtfeld, bevor eine Niedrigpreissituation auf den Ölmärkten entsteht.

Moskau braucht schnelle Erfolge auf dem Schlachtfeld, bevor eine Niedrigpreissituation auf den Ölmärkten entsteht.

Die erfolgreiche Anpassung der russischen Binnenwirtschaft an den Kriegszustand ist ein wichtiger Aspekt mit Blick auf die Invasion in der Ukraine. Der russische Staat hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die Wolodymyr Ischtschenko, Ilja Matwejew und Oleg Schurawlow als „[militärischen Keynesianismus](#)“ bezeichnen. Kurz gesagt bedeutet dies, dass kriegsbedingte Ausgaben die heimische wirtschaftliche Nachfrage ankurbeln: Die drei Forscher weisen insbesondere auf die wichtigen Verteilungseffekte des Krieges in Bezug auf Lohnsteigerungen und industrielles Wachstum hin. Dies habe möglicherweise auch

Einfluss auf die Unterstützung der russischen Arbeiterklasse für den Krieg. Allerdings stoße diese „militärisch-keynesianische“ Politik auch an Grenzen, beispielsweise in Form eines akuten Arbeitskräftemangels, der wiederum die Wirtschaftsleistung einschränkt.

Wenn die russische Kriegswirtschaft in einen globalen Kontext gestellt und dabei ihre Ölabhängigkeit mit einbezogen wird, entsteht ein besseres Bild von ihren Schwachstellen. Die Sanktionen haben zwar die Beziehungen Russlands zu den westlichen Märkten zerrüttet, doch ist die russische Wirtschaft dadurch nicht komplett autark geworden. Im Gegenteil, die Einnahmen aus dem Ölexport sind weiterhin von entscheidender Bedeutung. Wie das [Oxford Institute for Energy Studies argumentiert](#), funktioniert die russische Wirtschaft in dem Sinne zweigleisig, dass sie sich unterteilen lässt in einkommensgenerierende Sektoren (von denen die Ölbranche der wichtigste ist) und einkommensabhängige Sektoren, die durch die Verteilung dieser Einkommen aufrechterhalten werden. Öl macht seit 2014 [zwischen 30 und 50 Prozent](#) der jährlichen Staatseinnahmen aus – Russland ist im Grunde ein Petrostaat. Das Putin-Regime verwaltet die [Erträge aus diesem Sektor](#) und nutzt sie zur Finanzierung der militärischen Angriffe in der Ukraine.

Die Sanktionen haben zwar die Beziehungen Russlands zu den westlichen Märkten zerrüttet, doch ist die russische Wirtschaft dadurch nicht komplett autark geworden.

Seit Beginn der umfassenden Invasion veröffentlichen die russischen Behörden keine Handelsdaten mehr. [Schätzungen des Thinktanks Bruegel](#) zufolge finanziert Moskau sein Handelsdefizit bei Gütern, die nicht aus fossilen Brennstoffen hergestellt werden, jedoch weiterhin durch den Export fossiler Brennstoffe (was insgesamt zu einem Handelsüberschuss führt). Da der Import ersterer Güter notwendig ist, um sowohl den Bedarf der russischen Bevölkerung als auch die Kriegsanstrengungen des Staates zu decken, sind möglichst hohe Einnahmen aus dem Ölverkauf von höchster Bedeutung.

Russlands Öl ist daher sowohl eine wichtige Machtressource, mit der der Angriffskrieg finanziert wird, als auch eine potenzielle Schwachstelle, da das Land bei schwankenden Preisen auf dem Weltmarkt anfällig ist. Die Invasion in der Ukraine hat Sanktionen nach sich gezogen, durch die die [Produktionskosten für das russische Regime](#) in die Höhe getrieben wurden, die Nachfrage im Westen, der auf andere Lieferanten auswich, einbrach und eine Preisobergrenze für Ölverkäufe eingeführt wurde. Russland hat daher mit höheren Kosten zu kämpfen, da es nun auf einzelnen Märkten zu reduzierten Preisen verkauft (davon profitieren vor allem [nicht-westliche Käufer](#), vor allem aus Indien und China). Bisher hat sich das Land an diese Veränderungen anpassen können. Allerdings ist es bislang auch noch nicht zu einer Situation gekommen, in der das weltweite Ölangebot die Nachfrage übersteigt.

Bei der geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung eines jeden Staates können „vermeintlich weit entfernte“ Ereignisse eine durchaus gewichtige Rolle spielen. Mit Blick auf Russland gibt es diverse denkbare Ereignisse – mit einer Vielzahl an Akteuren und Konfliktschauplätzen –, die wahrscheinlich darüber entscheiden werden, ob Moskau weiterhin Öl zu einem Preis verkaufen kann, der zur weiteren Finanzierung seines Krieges in der Ukraine erforderlich ist. Zu diesen Entwicklungen gehören die zukünftige Nachfrage nach Öl angesichts des grünen Wandels (insbesondere in China, das 2023 für vier Fünftel des weltweiten Nachfragewachstums [verantwortlich war](#)); die Frage, wie aggressiv Saudi-Arabien versucht, das weltweite Angebot an Öl auszuweiten, um der Konkurrenz Marktanteile abzuluchsen; und ob es zur weiteren Eskalation in Nahost und möglicherweise

zum Krieg zwischen Israel und dem Iran kommt. In letzterem Szenario könnte die [Straße von Hormus](#), das wohl wichtigste Nadelöhr im globalen Ölhandel, zum Kriegsschauplatz werden.

Wenn sich derartige Faktoren so entwickeln, dass es zu einem Ölpreisverfall ähnlich der Jahre 2014 bis 2016 kommt, könnte das russische Regime Schwierigkeiten haben, seine Kriegswirtschaft zu finanzieren – zumindest mit Blick auf die verteilungspolitisch „progressive“ Wirtschaftsgestaltung gegenüber der heimischen Arbeiterschaft.



Luke Cooper, London

Luke Cooper ist assoziierter Forschungsprofessor und Direktor des *PeaceRep*-Programms für die Ukraine an der *London School for Economics and Political Science*. Er arbeitet in der Forschungsgruppe Konflikt und bürgerschaftliches Engagement.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/viel-oel-wenig-feuer-7846/?utm_campaign=de_40_20241202&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Kirgisistan (Seiten E 134 – E 136)

01) Ein Haus für die deutsche Minderheit in Kirgisistan

Mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und mit Unterstützung des Mittlers Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland konnte für die **Deutsche Minderheit in Kirgisistan** eine Immobilie in der **Hauptstadt Bischkek** (ca. 1,1 Mill. Einw.) erworben werden. Über Monate hatte die Deutsche Minderheit in Zusammenarbeit mit der Projektkoordinatorin **Hanka Šolčić/Scholze** entsprechende notwendige Dokumente erstellt und nach passenden Angeboten gesucht, was schlussendlich im November dazu geführt hat, die Genehmigung für den Kauf des Hauses vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesverwaltungsamt (BVA) zu erhalten.

[Hier geht es zum Bericht der „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“](#), die bekanntlich auch [mit dem VLÖ im „Haus der Heimat“ kooperiert](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.stiftung-verbundenheit.de/blog/ein-haus-fur-die-deutsche-minderheit-in-bischkek>



13.12.2024

Ein Haus für die Deutsche Minderheit in

Mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und mit Unterstützung des Mittlers Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland konnte für die Deutsche Minderheit in Kirgisistan eine Immobilie in Bischkek erworben werden. Über Monate hatte die Deutsche Minderheit in Zusammenarbeit mit der Projektkoordinatorin Hanka Šolčić/Scholze entsprechende notwendige Dokumente erstellt und nach passenden Angeboten gesucht, was schlussendlich im November dazu geführt hat, die Genehmigung für den Kauf des Hauses vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesverwaltungsamt (BVA) zu erhalten.



Das sich noch im Umbau befindende Gebäude wird als Hauptsitz des Deutschen Humanitären Hilfsfonds (DHHF), der Dachorganisation der dortigen Deutschen Minderheit, sowie als Begegnungsstätte dienen. Das Exekutivbüro des DHHF übernimmt die finanzielle

und administrative Umsetzung der vom BMI geförderten Maßnahmen. Dessen Mitarbeitende entwickeln und konzipieren verschieden Veranstaltungsformate und Workshopreihen zur Förderung und Stärkung der deutschen Identität, Kultur und Sprache kirgisistanweit. So werden verschiedene Tanz-, Chor-, ethnokulturelle und Kochzirkel sowie Sprachkurse in den Begegnungsstätten den Angehörigen der Deutschen Minderheit sowie Interessierten angeboten. Wichtige Elemente bilden aber auch die gemeinsamen und generationenübergreifenden Veranstaltungen zu traditionellen deutschen Festen und Bräuchen. Mit dem neuen Gebäude in Bischkek hat die Deutsche Minderheit in Kirgisistan somit ihr eigenes Anliegen zur Durchführung der Zirkel, Zusammenkünfte der Jugendlichen und zur Veranstaltung von Festen wie Ostern und Erntedankfest drinnen und draußen auf dem Hof.

„Wir sind stolz darauf, den Erwerb eines neuen Gebäudes bekannt geben zu können, der Dank der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und der Unterstützung der Stiftung Verbundenheit möglich geworden ist. Dieser wichtige Schritt eröffnet neue Perspektiven für die Entwicklung unserer Aktivitäten und bietet mehr Möglichkeiten zur Realisierung von Projekten und zur Unterstützung unserer Initiativen. Die neuen Räumlichkeiten werden die Grundlage für weiteres Wachstum und die Stärkung unserer Bemühungen im Dienste der Gemeinschaft sein“, so der stellvertretende Geschäftsführer des DHHF, Artur Schessler.

Die Stiftung Verbundenheit bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sowie des Bundesverwaltungsamt und wünscht der Deutschen Minderheit einen guten Umzug in das neue Gebäude und möge das neue Kirgisisch-Deutsche Haus in Bischkek schnell zu einem Zuhause und Ort der Zusammenkunft für die Deutschen Minderheit in Kirgisistan werden.



[Sehen Sie hier ein Video auf den Social-Media-Kanälen des Volksrats der Deutschen in der Kirgisischen Republik.](#)

<https://www.stiftung-verbundenheit.de/blog/stiftung-verbundenheit-und-vloe-kooperationsvereinbarung>

siehe Seite C xxx

Rumänien (Seiten E 137 – E 144)

01) Geheimwaffe zur Spaltung. Der kometenhafte Aufstieg des rechten Kandidaten und das Wahlchaos in Rumänien bieten einige Lektionen für den Rest Europas

Von Cristian Chiscop

12.12.2024



Wer die Sozialen Medien dominiert, gewinnt: Călin Georgescu stellt die rumänische Parteienlandschaft auf den Kopf.- *picture alliance/AP/Vadim Ghirda*

Wahlen sind selten unkompliziert – zumal dann, wenn viel auf dem Spiel steht. Das gilt für Rumänien in besonderer Weise. In dem EU-Mitgliedstaat am Schwarzen Meer mit der längsten Grenze zur Ukraine, der bisher ein treuer Verbündeter der USA und ein zuverlässiges NATO-Mitglied war, macht sich nach der plötzlichen Annullierung der Präsidentschaftswahlen am vergangenen Freitag tiefe politische Verunsicherung breit.

Die Wahlen wurden für ungültig erklärt, nachdem Geheimdienste aufgedeckt hatten, dass ein „staatlicher Akteur“ sich in den Wahlprozess eingemischt hatte, um einem rechtsextremen Kandidaten den Rücken zu stärken, mit dem keiner gerechnet hatte. Allgemein wird davon ausgegangen, dass es sich bei dem staatlichen Akteur um Russland handelt. Das Verfassungsgericht schaltete sich ein und ordnete an, dass das gesamte Wahlverfahren wiederholt wird. Wäre man unter diesen Umständen den nächsten Schritt gegangen und hätte die Stichwahl abgehalten, wäre diese Stichwahl de facto zu einem verdeckten Referendum über Rumäniens prowestliche Ausrichtung geraten.

Doch die Krise ist längst nicht überwunden. Das demokratische Lager im Land ist nach den Wahlunruhen zersplittert und steht vor schwierigen Entscheidungen. Die Wirtschaft stabilisieren, die Folgen der politischen Krise abfedern, eine tragfähige parlamentarische Mehrheit bilden – das sind jetzt die wichtigsten Aufgaben.

Der Fall Rumänien liefert wertvolle Erkenntnisse für andere europäische Nationen, vor allem was die destabilisierende Wirkung von Social-Media-Plattformen wie TikTok auf demokratische Wahlen betrifft. Russland nutzt diese Plattformen, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren und politische Gräben zu vertiefen. Um diese von Russland betriebene hybride Kriegsführung einzudämmen, braucht es ein schnelles und koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Rumänien sollten nacheinander zwischen dem 24. November und dem 8. Dezember stattfinden, wobei die Parlamentswahlen zwischen den beiden Runden der Präsidentschaftswahlen angesetzt waren. Der plötzliche Aufstieg des unabhängigen Kandidaten Călin Georgescu, der noch vor Kurzem eine Randfigur war und in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu einem aussichtsreichen Konkurrenten wurde, löste einen Rechtsruck aus. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen, die eine Woche später stattfanden, zeigten die Schwäche der demokratischen Mitte gegenüber der radikalen Rechten, womit vor wenigen Wochen noch niemand gerechnet hatte.

Georgescus überraschender Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen versetzte den traditionellen Parteien Rumäniens – den Sozialdemokraten (PSD) und den zur rechten Mitte gehörenden Nationalliberalen (PNL), die seit 2021 die Regierungskoalition bilden – einen schweren Schlag. Nicht nur unterlagen die Kandidaten beider Parteien, Premierminister Marcel Ciolacu (PSD) und Senatspräsident Nicolae Ciucă (PNL), dem Herausforderer Georgescu. Auch die Parteien verloren gegenüber den früheren Wahlen jeweils fast zehn Prozent.

Die Sozialdemokraten fuhren ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein und erhielten 22 Prozent der Stimmen. Damit haben sie statt bisher 157 nur noch 123 Sitze im Parlament. Sie bleiben zwar stärkste politische Kraft in Rumänien, aber ob sie eine stabile Mehrheit bilden können, ist fraglich. Die Nationalliberalen verloren die Hälfte ihrer Sitze und erhielten nur 72 Mandate. Für die andere Mitte-rechts-Partei, die Union Rettet Rumänien (USR), lief es nicht besser: Sie fiel von 90 auf 59 Mandate zurück, obwohl ihre Kandidatin Elena Lasconi es in die Stichwahl um das Präsidentenamt gegen Georgescu schaffte.

Insgesamt stellen die rechtsradikalen Fraktionen fast 35 Prozent der neuen Legislative.

In krassem Gegensatz dazu stehen die Zugewinne der radikalen Rechten. Die Allianz für die Union der Rumänen (AUR) erobert mit 18 Prozent der Stimmen den zweiten Platz; zwei weitere, kleinere rechtsextreme Parteien – SOS Rumänien und die Partei der jungen Menschen (POT) – kamen erstmals über die Fünf-Prozent-Hürde. Insgesamt stellen die rechtsradikalen Fraktionen damit fast 35 Prozent der neuen Legislative.

Wer ist der rechtsextreme Kandidat, der die Politik Rumäniens durcheinanderwirbelt? Der 62-jährige Călin Georgescu ist ein selbsternannter Experte für nachhaltige Entwicklung mit Verbindungen zu jener ultra-religiösen und ultra-nationalistischen Bewegung, die 2020 auch der Allianz für die Union der Rumänen den Einzug ins Parlament ermöglichte. Georgescus Beziehung zur AUR war jedoch nur von kurzer Dauer, da einige seiner kontroversen Äußerungen selbst für diese Partei zu extrem waren.

Von manchen wegen seiner Putin-freundlichen Haltung „Kreml-Georgescu“ genannt, bindet Georgescu sich nicht mehr an eine Partei. Viele sehen darin einen entscheidenden Faktor für seinen Erfolg, weil in Rumänien das Vertrauen in politische Parteien sich auf einem

historischen Tiefstand befindet. Seine schonungslose Haltung zur Parteipolitik lässt sich in einem kurzen Satz zusammenfassen: „Die politischen Parteien sind am Ende“, lautete sein Fazit nach den Parlamentswahlen vom 1. Dezember.

Schon im April dieses Jahres hatte er gewettert: „Politische Parteien sind die Schindmähren, die man vor den goldenen Streitwagen des rumänischen Volkes gespannt hat. Es wird in diesem Land keine politischen Parteien mehr geben. Keine einzige!“ Auf Nachfrage meinte Georgescu, er habe lediglich den rumänischen Philosophen Petre Țuțea zitiert. Țuțea war Mitglied der Eisernen Garde, einer faschistischen, ultra-nationalistischen Organisation in Rumäniens Zwischenkriegszeit. Der Wortlaut des Țuțea-Zitats lässt erst recht erschauern: „Politische Parteien sind die Pferde, die den goldenen Streitwagen der rumänischen Geschichte ziehen; wenn sie zu Schindmähren geworden sind, schickt das rumänische Volk sie zum Schlachthof.“

Georgescu erteilte nicht nur der Parteipolitik eine Abfuhr, sondern stellte auch die Grundpfeiler der rumänischen Außenpolitik infrage – die Mitgliedschaft in NATO und EU sowie den Sicherheitsschirm der USA. Georgescu hält die NATO als Verteidigungsbündnis für ineffektiv. Kürzlich nannte er das Raketenabwehrsystem Deveselu Aegis Ashore, das seit 2015 auf rumänischem Territorium stationiert ist, eine „Schande für die Diplomatie“. Während andere Präsidentschaftskandidaten Rumäniens Engagement für die Ukraine bekräftigten, warb Georgescu mit dem Versprechen, „Frieden“ durch eine Annäherung an Russland zu schaffen, was zu seiner Wertschätzung für die „russische Weisheit“ in der Außenpolitik passt.

Seine Einstellung fand Zuspruch bei den Wählerinnen und Wählern, die sich zunehmend Sorgen über die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen des Krieges machen. Wegen seiner langen gemeinsamen Grenze mit der Ukraine bekommt Rumänien die Folgen des Krieges deutlich zu spüren: steigende Energiepreise, einen Zustrom von Geflüchteten und massive Störungen des Handelsverkehrs. Die Stimmung in der Öffentlichkeit kippte in den letzten Monaten, was zum Teil an den in den USA geführten Debatten über die Beendigung des Krieges in der Ukraine lag. Mit seiner populistischen Rhetorik, die durch die Wiederwahl von Donald Trump noch beflügelt wurde, konnte Georgescu aus diesen kriegsbedingten Ängsten Kapital schlagen und sich in Stellung bringen als eine Stimme, die den Status quo infrage stellt.

Georgescus überraschender Aufstieg wirft ein Schlaglicht auf die tiefe Spaltung der rumänischen Gesellschaft.

Georgescus überraschender Aufstieg wirft ein Schlaglicht auf die tiefe Spaltung der rumänischen Gesellschaft und auf die wachsende Enttäuschung über das politische und wirtschaftliche Establishment. Besonders großen Rückhalt genießt er bei den Wählerinnen und Wählern in ländlichen und wirtschaftlich benachteiligten Regionen, die sich seit den postkommunistischen Reformen vernachlässigt fühlen. In einer [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#) wurden diese Gebiete 2021 als „ländliche Altindustrieregionen mit erheblichen sozioökonomischen Problemen“ beschrieben, in denen viele Bewohner den Übergang zu Demokratie und Kapitalismus als frustrierend, demütigend und ungerecht erlebt haben.

In diesen Regionen kam Georgescus Wahlprogramm „Nahrung, Wasser, Energie“ bei der Wählerschaft gut an. Das Programm sieht Maßnahmen vor, die nicht mit den EU-Normen vereinbar sind, wie zum Beispiel Verstaatlichungen und Steuervergünstigungen für einheimische Unternehmen. Bei Kleinbauern und Firmeninhabern, die mit steigenden Produktionskosten und der Konkurrenz durch billige Getreideimporte aus der Ukraine zu kämpfen haben, stießen diese Pläne auf Zustimmung. Für zusätzlichen Unmut sorgten die

als Belastung empfundenen Umweltvorschriften der EU. Wie groß die Unzufriedenheit ist, zeigten die Proteste zu Beginn dieses Jahres, bei denen rumänische Landwirte Grenzübergänge zur Ukraine und zu Moldawien blockierten.

Georgescu Rhetorik stieß auch bei Rumänen, die im Ausland arbeiten, auf offene Ohren, weil viele von ihnen sich vom Staat im Stich gelassen fühlen. Seit Jahrzehnten profitieren die urbanen Zentren überproportional stark von EU-Mitteln und ausländischen Investitionen, während die Randgebiete sich selbst überlassen blieben. Dementsprechend brachte Georgescu sich als Fürsprecher der vergessenen Mehrheit in Position und gab denjenigen eine Stimme, die sich von der postkommunistischen Erfolgsgeschichte Rumäniens ausgeschlossen fühlen.

Die „Geheimwaffe“, die Georgescu ins politische Rampenlicht beförderte, war TikTok.

Die „Geheimwaffe“, die Georgescu ins politische Rampenlicht beförderte, war TikTok. Noch wenige Wochen vor den Wahlen war er der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, doch seine verdeckte TikTok-Kampagne verschaffte ihm innerhalb weniger Tage eine enorme Reichweite. Laut Dokumenten, die der rumänische Geheimdienst freigegeben hat, wurde Georgescus TikTok-Netzwerk mit 25 000 Accounts angeblich von einem „staatlichen Akteur“ massiv unterstützt. Auffällig ist, dass rund 800 dieser Konten bereits 2016 eingerichtet worden waren und bis zwei Wochen vor den Wahlen weitestgehend inaktiv blieben. Das zeigt, wie anfällig die heutige Politik für Manipulationen mit Hilfe von Social-Media-Plattformen ist.

Die Beliebtheit von TikTok in Rumänien – 47 Prozent der Bevölkerung haben ein Konto – macht die Plattform zu einem mächtigen Instrument. Zum Vergleich: In Frankreich haben nur 36 Prozent der Bevölkerung ein Konto bei [TikTok](#), in Deutschland sind es weniger als 27 Prozent. Bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern, die diese Plattform hauptsächlich nutzen, konnte Georgescu 30 Prozent der Stimmen für sich gewinnen – weit mehr als bei älteren Bevölkerungsgruppen. Diese Altersgruppe hat laut einer aktuellen [Jugendstudie der FES](#) die größte Angst vor Gewalt und Krieg (56 Prozent), hält Korruption für Rumäniens größtes Problem (72 Prozent) und stimmt der Aussage zu, dass für Rumänien eine starke Führungspersönlichkeit, die sich nur wenig um Parlament und Wahlen schert, gut wäre (41 Prozent).

Das ist jedoch nur ein kleiner Teilaspekt. Die sozialen Medien spielten für Georgescus Erfolg definitiv eine Rolle, weil sie ihn über Nacht aus der Bedeutungslosigkeit ins Rampenlicht beförderten. Aber es kamen weitere Faktoren hinzu, die mit dem Versagen und mit Fehlentscheidungen der etablierten Parteien zu tun haben.

Das Unvermögen der etablierten politischen Parteien Rumäniens, die Ängste, Sorgen und Beschwerden der Wählerschaft ernst zu nehmen und sich ihnen zu stellen, hat viele Wählerinnen und Wähler verprellt.

Das Unvermögen der etablierten politischen Parteien Rumäniens, die Ängste, Sorgen und Beschwerden der Wählerschaft ernst zu nehmen und sich ihnen zu stellen, hat viele Wählerinnen und Wähler verprellt. Angesichts der wachsenden Sorge über einen drohenden Konjunkturreinbruch und die sich verschlechternde Lage in der Ukraine schien die politische Führungsriege den Bezug zur Realität verloren zu haben. Obwohl sie mit einer großen Koalition regierten, gaben die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen sich im Wahlkampf vor allem mit belanglosen Kontroversen und sinnlosen Streitigkeiten ab, statt sich mit den Themen zu befassen, die die Wählerinnen und Wähler wirklich umtreiben.

In diesem ständigen Hickhack gingen die beachtlichen Erfolge der Regierung vollkommen unter, die sich durchaus sehen lassen können: enorme Fortschritte bei Infrastrukturprojekten, wie es sie in den vergangenen 20 Jahren noch nie gegeben hat, die Aufnahme Rumäniens in das US-Programm für visumfreies Einreisen und ein signifikanter Durchbruch auf dem Weg zum vollständigen Schengen-Beitritt.

Hinzu kam, dass die blassen Präsidentschaftskandidaten der etablierten Parteien bei den Wählerinnen und Wählern für Frustration sorgten, sodass viele von ihnen sich nach Alternativen umsahen. Aus Selbstüberschätzung begnügten die Sozialdemokraten sich mit einer schlampigen Wahlkampfplanung, setzten in ihrer Wahlstrategie einzig und allein auf den Kandidaten Marcel Ciolacu und gingen davon aus, dass er in der Stichwahl um das Präsidentenamt gegen den rechtsextremen AUR-Kandidaten George Simion antreten würde. Diese Strategie wurde durch Georgescus unerwarteten Aufstieg zunichtegemacht.

Zudem trug die „kompromissfreundliche Haltung“ der Sozialdemokraten gegenüber der Allianz für die Union der Rumänen – sie gründet in der von der Sozialdemokratischen Partei favorisierten transaktionalen Politik des Gebens und Nehmens – dazu bei, rechtsextreme Narrative salonfähig zu machen, die sich auf ethnischen Nationalismus und christlichen Konservatismus stützen. Dieser Kurs schwächte nicht nur das demokratische Lager, sondern schuf auch einen fruchtbaren Boden für die radikale Rechte, die dadurch an Legitimität gewann und mehr Durchschlagkraft entwickelte.

Da Rumänien mit dem größten Haushaltsdefizit seit Jahren zu kämpfen hat und die politische Verunsicherung wächst, wird es in den kommenden Wochen darauf ankommen, ob es den demokratischen Kräften gelingt, sich neu zu formieren und eine stabile Mehrheit zu bilden. Bisher haben alle Parteien des demokratischen Spektrums einschließlich der Sozialdemokraten signalisiert, dass ihnen bewusst sei, wie wichtig eine stabile Mehrheit ist. Wenn diese stabile Mehrheit nicht zustande kommt, könnten die extremistischen Kräfte weiter gestärkt und der pro-europäische Kurs des Landes destabilisiert werden.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Cristian Chiscop, Bukarest

Cristian Chiscop ist Programmkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien und ist zuständig für den internationalen Dialog sowie politische Bildungsprogramme.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/geheimwaffe-zur-spaltung-7983/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Griechenland (Seiten E 142– E 145)

01) Zurück auf Null. Während Griechenlands Linkspartei Syriza zerfällt, planen Die Sozialdemokraten ihr Comeback. Können sie die geschwächten Konservativen herausfordern?

Von Nick Malkoutzis

Europa 23.12.2024



Die Raute hilft nicht immer: Mittlerweile ist Stefanos Kasselakis bei Syriza gescheitert.- *.picture alliance/Zumapress/Nikolas Georgiou*

Die vergangenen Monate haben das politische Gesamtbild in Griechenland maßgeblich verändert. Die sozialdemokratische Mitte-Links-Partei PASOK, die nach ihrem krisenbedingtem Absturz lange Zeit eine untergeordnete Rolle spielte, konnte sich wieder als größte Oppositionspartei etablieren. Damit hat sie die linke Syriza, von der sie einst überflügelt worden war, ins Abseits gedrängt.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni wirkten wie ein Katalysator für die politischen Verschiebungen in Griechenland. Die regierende Mitte-Rechts-Partei Nea Dimokratia verfehlte mit 28,3 Prozent klar das von Premierminister Kyriakos Mitsotakis angestrebte Ziel von 33 Prozent. Doch auch die wichtigsten Oppositionsparteien hinterließen ein schwaches Bild.

Syriza wurde mit etwas weniger als 15 Prozent zwar zweitstärkste Kraft, blieb damit jedoch weit hinter der Nea Dimokratia. Dieses Ergebnis war für viele Syriza-Mitglieder enttäuschend, da sie mit dem neuen Parteivorsitzenden Stefanos Kasselakis gehofft hatten, die Partei wieder zu einer relevanten politischen Größe zu machen.

Der frühere Goldman-Sachs-Banker und Reeder Kasselakis hatte im September 2023 den Parteivorsitz übernommen, nachdem Alexis Tsipras zurückgetreten war. Tsipras wiederum hatte die Partei 2015 auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise zur Regierungspartei gemacht und war damals Premierminister geworden. Dass die Syriza-Mitglieder mit Kasselakis einen politischen Quereinsteiger an die Spitze wählten, den politisch offenkundig wenig mit der Linken verband, war in Griechenland auch deshalb eine Überraschung, weil es in der politischen Kultur des Landes fest verankert ist, dass die Parteivorsitzenden sich durch die Parteistrukturen hocharbeiten.

Manche Unterstützer sahen in dem 36-jährigen, im Ausland ausgebildeten Kasselakis den idealen Gegenkandidaten zu Griechenlands liberalem Premierminister Kyriakos Mitsotakis. Kasselakis' Amtszeit als Parteivorsitzender war jedoch von Beginn an von erheblichen Turbulenzen geprägt. Elf Syriza-Abgeordnete traten aus der Partei aus und gründeten eine neue parlamentarische Gruppe namens „Neue Linke“. Sie warfen Kasselakis mangelnde politische Überzeugung vor und kritisierten, dass er mehr daran interessiert sei, in den Medien Aufmerksamkeit zu erregen, als sich mit inhaltlicher Parteiarbeit zu beschäftigen. Diese Vorwürfe zogen sich durch seine gesamte Zeit als Vorsitzender.

Nach der Europawahl witterten die parteiinternen Gegner von Kasselakis ihre Chance, ihn zu stürzen.

Nach der Europawahl witterten die parteiinternen Gegner von Kasselakis ihre Chance, ihn zu stürzen. Das enttäuschende Ergebnis führte zu langwierigen internen Auseinandersetzungen, an dessen Ende Kasselakis den Parteivorsitz verlor. Zu seinem Nachfolger wurde Ende November der Fraktionschef und Ex-Minister Sokratis Fomellos gekürt. Nach dem Experiment mit dem forschen Politikneuling votierten die Syriza-Mitglieder für einen Gemäßigten mit langer Parteizugehörigkeit. Diese Entscheidung führte jedoch zu einer weiteren Abspaltung. Kasselakis beschloss daraufhin, eine eigene Partei zu gründen, die er „Bewegung für Demokratie“ nannte.

Die ideologische Ausrichtung der neuen Partei ist bislang unklar, doch Kasselakis betonte, dass sich seine Bewegung nicht mit internen Prozessen und Streitigkeiten aufhalten werde. Stattdessen wolle sie sich auf die Realität konzentrieren und Wähler sowohl aus der Mitte als auch aus dem linken Spektrum ansprechen. Eine Handvoll Syriza-Abgeordnete hat sich bereits seiner neuen Bewegung angeschlossen.

Syriza ist nach den jüngsten Entwicklungen stark angeschlagen. Die Partei hat in der Wählerschaft erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt und ist in den Umfragen auf den vierten oder sogar fünften Platz abgerutscht. Nach der neuesten Abspaltung ist Syriza zudem nicht mehr die größte Oppositionspartei im Parlament. Diesen Status musste sie an die PASOK abgeben, die jetzt mehr Sitze hat als die Linken.

Die Sozialdemokraten profitierten gleich in mehrfacher Hinsicht von den Turbulenzen bei Syriza. Dass die PASOK aus den Wahlen zum Europäischen Parlament gestärkt hervorgehen würden, war dabei keineswegs selbstverständlich, da auch ihr Ergebnis nicht besonders beeindruckend war. Einige Funktionäre forderten deshalb eine Neuwahl der Parteispitze und drängten auf eine Abwahl des amtierenden Parteivorsitzenden Nikos Androulakis, der seit Ende 2021 im Amt ist und zuvor als Europaabgeordneter tätig war. Sie argumentierten, PASOK hätte stärker von der Schwäche des Syriza-Vorsitzenden Kasselakis profitieren und mehr Stimmen holen müssen, um sich klarer von der linken Konkurrenz abzusetzen.

Syriza ist nach den jüngsten Entwicklungen stark angeschlagen.

Androulakis konnte jedoch seine Position behaupten und setzte sich bei Urwahlen gegen zwei ehemalige PASOK-Minister sowie den Bürgermeister von Athen durch. Trotz seiner Wiederwahl bleiben jedoch Zweifel, ob der Politiker von der Insel Kreta über ausreichend Charisma und Dynamik verfügt, um Premierminister Kyriakos Mitsotakis ernsthaft herauszufordern. Dennoch verlief die Abstimmung über den Parteivorsitz bei PASOK deutlich geordneter und einträchtiger als bei Syriza, was die Position der Sozialdemokraten weiter gestärkt hat.

Androulakis setzt nun stärker auf Integration und hat einige seiner parteiinternen Gegner in das Strategiegremium der Partei geholt. Parallel bläst er bei einer ganzen Reihe von Themen zum Angriff gegen die Regierung. Ein besonders zentrales Thema sind die Lebenshaltungskosten. Griechenland hat sich in den vergangenen Jahren zwar wirtschaftlich erholt, aber immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass sie von den Früchten des Wachstums nicht profitieren und stattdessen für Grundgüter, Energie und Wohnen immer tiefer in die Tasche greifen müssen.

Nach den neuesten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Alco kommt die Nea Dimokratia auf 24 Prozent, PASOK auf 15,9 Prozent und Syriza auf 7,1 Prozent. Dies zeigt deutlich, wie sehr das Bild sich in den vergangenen Monaten gewandelt hat.

Die PASOK steht in den kommenden Monaten vor der schwierigen Aufgabe, sich vor allem im Bewusstsein der Wählerinnen und Wähler als überzeugende Alternative zur Nea Dimokratia zu etablieren. Mitsotakis hat die PASOK rasch als eine neu verpackte Version von Syriza und als Verfechterin populistischer Politik bezeichnet. Dieses Etikett knüpft an das Erbe der Krisenzeit und die turbulenten Jahre der Syriza-Regierung an, was es den Sozialdemokraten erschweren könnte, sich davon zu lösen. Erste Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass PASOK-Chef Androulakis bestrebt ist, dieses Stigma zu vermeiden, indem er gezielt politische Vorschläge macht, die in der Öffentlichkeit auf Resonanz stoßen und bei denen die regierende Nea Dimokratia zögert, aktiv zu werden.

Allein aus Syriza sind in den letzten Jahren vier neue Parteien hervorgegangen.

Ein Beispiel dafür war die Diskussion im Vorfeld der Abstimmung über den Haushalt 2025 am 15. Dezember. PASOK schlug eine zusätzliche Steuer für griechische Banken vor, die in den vergangenen Jahren hohe Gewinne erzielt hatten. Premierminister Mitsotakis lehnte diesen Vorschlag ab, verkündete jedoch kurz darauf, dass einige der exorbitanten Transaktionsgebühren, die von griechischen Banken erhoben werden, abgeschafft würden: Ein stillschweigendes Eingeständnis, dass PASOK mit ihrem Vorschlag einen wunden Punkt getroffen hatte.

Während die Sozialdemokraten weiter versuchen werden, die regierende Nea Dimokratia unter Druck zu setzen, geht es für Syriza dagegen in der jetzigen Situation schlicht und einfach ums Überleben. Sowohl für PASOK als auch für Syriza stellt eine weitere Entwicklung eine erhebliche Herausforderung dar: Die wachsende Unzufriedenheit der Wählerschaft führt dazu, dass sich immer mehr Menschen kleineren Parteien zuwenden. Zu den Gewinnern zählen insbesondere die drei rechtsextremen Parteien, die im griechischen Parlament vertreten sind und ihre Unterstützerbasis kontinuierlich ausbauen. Gleichzeitig fragmentiert sich das linke Lager weiter, da sich die Stimmen links eingestellter Bürgerinnen und Bürger auf eine Vielzahl von Parteien verteilen.

Allein aus Syriza sind in den letzten Jahren vier neue Parteien hervorgegangen: die Neue Linke, die Bewegung für Demokratie, MeRA25 und der Kurs der Freiheit. All diese Parteien werden bei der nächsten Wahl als Konkurrenten gegeneinander antreten.

Durch die Zersplitterung reduziert sich das Wählerpotenzial, auf das PASOK und Syriza bei einem Neustart hoffen können. Beide Parteien erhoffen sich, von den Schwierigkeiten zu profitieren, mit denen Premierminister Mitsotakis derzeit zu kämpfen hat. Noch vor Kurzem schien seine dominierende Stellung unangefochten, doch mittlerweile gerät sie zunehmend ins Wanken.



Nick Malkoutzis, Athen

Nick Malkoutzis ist Gründer und Herausgeber von *MarcoPolis*, einer englischsprachigen Informationsplattform für politische und wirtschaftliche Analysen zu Griechenland mit Sitz in Athen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/zurueck-auf-null-7998/?utm_campaign=de_40_20241223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte